

Walter Müller

Fertigung und Gelöbnis  
mit dem Gerichtsstab

nach alemannisch-schweizerischen Quellen

Zugleich ein Beitrag  
zur Geschichte der Grundstücksübereignung

VORTRÄGE UND FORSCHUNGEN

Sonderband 22 · Herausgegeben vom  
Konstanzer Arbeitskreis für mittelalterliche Geschichte

JAN THORBECKE VERLAG SIGMARINGEN





WALTER MÜLLER

# Fertigung und Gelöbnis mit dem Gerichtsstab nach alemannisch-schweizerischen Quellen

Zugleich ein Beitrag  
zur Geschichte der Grundstücksübereignung

VORTRÄGE UND FORSCHUNGEN

Sonderband 22 · Herausgegeben vom

Konstanzer Arbeitskreis für mittelalterliche Geschichte



JAN THORBECKE VERLAG SIGMARINGEN

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

*Müller, Walter*

Fertigung und Gelöbnis mit dem Gerichtsstab nach  
alemannisch-schweizerischen Quellen: zugl. e.  
Beitr. zur Geschichte d. Grundstücksübereignung.  
– 1. Aufl. – Sigmaringen: Thorbecke, 1976.

(Vorträge und Forschungen / Konstanzer  
Arbeitskreis für mittelalterliche Geschichte:  
Sonderbd.; 22)

ISBN 3-7995-6682-1

© 1976 by Jan Thorbecke Verlag KG Sigmaringen

Alle Rechte vorbehalten. Ohne schriftliche Genehmigung des Verlages ist es nicht gestattet, das Werk unter Verwendung mechanischer, elektronischer und anderer Systeme in irgendeiner Weise zu verarbeiten und zu verbreiten. Insbesondere vorbehalten sind die Rechte der Vervielfältigung – auch von Teilen des Werkes – auf photomechanischem oder ähnlichem Wege, der tontechnischen Wiedergabe, des Vortrags, der Funk- und Fernsehendung, der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, der Übersetzung und der literarischen oder anderweitigen Bearbeitung.

Gesamtherstellung: M. Liehners Hofbuchdruckerei KG Sigmaringen  
Printed in Germany – ISBN 3-7995-6682-1



# INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort . . . . .	5
Einleitung . . . . .	7

## ERSTER TEIL

### *Der Stab bei der gerichtlichen Übereignung (Fertigung)*

1. Ausgangslage und Quellen . . . . .	11
2. Elemente der gerichtlichen Übereignung . . . . .	18
Worte und Werke (18), Hand und Mund (19), formelhaftes Sprechen (21), Hand und Handgebärde (22), Identität von Stab und Hand des Richters (24), Übertragungssymbole, insbesondere die Festuca (25)	
3. Das Zeremoniell der Fertigung mit dem Stab des Richters . . . . .	33
Die Parteien im Ring des Gerichts (34), Eigentumsübergang mit dem Stab (34), der Richter führt den Stab (36), Staberfassen durch die Par- teien (39), formelhafte Rede (42), Übereignung an den Erwerber (43), Zusammenfassende Darstellung (45)	
4. Stufen und Entwicklung des Übereignungsverfahrens . . . . .	46
Forschungsstand (47), vorbereitende Handlungen (51), dingliche Teile der Übertragung (56), ergänzende Bekräftigung und Sicherung (62), Abschluß der Übereignung (67), Umbildung des Verfahrens in der Neuzeit? (69)	
5. Anwendungsbereich und Wirkung der Stabfertigung . . . . .	72
Mit dem Stab gefertigte Rechtsgeschäfte (72), konstitutive Wirkung (73), Stabritus und Urkunde (75)	

## ZWEITER TEIL

### *Das Stabgelübde*

6. Versprechen am Gerichtsstab (promissorische Gelübde) . . . . .	80
Urteilerfüllung (80), andere Erfüllungsgelübde (81), Bezahlung von Geld- bußen und anderen Schulden (82), Prozessualversprechen (83), Erfüllung von Bürger-, Amts- und Dienstpflichten (83)	
7. Bekräftigung und Wahrheitsgelöbniß am Gerichtsstab (assertorische Gelübde) . . . . .	84
Zeugengelübde (84), Widerruf von Ehrverletzungen (86), Beweisgelöb- niß (87), Ausbleiben vor Gericht (88)	
8. Gelöbnisfähigkeit, Zeremoniell und Strafen . . . . .	90
9. Die Wirkungen des Stabgelübdes und seine Abgrenzung gegen den Eid . . . . .	95
Treueinsatz beim Gelübde (95), Gelübde als Eidsurrogat (96), Stabeid, Eidstab und gestabter Eid (98)	

**Zusammenfassung**

Zum Symbolcharakter des Richterstabes und des Zeremoniells für  
Gelöbnis und Fertigung . . . . . 101

**Anhang**

Abkürzungen . . . . . 107  
Literaturverzeichnis . . . . . 109  
Quellennachweis der zitierten Urkunden und Gerichtsordnungen . . . 115  
Ortsregister . . . . . 124  
Bibliographie Walter Müller . . . . . 129



## VORWORT

Wenige Tage nach dem Eingang des fertiggestellten Manuskriptes dieser Abhandlung traf im November 1975 die Nachricht vom unerwarteten Tode des Verfassers ein. So nimmt der Konstanzer Arbeitskreis für mittelalterliche Geschichte mit der Veröffentlichung zugleich Abschied von einem Gelehrten, der sich ihm als Teilnehmer seiner Arbeitstagungen und -sitzungen, durch Vorträge und als Autor eng verbunden hatte. Seine rechtsgeschichtlichen Beiträge haben insbesondere die verfassungsgeschichtlichen Bestrebungen des Arbeitskreises in hervorragendem Maße gefördert.

Dank gebührt Otto P. Clavadetscher, der als Herausgeber dieses Bandes das Manuskript für den Druck eingerichtet, die Korrekturen gelesen, das Register hergestellt und ein Verzeichnis der Arbeiten Walter Müllers beige-steuert hat, sowie dem Historischen Verein des Kantons St. Gallen für die Gewährung eines Druckkostenzuschusses aus dem Zinsenkonto für rechtshistorische Arbeiten des Moser-Nef-Fonds.

Marburg a. d. Lahn, im März 1976

*Helmut Beumann*





Seit der grundlegenden Untersuchung Karls von Amira über den Stab in der germanischen Rechtssymbolik sind mehrere thematisch begrenzte Arbeiten über den Stabgebrauch in einzelnen Sachgebieten oder Landschaften erschienen, so die Monographie Kochers über »Richter und Stabübergabe im Verfahren der Weistümer«.

Sie alle lassen den engen, unauflöselichen Zusammenhang zwischen dem Stab des Richters<sup>1</sup> und seiner richterlichen Befugnis erkennen. Das äußert sich auch im häufigen Gebrauch des Wortes »Stab« für Gericht und Gerichtsherrschaft, der im alemannischen Raum bis zum Ende der Neuzeit belegt ist<sup>2</sup>; gelegentlich war in diesem Sinne vom *hohen* oder vom *nidern Gerichtsstab* die Rede<sup>3</sup>. Der die Gerichtssitzung leitende Richter heißt vereinzelt schon am Ausgange des Mittelalters, häufig dann im 17. und 18. Jahrhundert Stabhalter oder Stabführer<sup>4</sup>; in der Schweiz wurde *s'Stabhalters* zum Familienbeinamen<sup>5</sup>. Auf das Wortpaar *stab- und statthalter*

1 Der Amtsstab des Weibels (Büttels, Gerichtsboten oder -knechts) bleibt außerhalb der Betrachtung. Dazu Idiotikon X Sp. 1625 f. Es deutet wie SIEGEL, S. 34, zu Recht auch *des gotzhus stab und zaichen*, mit dem in der Abtei St. Gallen den Schuldnern durch Ammann, Weibel oder andere zu Gericht geboten wurde, als Weibel- oder Amtsstab (Rq SG I, S. 214, 382, 394 und GRIMM W V, S. 123). PUNTSCHART, S. 350, weist zwar darauf hin, daß dem Ladungsboten in einzelnen Landschaften der Gerichtsstab mitgegeben wurde, wofür auch v. AMIRA, Stab, S. 99 ff., Belege bietet. — Die im Literaturverzeichnis genannten Titel sind in den Anmerkungen nur mit dem Namen des Verfassers (bei mehreren Arbeiten allenfalls mit einem zusätzlichen charakterisierenden Stichwort) angeführt.

2 Frühe Beispiele 1370 Diessenhofen und 1378 Grafenhausen im Schwarzwald (ThUB VI n. 3046; StASH Korr. I, 14). Späte Nennungen bis ins 18. Jh. in Glarus und Colmar (LIEBESKIND, S. 6, 34 f.; Idiotikon X Sp. 1024 f., 1028 f.). Im Schwarzwald steht *stab* für Gerichtsbezirke, Dorf- oder Talgebiete (BADER, S. 100, 299, 402). In Sonnenberg in Vorarlberg im 17. Jh. *gerichtsstabgebrauch* für Gerichtsgebrauch (Vorarlb. Weistümer I, S. 211). Vgl. ferner v. AMIRA, Stab, S. 85, 88; RINTELEN, S. 642; KOCHER, Stabübergabe, S. 43.

3 StAZH C II 6 n. 443.21; ASEA V / I S. 955, 1407; MÜLLER, Landsatzung, S. 39; SCHREIBER, S. 133; Idiotikon X Sp. 1026.

4 Beispiele von Wortverbindungen: *Geschworener stabhalter* (1617 Öhningen); *gerichtlicher Stabhalter des Gerichts* (1603 Mammern); *Gerichtsstabhalter* (1793 Jonschwil); *verordneter stabführer* (1581 Blotzheim, 1710 Wutöschingen); *Stabhalter des Richter Ampts* (1588 Schaffhausen). Quellen: Inventar Stein, S. 730; StAZH C II 17 n. 938, 1192, 1383; StiASG Band 2001, f. 13; Rq AG Stadtr. III, S. 134; StadtA SH Hausbriefe Roter Löwen; LEIBER, S. 47. In Zug hieß von 1608 bis 1798 das Oberhaupt der Stadt, zugleich ihr oberster Richter in Straf- und Zivilsachen, *Stabführer* (Geschichtsfreund 70, 1915, S. 90; Idiotikon I Sp. 985). *Stab führen* für Gericht halten in Idiotikon X Sp. 1017 f., 1028, 1044.

5 Idiotikon X Sp. 1018 f.

wies schon v. Amira hin<sup>6</sup>. Es erklärt sich wohl daraus, daß manchenorts nicht der Richter, sondern der ihn vertretende und die Hegungsfragen beantwortende Urteiler als Stabhalter galt<sup>7</sup>. Er hielt den Stab während des Gerichts und übergab ihn dem Ammann zum Urteilspruch<sup>8</sup>.

Der Stab<sup>9</sup> wurde im Gericht bei verschiedenen Rechtsgeschäften und in mannigfaltigen Formen verwendet. Einige Anwendungsbereiche bleiben in der folgenden Untersuchung unberücksichtigt, so das vielleicht erst mit der Carolina aufkommende Stabbrechen oder -werfen bei Verurteilung im Hochgericht<sup>10</sup> oder bei Ächtung<sup>11</sup> und die Stabübergabe. Sie wurde von Kocher auf Grund der in den Weistümersammlungen edierten Texte untersucht. Er schildert die Rolle des Stabes bei der feierlichen Gerichtseröffnung und der Begründung des Gerichtsfriedens und stellt dabei gemeinsame österreichisch-bayerische und schweizerische Besonderheiten fest<sup>12</sup>. Die Stab-

6 v. AMIRA, Stab, S. 88–90; Idiotikon X Sp. 1019: *so er den stab hett und statt haltet*.

7 1533 Hasli bei Burgdorf (ZsR 10, 1862, S. 44); 1755 Rorschach (Rq SG I, S. 456 f.). SCHREIBER, S. 115, 133.

8 So im 18. Jh. im sanktgallischen Dorf Gossau (STAERKLE, S. 103). Auf der Gerichtsscheibe von Güttingen im Thurgau von 1630 rechts vom Ammann ein solcher Stabhalter (HBLS VI, S. 757). In Eggersriet-Grub ist 1797 der *gerichtsstabhalter* ebenfalls nicht mit dem Ammann identisch (Rq SG I, S. 65). Bis in die jüngste Vergangenheit hieß denn auch in Oberhallau der Vizepräsident des Gemeinderats Stabhalter (RÜEDI, S. 140).

9 Einige charakteristische Quellenstellen für den Stab in der Hand des Richters: 1353 Frauenfeld *da ich öffentlich mit dem stab ze gerichte sass* (ThUB V n. 2184); 1393 Zürich *Man sol nachgan und richten, als etlich sniderknecht hie in unser statt ander . . . geschetzet hant und mit ir steben ze gericht sint gesessen* (Idiotikon VIII Sp. 1673); 1466 Bichwil, die Fertigungsgebühr fällt dem zu, der dabei *das gericht besessen und den stab in der hand gehept hät* (Rq SG II, S. 118); 1468 Schleins in Graubünden *mit dem stab zů rechten gesessen* (THOMMEN, IV n. 392); 1476 in Unterwasser und 1537 in St. Johann *der ammann soll . . . mit des gerichts stab sitzen und des gerichts stab führen* (Rq SG II, S. 561, 594).

10 v. AMIRA, Stab, S. 103; GRIMM RA I, S. 187 f.; E. MAYER, S. 132; Idiotikon X Sp. 1018, 1021, 1043. Für Österreich RINTELEN, S. 641 und KOCHER, Stabübergabe, S. 45 f. mit weiteren Literaturangaben; in österreichischen Weistümern ist das Stabbrechen vereinzelt auch als Zeichen der Amtsniederlegung erwähnt. MOELLER, ZRG GA 21, 1900, S. 27 ff.; LIEBERMANN, ZRG GA 41, 1920, S. 382; LEIBER, S. 192.

11 Bei der Achterklärung nahm nach der Ordnung von 1579 im Landgericht Rankweil der Landrichter *sein kurze Weer oder Khnebelspiess* in die linke und den Gerichtsstab in die rechte Hand (RUSCH, Müsinen, S. 64). Über das Wegwerfen des Stabes nach der Achterklärung vgl. die Rottweiler Hofgerichtsordnung um 1435 (GLITSCH u. MÜLLER, S. 89).

12 Zur Hegung der Gerichte vor allem BURCHARD, S. 231–243. Zahlreiche schweizer. Belege Idiotikon X Sp. 1017, 1020 f., 1025, 1044. v. AMIRA behandelt, S. 86 f., die Stabübergabe vor allem unter dem Gesichtspunkt der Auftrags- und Vollmachterteilung. – Zur Ergänzung der Belege Kochers einige Beispiele für die Stabverwendung bei Verbannung des Gerichts: Landgericht Klettgau (PETER, S. 47); 1645 Bremgarten (DRWB IV Sp. 373); Stadt St. Gallen (MOSER-NEF VII,



übergabe während des Rechtsganges lag überwiegend im Wechsel der Zuständigkeit, teils aber auch in Mehrherrschaft, in geteilter Gerichtsherrschaft oder in der vorübergehenden Unterbrechung des Verfahrens aus prozeßrechtlichen Ursachen begründet. Außerhalb des Rechtsganges wechselte der Gerichtsstab bei Amtseinsetzung und -niederlegung die Hand<sup>13</sup>. Von Bedeutung für unser Thema sind Kochers Feststellungen<sup>14</sup> über die konstitutive Wirkung der Stabübergabe und die Einheit von Richter und Stab sowie über den Richterstab als Wahrzeichen der Gerichtsherrschaft im Sinne der Befugnis, rechtswirksam zu handeln.

Ausgeklammert werden im folgenden auch die rechtsarchäologischen Befunde, also alle Nachrichten über Beschaffenheit und Aussehen des Gerichtsstabes, und das Inventar der erhaltenen Stücke. Dazu bot v. Amira ein reiches Material, das in Österreich Baltl und Steininger und in der Schweiz Carlen ergänzten. Kocher trug die spärlichen rechtsarchäologischen Hinweise in den Weistümern zusammen, während andere Autoren der zwischen Dolchstreitkolben und Gerichtsstab zu vermutenden Verwandtschaft nachgingen<sup>15</sup>.

Unsere auf Quellen des südalemannisch-schweizerischen Raumes gestützte Studie beschäftigt sich mit der Verwendung des Richterstabes in einem bisher wenig erforschten Bereich. Im Vordergrund steht der Stabge-

S. 101); 17. Jh. Herrschaft Blumenegg in Vorarlberg (Vorarlb. Weistümer I, S. 340 ff.); 18. Jh. Landgericht Thurgau (HASENFRATZ, S. 21). – Das Maiengericht Hinwil wurde noch 1787 in der alten Form mit Stabübergabe verbannt (StAZH B VII 7.3, S. 361) wie zur selben Zeit auch das Schultheißengericht in Städtchen Regensberg. Hier wird der Schultheiß in der Gerichtsordnung stets als *Herr am Stab* angesprochen (ZIEGLER, S. 123 ff.). Auch in Scheid in Graubünden, wo die Knabenschaftssatzungen im Jahre 1741 ein *Stabbtach* nennen, war bei Gerichtsverbannung die Stabübergabe üblich (Schweiz. Archiv für Volkskunde 39, 1941, S. 203 f.).

<sup>13</sup> Beispiele des 14.–17. Jhs. für die Stabübergabe aus unserem Raum: ThUB VII Nachtrag 206; UBSG V, S. 223; UB App I, S. 204; UBZG I n. 459, 750; KOTHING, S. 22, 24, 321; Rq Höngg, S. 47 f. In Gossau-St. Gallen wurde im 18. Jh. der Ammann nach seiner Wahl in den Chor der Kirche gerufen, wo er den Gerichtsstab erhielt (STAERKLE, S. 103).

<sup>14</sup> KOCHER, Stabübergabe, S. 83.

<sup>15</sup> v. AMIRA, Stab, S. 105–111; KOCHER, Stabübergabe, S. 39–41. Liebeskind bringt eine Abbildung des gelegentlich heute noch verwendeten Glarner Gerichtsstabes vom Jahre 1735. E. A. Gessler bildet zwölf im Schweizerischen Landesmuseum befindliche, meist dem 17. und 18. Jh. angehörende Gerichtsstäbe ab. Zahlreiche Abbildungen ferner bei Heinemann. Hinweise auf erhaltene Gerichtsstäbe bei MERK, ZRG GA 56, S. 25 (Meersburg), und RUSCH, Müsinen, S. 32 (Appenzell-Innerrhoden). Über den heute im Historischen Museum St. Gallen liegenden Gerichtsstab von Niederuzwil aus dem Jahre 1695 berichtet Näf mit einer Abbildung. Dazu meldet MARTIN MÜLLER, S. 163 f., ergänzend, nach der Helvetik habe man in Niederuzwil für den Stab keine Verwendung mehr gefunden. Die Dorfbürgerkorporation als Rechtsnachfolgerin der Gerichtsgemeinde verwahrte ihn im Archiv, bis 1873 beschlossen wurde, ihn für 50 Franken einem Industriellen zu verkaufen.

brauch bei der gerichtlichen Übereignung von Eigentum und anderen Rechten durch den summarisch als Fertigung bezeichneten Vorgang, den v. Amira in seiner Monographie über den Stab nur kurz erwähnt. Diese Untersuchung soll über den rechtssymbolischen Befund und die Schilderung des Stabzeremoniells hinaus einen Beitrag zur Geschichte des mehrstufigen gerichtlichen Übertragungsverfahrens leisten. Der zweite Teil ist den vielfältig differenzierten Stabgelübden gewidmet.

In räumlicher Hinsicht umfaßt die Arbeit das Gebiet der deutschen Schweiz einschließlich Graubündens, das Oberelsaß, den Schwarzwald, Oberschwaben mit dem Allgäu und Vorarlberg, doch konnten nicht aus allen diesen Landschaften Quellen in gleichmäßiger Dichte beigebracht werden. Die Mehrzahl der Belege entstammt dem weiteren Bodenseeraum. In den Fertigungsurkunden ist der Gerichtsstab wie in den Weistümern vom 14. Jahrhundert bis an die Schwelle zur neuesten Zeit belegt. Das Stabgelübde vor Gericht blieb in der Schweiz länger und im Kanton Glarus bis in unsere Tage in Gebrauch<sup>16</sup>. Den ältesten Beleg für den Gerichtsstab aus dem alemannischen Raum vermittelt unseres Wissens ein im Jahre 1255 von der Stadt Ulm mit ihrem Vogt vereinbarter Vertrag mit den Worten: *Et quicquid illic vel in omni iudicio alio de pecuniaria pena promeretur sive cum baculo iudiciario acquiritur*<sup>17</sup>.

<sup>16</sup> KOCHER, Stabübergabe, S. 41; LIEBESKIND, S. 27.

<sup>17</sup> In einer 1296 von Ammann und Bürgerschaft über ihr Stadtrecht ausgestellten Urkunde heißt es: *Minister etiam non potest esse testis vel satzman vel aliquem accusare, sicut unus iudicum. sed si ipse est iudex iuratus, si aliqua causa ventilatur coram ipso, et non habet sufficientiam iudicum, baculum potest sui officii committere, cui placet, et super illa causa dicere sententiam, sicut iudex* (Ulmisches UB I n. 73 und 194).

## *Der Stab bei der gerichtlichen Übereignung (Fertigung)*

Der Gebrauch des Stabes bei der gerichtlichen Fertigung fand in der Literatur bisher wenig Beachtung. So erwähnt v. Amira das Einantworten, Wältigen oder Fertigen mit dem Stab lediglich unter dem Gesichtspunkt des Friedensbannes; der in oberdeutschen Rechten auf Verzicht und Absagung am Gerichtsstab folgende Empfang von Gütern am Stab sei als Analogiebildung zu erklären: »Selbst wenn sich nachweisen ließe, daß diese Geschäftsform in einem Senken oder Vorhalten des von der Partei zu ergreifenden Stabes bestanden habe, so könnte doch ehemals ein Fronen oder Bannen unter Emporheben des Stabes vorangegangen sein«<sup>18</sup>. Wie im folgenden zu zeigen ist, war der Stab des Richters für die rechtskräftige Übereignung im Gericht unentbehrlich. Bis zum Ende des 18. Jahrhunderts lag in diesem Verfahren eines seiner wichtigsten und eigenständigsten Anwendungsgebiete.

### 1. Ausgangslage und Quellen

a) Den äußeren Rahmen unserer Untersuchung bestimmt der örtlich, zeitlich und sachlich schwankende Geltungsbereich der gerichtlichen Fertigung, die sich im hohen und späten Mittelalter in vielen Städten und Landschaften neben der Übertragung vor dem Lehensherrn durchsetzte. Den Übergang zur obligatorischen Mitwirkung eines Gerichts bei der Grundstücksübertragung führt die Forschung auf verschiedene Wurzeln zurück. Im Vordergrund stand wohl wie bei der alten landrechtlichen Festigung das Verlangen nach einem gegen jede Anfechtung gesicherten Eigentumsrecht. Eine Rolle spielte auch das Recht des Lehensherrn, Veräußerungen zu bewilligen oder zu verweigern, und später das Streben der Herrschaft nach Kontrolle über den Grundstücksverkehr. Mayer-Edenhauser stellte fest, es werde in der einschlägigen Literatur nicht immer klar zwischen der bloßen gerichtlichen Bestätigung eines Vertrags zur Beweissicherung mittels Gerichtsurkunde und mit amtlichem Aufgebot der Einspruchsberechtigten einerseits und andererseits der Übereignung in einem prozessualen Verfahren durch Urteil des Gerichts, das heißt der eigentlichen gerichtlichen Fertigung, unterschieden. Diese sei äußerlich wie inhaltlich etwas anderes als eine Wiederbelebung des alten Festigungsrechtes, weil vorwiegend

<sup>18</sup> v. AMIRA, Stab, S. 91 f., 96. Für das Fertigen mit dem Stab nennt er vor allem bayerische und alemannische Quellen.



aus der obrigkeitlichen Fürsorge des werdenden Polizeistaates der Fertigungszwang für alle Grundstücke eingeführt wurde<sup>19</sup>.

Im südalemannischen Raum ist die Fertigung vor Gericht früh in den Aargauer Städten, in Groß- und Kleinbasel, Colmar, Bern, Konstanz, Schaffhausen, Arbon und Villingen bezeugt. In Freiburg im Breisgau findet sie sich seit etwa 1360. In Meersburg bildete sie die Regel, doch bestanden Ausnahmen. Das Stadtrecht von Engen im Hegau vom Jahre 1503 bestimmt, Gemächte, Gemeinderschaften, Käufe und Verpfändungen liegenden Gutes hätten nur Kraft, wenn sie *vor unserem Stab* gefertigt und aufgerichtet würden.<sup>20</sup> In der Stadt Zürich herrschte dagegen lange die Ratsbeurkundung vor<sup>21</sup>.

Auch in ländlichen Gebieten setzte sich die gerichtliche Fertigung im Spätmittelalter weithin durch; seither bildete sie eine Hauptaufgabe der Dorfgerichte. In Graubünden mehren sich seit der Mitte des 14. Jahrhunderts die Zeugnisse gerichtlicher Investitur als ausschließlich gültige Form der Eigentumsübertragung ebenfalls, wenn in Chur später auch die Fertigung vor dem Rat an die Stelle der gerichtlichen Auflassung trat<sup>22</sup>. In St. Johann im Thurtal heißt es im Jahre 1442: *Gän . . . für aines herren stab oder für ainen herren und da mit glerten worten uffgebind an des grichtes stab, als denn billich und recht ist*<sup>23</sup>. Vielerorts waren die übereigneten Rechte nach gerichtlichem Vollzug durch eine häufig in Wein bestehende Fertigungsgebühr *vom stab zu lösen*<sup>24</sup>.

Es blieben jedoch auch Landschaften Südwestdeutschlands und der deutschen Schweiz von der obligatorischen Fertigung unberührt; teils wurde der Fertigungszwang, so in der Innerschweiz, nach der Reformation wieder preisgegeben. Als Mittel obrigkeitlicher Fürsorge und Aufsicht galt er bis zum Ende des 18. Jahrhunderts aber in den meisten städtischen Untertanengebieten und den sogenannten Gemeinen Herrschaften der Alten Eidgenos-

19 MAYER-EDENHAUSER, S. 8–10, 42, 46–50, 71 f.; er sucht für Freiburg den Ursprung der gerichtlichen Fertigung im Leiherecht. HUBER IV, S. 705–712; F. E. MEYER, S. 172; MERK, ZRG GA 55, S. 207; RICHTER, S. 15 f.; SCHMIDT, S. 16–19.

20 FÜUB VII n. 213.

21 HEUSLER, Institutionen II, S. 81 ff.; RENNEFAHRT, Grundzüge II, S. 291 ff.; MERK, ZRG GA 55, S. 205; F. E. MEYER, S. 167 f.; HUBER IV, S. 708. Viele Fragen sind noch strittig.

22 BADER, Dorf II, S. 359; MUTZNER, S. 27–37.

23 Rq SG II, S. 615. Weitere Beispiele für die Weisung, Fertigungen seien *vor dem stab* zu vollziehen: Brütten 14./15. Jh. (Rq ZH II, S. 152); Bipp 1525 (Rq BE Stadtr. VI, S. 330); Berg-Zürich 16. Jh. (GRIMM W IV, S. 320); Rhäzüns 1397 (QSG X n. 127); Eppishausen 1447 und Tiengen 1558 (GRIMM W V, S. 133, 228); Matzendorf 1592 (*vor staab und recht*, UB OL I n. 235).

24 Beispiele: Weiach 1596 (ZsR 4, 1855, S. 185); Mellingen 1624 (Idiotikon X Sp. 1022). In alemannischen Städten heißt diese teils dem Stadtherrn zufallende Fertigungsgebühr häufig Richtviertel. W. MERK sieht für Meersburg darin einen Ausläufer des Ehrschatzes (ZRG GA 55, S. 207; MAYER-EDENHAUSER, S. 132).



senschaft, ferner im Klettgau und im Hoheitsgebiet der Fürstabtei St. Gallen. Sein Anwendungsbereich engte sich jedoch auch hier in der Neuzeit manchenorts ein, indem nur noch Eigentumsübertragungen, nicht mehr aber Zins- und Schuldverschreibungen gerichtlich zu fertigen waren. In der Schweiz sind wie in Oberschwaben und Vorarlberg nach dem Ausgang des Mittelalters Rentenkäufe oft nicht mehr vom Gericht vollzogen und beurkundet, sondern vom Schuldner unter dem Siegel eines obrigkeitlichen Beamten nur noch persönlich verbrieft worden <sup>25</sup>.

b) Unsere erste Frage richtet sich auf die im Verfahren der gerichtlichen Fertigung erforderlichen und geübten förmlichen Handlungen. Darüber geben die Weistümer kaum Auskunft. Gerichts- und Prozeßordnungen mit Schilderung des Fertigungszeremoniells sind selten. Institutionengeschichtliche Monographien und Ortsgeschichten bieten nur vereinzelt brauchbare Hinweise. Aufschlüsse sind im wesentlichen allein aus der Beurkundung durch das Gericht, aus dem schriftlichen Niederschlag der gerichtlich gefertigten Rechtsgeschäfte zu gewinnen. Diese Beschränkung auf eine Quellengruppe wird bei weitem durch den kaum hoch genug einzuschätzenden Vorteil aufgewogen, daß die vom Gericht ausgestellten Urkunden die Rechtswirklichkeit wiedergeben; unmittelbar und in der Sprache ihrer Zeit berichten sie von der Verwendung des Gerichtsstabes und allenfalls weiterer Symbole im konkreten Rechtsfall <sup>26</sup>.

Es bestehen allerdings auch hier Überlieferungsprobleme. So geben frühe Stadtbücher <sup>27</sup> wie späte Fertigungsbücher und Gerichtsprotokolle <sup>28</sup> meistens nur den materiellen Inhalt des Geschäftes wieder. Sie nennen lediglich die Vertragsparteien, den Gegenstand der Übereignung sowie den Kaufpreis und erwähnen neben der Tatsache des rechtskräftigen Vollzugs die Stufen des Prozesses und sein Zeremoniell bestenfalls summarisch. Der Aussagewert der vom Gericht über Handänderungen durch Kauf, Tausch oder Schenkung, jedoch auch über letztwillige Verfügungen, Zins- und Leibdingsbestellungen und ähnliche Rechtsgeschäfte ausgestellten Urkunden für ein

<sup>25</sup> HUBER IV, S. 705–707 mit zahlreichen Belegen. Vgl. die Einzeluntersuchungen über das Fertigungswesen schweizerischer Kantone: Fehlmann (Aargau), Meerwein (Basel), Schnyder (Luzern), Peyer (Schaffhausen), Schorno (Schwyz), Lutz (St. Gallen), Isler (Thurgau), Escher (Zürich), Spillmann (Zug). – In Oberschwaben (Ravensburg, Landvogtei Oberschwaben) wurde nach den Kauf-, Tausch- und Kontraktprotokollen des 17./18. Jhs. nur oberamtlich, nicht aber gerichtlich gefertigt (StadtA Ra Büschel 1449, 1451, 1466, 1472). Ähnlich in Lindau und Umgebung (SpiA Li I 9–14).

<sup>26</sup> Vgl. die Bemerkungen HATTENHAUERS, S. 8 f., über die Bedeutung der ursprünglichen Terminologie als Medium der konkreten Rechtsinhalte und Denkformen.

<sup>27</sup> STOBBE, S. 205; SCHRÖDER-KÜNSSBERG, S. 789; für Köln CONRAD, S. 115 ff.

<sup>28</sup> Beispiel aus einem ländlichen Niedergericht: Das Gerichtsprotokoll von Haggenwil aus den Jahren 1684–1711 erklärt lediglich, man habe *nach des Gerichts Brauch und Recht geferket, ein Teil aufgeben und der ander empfangen* (StiASG Akten X 61).

rechtssymbolisches Thema aber hängt vom sehr unterschiedlichen Grad der Ausführlichkeit in der Protokollierung der vollzogenen Fertigung ab. Besonders frühe Texte deuten die für den Zeitgenossen selbstverständliche Einhaltung der zur Rechtskraft nötigen Förmlichkeiten und Solennitäten oft nur an. Bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts nahezu ausnahmslos und später, wenn auch mit rasch abnehmender Häufigkeit, noch oft erwähnen die Fertigungsurkunden im alemannischen Raum die laut gerichtlichem Urteil rechtsgültig vollzogene Übereignung nur in wenigen Worten und allgemeinen Wendungen. Gelegentlich beschränken sie sich auf Feststellungen wie <sup>29</sup>: *enzigent sich mit siner hant und mit gemeiner urteilde vor uns* (1300 Landgericht im Aargau); *mit miner hant ze des gerichtes wegen verziehen und ufgeben also offenlich vor mir . . . als gericht und urtail gab* (1346 Zürich). Häufig wird in der Weise auf symbolische Handlungen verwiesen, daß die Urkunde von der Übertragung mit Mund und Hand oder von den dabei verwendeten Worten, Werken und Gebärden berichtet <sup>30</sup>: *mit wort und mit werch, mit giberde und aller der giciert, so man bidarf ze so gitanin dingin* (1302 St. Gallen); *geschehen vor mir vor geriht mit allen den gehúgden, worten und werken, so darzü horten* (1341 Reichenau). Solche Formulierungen finden sich bis weit in die Neuzeit <sup>31</sup>.

Erst nach der Mitte des 14. Jahrhunderts werden die Urkunden gesprächiger. In wachsender Zahl schildern sie den mehrstufigen Übereignungsakt nun ausführlich und protokollieren sowohl die gerichtlichen Zwischenurteile als auch deren Vollzug. Erst seither – den einzigen früheren Beleg liefert eine 1335 vom Gericht Schwarzenbach bei Wil ausgestellte Urkunde – erwähnen sie auch den Gerichtsstab. Oft reduzierte sich das Urkundenformular in der Neuzeit aber wieder auf ein summarisches Protokoll der vollzogenen Fertigung. Beispiele: *Harum fertiget der Verkäufer disen Khauf mit Mund und Hand, ufgebung an Stab* (1571 Pratteln und 1583 Habsheim); *Also nach solcher offnung und ihr ainhellige beehandtnus wardt dis alles vor mir dem richter und ganzen gericht offenlich beschehen, volfuert und verhandelt mit mundt und handen an des gerichtes stab* (1612 Rudolffingen); *Demnach wahre dise Kaufshandlung von beeden Partheyen an dises Gerichts Staab mit mundt und handt aufgeben, dargegen wider angenommen und empfangen, auch auf ihr begehren gefertiget* (1660 Erzingen, ähnl-

29 Für alle mit Ort und Ausstellungsjahr zitierten Fertigungsurkunden bietet der Anhang den Nachweis.

30 Weitere frühe Beispiele: 1316 Landgericht Thurgau, 1324 Glarus, 1332 Basel, 1347 Arisdorf, 1360 Rheinfelden, 1379 Feldkirch, 1371 Gelterkinden und 1381 Radolfzell. Vgl. ferner MERK, ZRG GA 56, S. 23, mit Beispielen aus dem Linzgau (Pfullendorf und Markdorf).

31 Beispiel aus Rudolfstetten 1561: *Und beschach dis alles in gericht mit ufgeben und inantworten, mit mund, mit hand, mit wordten und werken, so von recht oder gwonbeyt darzü ghörig was*. Weitere Beispiele: 1511 Trüllikon, 1532 Siblingen, 1553 Stammheim und 1574 Brittnau.



lich 1594 Oberhallau); *Dessentwegen er Verkeufer ihme Keuferen solchen Kauf . . . hiermit an des Gerichts Staab zuegefergget, übergeben und zuegestellt haben wolle* (1722 Ittingen).

Den Ausschlag für kurzgefaßte oder ins einzelne gehende Beurkundung gab wohl oft die Höhe der Kanzleikosten; in der nichtstreitigen Gerichtsbarkeit ist das Urteil ja auf Verlangen einer Partei schriftlich ausgefertigt worden. Daher sind für die Protokollierung des Fertigungszeremoniells im selben Gericht zur gleichen Zeit oft Formulare von unterschiedlicher Ausführlichkeit verwendet worden<sup>32</sup>, ohne daß daraus auf Abweichungen im Verfahren zu schließen wäre.

In weitem Umkreis beeinflussten die Kanzleien der Landgerichte und mancher Städte das Urkundenformular benachbarter ländlicher Niedergerichte, wenn die Übereinstimmung nicht bereits – was im Spätmittelalter nicht selten der Fall gewesen sein dürfte – durch Identität der Schreiber bedingt war<sup>33</sup>. Besonders klar zeigt sich das im Thurgau, wo bald nach der Mitte des 14. Jahrhunderts sowohl im Gericht der Landgrafschaft als auch in den Stadtgerichten Winterthur, Frauenfeld, Wil und St. Gallen die Fertigungsurkunden den Stab zu nennen beginnen. Ein bis zwei Jahrzehnte später setzen dann auch in zahlreichen thurgauischen Niedergerichten ausführliche Protokolle mit Staberwähnung ein<sup>34</sup>. Der Wiler Kanzleigebrauch bestimmte das Formular des sanktgallischen Pfalzgerichtes, wenn es dort Fertigungen vornahm, während dieses Gericht des Abtes in St. Gallen noch während Jahrzehnten eine kürzere Beurkundungsform verwendete. Auch die Rapperswiler Kanzlei wirkte, teils mit wörtlicher Übernahme des städtischen Formulars, als Vorbild für zahlreiche umliegende Dorfgerichte<sup>35</sup>. Ebenso übernahmen die ländlichen Gerichte in der Umgebung der Stadt Freiburg im Breisgau deren durch die Worte *mit mund und hand* charakterisiertes Fertigungsformular<sup>36</sup>. Einheitliches Gepräge besaß in dieser Hin-

32 Neben ausführlichen Beurkundungsformularen (z. B. 1371, 1390, 1396) stehen 1395, 1379 und 1391 Kurzformen wie *Beschach dis alles an des gerichts stab* oder *tat und volfür an des gerichts stab*. Ähnliche Beispiele aus dem 14. Jh. in der Stadt Wil, wo z. B. 1660 eine Kurzform und 1642 eine Langform bezeugt ist. Uneinheitliche Formulare ferner z. B. in den Gerichten des Johanniterhauses Tobel und der Herrschaft Spiegelberg und in Andelfingen.

33 MERK, ZRG GA 55, S. 208, stellte am Beispiel Meersburgs fest, das stadtrechtliche Vorbild habe im späteren Mittelalter zur Umbildung des landrechtlichen Übertragungsverfahrens beigetragen.

34 Beispiele: 1359 Balterswil, 1380 Ettenhausen, 1381 Langenerchingen, 1381 Sirnach, 1395 Ermatingen, 1396 Berlingen, 1397 Steckborn.

35 Beispiele: 1376 Dürnten, 1385 Rüti, 1391 und 1404 Jona, 1389 March, 1392 Tuggen, 1418 Uznach; auch Pfäffikon-Schwyz folgte später großteils dem Rapperswiler Kanzleigebrauch.

36 Zum Beispiel Endingen, Adelhausen, Pfaffhausen, Rheinheim, Opfingen, Waldkirch und Waltershausen. Vgl. auch das Formularbuch »Rheticus Marco Tuli Cicerone«, Straßburg 1517 mit Freiburger Vorlagen.

sicht auch der Aargau, wo im ausgehenden Mittelalter die Fertigungsurkunden des Landgerichts, der meisten Städte und vieler dörflicher Niedergerichte den Stab bei der Übereignung noch nicht nennen.

Keineswegs ist daraus auf Nichtgebrauch des Richterstabes bei der Fertigung zu schließen<sup>37</sup>, denn im Aargau und anderswo ist für zahlreiche Gerichte mit summarischer Beurkundungspraxis die Verwendung des Stabes durch andere Quellen belegt<sup>38</sup>. Für allgemeine Geltung dieses Verfahrens spricht es, wenn die Freiherren von Zimmern im Jahre 1525 ein Schloß in gleicher Weise verkauften, als ob sie es vor dem kaiserlichen Hofgericht zu Rottweil und allen übrigen Hof-, Land- und anderen Gerichten getan und darum an den Stab gegriffen hätten<sup>39</sup>.

c) Bei der Veröffentlichung von Urkunden der nichtstreitigen Gerichtsbarkeit verzichteten leider viele Editionen schon vom späten 14. Jahrhundert an auf die Wiedergabe des vollen Wortlauts, wenn nicht überhaupt nur Regesten geboten werden. Die meisten Urkundenbücher kürzen, teils ohne den Umfang der Lücken kenntlich zu machen, vor allem beim sogenannten Formelkram und geben nur kurze Hinweise auf Verzichts-, Auflassungs- und andere Formeln der gerichtlichen Übereignung. Daher muß auf die Originale greifen, wer sich ein Urteil über das Fertigungsverfahren und insbesondere über die Verwendung des Gerichtsstabes bilden will. Vermutlich ist es diesen ungünstigen Arbeitsbedingungen zuzuschreiben, daß über die im Spätmittelalter und in der Neuzeit bei der Fertigung geübten förmlichen Handlungen bisher wenig geschrieben worden ist.

Obschon die einschlägigen Quelleneditionen ausgewertet und in annähernd dreißig Archiven unveröffentlichte Bestände eingesehen wurden, konnte selbstverständlich nur ein geringer Bruchteil der aus unserem Untersuchungsgebiet in großer Zahl, wohl zu Zehntausenden überlieferten Fertigungsurkunden erfaßt werden. Es mußte genügen, einen aussagekräftigen

37 Vgl. dazu FEHLMANN, S. 12. ISLER, S. 36, nimmt im Gegensatz zum Wortlaut der Urkunden an, in Diessenhofen sei vor dem 15. Jh. die Auflassung ohne Stab nur von Hand zu Hand erfolgt.

38 Zum Beispiel für die Städte Basel, Luzern, Aarau, Bremgarten, Brugg, Klingnau und Lenzburg und die Niedergerichte Boswil, Fahrwangen, Höngg, Lörrach, Leipferdingen, Reinach, Ragaz und andere. Auch um Freiburg i. Br. nennen die Fertigungsurkunden den Stab nicht, doch werden dort seit dem 16. Jh. Stabhalter erwähnt, und 1450 heißt es im Gericht Herdern *mit dem stabe gefront und in verbott geleit* (Urkunden des Heilig-Geist-Spitals zu Freiburg im Breisgau II, Freiburg 1900). In Münster im Oberwallis wird 1563 im Streit um die Gerichtsrechte im Zenden Goms behauptet, der Meier habe in Münster Gericht, Stab und Forum: *de per se habere truncum et patibulum atque torum apud Conches* (Pfarrarchiv Ernen A 55).

39 Gleiche Formulierung 1529 in Radolfzell (Mittg. Fü. Archiv I n. 181 und 251). Formulierungen wie die folgende Zinsverschreibung in Marthalen 1736 erwähnen den Stab nicht eigentlich, lassen aber seine Verwendung erschließen (StAZH C V 3, Schachtel 2 c): *Weliches dan also vor mir dem Stabhalter und Gerichte mit Mund und Hand aufgeben und empfangen...*



Querschnitt mit breiter räumlicher und zeitlicher Streuung zu ziehen. Dieses Ziel dürfte mit 2150 Urkunden über die gerichtliche Übertragung von Eigentum und anderen Rechten wohl erreicht sein. Die durchgesehenen Texte verteilen sich im Verhältnis von drei zu zwei auf das Spätmittelalter und die Neuzeit:

*Die zeitliche Gliederung der durchgesehenen Fertigungsurkunden*

	Beigezogene Urkunden	Davon mit Stabnennung
13. Jahrhundert	3	—
14. Jahrhundert, 1. Hälfte	142	1
14. Jahrhundert, 2. Hälfte	475	194
15. Jahrhundert	690	420
16. Jahrhundert	530	395
17. Jahrhundert	230	185
18. Jahrhundert	80	75
zusammen	2150	1270

Diese Zahlen zeigen, wie die Gerichtsbriefe von der Mitte des 14. Jahrhunderts an gesprächiger werden und bei der Protokollierung der Übereignung immer häufiger auch den Gerichtsstab nennen. Er ist in drei Fünfteln aller durchgesehenen Fertigungsurkunden erwähnt.

Die räumliche Streudichte der Belege mußte ungleichmäßig und dort geringer sein, wo in der Neuzeit — als Beispiele seien die Innerschweiz und Oberschwaben genannt — die obrigkeitliche, nichtgerichtliche Fertigung überwog. Andere Quellen belegen, daß auch in den Gerichten dieser Gebiete der Stab in Gebrauch stand. Mehrheitlich stammen die der Untersuchung zugrunde gelegten Urkunden aus ländlichen Niedergerichten, doch sind auch städtische Gerichte und mehrere Landgerichte mit großräumigen Sprengeln vertreten. Die regionale Verteilung zeigt das folgende Bild:

*Räumliche Verteilung der Gerichte,  
aus denen die Fertigungsurkunden stammen*

Ostschweiz (Thurgau, Schaffhausen, St. Gallen, Appenzell und Zürich)	264
Nord- und Mittelschweiz (Aargau, Basel, Bern, Solothurn)	82
Innerschweiz (Luzern, Schwyz usw.)	21
Graubünden, Glarus, St. Galler Oberland	23
Deutsche Schweiz und Graubünden	390
Elsaß	26
Deutschland (Breisgau, Schwarzwald, Oberschwaben, Allgäu)	115
Vorarlberg	7
Insgesamt Gerichte	538

Angesichts der weiten geographischen Streuung darf trotz der durch die Quellenlage erzwungenen Beschränkung angenommen werden, die Stichprobe sei hinreichend repräsentativ und aussagekräftig.

Die folgende Darstellung will ein möglichst plastisches Bild der gerichtlichen Übereignung mit dem Stab des Richters vermitteln und läßt daher in reichem Maße die Quellen sprechen. Die Quellennachweise für alle angeführten Urkunden finden sich im Anhang.

## 2. Elemente der gerichtlichen Übereignung

Die Übertragung im Gericht vollzog sich im Spätmittelalter und in der Neuzeit in einem bestimmten Zeremoniell mit formgerechter Rede und durch symbolische Handlungen, vor allem mit dem Stab des Richters.

a) In den Urkunden werden diese Formelemente zusammenfassend oft dahin umschrieben, die Fertigung sei mit allen zur Rechtsgültigkeit erforderlichen Worten und Werken geschehen, wobei gelegentlich symbolische Handlungen angedeutet werden. Beispiele für diese Formulierung und sinnverwandte Äußerungen: *An dizin dingin wart gipflegin mit wort, mit werch, mit gibärdin aller der gicierde, mit ufgegn unde enpfahinn aller der gicierde, so man bidarf ze so getanin dingen* (1300 Pfalzgericht St. Gallen); *Mit aller der usrichtung, red und werk, so von reht, geschribem oder ungeschribem, gaistlichhem oder weltlichhem, oder von gewonhait notdürftig was* (1319 Pfalzgericht St. Gallen); *mit worten und getäten, so darzû hörent nah rehte und nah gewonhait* (1316 Landgericht im Thurgau); *enzihung vor gerichte geschehen mit allem reht und mit aller gewarsami, wort und werch, so darzû höret und man tûn sol* (1330 Winterthur); *beschach das allez mit allen den sachen, red und werk, so dar zû hortant ald nutz warend* (1352 Landgericht Schattbuch-Heiligenberg); *mit gehûgden, worten und werken* (1381 Radolfzell); *mit ufgebenn und mit entzihnüst und mit allen sachen, worten und werken* (1384 Feldkirch); *vertigen, entzihen, gelüpt und ufgeben vollefürte . . . mit allen den worten, werken, räten und getäten* (1394 Konstanz); *mit entzihen, worten, werken und anderer gewarsamy* (1433 Bremgarten); *vollfür mit gelüpten, worten, werken* (1434 Gerschwil); *mit den worten und gedingen* (1459 Wädenswil). Nicht immer ersetzen solche zusammenfassenden Feststellungen die ausführliche Schilderung des Übertragungsaktes. Manche Urkunden protokollieren damit nach der Wiedergabe des Urteils über die Fertigung deren rechtskräftigen Vollzug. Beispiele <sup>40</sup>: *und volfürten das . . . mit aller ehafti und gewarsami, worten und werken* (1360 Kyburg); *mit den worten, werken und hûgnüst, so . . .* (1376 Sessafret); *enzihen sich daran mit behûgten, worten und getäten* (1414 Stadt St. Gallen); *tett das alles mit gelerten worten*

<sup>40</sup> Weitere Beispiele: 1379 Waldenburg, 1413 Fägswil, 1436 Dörflingen.



und mit allen wisen und gebärden, so darzü geborten (1449 Ganterschwil); mit Worten, werken, räten und gebärden (1545 Neunforn).

Urkunden geistlicher Gerichte bieten für den deutschen Ausdruck eine lateinische Entsprechung: *adhibitus in omnibus supradictis verborum et gestuum sollempnitatibus debitis et consuetis* (1301 Offizialat Konstanz); *adhibitus in premissis omnibus et singulis verborum, gestuum et consuetudinum sollempnitatibus debitis et consuetis* (1314 Offizialat Konstanz) 41.

Gelegentlich in Verbindung mit der Erwähnung von Worten und Werken, vor allem in der Neuzeit aber weit häufiger anstelle dieser Formel heißt es in den Gerichtsbriefen, die Fertigung sei mit Mund und Hand 42 geschehen. Dazu einige Beispiele 43: *ist dis vertigung vor mir ... beschehen und volfür mit mund und hand* (1497 Schlatt); *alles vor uns und offenem rechten verfertiget und volfür mit Mundt, mit Handt und an den Stab wie urtail gab* (1571 Diessenhofen); *Fertigung, Aufgab und Verzeichung mit Mundt und Handen an des Grichts Stab* (1648 Bürglen). Der Ausdruck findet sich überall im deutschen Sprachgebiet. Richter sieht darin die typisch sächsische Geste bei der Übertragung von Liegenschaften (hier auch *mit vingern und zungen*; lateinisch *ore et manu*), die sich laut Texten des 12. und 13. Jahrhunderts offenbar aus der Übergabe eines Traditionssymbols entwickelt habe. Er deutet sie als »eine Gelöbnisgeste, die im Erheben des Fingers bzw. in der Handreichung oder im Handschlag bestand und mit feierlichen Worten verbunden war«. Später sprechen in Ostsachsen die Quellen überwiegend nur vom Handschlag, von der Handreichung 44. Im Fränkischen wurde der Eigentumserwerb an den Gerichtsstab gelobt; die Übertragung geschah *mit mund, hand und halm*. Schon im 14. Jahrhundert wird dies als *sitlich und gewönlich ... in Frankenlanden* bezeichnet und in einer neuzeitlichen Quelle wie folgt gedeutet: *Erstlich mit*

41 ThUB IV n. 994, 1190; vgl. ferner V n. 1723, 1893, 1901 usw. Ähnliche Verzichtformeln im Gericht des Propstes von Zürich (1313; UBZH IX n. 3237) und 1311 im Kloster St. Luzi in Chur (MUTZNER, S. 29). Das Konstanzer Offizialat verwendete 1346 bei einem Verkauf auch die deutsche Formel *mit allen den Worten, werchen und getäten* (ThUB V n. 1867).

42 Weniger oft in umgekehrter Reihenfolge *mit Hand und Mund*; z. B. 1451 Grenzach, 1496 Geberschweier, 1531 Diegten und 1562 Tüllingen.

43 Weitere Beispiele: 1370 Arisdorf, 1390 Schlatt-Thurgau, 1423 Thun, 1456 Wiggwil, 1494 Embrach, 1473 Knonau, 1512 Binzikon, 1532 Siblingen, 1561 Rudolfstetten, 1612 Rudolfingen, 1663 Marthalen.

44 RICHTER, S. 26–29, 70. Nach seiner Auffassung kann bei solchen Gesten von eigentlichen symbolischen Handlungen nicht mehr die Rede sein, weil eine Willenserklärung oder Rechtshandlung nicht mehr durch Sinnbilder ausgedrückt, sondern durch bestimmte Handlungen feierlich bekräftigt wird. KOCHER, Wort und Form, S. 11, deutet Hand und Mund als Handgebärde des Eides und Sprechen der Eidesformel. FIRSCHING, S. 25, erwähnt den Ausdruck bei Belehnungen und deutet »Mund« als küssenden Mund, während »Hand« wohl die Überreichungsgeste des Investitursymbols meine.

dem mund, das ist, das er mit worten solche verenderung gestanden und bekennt; zum anderen mit hande, so er dem newen besitzere die hande, das ist sein trew, geben und in damit in die gewere des verenderten guts gesetzt; zum tritten mit halme, so er einen strohalmen verschoessen, das ist von ime geworffen und sich also des verenderten guets gantzlich entewsert und vertzihen hat <sup>45</sup>.

Die Aufgabe mit Hand und Mund war auch im alemannischen Raum von großer Bedeutung. Merk nennt sie die wichtigste Förmlichkeit im Meersburger Übereignungsverfahren des Spätmittelalters, die der landrechtlichen Übertragungsform des Linzgaus und anderer alemannischer Gebiete entsprochen habe <sup>46</sup>. Nach den Untersuchungen Mayer-Edenhausers war in Freiburg im Breisgau die Übereignung mit Hand und Mund die sinnbildliche Handlung. Auf Grund von Urkunden aus dem fränkisch-alemannischen Grenzraum und dem Gebiet um Straßburg gelangt er zur Vermutung, die Förmlichkeit mit Hand und Mund entspreche der Aufgabe mit der Festuca. Demnach sei sie das alemannische Gegenstück zur fränkischen Stab- und Halmreichung und wie diese vor allem als Gelöbniß zu werten <sup>47</sup>. Unsere Quellen sprechen aber nur vereinzelt vom Loben, Bekennen, Sprechen und Verheißsen mit Mund und Hand: *Und lobtent öch darzû an den stab mit mund und mit hand* (1387 Viztumsgerecht Chur); *an stab mit mund und hand bekennen* (1450 Pfalzgericht St. Gallen); *am stab mit mund und hand verheissen* (1430 Hemmenhofen); *mit mund und hand an den stab verjehen* (1472 Lommis); *mit Mund und Hand an des Gerichts Stab ychtig und beehandlich gewesen* (1669 Sirnach).

Weit häufiger ist die Rede davon, es sei an des Richters oder des Gerichts Stab mit Mund und Hand gefertigt worden <sup>48</sup>. Der bildkräftige Ausdruck meint hier die Gesamtheit der zur rechtskräftigen Übereignung erforderlichen Solennitäten in der Einheit allen förmlichen Sprechens und Handelns. Auch diese knappe Formel wurde in der wuchernden Rechtssprache des Spätmittelalters und der Neuzeit abgewandelt und erweitert <sup>49</sup>: *mit mund, mit hand, mit allen den worten und getäten* (1381 Landgericht Hegau und noch 1642 in der Stadt Wil); *mit mund und hand, worten, werken und geberden* (1386 Landgericht Hegau und 1534 Eschenz); *vertiget die . . . mit hand, mit mund, mit geberden* (1456 Steinhausen); *mit mund und hand an des gerichtts stab und mit allen worten und solleniteten* (1534 Wollmatingen); *mit Mundt undt Hand, ouch mit allen Worthen, gethaten und zirligkheiten* (1673 Kreuzlingen und 1725 Eggen).

45 MERZBACHER, S. 180 f.

46 MERK, ZRG GA 56, S. 25.

47 MAYER-EDENHAUSER, S. 31, 86.

48 Beispiele: 1466 Üttingen, 1486 Horgen, 1521 Diessenhofen und Lommis, 1548 Birwinken, 1614 Baltersweil, 1773 Tegerfelden.

49 Ferner 1484 Aarburg und 1642 Rheinheim.



Einige neuzeitliche Texte sprechen nur noch von den notwendigen Solemnitäten<sup>50</sup>, so 1545 in Hallau: *volfürt . . . mit uffgeben und empfaben an stab mit den solemnitäten, so von gewonhait und rechtswegen hier zu gehören.*

b) Zu den wesentlichen Elementen zählte das *formelhafte Sprechen*. Freie Rede war rechtlich wirkungslos; die zur Rechtsgültigkeit der Übertragung notwendigen mündlichen Willenserklärungen mußten noch in der Neuzeit vor Gericht in bestimmtem, unabänderlichem Wortlaut geschehen. Der Aufgebende und der Empfangende hatten die ihnen vom Richter oder später von einem Fürsprecher vorgedachten Formeln genau, laut und deutlich zu wiederholen. Auf diesen Vorgang und die strenge Gebundenheit des rechtswirksamen Sprechens weisen zahlreiche spätmittelalterliche Fertigungsurkunden mit der Erwähnung *gelerter worte* (lateinisch: *doc-ta verba*) im Sinne vorgegebener und fest formulierter Wendungen hin<sup>51</sup>. In Frauenfeld heißt es 1348 *entziehen mit . . . gnanden worten* und 1443 in Baden *mit allen vor bedingten worten . . . vertigen*. Daß ein Teil der Texte davon nur beim Verzicht<sup>52</sup> oder allein bei Aufgabe und Fertigung<sup>53</sup> spricht, ist der Lückenhaftigkeit der Protokolle zuzuschreiben und ohne Belang.

In der Neuzeit erscheint der Ausdruck *gelerte worte* zwar nur noch selten (zum Beispiel 1579 in Berg-Thurgau), doch wurde vom Spätmittelalter bis zum Ende des 17. Jahrhunderts die Abgabe der mündlichen Erklärungen bei der Fertigung häufig als Verjehen, Offnen, Bekennen, Verheissen oder Geloben an den Stab des Richters protokolliert. Beispiele: *An stab offentlich verjehen und geloben* (1447 Kloster Stein a. Rh.); *vertigung vergächind mit gelerten worten und mit offnung an des gerichtes stab* (1458 Aadorf); *Vol-füeren und verjachen . . . an des gerichtes stab* (1499 Rapperswil); *An den Stab verjehen . . . mit mund und mit hand und mit gelerten worten* (1492 Freigericht Thurlinden)<sup>54</sup>; *offnen und volfüeren mit gelerten worten* (1442 Pfalzgericht Wil); *an des gerichtes stab griffen und daran . . . eroffnet* (1534 Eschenz, verbreitet im unteren Bodenseeraum); *Im Ring und am Gerichts Staab offentlich bekhennen* (1650 Emmingen und 1483 Gossau-St. Gallen); *söllichs für sich und all ir erben an des richters stab verhiessend mit mund*

<sup>50</sup> Weitere Beispiele aus der Neuzeit: 1566 Mannenbach, 1570 Tobel, 1586 Weinfeld, 1590 Kadelburg, 1647 Stein a. Rh., 1666 Rothenhausen.

<sup>51</sup> GRIMM, RA II, S. 555; MERK, ZRG GA 56, S. 38, betont für Meersburg die Starrheit dieser Formeln. HATTENHAUER, S. 56–59, wertet die gelehrten Worte als Beispiel dafür, daß auch damals noch das alte magische Denken seinen Platz im Rechtsleben behauptete.

<sup>52</sup> Beispiele: 1402 Hofgericht Wil, 1401 St. Johann.

<sup>53</sup> Beispiele: 1382 Bronschhofen, 1391 Frauenfeld, 1426 Wil, 1457 Henau und Brunnadern, 1476 Lommis, 1493 Mogelsberg.

<sup>54</sup> Verjehen z. B. auch 1400 Wigoltingen, 1454 Niederstetten, 1456 Oberhelfenschwil, 1476 Eschenz, 1478 Mörschwil (häufig im Raum um Winterthur), 1490 Blumenfeld. Im 15. Jh. vor allem, so 1477 im Stadtgericht und 1469 im Pfalzgericht, *verjehen der dingen* oder *verjehen mit gelerten worten* in St. Gallen.

*und hand* (1433 Stein a. Rh.); An den Stab *geloben und verheissen* (1440 Kaiserstuhl); An den Stab *geloben und versprechen* (1566 Buus und 1622 Osterfingen) <sup>55</sup>.

Den Wortlaut der vor- und nachgesprochenen Formeln nennen die Fertigungsurkunden nicht, wohl aber einige späte Prozeßordnungen. So mußte in den Toggenburger Niedergerichten der Schuldner bei der Errichtung eines Zinsbriefes im 17. Jahrhundert sein Gut nach altem Brauch *mit gelerten worten*, das heißt mit einer wörtlich vorgeschriebenen Aufgabe- und Währschaftsformel auflassen: *Darauf müessen beede . . an stab greifen und der schuldner dem fürsprechen also nachsprechen: Ich . . . gebe auf vorgemelt mein guet uss mein, meiner erben und nachkommen in des . . . , seiner erben und nachkommen handen, weiss auch weitere beschwården nit daruf und will also dessen werd sein nach dem rechten.*

Die Gerichtsordnung von Rudolffingen aus dem Jahre 1758 bestimmt für Handänderungen: *Wollen Ihr also der urtel statt thuen, so soll ein Parthey nach der andern herbey kommen undt am Grichtsstab anlobung thuen. Darauf sagt der Grichtsvogt zum Verkeufer: Ihr geben auf für Euch und Euer Erben, undt zum Keufer sagt er: Undt Ihr empfangen für Euch und Euer Erben.*

c) *Hand* und *Handgebärde* waren nicht nur bei der Eidesleistung bedeutsam, sondern auch für den Übergang von Besitz und Rechtsansprüchen entscheidend <sup>56</sup>. Konrad Beyerle stellte fest, im Übereignungsverfahren der Stadt Konstanz sei im ausgehenden Mittelalter der Handschlag (die *hantgetat*) an die Stelle der Begebung der alten Investitursymbole von Hand zu Hand getreten. Der Veräußerer habe Aufgabe und Fertigung bewirkt, »indem er dem Erwerber nach dem Gebrauch der Formelworte feierlich die Hand reichte«. Ein obligatorisches Moment war dies aber kaum, weil der Handschlag durch einen Salmann oder den Leihherrn geleistet werden konnte. In der Handreichung des Konstanzer Rechts sieht Beyerle den letzten Ausläufer der symbolischen Handlung, wie sie das alte Recht ausgebildet hatte <sup>57</sup>. Für andere alemannische Städte sind jedoch abweichende Er-

<sup>55</sup> Ferner 1479 Hemberg, 1512 Zürich, 1589 Rapperswil. In Hattingen 1534: *an ditz gerichtz stab erkantent*.

<sup>56</sup> V. SCHWERIN, in: HOOPS, Reallexikon, S. 470 f. Zum Eid SIEGEL, S. 25, 39, 54 ff. Das Idiotikon, II Sp. 1386 f., bietet für unser Thema wenig. GRIMM, RA I, S. 192, bringt aus dem frühen und hohen Mittelalter Belege dafür, daß die Auflassung von Grund und Boden zuweilen mit bloßer Hand geschah. Er nimmt aber nicht einen Schlag in die Hand des Empfangenden, sondern lediglich eine Gebärde mit der Hand des Auflassenden als erforderlich an. W. MERK, Grundstücksübertragung nach alemann. Volksrecht, S. 147, erwähnt dies im mittelalterlichen Alemannien bei Grundstücksübertragungen und verweist dafür namentlich auf eine Heiligenberger Handschrift.

<sup>57</sup> BEYERLE, Salmannenrecht, S. 132 ff. Er schreibt es der Verschmelzung der einzelnen Teile des Übereignungsaktes zu einem einheitlichen Ganzen zu, wenn in den Urkunden der symbolische Handschlag bald auf das Aufgeben und die Fertigung,



gebnisse erarbeitet worden. So spielte in Basel die Hand in der Fertigungssymbolik zwar eine große Rolle, doch ist hier der Handschlag nicht nachzuweisen; Meerwein nimmt an, der Veräußerer habe dem Erwerber einen Gegenstand (Handschuh oder Halm) in die Hand gegeben. Zum selben Schluß gelangt Mayer-Edenhauser für Freiburg im Breisgau; unter dem häufig bezeugten Aufgeben an die Hand vermutet er »ein tatsächliches Geben und Nehmen eines Gegenstandes von Hand zu Hand«. Fr. E. Meyer führt die Rechtsformel »mit Mund und Hand« in der deutschen Schweiz ebenfalls darauf zurück, der Veräußerer habe dem Erwerber Zweig und Scholle auf die Hand gelegt und der Empfänger diese zur Entgegennahme geöffnet<sup>58</sup>.

Die Fertigungsurkunden belegen in großer Zahl bis weit in die Neuzeit die überragende Bedeutung der Hand bei der gerichtlichen Übereignung in unserem Raum. Sie nennen aber nie Übertragungssymbole wie Zweig und Scholle oder Halm und Handschuh, sondern bringen die Hand des Auflassenden wie des Empfangenden in enge Verbindung mit dem Stab des Richters und mit dessen Hand. Zum Teil sind diese Aussagen allerdings kaum wörtlich zu nehmen und eher aus der Bedeutung von »Hand« im Sinne der Verfügungsgewalt über eine Sache abzuleiten. So wenn es 1460 in Zurzach heißt: *an den richtstab uf und von handen geben* und 1581 in Illhart: *den kouf zu sinen handen bringen*. Oft ist die Formel bezeugt: Vom, am oder mit dem Stab zu des Erwerbers Handen bringen<sup>59</sup>. Vor allem sanktgallische Niedergerichte um Wil und im Toggenburg verwenden noch im 17. Jahrhundert häufig den Ausdruck: Aus seinen Handen zu des Erwerbers Handen geben<sup>60</sup>. Anders als in solchen, vermutlich sinnbildlich zu deutenden Formulierungen ist die Hand im körperlichen Sinne gemeint, wenn es in den Fertigungsurkunden heißt: Mit seiner Hand zu des Käufers Handen bringen (1408 im Landgericht Stühlingen); Mit seiner Hand in die Hand des Erwerbers *loben* (1434 Ermatingen); *Tun und vollfüren . . . mit und us iren handen an des gerichtes stab zu der . . . handen* (1451 Landgericht Klettgau); *von hendt und dem gerichtsstab empfangen* (1579 Landgericht Rank-

bald auf das Entziehen bezogen wurde. Zweifellos hätten dabei aber auch die Unbestimmtheit der Urkundensprache und Abweichungen des Formulars mitgespielt. SIEGEL, S. 12–16, betont, es sei niemals ein bloßer Handschlag allein ohne verpflichtende Worte in Übung gewesen, und die dargereichte Hand habe aus der Hand des Partners erst zurückgezogen werden dürfen, wenn die Worte ganz gesprochen waren.

<sup>58</sup> MEERWEIN, S. 51; MAYER-EDENHAUSER, S. 30 f.; FR. E. MEYER, S. 26.

<sup>59</sup> Beispiele: 1359 Stadt St. Gallen, im 14. Jh. häufig in Wil und Rapperswil, 1394 Winterthur, 1373 Walenstadt, 1382 Rickenbach, 1433 Bischofszell, 1438 Hägendorf, 1416 Arbon, 1497 Engen, 1520 Aarburg, 1530 und 1540 Kreuzlingen, 1541 Eppishausen, 1563 Sipplingen.

<sup>60</sup> Beispiele: 1452 Brunnadern, 1472 Andelfingen, 1629 Mosnang.



weil)<sup>61</sup>. Zahlreich sind ferner die Texte, die von Aufgabe oder Verzicht mit der (teils heißt es: *angelegten*) Hand des Verkäufers an den Gerichtsstab berichten oder Urteile wiedergeben, wonach die Parteien an den Stab greifen müssen<sup>62</sup>.

Häufig erscheint in der Schilderung des Übereignungsaktes die Hand des Richters, der mit dem Stab in der Hand den Vorsitz führte. Von Aufgabe oder Verzicht an oder in die Hand des Richters sprechen unter andern folgende Stellen: *Entzech sich an mein handt als eines richters nach staabrecht* (1375 Stadt Baden)<sup>63</sup>; *an des richters hand und den gerichtsstab überantworten* (1491 Landgericht Leutkirch); *mir landrichter in min hand und an gerichtzstab ufgebe* (1529 Landgericht Hegau); ... *stünd ... für mich in das gericht, fertigtot und gab da dem ... an min hand und des gerichtzstab ... uf als gericht und urteil gegeben hat, Entzich sich ouch darauf ... an min hand und des gerichtzstab aller der rechten, vordrung und ansprach. Hat ouch jetz an min hand und des gerichtzstab ... gelobt und versprochen dis koufs rechter wer und tröster ze sinde für ledig eigen* (1527 Horgen)<sup>64</sup>; *euch herrn richtern in euer handt geben und an den gerichtsstab in treu und aid statt* (17. Jahrhundert, Blumenegg in Vorarlberg).

Von der Aufgabe mit der Hand des Richters berichtet ein Frauenfelder Text von 1363: *stünden ... dar für geriht an den stab und gaben uf mit des richters hant*. Wie in Bayern der Richterstab seit der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts oft auch *gerichtshand* heißt<sup>65</sup>, so bezeugt eine Fertigungsurkunde aus Malans in Graubünden vom Jahre 1485 ausdrücklich die Identität von Stab und Hand des Richters: *ward aber nach miner umbfrag uf den ayd ertailt, das ... sich diser gab und diser sach ... an den richt stab als an ains richters hand sullend verzichten und das ufgeben*. Vollzogen in folgender Weise: ... *an den richt stab hond uf geben und ichs do dar uf von dem richt stab als von miner hand dem gemelten ... an sin hand ufgeben und über antwort han*.

61 Ähnliche Formulierungen auch 1368 Bettwiesen, 1389 Berlingen, 1390 und 1478 Landgericht Stühlingen, 1425 Egolzhofen, 1431 Appenzell, 1500 Rietheim, 1519 Truttikon, 1570 Kloten und Tobel.

62 Beispiele: 1370 und 1393 Pfalzgericht Wil, 1389 Wängi, 1432 Wülflingen, 1452 Sirnach, 1469 Waldkirch, 1513 Bülach, 1530 Wagenhausen, 1540 Landgericht Thurgau, 1549 Homberg, 1602 Stammheim, 1670 Thundorf. Im 17. Jh. häufig in Wil und Umgebung. Vgl. ferner die Schilderung des Stabzeremoniells.

63 Möglicherweise ist die Lesung *staabrecht* fehlerhaft. Vgl. Anm. 140. Aufgeben *in min hand als aines richters hand* besonders häufig im Aargau, z. B. 1450 Dietikon, 1505 Niederurdorf, 1520 Laufen, 1599 Bellikon; aber auch 1492 Feldberg, 1490 Beltingen und 1508 Riehen. Ähnliche Formeln *in min hand als aines offnen richters entzige und ufgebe* (1369 Bülach) und *in des gerichtz hand* (1412 Riehen).

64 Weitere Beispiele: 1433 Regensberg, 1465 Riniken, 1473 Knonau, 1484 Olten.

65 *Mit dem stab und mit gerichtshant*, vgl. SCHLOSSER, S. 112. GRIMM, RA II S. 374, will hier einen Zusammenhang mit der altfränkischen Formel *manus iustitiae* und mit der oft oben am Gerichtsstab angebrachten Schwurhand sehen.

Darin äußert sich die Bedeutung des Gerichtsstabes als eines unerläßlichen Elements des Übereignungsverfahrens; seine überragende Rolle im Ritus der Fertigung schildert das dritte Kapitel.

d) Mit den Worten, die Fertigung sei im Gericht durch Aufgabe und Verzicht an den Stab *und s u s t m i t a l l e n a n d e r n d i n g e n , w o r t e n u n d w e r k e n u n d g e t a t e n , s o v o n r e c h t u n d g e w o n h e i t d a r z ü g e h o r t u n d n o t u r t f i g w a s*, vollzogen worden, scheinen einzelne Urkunden<sup>66</sup> weitere symbolische Handlungen anzudeuten. Es bleibt jedoch bei so allgemeinen Formulierungen, daß Eugen Hubers Annahme, die alten Übertragungs- oder Investitursymbole seien bis ins Spätmittelalter gereicht worden<sup>67</sup>, nicht nachgeprüft werden kann. Im Rahmen unserer auf den Stab des Richters und seine Verwendung bei bestimmten Rechtsgeschäften gerichteten Untersuchung ist der Gebrauch anderer Rechtswahrzeichen vor allem im Blick auf weitere Aufschlüsse über den Symbolcharakter des Gerichtsstabes zu erörtern.

In der deutschen Schweiz soll nach der Auffassung Fr. E. Meyers im 13. und zu Beginn des 14. Jahrhunderts die Aufgabe (Sala) mit *S c h o l l e* (alemannisch: *W a s e n*) und *Z w e i g* symbolisch vollzogen worden sein. »Das Rasenstück oder die Erdscholle versinnbildlicht . . . das ganze übertragene Grundstück als Teil der Erdoberfläche, der Zweig die auf dem Gute stehenden fruchttragenden Bäume.« Solche Verkörperungssymbole hätten die Grundstücke geschäftlich mobilisiert. Auch Voser nimmt an, Scholle und Zweig, ursprünglich aus dem zu veräußernden Grundstück genommen, habe man als »eigentliche Liegenschaftsrepräsentanten« beim Einweisungsakt ohne Ausnahme gegeben, doch betrachtet er die Zuordnung zu bestimmten Stufen des Übereignungsgeschäftes als unbewiesen. Für die Vermutung Jacob Grimms, kleinere Felder und einzelne Äcker seien mit Ast oder Wasen übergeben worden, größere Landschaften aber meistens mit dem Stab, lassen sich in unserem Raum keine Belege beibringen<sup>68</sup>.

Eine Bestimmung der *Lex Alamannorum* besagt, es werde vor dem Zweikampf um ein Grundstück in Anwesenheit des Grafen eine Erdscholle aus dem Feld gehoben und mit Zweigen von den Bäumen besteckt. Beide Parteien legen sie gemeinsam in die Hand des Grafen, der ein Tuch darum hüllt und sein Siegel darauf setzt. Die den strittigen Acker verkörpernde Erdscholle wird zwischen beide Kämpfer gelegt und vor dem Kampf mit ihren Schwertern berührt<sup>69</sup>. In der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts wurden zum Beispiel im Thurgauer Landgericht und in Winterthur bei der gerichtlichen Auflassung Liegenschaften *mit wasan und mit zwie* aufgege-

66 Beispiele: 1451 Leutkircher Heide, 1516 Rüti bei Bischofszell, 1530 Schlatt am Randen, 1564 Landgericht Klettgau, 1614 Weinfeldern.

67 E. HUBER IV, S. 701 ff.

68 FR. E. MEYER, S. 25-27; VOSER, S. 40, 44; GRIMM, RA I, S. 184.

69 Übersetzung nach O. FEGER, Geschichte des Bodenseeraumes I, S. 95.



ben 70. Das Gericht Wolfach schrieb 1490 die Fertigung eigener Güter *mit aim grünen zwiige, dem minsten zins und sinem mund und hande* vor, und in Bregenz ist noch 1545 ein Gantbrief auf *sein eingeleiten schollen ertrichs* ausgestellt worden. Im Prozeß um eine Geldforderung für die Lieferung von Tieren mußte im Jahre 1414 der Weibel *wasen und zwy* vom Hof des Schuldners ins sanktgallische Gericht Gossau bringen, damit dort darüber Recht gesprochen werde 71, wie auch andernorts bei Auseinandersetzungen um Liegenschaft *wart-* oder Wahrzeichen aus dem Hofe gefordert wurden 72.

Die Gewere übertrug man im 13. und 14. Jahrhundert in unserem Raum nach der Vermutung Fr. E. Meyers durch Übergabe eines Gegenstandes, vor allem von *H a n d s c h u h e n*, an den Erwerber. Tatsächlich bietet eine St. Galler Urkunde vom Jahre 884 die älteste Nachricht aus dem ganzen alemannischen Stammesgebiet über die symbolische Verwendung von Handschuhen bei einer Grundstücksübergabe: *duas hobas proprię hereditatis cum sua wanta potestative tradidit* 73. Noch im Jahre 1449 beantwortete der Rat von Zürich die Weigerung des Großmünsterpropstes, als Lehensherr einen Kauf zu fertigen, mit der Weisung, der Erwerber solle *die hent-schen . . . uf den fronalter legen . . . und im damit gevertiget sin* 74. Im Mittelalter ist die Überreichung von häufig weißen Handschuhen bei verschiedenen Geschäften wie Belehnungen und Fertigungen belegt, weil der Handschuh stellvertretend für die Hand die Gewalt über eine Sache oder Person versinnbildlichte. Daher dienten Handschuhe oft auch als Rekognitionsleistung zur Anerkennung leibherrlicher Rechte und bei der Übertragung von Eigenleuten. Zudem bestand in der Heiratsgenossame der zwölfenhalb geistlichen Herrschaften im Bodenseeraum der dem Herrn der »geraubten« Frau zufallende Raubschilling vom Spätmittelalter bis zum Jahre 1764 in einem kleinen Geldbetrag und einem Paar Handschuhe 75.

70 UBZH IX n. 3415 und 3445 (1316); ThUB V n. 1785 (1344). Hier wird das Symbol, übereinstimmend mit der Auffassung Fr. E. Meyers, nur bei der Aufgabe, nicht aber beim Verzicht erwähnt. In anderer Bedeutung erscheinen Wasen und Zweig in den Pertinenzformeln bei Aufzählung der Zubehör (so ThUB VIII n. 4511 im Jahre 1397). Die Herausgeber des UBZH sprechen, wohl nicht ganz zu Recht, hier von einer Verwechslung mit dem Übergabesymbol (z. B. Band IX, S. 359).

71 FüUB VII n. 146; UBSG V n. 2612; BILGERI II, S. 535.

72 Beispiel von 1452 (StadtA W'thur n. 910). Zu den Wort- und Wahrzeichen und ihrer zauberischen Macht BEYERLE, Sinnbild, S. 793.) Nach dem Weistum von Neuenzelle soll der Weibel *ainen stain umb keren zu ainem warzaichen, das er da gewesen sig* (GRIMM W IV, S. 497). Zum Beweis oder Ersatz einer Ladung zum Gericht erscheint in Aargauer Weistümmern ein Span aus dem Türpfosten zu einem *wörzeichen* des *fürgebots* (THÜMMEL, S. 9).

73 FR. E. MEYER, S. 56, 66; UBSG II n. 638.

74 Die Zürcher Stadtbücher des 14. und 15. Jhs., hg. von H. NABHOLZ III, S. 198.

75 Zum Handschuh als Rechtssymbol SCHWINEKÖPER, Idiotikon VIII Sp. 466 ff. und DRWB V Sp. 126–129. Beispiele für die Übertragung von Eigenleuten mit



Aus dem häufigen Vorkommen des Wortes *werpire* (oder ähnlichen Ausdrücken) schloß Eugen Huber, auch in der Schweiz sei noch im Spätmittelalter die Halmreichung oder das *Halmwerfen* geübt worden<sup>76</sup>. Im wesentlichen gehört der Halm aber dem fränkischen Rechtsgebiet an, wo die Formel »mit Mund, Hand und Halm« sehr verbreitet war<sup>77</sup>. Im süddeutschen Raum fehlen späte Belege. Schorno erwähnt den Halmwurf zwar beim Verkauf der halben Burg Reichenburg an die Herrschaft Österreich im Jahre 1362 und beruft sich auf eine im Staatsarchiv Schwyz liegende Urkunde. Diese stammt aber aus dem österreichischen Archiv auf dem Stein bei Baden und wurde nach der Eroberung dieser Feste durch die Eidgenossen wegen der Namensähnlichkeit zwischen Reichenburg in der heute schwyzerischen March mit Reichenberg im Unterelsaß den Schwyzern überlassen. Sie betrifft die nördlich Rappoltsweilers liegende Burg und Herrschaft<sup>78</sup>.

Die symbolische Verwendung von *Kleidungsstücken* (Kopfbedeckung, Mantel, Rockschoß, Gewandzipfel) bei der Fertigung ist in unserem Untersuchungsraum durch ein einziges, im gesamten deutschen Sprachgebiet bisher jedoch nur im Pfalz- und Lehengericht der Fürstabtei St. Gallen bekanntes Wahrzeichen bezeugt. Bis in die Neuzeit (aus dem Zeitraum von 1430 bis 1562 sind gegen 50 Nachrichten überliefert; für das 14. Jahrhundert ist die Verwendung aus dem Urkundenformular zu erschließen) fertigte man in diesem Gericht allein die Verfügungen von Todes wegen (Gemächte), diese aber fast ausnahmslos, mittels einer schwarzen Kappe. Laut gerichtlichem Urteil ergriff der Abt oder sein Statthalter als Richter gemeinsam mit dem Vergabenden und dem Begünstigten eine schwarze Kappe, vermutlich eine Mönchskutte oder ihre Kapuze. Nach dem Sprechen der Vermächtnisformel ließen Testator und Richter die Kappe fahren und zog der Bedachte sie *und damit dis gemächt zû sinen handen*. Der Rechtsakt wurde durch die feierliche Handlung nicht nur symbolisiert,

Handschuhen aus dem Bodenseeraum und in Zürich bei W. MÜLLER, Entwicklung und Spätformen der Leibeigenschaft, S. 105–111. Beispiele für Zinsleistungen durch Handschuhe aus der Mitte des 14. Jhs. im Quellenwerk z. Entstehg. d. Schweiz. Eidgenossenschaft, Urkunden Band III n. 390, 514, 830. Einen frühen Beleg und elsässische Beispiele für das Handschuhwerfen bringt MERK, Grundstücksübertragung nach alemann. Volksrecht, S. 146. Als Übertragungs-Sinnbilder nennt er ferner das Messer und den Andelang.

76 HUBER IV, S. 703. FIRSCHING, S. 17, bezeichnet den Halm für Deutschland als das gebräuchlichste Übereignungssymbol.

77 Vorn S. 19. MERZBACHER, S. 180 f., und KRAMER, S. 27 ff., über die Rechtssymbolik mit Scholle und Halm.

78 SCHORNO, S. 17. Verkauf *mit ufgebunge ufschiessunge des halmes als sitte ist*. R. THOMMEN, Die Briefe der Feste Baden, Basel 1914, S. 12 und n. 180. In Straßburg und Rappoltsweiler wurde *mit des halmen uffgab* verzichtet; vgl. Mittg. Fü. Archiv I n. 393 und MAYER-EDENHAUSER, S. 33 f. Beispiele aus elsässischen Weistümern bei MERK, Grundstücksübertragung nach alemann. Volksrecht, S. 147.

sondern vollzogen; sie wirkte konstitutiv. Im selben Gericht fertigte man nach zahlreichen Nachrichten die übrigen Akte freiwilliger Gerichtsbarkeit (so Gemeinderschaften, Leibdingsbestellungen, Erbverzichte) durch Handanlegen an den Gerichtsstab. Manche Urkunden nennen sogar bei der Gemächtserrichtung beide Symbole, indem die Nebengeschäfte (Währschaftsversprechen, Verzicht auf Widerruf, Bestellung von Vögten oder Trägern) unmittelbar vor oder nach dem Zeremoniell mit der schwarzen Kappe mittels des Gerichtsstabes vollzogen wurden. Die Natur des Rechtsgeschäfts bestimmte also die Verwendung des einen oder des anderen Symbols. Letztwillige Verfügungen wurden in St. Gallen vermutlich deshalb in einen besonderen Ritus gekleidet, weil das Gemächt im Gegensatz zu anderen Rechtsgeschäften keine sofortigen Wirkungen äußerte, sondern dem Bedachten nur einen bedingten, auf den Todesfall des Vergabenden gestellten Anspruch gab. Diesen Mangel sollte die gehobene Form der Errichtung ausgleichen <sup>79</sup>.

Bemerkenswert für unser Thema ist auch die Verbindung von Gerichtsstab und Kopfbedeckung. Sie ist in der Schweiz nur für das Gericht an der Aarebrücke bei Büren belegt, wo im Namen des Bischofs von Basel auf Grund landgerichtlicher Zuständigkeit auch über Totschlag geurteilt wurde. Der sogenannte Pieterlon-Rodel aus dem späten 14. Jahrhundert erwähnt eine Kundschaft, wonach der Ammann auf die Frage, in wessen Namen er Gericht halte, seinen Stab in den Boden gesteckt und den Hut darauf gesetzt habe: *Item Peter Schuderli hat geseit, by sinem eyde, so er dar umb geschworn hat dz er einest, mit sinem meister, gan Burron liess, und sach dz Nigli, der alt amman von Bieterlon, uff der brugge vor Bürron sas wider Reiben, und die füsse an dem herd hatte, und do gericht hielt war umb die gerichte warent, des ist er vnnersint, und kam Burkars seliger vatter von Mæringen, der do ze Bürron Schultheis wz, und fragte den amptman, warum er do ze gerichte sesse, oder von weswegen, do sprach der amman: von mins herren wegen von Basel. Wer ist din herre von Basel? Do nam er sinen stab und stackt inn in den herd, und satzte sin huote dar uf und sprach: hie ist min herre von Basel* <sup>80</sup>.

Das Weistum von Olvisheim im Unterelsaß aus dem Jahre 1493 bestimmt, falls kein Verwandter oder Huber ein erledigtes Dinghofgut erwerben wolle, müsse der Meier als Vertreter des Herrn *ein stap in den dinghof und ein huot darauf fur die huober setzen und das gut mit der huober urteil in sins dinkhofsherren hant und gewalt ziehen* <sup>81</sup>. Ob damit der Gerichtsstab ge-

79 W. MÜLLER, Schwarze Kappe, insbes. S. 8-9, 17-19, 33-45, mit Literaturhinweisen und Beispielen aus anderen Gebieten.

80 Ediert bei L. STOUFF II, S. 64. Die Nachricht ist im Zusammenhang mit dem Hut in der Tellensage diskutiert worden, in ihrer Bedeutung aber noch ungeklärt. Vgl. A. BERNOULLI; MARTIN MOSER, S. 7, und Idiotikon X Sp. 1019.

81 GRIMM W V, S. 470; THÜMMEL, S. 42.



meint ist, bleibt fraglich, und bei anderen Nachrichten über die Verwendung von Stäben mit einer Kopfbedeckung ist ein solcher Zusammenhang bestimmt auszuschließen<sup>82</sup>.

e) Führt von der in den germanischen Volksrechten und bis weit ins Mittelalter bezeugten *Festuca*, einem der bedeutendsten frühen Rechtssymbole<sup>83</sup>, eine Verbindung zur prozessualen Verwendung des Gerichtsstabes? Seit der Frühzeit schriftlicher Überlieferung werden die ursprünglich wohl fränkische Stabreichung und der Stabwurf (*exfestucatio*) genannt. Dabei scheint das oft durch Zerbrechen des Wahrzeichens verstärkte Wegwerfen den einseitigen Verzicht (die Lossagung von einer Person oder Sache), das Zuwerfen des Stabes hingegen den Verzicht zu Gunsten des Empfängers im Rahmen eines zweiseitigen Geschäftes symbolisiert zu haben. Juristisch gesehen – manche Fragen sind noch nicht eindeutig geklärt – werden daher zwei Formen unterschieden: der Stabwurf für die Auflassung und die Stabreichung zur Bürgschaftsbestellung (*wadiatio*). Schon in fränkischer Zeit glichen sich Auflassungs- und Wadiationsform jedoch in den meisten Rechtsgebieten weitgehend an, indem auch bei der Auflassung die *Festuca* nur noch überreicht wurde. Die Stabreichung war hier Symbol der rechtlichen Übertragung; als solches besaß sie im Formalismus des Liegenschaftengeschäftes wesentliche Bedeutung.

Ein wichtiges Anwendungsgebiet der *Festuca* lag in der Leistung verbindlicher Zahlungsverprechen, insbesondere im Bürgschaftsvertrag. Diese *Wadiation* ist vor allem in langobardischen Quellen, aber auch in bayerischen und fränkischen Rechten bezeugt; im alemannischen Recht finden sich nur unsichere Spuren. v. Amira deutet die *Wadia* als einen Botschaftsstab, während Gierke sie – was sich nicht durchsetzte – als Zeichen der Hausge-

82 So wenn es im Dinghofrodel von Fischingen im Breisgau von 1415 heißt, das *wucherrind* sei allein *mit ein schwarzen hüt uff ein stecken geleit* auszutreiben (ZGO 30, 1878, S. 306). Im Historischen Museum des Kantons Thurgau in Frauenfeld befindet sich eine Darstellungsfolge vom Aufzug des stadttsanktgallischen Vogts in Bürglen aus dem 18. Jh. Darin ist ein Mann abgebildet, der einen mit einer schwarzen Mütze besteckten Stab über der Schulter trägt, auf dem einen Bild auf dem Bock der Kalesche des Vogts sitzt und auf einer anderen Darstellung dieser Kalesche vorausseilt. (Kopien in der Rechtshistorischen Forschungsstelle beim Juristischen Seminar der Universität Zürich; Negative in der Stadtbibliothek Vadiana in St. Gallen). Die ausführlichen Nachrichten vom Aufzug des eidgenössischen Landvogts im Thurgau (vgl. O. NAEGELI, Thurgauer Zeitung 1920, Nrn. 292, 298 und 303) geben keine näheren Aufschlüsse.

83 Die knappe Zusammenfassung beruht auf folgenden Autoren: v. AMIRA, Stab, S. 145–157; DERS., *Wadiation*, S. 15–18; auf ihn stützen sich SCHRÖDER-KÜNSSBERG, insbes. S. 64 f., 304, 307, 318, 320 f., 323 f., 786; HEUSLER, *Institutionen* II, S. 76–89; GOLDMANN, Stab, S. 2629 f.; DERS., *Cartam levare*, S. 10–15; E. MAYER, S. 45–48, 59–61; BEYERLE, *Ursprung*, S. 635–645; PUNTSCHART, S. 355–357; GMÜR, S. 132–142; RENNEFAHRT III, S. 284–291; VOSER, S. 40–48; HAGEMANN, S. 16 f.; MUTZNER, S. 14 ff.; OGRIS, in: HRG I Sp. 1111 ff., und MICHELSEN.



walt, als Zuchtrute, auffaßte. Gmür, Beyerle und Hagemann sehen in der Festuca ein Persönlichkeitszeichen, in dessen Hingabe eine bedingte Selbstunterwerfung lag.

Die Festuca erhielt ihre symbolische Bedeutung nach der Auffassung v. Amiras nur durch den Wurf und die dabei zu sprechende Formel; es komme weit mehr auf den Gestus als auf das Objekt und dessen Beschaffenheit an. Er sah im Darreichen, Hinlegen, Weg- und Zuwerfen eines Stabes eine zusammengehörende, im wesentlichen auf Lossagung gerichtete Gruppe. Voser schränkt das mit der Feststellung ein, beim germanischen Geschäftsformalismus sei weniger auf die Bedeutung der Symbole als auf Art und Weise ihrer Verwendung zu achten; nach seiner Meinung wurde der Rechtsakt nicht durch bloße Geste, sondern durch Handlung (das Zuwerfen) und Wahrzeichen (Voser deutet die Festuca als Sachsymbol) verdeutlicht. Für Beyerle liegt das entscheidende Merkmal in dem auf der Festuca angebrachten Kerbzeichen; Traditions- und Wettstab waren nur Stoff. Das in rätischen Urkunden des Hochmittelalters bezeugte Zuwerfen der Urkunde führen Heinrich Brunner und Mutzner auf eine Verbindung der Carta mit der Festuca zurück. Mutzner nimmt an, von den Investitursymbolen sei im 12. Jahrhundert außer der Carta nur die Festuca übrig geblieben und – mit dem unbeschriebenen Pergament zusammengeheftet – vom Gläubiger bei der Investitur dem Erwerber zugeworfen worden.

Von späteren Erscheinungen her faßte Jacob Grimm die Festuca als Kornhalm auf. Im klassischen wie im späten Latein kann das Wort aber sowohl Stab wie Halm meinen. Heute besteht im wesentlichen Übereinstimmung darin, daß die Festuca ursprünglich ein Holzstab war und erst später zum Teil durch den Halm ersetzt wurde<sup>84</sup>, so daß Stabreichung und Halmwurf, teils verbunden mit den ursprünglichen Übereignungssymbolen, im hohen und späten Mittelalter oft als gleichwertige Formalakte erscheinen.

Zur Identifikation kennzeichnete man den übergebenen Stab durch eine im Kerbschnitt angebrachte Nota, womit er zur Festuca notata wurde. Gmür versteht darunter ein kurzes Holzstäbchen, das mit den im alpinen Raum vereinzelt heute noch verwendeten Holzsesseln und Schuldkerbhölzern identisch oder doch ihr Vorläufer war. Im Gegensatz zu der schon durch v. Amira abgelehnten Deutung des Zeichens als Rune weisen Gmür und Beyerle mit überzeugenden Argumenten auf den Charakter der Nota als Personen- und Hausmarke hin. Ergänzend stellt Rennfahrt einen Zusammenhang mit dem Hauszeichen her, dessen Übergabe nach bernischen Quellen ein Zugriffsrecht auf das betreffende Haus einräumte.

<sup>84</sup> Wie KOHLER, Festschrift Martitz, S. 88, meint, trat der Halm wegen des Mißverständnisses des Wortes *stipula* anstelle des Stabes oder indem man ihn auf einen Zweig und später auf den Halm reduzierte.

Die Stabreichung zur Besitzverschaffung erhielt sich besonders lange im französischen Rechtsbereich. v. Amira bringt Belege aus den Coutumiers von Reims und des Artois<sup>85</sup>, und in der heutigen Westschweiz wurde sie bis zum Ausgang des Mittelalters geübt. Eine Walliser Urkunde vom Jahre 1373 erklärt, *investiando de eisdem per traditionem unius baculi manualis*, und noch ein Urteil des Mannengerichts von Greyerz vom Jahre 1492 besagt: *ex eodem feudo dependente investivit ac in possessionem posuit per traditionem unius baculi nemoris manualis ut moris est, in talibus consueti secundum jura et consuetudines villae et Commitatus Grueriae*<sup>86</sup>.

In der Gegend von Moudon in der Waadt soll die Übergabe eines *baton blanc* noch im 15. Jahrhundert eine geläufige Form der Besitzübertragung gewesen sein.

Im deutschschweizerischen Rechtsgebiet ist nach den Feststellungen Fr. E. Meyers die Verwendung eines Stabes bei der Übertragung der Gewere nicht bezeugt. F. E. Welti bringt jedoch eine Bestimmung im Recht der Tvingherrschaft Kehrsatz-Gelterfingen mit der Festucareichung in Zusammenhang<sup>87</sup>: *Welicher ouch den stab versetzt vnd den nit löset, sol der amman das dem twingherrn anzöigen, wurde er dann wytter lügen, wie derselbig ze straffen sye, der also den stab versetzt hat*. Übereinstimmend mit Vorschriften der Berner Gerichtssatzung vom Jahre 1615 über die »Versicherung des Rechtens« durch Gelübde an den Gerichtsstab sieht Welti im Stabversetzen zwar richtigerweise das Geloben an den Stab, doch mißt er dem Wort verschiedene Bedeutung bei: »An den Stab geloben bezeichnet das feierliche Gelöbniß an den Stab des Richters. Der Stab dagegen, der versetzt wird, kann nicht der Richterstab sein, dieser Stab darf nicht versetzt d. h. verpfändet werden.« Für diesen pfändbaren Stab und die Verpflichtung, die der Schuldner durch das Gelöbniß an den Richterstab übernahm, verweist Welti auf den nach altem Recht in der Form der Wadiation abgeschlossenen Bürgschaftsvertrag, bei dem die Festuca die Hauptrolle spielte. »Nachdem die Übergabe der Festuca außer Übung gekommen war und das Gelöbniß an die Stelle der Bürgschaft durch Wadiation getreten war, fuhr man fort, . . . das Gelöbniß als Wadiation, als ein Versetzen des Stabes zu bezeichnen.« Beim Stabversetzen wie beim Geloben an den Gerichtsstab habe der Gläubiger dieselbe Garantie empfangen, und auf Ver-

85 v. AMIRA, Stab, S. 149–151. WISSMANN, S. 264, bringt ein Beispiel aus dem 12. Jh.: *donavi per unum baculum*. CONRAD, S. 116, erwähnt die Festucareichung für ein Währschaftsversprechen in Köln.

86 Beide Texte zitiert nach GMÜR, S. 136.

87 FR. E. MEYER, S. 27: Im Waadtländer Stadtrecht habe der uralte Brauch bestanden, die Übertragung eines Grundstücks durch Ergreifen der Erdscholle (*motte de terre*) seitens des Erwerbers kund zu geben. WELTI, S. 8, 30 f.



letzung sei die gleiche Strafe gestanden. Diese Konstruktion vermag nicht ganz zu überzeugen.

Es führt von der Festuca aber eine Entwicklungslinie zum Gebrauch des Gerichtsstabes bei Fertigungen und eidesstattlichen Versprechen. Die seit dem Frühmittelalter belegte Stabreichung an den Schuldgläubiger und bei Auflassung erfuhr im Laufe der Zeit Veränderungen. Nachdem sich der Geber eines fremden statt des eigenen Stabes bedienen konnte, bestand nach der Vermutung v. Amiras die Möglichkeit, daß der Richter seinen Stab dazu lieh, wenn die Übertragung vor Gericht stattfand. Daher konnte die Stabreichung später durch das Anfassen des Richterstabes, durch ein bloßes Versprechen unter Berühren des vorgehaltenen Gerichtsstabes ersetzt werden<sup>88</sup>. Vereinzelt unterscheiden mittelalterliche Quellen nicht scharf zwischen Richterstab und Festuca. Auch Gmür gelangte zum Schluß, das Zwerfen der Festuca habe sich zur Handanlegung an den Gerichtsstab abgeschwächt, indem der Tradent denselben fahren ließ, während ihn der Erwerber in Händen hielt<sup>89</sup>. Wirklich besteht weitgehende Übereinstimmung mit der besonders in Fertigungsurkunden aus dem Bodenseeraum häufig gebrauchten Wendung, der Verkäufer *lasse* den vom Richter vorgehaltenen Stab und der Käufer ziehe mit ihm das Geschäft zu seinen Händen. Wenn der Gerichtsstab auch unabhängig von der Festuca entstand und ihr keineswegs gleichzusetzen ist, so übernahm er in der Verwendung bei Fertigung und Gelöbnis doch Funktionen, die früher von der Festuca erfüllt worden sind.

88 v. AMIRA, Stab, S. 151: »Durfte ihn, wie gewöhnlich, der Richter nicht ganz aus der Hand lassen, so gestaltete sich nunmehr das Verfahren so . . . , der Richter hielt seinen Stab dem Veräußerer vor, den dieser »Aufgebens« halber (und etwa auch der Empfänger Erwerbens halber) berührte, wie anderwärts die Stabreichung durch Vermittelung des Richters vor sich ging . . . Er erwähnt dazu französische Belege. SCHRÖDER-KÜNSSBERG, S. 321.

89 Eine italienische Urkunde von 1043 bezeichnet den Richterstab als Festuca, während er sonst fustis oder lignum genannt wird. Ein französischer Text von 1249 erklärt: *Investire per baculum vel festucam* (zitiert nach v. AMIRA, Stab, S. 146). GMÜR, S. 136; gleicher Auffassung ist CARLEN, Bern, S. 111. Vgl. auch FEHLMANN, S. 12. Abzulehnen ist MAYER-EDENHAUSERS, S. 86, Vermutung, das Gelöbnis mit Hand und Mund habe als alemannische Entsprechung der Festuca zu gelten.



### 3. Das Zeremoniell der Fertigung mit dem Stab des Richters

Die gerichtliche Übereignung geschah nach vorbereitenden Handlungen in der Form eines Prozesses. Die vom Gericht als Beweismittel ausgestellten Urkunden schildern den Einsatz des Gerichtsstabes auf den verschiedenen Stufen des Verfahrens mehr oder minder ausführlich. Häufig nennen sie das Wahrzeichen richterlicher Gewalt *des gerichtes stab*<sup>90</sup>; auf seinen Träger zielen Bezeichnungen wie *des richters stab*<sup>91</sup> und ähnliche Ausdrücke: *an min des gerichtz stab* (1534 Bubikon und 1561 Bülach); *an min des richters stab* (1436 Rechberg); *an des geschworenen richters stab* (1622 Wollerau). Besonders in Landgerichten ist oft die Rede vom *richtstab*<sup>92</sup>, während *eidstab* bei Übereignungen nur in einigen späten Quellen auftritt<sup>93</sup>.

Wie das Fertigungsverfahren insgesamt so wird in den Urkunden häufig auch der Stabgebrauch nur summarisch erwähnt<sup>94</sup>: *hant daz gütan nach miner wisung an den stab* (1353 Frauenfeld); *entziehen, vertgen, vollfüren und enpfahen . . . ain des gerichtes stab* (1431 Hagenwil); *geschehen vor mir und an des gerichts stab mit behugten, Worten und werken* (1450 Thayngen); *Und geschach dis alles also an des gerichtz stab mit entziehen und empfangen mit sampt allen Worten und werken* (1505 Dürnten); *Und als dise vertigung am stab und am ring des gerichtz geschach* (1536 Berg a. I.); *dis alles vor mir und dem gericht beschechen mit mund, handen, aufgeben und empfangen so ordenlich an den stab wie urthail gab* (1588 Stadt Schaffhausen); *Und nachdeme solches alles nach Form des Rechten an Gerichts Stab gefertigt worden* (1675 Tegerfelden); *nach dem es also mit Mundt und Handt am Gerichtsstaab gefertigt, aufgeben und wider empfangen* (1696 Oberendingen).

Viele Texte berichten jedoch ausführlich über das mit dem Stab des Richters geübte Verfahren. Im folgenden stellen Auszüge aus diesen Quellen –

90 Varianten: *ünseris gerihetes stab* (1370 Pfalzgericht Wil), *dises Jahrgerichts Stab* (1635 Erzingen). Am oberen Zürichsee wird *von unsers gerichtz gewonlichem stab* gesprochen (1518 und 1556 Rapperswil, 1520 Pfäffikon-Schwyz). *Stecken* heißt er nur vereinzelt, so im 14. Jh. in Ermatingen (ThUB VII S. 1023).

91 Beispiele: 1393 Berneck, 1445 Interlaken, 1511 Meilen, 1539 Bern, 1566 Murten, 1604 Zofingen, 1620 Brugg. An, mit oder durch *mins herrn stab* im 15./16. Jh. im St. Galler Pfalzgericht und im Elsaß.

92 Beispiele aus Landgerichten: 1377 Bern, 1390 Stühlingen, 1431 Klettgau, 1385 Heiligenberg, 1381 Hegau, 1469 Rankweil. Weitere Belege: 1381 Säkingen, 1393 Bernhardzell, 1403 Beringen, 1424 Bregenz, 1438 und 1450 Überlingen, 1459 Chur, 1478 Tiengen.

93 So im 17./18. Jh. in Hünenberg (STEINER, S. 91); 1651 in Neuhausen ob Eck *Aydtstab*; 1705 in Villmergen; 1707 in Waldshut. Nur in Appenzell-Innerrhoden ist *Schwörstecke* bezeugt (Idiotikon X Sp. 1654).

94 Weitere Beispiele: 1422 Arbon, 1456 Rapperswil, 1478 Romanshorn, 1503 Bischofszell, 1530 Wiesendangen, 1535 Kleinandelfingen, 1556 Trüllikon, 1596 Flaach, 1691 Bühl, 1705 Dettighofen, 1710 Wutöschingen.

wobei aus der großen Zahl verfügbarer Belege nur einige charakteristische Beispiele geboten werden können – zuerst die einzelnen Phasen dar, um abschließend ein Gesamtbild des Stabzeremoniells zu bieten.

a) Nach dem gerichtlichen Urteil über das zur gültigen Übertragung erforderliche Verfahren mußten die Parteien sich in den durch Schranken abgegrenzten *Gerichtsring* begeben, *in gerichtes ring*<sup>95</sup>, *in des gerichtes zwing* (1492 Mörschwil) oder *in gerichtsschranken* (1521 Neuhausen) stehen. Manche Texte verwenden dafür Ausdrücke wie: *offenlich für gericht* (1496 Geberschweier); *vor mir (und) in gericht* (1413 Lichtensteig, 1604 Griessen); *vor offem verbannem gericht* (1408 Sargans); *in gan in offen gericht* (1439 Tobel); *ston ins gericht* (1506 Flaach); *fürhin stan* (1623 Zofingen).

Vor allem Urkunden thurgauischer Gerichte sagen im 14. Jahrhundert, die auflassende Partei stehe vor Gericht an den Stab und gebe da ihre Rechte auf oder sie gehe an den Stab: *Stünt . . . dar für gericht an stab und verzech sich . . .* (1359 Landgericht Thurgau); *stünd . . . an den stab und nam da . . . sin swestran ze rechten gemaindern* (1378 Winterthur); *gieng dar an des richters stabe und entzehe sich* (1364 Tengen).

Im Jahre 1387 heißt es in Radolfzell: *die . . . sach an minen und des gerichtes stab bringen*. Vor dem Gerichtsstab läßt 1431 eine Appenzeller Quelle die Fertigung geschehen (*vor dem gerichtsstab ufgeben mit iren händen . . . , stünden dar für gericht*); »stab« ist hier kaum als Synonym für Gericht aufzufassen. Urkunden aus Oberschwaben und dem Hegau fordern dreimaliges Eingehen in den Gerichtsring, so 1473 im Landgericht auf Leutkircher Heide<sup>96</sup>: *drü mal zu yedem mal besonder wider in den ring des besessen lantgerichts giengen*.

b) Mit der Feststellung, die Übertragung sei an den Stab zu Händen des Erwerbers geschehen (1370 und 1395 Wil, 1460 Spiegelberg) oder das Gut gelange *ab dem stab* in seine Hand (1497 Engen), bestätigen viele Quellen, daß der *Gerichtsstab* den *Eigentumsübergang* vermittelte. Dafür zeugt auch die überaus häufig vom 14. bis ins 18. Jahrhundert in Hunderten von Fertigungsurkunden ohne nähere Schilderung des Zeremoniells verwendete Formulierung, Aufgabe und Verzicht seien an den Stab geschehen. Einige charakteristische Beispiele<sup>97</sup>: *mit ir*

95 Beispiele für diese erst vom späten 15. Jh. an, dann aber häufig bezeugte Formulierung: 1467 Bartenheim, 1527 Horgen.

96 Weiter 1497 Engen, 1572 Hilzingen, 1556 Altendorf.

97 Weiter z. B. 1417 Buchthalen, 1422 Dietschwil, 1423 Landgericht Hegau, 1429 Höchst, 1431 Rankweil, 1475 Eglisau, 1491 Pfungen, 1469 Rheineck, 1501 Zug, 1535 Rifferswil, 1544 Ellikon, 1545 Baltersweil, 1502 Rixheim, 1536 Zümersheim, 1556 Dettighofen, 1556 Börwangen, 1558–1560 Rheinfeldern, 1568 Feuerthalen, 1569 Münchenstein, 1572 Weil, 1573 Tiengen, 1573 Wangen a. B., 1577 Unterhallau, 1603 Oberlauchringen, 1612 Küssenbergertal, 1653 Dangstetten, 1717 Üsslingen, 1741 Altenburg.



*hand . . . entzige an des gerichtes stab* (1363 Vogtgericht Chur); *an des richters stab mit mund und hand begeben* (1427 Stein a. Rhein); *gabend . . . uf an des gerichtes stab mit gelerten worten . . . und entwertind sich daran . . . ; . . . händ gelopt mit iren handen an des gerichtes stab und lobend och mit dissem brief* (1431 Wattwil); *an des gerichtz stab offnen, verjehen und vollführen sölt mit gelerten worten* (1442 Pfalzgericht St. Gallen); *mit mundt und handt an stab fry ledig uf und ubergebe* (1503 Wolfach); *mit mund und hand darnach an den stab* (1523 Wagenhausen); *ufgebung an stab* (1565 Habsheim); *Demnach ward dise Zins- und Kaufsfertigung vor uns im Gericht an dessen Stab mit Mundt und Handt von beiden Partheyen . . . aufgeben, dagegen angenommen und empfangen, also auf ir Begern gefertiget* (1604 Griessen); *Do nun dis alles vor mir dem Richter und Urtheilsprächern mit Mund und Hand an dem Grichtsstab ufgäben und empfachen wie Urtheil und recht gab vollfüert* (1618 Glattfelden); *Und als beedtheil dis verkaufs ainandern bekhantlich werend, vertigten sye solches an des Gerichts Stab, wie die Urthail nach dis Gerichts Brauch gegeben ward* (1643 Gottmadingen); *An des Gerichts Stab zuegefertiget, übergeben und zuegestellt* (1663 Rohr).

Insbesondere späte Gerichtsbriefe beurkunden die Fertigung am *Stab*: *Nach deme also jene beschribnen Güeter mit Mund und Hand am Gerichts Staab . . . gefertiget worden* (1710 Oberendingen); *Kauf am Stab zuegefertiget* (1748 Mammern); *das alles nach Rächtens Gebrauch am Grichtsstaab verfertiget* (1764 Zurzach); *Nachdem es also mit Mund, Hand am Grichtstab gefertiget, aufgeben und wieder empfangen* (1773 Tegerfelden)<sup>98</sup>.

Auch von der Überantwortung mit dem *Stab* ist öfters die Rede: *das si das güt mit iren handen und minem stab ufgäbend und vertgond* (1366 und 1372 Landgericht Hegau); *gaben mit ir hand und ouch mit des gerichtes stab uf und zu des . . . handen* (1430 Berneck im Rheintal); *mit minem richtstab* (1431 Landgericht Klettgau); *Verkaufte Güter dem Khöuser mit dem Staab würcklichen überantwortet, eingeraumbt und in rühwige Possess gestellt* (1625 Binningen, ähnlich 1592 Badenweiler)<sup>99</sup>.

Elsässische Urkunden berichten von der Übereignung mit dem oder durch den Stab des Gerichtsherrn: *Harumbe do vertiget er dem köufer disen kouf mit hand, mit mund, mit myns gnedigen herren stabe und mit allen den worten so darzü notürftig warent* (1490 Sulz); *Fertigte haruf die keuferrin (!) disen kouf und verkouften zins uf den berürten underpfenden mit deren ufgebung und wider empfachung umb den zins mit mund und handt durch mins gnedigen herren stab* (1533 Sulz).

98 Weiter 1564 Hegi und 1585 Embrach. In Riehen und Münchenstein 1761: *am Staab gefertiget*.

99 Auch 1387 Ermatingen.



Texte aus dem unteren Bodenseeraum und vom Oberrhein erwecken den Eindruck, es sei dem Anfassen des Gerichtsstabes bei der Fertigung eine Handreichung der Vertragsparteien vorangegangen, wenn es zum Beispiel heißt: *mit ir hand dem . . . an sin hand und darus an des gerichts stab vertigoti* (1474 Allensbach)<sup>100</sup>. Andere Urteile legen aber die umgekehrte Reihenfolge fest (zum Beispiel: *ufgäbind an des gerichtz stab . . . und dar nach in dez . . . hand*; 1424 Flecken Reichenau)<sup>101</sup>, und aus derselben Gegend stammen Belege für die Gleichzeitigkeit von Handschlag und Stabgriff (1460 Diessenhofen und 1491 Gottlieben).

c) Nur selten sprechen die Urkunden ausdrücklich davon, der Richter führe während der Fertigung den Stab; ein Beispiel von 1379 aus Chur: *ufgeben und uftragen . . . an des gerichtes stab, den wir dozermal als ain richter in der sach in unser hand bettend*. Auch wird kaum je erwähnt, der Gerichtsstab sei während der Übereignung den in den Gerichtsschranken stehenden Parteien vom Richter dargeboten worden. Darüber berichtet nur das 1654 aufgezeichnete Hofbuch von Pfäffikon (Schwyz): *Denn zemahl reicht er der Ammann dem, so das guet von handen geben, den gerichtsstab dar, der grift daran und entzicht sich damit aller seiner gerechtigkeit . . . und volgents büt er auch den Gerichtsstab dem, so die güeter in sein gewalt genommen*<sup>102</sup>.

Mit den Worten, der Gerichtsvorsitzende habe den Stab aus der Hand des alten Besitzers genommen und ihn dem Ansprecher oder Gültgläubiger übergeben, wollen Lutz für St. Gallen und Stadlin für Zug andeuten, der Richterstab sei während der Zeremonie ganz den Parteien überlassen worden<sup>103</sup>. Aus der großen Zahl durchgesehener Fertigungsurkunden scheint

100 Weiter 1483 Leimbach, 1510 Stammheim, 1531 Gailingen.

101 Auch 1412 Diessenhofen, 1426 Kaiserstuhl, 1481 Überlingen.

102 SCHORNO, S. 25 f. M. MÜLLER, S. 163, erwähnt den 1684 bei einer Fertigung in Niederuzwil vom Ammann den Parteien entgegengehaltenen Stab. Nach der um 1435 aufgezeichneten Ordnung des Hofgerichts Rottweil *bütet der hofrichter sinen stab dar* bei der Bevogtung von Personen und bei Beweisung von Heimsteuer und Morgengabe (ZRG GA 41, 1920, S. 361 f.). Vgl. den Bericht aus Schaffhausen von 1629 bei PEYER, S. 42.

103 STADLIN, S. 26; LUTZ, S. 16. Zu dieser Annahme führte Lutz vielleicht die von ihm erwähnte Gemächtserrichtung im St. Galler Pfalzgericht mittels einer Schwarzen Kappe, wo der Richter und der Vergabende beide die Kappe fahren ließen, damit der Bedachte sie und mit ihr das Gemächt zu seinen Händen ziehen konnte (MÜLLER, Schwarze Kappe, S. 18, 33). VON ARX, Band II, S. 183, erwähnt, bei Bauernlehen sei die Rückgabe des Lehens vor Gericht durch den Stab geschehen, den der Ammann aus der Hand des alten Besitzers nahm und in jene des Erwerbers legte. Als Beispiel erwähnt er eine Verleihung am Maiengericht 1376 in Rorschach. Die betreffende Urkunde ist in UBSG IV n. 1757 nicht vollständig wiedergegeben, steht in vollem Wortlaut aber in StIASG Band E 1258 f. 59 (Kopie des 17. Jhs.). Sie sagt jedoch kein Wort vom Stab, sondern erwähnt nur die Übertragung mit Worten und Werken.

aber nur eine einzige und auch sie nicht zwingend für dieses Verfahren zu sprechen (1509 Allmansdorf: *Der vilgenant . . . mit siner hand den gerichtstab ziehe und der oftgenant . . . den stab von im enpfach*). Die Quellen zeigen im Gegenteil, daß der Richter den Stab, der ja seine Befugnis und Macht verkörperte, nicht aus der Hand gab, sondern ihn von den Parteien bei der Übertragung lediglich anfassen ließ<sup>104</sup>. Klar ist dies in der oben erwähnten Churer Urkunde vom Jahre 1379 ausgesprochen und auch aus dem folgenden Text zu erschließen: *gab . . . uf mit ir hand an sin hand und mir obgenanten richter an min hand und griffe da mit an des gerichtes stab* (1483 Leimbach). Laut Fertigungsprotokollen vom Oberrhein und aus der Nordschweiz wird dem Richter an den Stab aufgegeben: *dem richter an den stab mit hand und mit mund ufgeben* (1466 Ültingen); *darstan für gericht und mir ufgeben an den stab* (1467 Bartenheim); *ufgeben . . . mir als einem richter an den stab*<sup>105</sup> (1472 Habsheim).

Der Stab galt als die verlängerte Hand des Richters und wurde ihr gleich geachtet (in Azmoos 1466: *das sy dann . . . die sachen an den richtstab als an ains richters hand . . . ufgeben . . . sölle*<sup>106</sup>). Deshalb kann auch die bis weit in die Neuzeit häufige Feststellung, Aufgabe und Verzicht seien an den Stab und an oder in die Hand des Richters geschehen, als Beleg dafür gelten, daß er seinen Stab nicht von Händen ließ. Beispiele<sup>107</sup>: *gab si uf in min hand und an minen richtstab* (1377 Berner Landgericht); *an min hand von des gerichtz wegen an den stab und mit gelerten Worten* (1393 Landgericht Thurgau); *uff gab an den stab und in min hand von dez gerichtz wegen* (1409 Stadt Lindau); *vor mir und dem gericht stunde und . . . an min hand und des gerichtz stab ufgebe* (1501 Wollerau); *In den gerichtsring gehn und solch ihr geschäft . . . euch herrn richtern in euer handt geben und an den gerichtstab in treu und aid statt deme nachzukomen* (17. Jahrhundert, Prozeßordnung der Herrschaft Blumenegg).

In ähnlicher Weise wurden während Jahrhunderten im Schultheißengericht der Stadt Zürich und unter seinem Einfluß in den ländlichen Niedergerichten der Zürcher Landschaft alle Stufen des Übereignungsgeschäftes beurkundet: *vertgott und gab da . . . den vorgeschribnen kouf . . . an min hand und des gerichtz stab lidklich und los uf, als gericht und urteil geben hat*.

<sup>104</sup> V. AMIRA, Stab, S. 96, 151. Gleicher Auffassung sind SIEGEL, S. 34, RINTELEN, S. 638 ff., BURCHARD, S. 236 ff., ZIEGLER, S. 126, KOCHER, Stabübergabe, S. 44 f. Nach dem Bildmaterial hält der Richter den Stab in der rechten oder linken Hand. Ein Weistum von 1392 sagt aber: *in eius manu dextra baculum album tenere* (KOCHER, Stabübergabe, S. 44; GRIMM WV, S. 46).

<sup>105</sup> Weitere Beispiele: 1503 Ansoltingen, 1624 Olten. In Bubendorf 1675: *mir dem richter an stab gelobt*.

<sup>106</sup> Vgl. auch die Belege für die Identität von Richterstab und -hand S. 24; SCHLOSSER, S. 112, erwähnt die bayerische Bezeichnung *gerichtshand* für den Richterstab.

<sup>107</sup> Weiter 1398 Rheineck, 1416 Lindau.



*Und entzech sich ouch darauf an min hand und des gerichtz stab . . . Der vilgenant . . . hat ouch jetz an min hand und des gerichtz stab mit gütten trüwen . . . gelopt und verheissen* (1463 Stadt Zürich) <sup>108</sup>.

Gegen die These, der Gerichtsstab sei den Parteien überlassen worden, spricht ferner die vor allem in Thurgauer und Zürcher Urteilen nicht seltene Weisung, die eine Partei habe zur rechtsgültigen Übertragung den Gerichtsstab oben und die andere unten zu ergreifen. Sie ist wohl dahin zu deuten, der Richter habe seinen Stab in der Mitte gefaßt <sup>109</sup> und aufrecht gehalten <sup>110</sup>: *das sy söltend . . . grifen an den stab und . . . den stab oben nemen und die frow und ir fogt unen und ainander söllichs . . .* (1481 Herdern); *in ring des grichts . . . ston und an den stab griffen, der hofmeister oben, der keller, och siner mueter vogt unden und sollen das guot hingeben* (1499 Rudolfingen); *Wer . . . dem andren etwas . . . zuo sinen handen bringen und verggen wil, der sol . . . für den richter in des gerichtz schranken ston und des richters stab unden und der, so die vergung annimpt, obnen nemen und am stab offenlich ein andren den kouf oder dusch offnen* (1535 Elgg) <sup>111</sup>.

Hier faßt der Käufer oben und der Verkäufer unten an den Stab <sup>112</sup>. Die umgekehrte Anordnung fordert ein Gerichtsurteil vom Jahre 1556 aus Mannenbach: *das baid thail . . . soltind keren in des grichtz ring und griffen an des grichtz stab, der verkoufer oben und der koufer . . . unden und daran eroffnind*. Eine nur 1614 in Sitterdorf belegte Variante (*zu Recht erkhendt und gesprochen, wan der Verkhäufere vornen und der Khäufere hinten an des Gerichtes Stab an ein Aydstatt grifen*) ist vermutlich so zu erklären, der Richter habe dort den vor ihm in den Schranken Stehenden seinen Stab mit kräftiger Neigung zum Anfassen entgegengereckt. Vom Ge-

<sup>108</sup> Fast gleichlautend in Zürich auch 1526, 1580 und noch 1679. Beispiele aus der Landschaft: 1437 Wädenswil, 1438 Wipkingen, 1439 Zollikon-Küsnacht, 1459 Pfäffikon, 1472 Trüllikon, 1476 Bülach, 1475 Wangen-Zürich, 1575 Hirslanden.

<sup>109</sup> M. MÜLLER, Henau, S. 163, erklärt für das Gericht Niederuzwil im späten 17. Jh., der Ammann halte den Stab in der Mitte, das Ende mit der Schwurhand nach oben gerichtet.

<sup>110</sup> Über den aufrecht gehaltenen Stab KOCHER, Stabübergabe, S. 44 f. PUNTSCHART, S. 349, betont, das Gebot aufrechter Haltung sei auch wegen der Parallele zur Handgebärde bemerkenswert.

<sup>111</sup> Eine Parallele bietet das Urteil des Wiler Pfalzgerichts von 1535, bei einer Vermächtnisfertigung habe die eine Partei oben und die andere unten an die Schwarze Kappe zu greifen. Diese Kopfbedeckung wurde nach dem Ausweis zahlreicher Belege stets auch vom Richter angefaßt (MÜLLER, Schwarze Kappe, S. 19). Weitere Beispiele: 1493 Weingarten (Lommis), 1503 Pfyn, 1609 Mammern. Dazu SIEGEL, S. 38.

<sup>112</sup> So im 18. Jh. auch in Andelfingen (STAUBER, S. 175). Eine verwandte Stelle aus Westdeutschland: Wenn der Abt von Prüm und der Vogt einen Boten setzen, dann soll der Herr *oben an den staff halden, der vogt unden an den staff halden* und der Abt soll dem Boten *den eydt staffen* (GRIMM W II, S. 549).



richt Niederuzwil ist 1684 bezeugt, daß der Richter bei Fertigungen den Stab in der Mitte hielt und beide Vertragsparteien dessen unteren Teil erfaßten <sup>113</sup>.

d) Die Parteien ergreifen den vom Richter gehaltenen Stab und umfassen ihn mit der Hand; sie berühren ihn nicht nur, wie dies aus der vereinzelt Erwähnung der angelegten Hand geschlossen werden könnte: *Mit angelegter hande an des landgerichts stab ufgeben* (1478 Landgericht Stühlingen) und *solichs mit siner angelegten hand an des gerichts stab ufgeben* (1493 Beggingen). Im Gegensatz zur Vermutung von Lutz ist auch die viel häufigere Formel, Auflassung und Verzicht geschähen mit der Hand an den Stab, nicht als bloße Berührung zu verstehen. Beispiele <sup>114</sup>: *mit ir hand . . . da vor uns an unsern stab verzigen* (1355 Landgericht Hegau); *versasten do . . . mit siner hand an ünsers gerihetes stab* (1370 Pfalzgericht Wil); *mit siner hand an den gerichtsstab vertige* (1471 Zihlschlacht). Nur selten wird gesagt, die rechte Hand ergreife den Stab <sup>115</sup>.

Möglicherweise bestanden zwei verschiedene Spielarten des Stabrituals. Einige Quellen besagen ausdrücklich, zu Beginn fasse der Auflassende allein an den Stab des Richters und erst in einer späteren Phase folge der gemeinsame Stabgriff beider Parteien. Viele andere Fertigungsurkunden sprechen aber dafür, alle an der feierlichen Übereignung Beteiligten hätten den Stab gleich anfangs gemeinsam ergriffen.

Im Sinne der ersten Variante bestimmt die Prozeßordnung für die Niedergerichte im Toggenburg aus dem 17. Jahrhundert, zuerst übertrage der Aufgebende und Verzichtende seine Rechte am Stab dem Richter, der sie alsdann in einem besonderen Akt unter Stabberührung beider Kontrahenten an den Empfänger weitergebe: *erkenne ich, dass er . . . hereinstehen, an den stab greifen und nach altem brauch sein guet mit gelehrten worten ufgeben . . . Wan er dan diss geton, solle ferners erkent werden, was recht ist. Darauf müessen beede, der schuldner und der creditor an stab greifen.*

<sup>113</sup> M. MÜLLER, Henau, S. 163. KOCHER, Wort und Form, S. 7, erklärt nach österreichischen Quellen, wenn der Richter den Stab neige, dann sei er selbst nicht mehr befugt, mit Wortakten ins Verfahren einzugreifen. Demgegenüber erwähnt CARLEN, Bern, S. 108, ein Bild aus Bern von 1483, wo der den Stab senkende Schultheiß – aus der Gebärde zu schließen – spreche. Ob die im folgenden erwähnte häufige Formulierung, die Parteien hätten *zuo bayder sit, zue beidenseits* oder *beederseits* an den Stab zu greifen, im Sinne des Stabangriffs zu beiden Seiten der Richterhand verstanden werden darf, ist fraglich. Eher sind mit den beiden Seiten hier die Vertragsparteien gemeint.

<sup>114</sup> LUTZ, S. 14. Weitere Beispiele: 1364 Stadt Wil, 1403 Landgericht Klettgau, 1455 Oberbüren, 1504 und 1528 Landgericht Thurgau.

<sup>115</sup> 1454 Landgericht Heiligenberg, 1515 Landgericht der Baar, 1684 Niederuzwil.

Für zwei getrennte, zeitlich aufeinanderfolgende Stufen des Fertigungszere-  
 moniells mit dem Richterstab spricht vielleicht auch das in zahlreichen Ur-  
 kunden protokollierte Verfahren, Eigentum oder andere Rechte seien an  
 den Stab und damit dem Richter aufzugeben, der sie dem Empfänger mit  
 dem Stab überträgt. Beispiele <sup>116</sup>: *Und do gieng ouch der . . . dar und  
 satzt . . . an den stab und mit miner hand und bat mich do dasselb selgerât  
 mit dem stab ze enpfelhen und ze vertigen an des . . . hand* (1376 Dürnten);  
*in min hand und an des gerichtes stab ufgeben . . . und das ich dann das selv  
 gût allez dem . . . in iro gewalt und zu iro handen gantzlich geben sôlt*  
 (1410 Sargans); *Also gabs . . . uf . . . an den stab und ich . . . richter gabs uf  
 mit dem stab dem* (1433 Waltensburg); *gab den kouf mit den worten und  
 gedingen . . . uf und an des . . . richters stab und entzech sich da . . . und bat  
 mich ze ferggen* (1459 Wädenswil); *und nach recht gebner urtail . . . an  
 den richt stab hond uf geben und ichs do dar uf von dem richt stab als von  
 miner hand dem . . . an sin hand ufgeben und úber antwurt han* (1485 Ma-  
 lans); *ufgeben wer an den stab zû des richters hand, also sôlt im der richter  
 den selben kof befelen zû handen* (1495 Olten); *an minen des richters stab  
 und gewalt ufgeben mit hand und mund . . . und dannenthin sôlte ich  
 den . . . kouf . . . mit gewalt und stab antwurten in die hand des . . .* (1520  
 Aarburg); *Disen kouf gab ouch der verkôufer . . . mir dem richter . . . an  
 den stab uf und ich gab den fûrer nach erkhanter urtheyl dem koufer* (1531  
 Diegten); *mit einhelliger urteyl erkennt, dass der Verkôufer . . . mir dem  
 Richter den Kauf an den stab ufgäben . . . Alsdann solle ich Richter  
 den . . . Keuferen . . . zu iro handen den Kauf inantwurten* (1581 Seengen).  
 Nach dem 1654 redigierten Hofbuch von Pfäffikon (Schwyz) bietet der  
 Richter seinen Stab zuerst dem Verkäufer und erst nach der Auflassung  
 dem Käufer dar: *Denn zemahl reicht er der Amman dem, so das guet von  
 handen geben, den Gerichtsstab dar, der grift daran und entzicht sich damit  
 aller seiner gerechtigkeit . . . und v o l g e n t s bût er auch den Gerichtsstab  
 dem, so die güter in sein gewalt genommen.*

Ein weiterer Akt gemeinsamer Stabberührung ist hier zwar nicht erwähnt,  
 doch forderte im Jahre 1520 ein Urteil desselben Niedergerichts, *das  
 bed . . . parthyen m i t e n a n d e r n an des grichts gwonlichen stab grifen  
 sôllen, sôlichen kof . . . bekennen, . . . den stab darauf lassen und . . . den . . .  
 ziechen und empfachen sôlli.* Auch andernorts ging dem vermutlich durch  
 förmliche Erklärungen getrennten »Lassen und Ziehen« des Gerichtsstabes  
 eine gemeinsame Stabberührung aller Beteiligten voran: *siddemaul . . . si  
 des . . . gichtig wärind, das si dann zû beider sit an des richters stab grifen  
 sôlten und die . . . sôlliches . . . an des richters stab verhiessend . . . und den  
 stab laussind und der . . . den stab ziehe* (1433 Stein a. Rh.); *erkhent wor-*

<sup>116</sup> Für ein Nacheinander spricht vielleicht auch die Formel: *zû recht erkent, das  
 der . . . des gerichtes stab in die hand nem und den kouf liesse und der . . . den stab  
 in die hand nem und den kouf enpfieng* (1528 Mammern).



den, das sy zü beidersyt ingiengind in des gericht's ring und da griffind an des gericht's stab und sich die . . . des koufs und verkoufs daran verjähind . . . Und daruf den stab von irn handen liessind (1476 Eschenz); das baid . . . parthyen söllend gon in gericht's ring und griffen an des gericht's stab und sölllichen kouf am stab eroffnen . . . Und das er dann den stab lasse und in . . . ziechen sölt (1526 Fruthwilen).

Die wesentliche Rolle des gleichzeitigen und gemeinsamen Griffes an den die Übereignung vermittelnden Stab im Fertigungsritus erhellt ferner aus den bereits erwähnten Gerichtsurteilen, der Richterstab sei vom einen Vertragspartner oben und vom anderen unten (oder: vorn und hinten bzw. von beiden unten) anzufassen<sup>117</sup>. Viele Texte bezeugen denn auch das häufige Vorkommen der zweiten Spielart im Zeremoniell, wonach die am Rechtsgeschäft beteiligten Personen schon zu Beginn des Verfahrens, gleich nach der Darlegung des Vertrages zusammen an den Stab griffen und die förmliche Auflassung sich in dieser Form vollzog. Beispiele<sup>118</sup>: *das sü beide an des gericht's stab grifen söltin und sich da der . . . entziehen, vergen und ufgeben* (1394 Winterthur); *erkennt, das si zü beider sit an des gericht's stab sölltint grifen und den kof offnen und abreden* (1496 Elgg, wo 1535 die Weisung bezeugt ist, die Parteien hätten oben und unten an den Stab zu fassen); *das beid parthigen solten stan in den ring des gericht's und an des gericht's stab soltend grifen* (1509 Flaach); *nach sölllicher offnung griffendt beid teil mit bekanter urteil an gerichtz stab* (1523 Bassersdorf).

Lange über das Mittelalter hinaus gehörte dies in den die Fertigung ausführlich protokollierenden Urkunden, vor allem im Thurgau und in der Sankt Galler Landschaft, zu den häufigsten Formulierungen: *nach sölicher offnung do griffend si zü bayder sit mit bekanter urtail an des gerichtz stab, vertigot und zu hand bracht daran* (1476 Gailingen, ähnlich 1622 Altnau); *griffen demnach zü beiderseits an des Gericht's Stab, fertiget und gab daran auf aus seiner Hand* (17. Jh. Niedergerichte um Wil)<sup>119</sup>.

117 Vorn S. 38 f. Nach dem dort erwähnten Rudolfinger Beispiel von 1499 kann das Urteil dieses Dorfgerichts von 1758 (*Wollen Ihr also der urtel statt thuen, so soll ein Parthey nach der andern herbeykommen undt am Grichtsstab anlobung thuen*) kaum als Beleg dafür gelten, die Parteien hätten den Stab nur nacheinander angefaßt.

118 Weitere Beispiele ähnlicher Formeln: 1429 Weibelhube Oberuzwil, 1458 Peterzell, 1459 Fehraltorf, 1579 Ramsen, 1602 Andelfingen.

119 Im Wileramt der sanktgallischen Landschaft zwischen 1640 und 1660 häufig (Rickenbach, Schneckenbundgericht, Wuppenau, Zuckenriet, Zuzwil; StiASG Band 1417). Weitere Beispiele für diesen außerordentlich weit verbreiteten Ausdruck: 1479 Gossau-St. Gallen, 1494 und 1605 Wellenberg, 1497 Glattfelden, 1536 Wuppenau, 1522 Bottighofen, 1588 Oberbussnang, 1532 Oberschongau, 1560 Mettlen, 1562 Hugelshofen, 1602 Wart-Thurgau, 1649 Sidwald. Gleichzeitige Stabberührung beider Parteien ist auch anzunehmen, wenn das Urteil des fertigenden Gerichts verlangt, sie müßten das Rechtsgeschäft *einandern am stab eroffnen* oder *verjehen* (so 1481 Neftenbach).

Schon im ältesten bekannten Beispiel einer Fertigung mit dem Gerichtsstab (1335 Schwarzenbach bei Wil) fassen ihn *ällu gemainlich* an. Später heißt es oft, es sollten »alle Theile« (1492 Altikon, 1605 Thundorf) oder die Parteien *mitenandern* (1473 Stein a. Rh., 1518 Rapperswil) an den Stab greifen. Die beiden Varianten des Stabzeremoniells sind weder im örtlichen Vorkommen, etwa als Übung bestimmter Gerichte oder Landschaften, noch in zeitlicher Hinsicht eindeutig gegeneinander abzugrenzen.

Vor allem in Oberschwaben und im unteren Bodenseeraum ist entsprechend dem dreimaligen Ausführen bevogteter Frauen aus dem Gerichtsring zur Feststellung ihres freien Willens, dem dreifachen Aufgebot der Einsprecher und der dreimaligen Befragung der Parteien durch den Richter das *dreimalige Erfassen* des Gerichtsstabes bezeugt: *also drü mal zu yedem mal besonder wider in den ring des besessen lantgerichts giengen und . . . zü yedem mal och besonder an min des lantrichters stab ufgäben* (1473 Landgericht Leutkircher Heide); *griffend sy nach bekanter urtail an des gerichts stab einest, andert und zü dem dritten mal, wie dann ires gerichtes bruch und recht ist, ferggeten daran . . .* (1528 Mettmenhasli); *den gemeldten Kauf mit gutem freyem Willen an dem Gerichts-Stab eines, anders und zum dritten aufgabe* (1573 Eschenz); *Wann . . . die verkoufer drei mall nach ainandren in dises gerichts ring eingangen und sich alles des . . . an dem gerichtzstab öffentlich bekhennen* (1572 Hilzingen, 1650 Emmingen) <sup>120</sup>.

e) Unerlässlich für die Rechtswirkung ist im Stabritual die *förmliche Rede*. In wörtlicher Wiederholung vorgesprochener Wendungen erklärt der Verkäufer Aufgabe und Verzicht, worauf der Käufer seine Rechte empfängt <sup>121</sup>. Diese Übereignung *mit gelerten Worten* oder *mit hand und mund* ist als wesentliches Element des Verfahrens bereits geschildert worden, weshalb für das Sprechen am Gerichtsstab bei der Fertigung lediglich noch einige weitere Beispiele angeführt werden: *griffendt . . . an des gerichtz stab, veryächen einandern daran ditz koufs mit mund, hand und gelerten Worten, geberden und getäten* (1447 Töss); *und der vertgung vergäch mit gelerten Worten und mit offnung an des gerichtes stab und mit iren handen dar an griffint* (1457 Elgg); *an des gerichtz stab grifen und dis alles daran bekennen und verjehen und daran loben* (1477 Stadt St. Gallen); *greif an des gerichts stab, bekant daran den kouf mit allen Worten und geberden*

<sup>120</sup> Auch 1562 bei Testamentserrichtung in Bregenz; 1501 und 1502 in Ramsen (Inventar Stein S. 115 und 658) sowie 1399 Sargans.

<sup>121</sup> Es ist dem uneinheitlichen Formular und der unterschiedlichen Ausführlichkeit der Fertigungsurkunden zuzuschreiben, wenn sie den Stab teils nur bei Aufgabe und Fertigung oder – weniger oft – nur beim Verzicht erwähnen. Der Stab in der Hand des Richters stand auf allen Stufen des Übereignungsaktes in Gebrauch.



(1492 und 1498 Mörschwil); *So nun dis vor Gericht erzelt, die Haupt- und Mitgülden was an disem Brief geschriben stath für sich . . . zuhalten mit Mundt und Handen an des Grichts Stab verlobt* (1626 Kaiserstuhl); *und haben also beede, Keufer und Verkeufer, an des Grichts stab mit mundt und händen, wie sith und gewohn, auch nach des Gerichts brauch und rechten gefertiget, ein Theil aufgeben und der ander empfangen* (1689–1711 Hagenwil–Roggwil). In der Stadt Thun heisst es im Jahre 1433: *Händ harumbe ir eide an den stab gelegt.*

f) Nachdem der Auflassende am Stab des Richters aufgegeben und verzichtet und oft noch Währschaft gelobt hatte, zog er seine Hand vom Stab zurück. Diesen Vorgang der *Übereignung an den Erwerber* schildern viele Urkunden, insbesondere aus dem Thurgau und dem unteren Bodenseeraum, mit den Worten, die eine Partei lasse den Stab fahren und die andere ziehe ihn. Beispiele <sup>122</sup>: *darnach den stab lassen und die . . . den stab ziehen, das er dann ir sollichs gevertiget hätte als recht wer, kraft und macht hette* (1430 Hemmenhofen); *und dz damit . . . den stab liess und . . . den bezug, und wann dis alles also beschäch und vollefürt wurde* (1491 Gottlieben); *daruf den stab lassen und die gemelten . . . söllichen ziehen und empfachen sollen* (1518 Rapperswil); *Und wann dann die (ver)köfer . . . den stab liessen und in der köfer zuge* (1543 Steckborn); *Daruff er den stab gelassen, den do . . . und damit dis alles zu der . . . handen betzogen* (1549 Griessenberg).

Gelegentlich wird die Überlassung des Stabes an den Erwerber anders formuliert <sup>123</sup>: *griffen an des gerichts stab und . . . den liess und . . . den behub, und damit . . . dem genanten . . . täte und vollefürte* (1486 Landgericht Thurgau); *offenlich in des gerichts ring darstand und da für sich . . . mit siner hand den gerichtsstab ziehe und der . . . den stab von im enpfach* (1509 Allmannsdorf); *ward . . . zü recht erkent, das der . . . des gerichts stab in die hand nem und den kouf liesse und der . . . den stab in die hand nem und den kouf enpfieng* (1528 Mammern); *ist erkent, das . . . söllend in des gerichts ring in gon und den gerichtsstab angrifen und der richter sy zum dritten fragen, wie den beschehen ist, demnach der . . . den stab von hand lassen und dem . . . verfolgen lassen* (1534 Mammern).

Diesen Übergang der nach der Auflassung »am Stab« des Richters befindlichen Sache protokollieren die Fertigungsbriefe bis zum Ende des 18. Jahrhunderts häufig auch mit den Worten, der Käufer habe seine Rechte vom,

<sup>122</sup> Weitere Beispiele: 1439 Rickenbach (Vogtei Eggen), 1461 Elgg, 1470 Egolzhofen, 1497 Tägerwilen, 1476 Stettfurt, 1539 Oberneunforn.

<sup>123</sup> Das schweizerdeutsche Sprichwort »den Stecken in die Hand geben« bezieht RUSCH, Müsinen, S. 32, auf die Stabverwendung bei Übertragungsgeschäften.

am, aus oder ab dem Gerichtsstab empfangen. Beispiele <sup>124</sup>: *Da wart ertailt, daz sy es von dem stab enphiengint wie recht wår* (1379 Landgericht Schattbuch-Heiligenberg); *der...enphieng och die...hus und hofstatt ...an minem stab* (1385 Wollmatingen); *wider von dem stab...ze gemeind empfaben* (1396 Amptenzell); *Der Käufer nimmt an dem stab uf* (1418 Schmerikon); *und es der...vom stab empfangen und ufneime* (1425 Schlatt); *Die ouch ze stett an des selben gerichtz stab und von miner des...richters hand enphieng* (1433 Dürnten); *also näch ir offnung widerumb ab dem richtstab ufñäm und empfieng* (1454 Landgericht Heiligenberg); *ich...lantrichter...den eberürten wingarten...mit dem stab us miner hand in sin...hand...und der genant...also von dem stab us miner hand ufñäm* (1473 Landgericht Leutkircher Heide); *der Keufer söllichs alles ime und seinen erben aus dem Gerichts Stabe also anneme und entphabe* (1556 Altendorf); *dannen endtpfieng der...von des gerichtz stab disen kouf* (1557 Hausen-Zürich); *von Hendt und dem Gerichtsstab empfieng* (1579 Landgericht Rankweil); *sölichen ab dises landgerichts stab empfache* (1586 Landgericht Stühlingen); *Diweil die person vorhin das gemacht an stab aufgeben, daß sy es jetzt wiederumb zu ihren handen ab dem stab empfaben* (16. Jahrhundert im Zuger Wochengericht beim Widerruf eines Vermächtnisses); *solchen khauf erzeltermassen...am selben gerichtsstab anneme und empfienge* (1626 Orsingen); *Kauf am Stab angenommen* (1687 Niederneunforn); *empfaben es...von euch richtern und dem gerichtsstab in ir handt und gewalt* (17. Jahrhundert Blumenegg in Vorarlberg); *der kauf am gerichtsstab aufgegeben und darab widerumb empfangen* (1737 und 1794 Kadelburg). Alle diese Formulierungen zeugen für die entscheidende, rechtsbegründende Wirkung des Stabrituals.

g) Gerichtsurkunden und Prozeßordnungen vermitteln ungeachtet der beträchtlichen räumlichen und zeitlichen Streubreite der erfaßten Texte ein recht geschlossenes, einzig im Zeitpunkt der gemeinsamen Staberührung uneinheitliches Bild des Fertigungszeremoniells. Nur in der Einheit allen formgerechten Sprechens und Handelns entfaltet der Rechtsakt in Erfüllung aller durch gerichtliches Urteil geforderten Solennitäten seine Wirkung. Die wesentliche Rolle des Gerichtsstabes beruhte darauf, daß der Veräußerer die Rechte nicht seinem Vertragspartner, sondern in den Schranken an Stab und Richter übertrug und dieser sie mittels seines Stabes an den Erwerber weitergab. Fraglich bleibt für unseren Untersuchungsraum die Überreichung eigentlicher Traditionssymbole. Die Fertigung am Stab er-

124 HILDEBRANDT, Bülach, S. 230. Weitere Beispiele: 1383 Lauterach, 1401 Landgericht Heiligenberg, 1425 Stadt St. Gallen, 1429 Laufen-Zürich, 1432 Grüningen, 1433 Merishausen, 1461 Hagenwil, 1466 und 1733 Rheinau, 1520 Ossingen, 1534 Niedereggingen, 1537 Jestetten, 1577 Andelfingen, 1587 Uhwiesen, 1601 Landgericht Stühlingen.



setzte vermutlich aber die bei solchen Rechtsgeschäften früher verwendete Festuca. Der Ritus lief, schematisch und etwas vereinfacht dargestellt, in folgenden Phasen ab:

*Eintritt der Parteien in die Gerichtsschranken*  
Offenlegung des Grundgeschäfts

Der Richter bietet den Parteien seinen Stab dar,  
behält ihn aber während der ganzen  
Zeremonie in seiner Hand

1. Variante

Der Aufgebende greift  
zuerst allein an den Stab

2. Variante

Beide Parteien ergreifen  
den Stab vor der Aufga-  
be und halten ihn bis zur  
Übereignung angefaßt

In förmlicher Rede *Aufgabe und Verzicht*  
des Auflassenden an den Stab und damit  
an den Richter

Die empfangende Partei  
erfaßt nun erst den Stab

*Übereignung an den Erwerber,*  
indem der Veräußerer die Hand vom  
gemeinsam erfaßten Stab zurückzieht und

*der Erwerber den Stab »zieht«,*  
seine Rechte vom Stab und damit vom  
Richter empfängt. Alsdann läßt auch er den  
Stab fahren.

Abschließend stellte das Gericht durch Urteil den rechtskräftigen Vollzug fest.

Laut den zur Beweissicherung ausgestellten Urkunden, die erst von der Mitte des 14. Jahrhunderts an die Fertigung hinreichend ausführlich protokollieren, blieb der Ritus seither im wesentlichen unverändert. Abgesehen vom vereinzelt angedeuteten späteren Ersatz der Auflassung und Übergabe durch ein Wahrheits- und Erfüllungsgelöbniß am Gerichtsstab, der weniger den Ablauf als den Charakter des Zeremoniells beeinflusst hätte und im Zusammenhang des Übereignungsprozesses zu erörtern ist, lassen die Quellen keine Weiterentwicklung des Stabrituals erkennen. Abweichende Schilde-

rungen sind wohl eher landschaftlichen Besonderheiten des Urkundenformulars als Unterschieden im Ritus zuzuschreiben.

Daß er bei der Bestellung von Gemächten und erbrechtlichen Vereinbarungen kürzer als bei Grundstücksübertragungen war, lag in der Natur dieser Rechtsgeschäfte begründet. Während die Landgerichte im Hegau und auf Leutkircher Heide sich für Erbverzichte von Frauen mit dem Stabverfahren begnügten, forderte das Landgericht Rankweil für solche Verzichtserklärungen nach dem Vorbild des Hofgerichts Rottweil zusätzlich einen *gelerten aid* mit besonderem Zeremoniell: Der Richter setzte seinen Stab auf die linke Brust der Frau, und diese umfaßte während des feierlichen Verzichts mit ihrer rechten Hand Stab und Brust zugleich<sup>125</sup>.

Können die neuzeitlichen Fertigungsurkunden als zuverlässige Zeugen für die Rechtswirklichkeit gelten oder wurden in ihrem Protokoll aus Pietät oder Gewohnheit längst überlebte Berichte über die in der Praxis nicht mehr gebräuchliche Verwendung des Gerichtsstabes mitgeschleppt? Die zahlreichen Texte aus verschiedenen Landschaften, die die Fertigung am Stab in einer Vielzahl immer wieder anderer Wendungen und Ausdrücke, jedoch durchgängig als für die Rechtsgültigkeit unerläßlichen Vorgang schildern, und die Vorschriften der im 16. bis 18. Jahrhundert erlassenen oder erneuerten Gerichtsordnungen für das Übertragungsverfahren beweisen, daß die Übereignung durch den Richter und seinen Stab auch damals noch tatsächlich geübt wurde und im alemannischen Raum vielerorts bis an die Schwelle zur neuesten Zeit ein konstitutives Element blieb<sup>126</sup>. Sie ist nicht allein rechtssymbolisch bemerkenswert, sondern auch für die Geschichte des gerichtlichen Übertragungsverfahrens im Spätmittelalter und in der Neuzeit von Bedeutung.

#### 4. Stufen und Entwicklung des Übereignungsverfahrens

Mit verschwindend geringen Ausnahmen vollzog sich die Fertigung in einem förmlichen prozessualen Verfahren mit Zwischenurteilen und im Zusammenspiel von Partei- und Gerichtshandlungen. Dabei gingen der Übereignung mit dem Stab verschiedene Schritte voraus, so die Offenlegung des zwischen den Parteien vereinbarten Vertrages mit dem Begehren um rechtskräftigen Vollzug, allenfalls auch die Bestellung von Prozeßvertretern und vereinzelt die Aufbietung von Einsprechern. Das Endurteil stellte die

<sup>125</sup> Beispiele von 1381 und 1474 bei FRANKLIN, S. 164, 167; RUSCH, Müsinen, S. 75 f.; KOHLER, Rottweil, S. 108.

<sup>126</sup> Demnach entspricht die Feststellung MERKS, ZRG GA 55, S. 213, in der zweiten Hälfte des 16. Jhs. sei in manchen Teilen des schwäbisch-alemannischen Rechtsgebiets die alte gerichtliche Fertigung zu einer leeren Form verblaßt, nur bedingt der Wirklichkeit. Am frühesten scheint die Fertigungssymbolik in manchen Städten preisgegeben worden zu sein; vgl. MAYER-EDENHAUSER, S. 30, über das völlige Fehlen von Urkundenaussagen über Wahrzeichen in Freiburg im Breisgau.



rechtsgültige Übertragung fest, worüber auf Verlangen einer Partei ein *brief* ausgestellt wurde.

Dieses Geschehen wird in den schriftlichen Quellen in unterschiedlicher Form und Breite protokolliert. Urkunden, die sowohl das Urteil als auch den Vollzug ausführlich schildern, sind nicht zahlreich und gehören dem Spätmittelalter an<sup>127</sup>, während Texte mit weitläufiger Wiedergabe des Gerichtsurteils und summarischem Vollzugsprotokoll bis ins 18. Jahrhundert reichen<sup>128</sup>. Ebenso häufig wurde nur die Ausführung des Urteils beurkundet<sup>129</sup>. Ungeachtet aller Abweichungen in Formular und Aussage lassen Fertigungsurkunden und neuzeitliche Prozeßordnungen<sup>130</sup> in ihrer Gesamtheit aber den in mehrere Schritte gegliederten Gang der Übereignung am Stab des Richters klar erkennen. Vor der Schilderung der einzelnen Phasen des zivilgerichtlichen Verfahrens sind einige Bemerkungen zum Forschungsstand anzubringen.

a) Die Auffassungen über Entwicklung und Gliederung der Übereignung von Eigentum und anderen Rechten im Mittelalter sind kontrovers. Eine Auseinandersetzung mit der lebhaften, insbesondere von Schröder, Heusler, Sohm, Gierke und für das alemannische Volksrecht von Merk getragenen Diskussion zu diesem klassischen Thema rechtshistorischer Forschung sprengte jedoch den Rahmen unserer Studie; sie wird daher nur kurz und im Blick auf die spätmittelalterliche Entwicklung im alemannischen Raum skizziert.

Bei den germanischen Stämmen wurden Liegenschaften auf dem Grundstück mit förmlichen Worten und sinnbildlichen Handlungen übertragen, einerseits durch die *Sala* oder *Traditio*, den feierlichen Vertrag zum Übergang des Eigentums, und andererseits durch Investitur oder Gewere zur tatsächlichen Übergabe des Grundstücks<sup>131</sup>. Die früher herrschende Lehre nahm an, es

127 Beispiele: 1363 Landgericht Thurgau, 1372 Winterthur, 1387 Viztumsgerecht Chur, 1447 Freivogtei Oberuzwil, 1457 Elgg, 1463 Zürich, 1485 Malans. Im 15. Jh. auch in Lindau und Rapperswil.

128 Beispiele: 1410 Sargans, 1412 Diessenhofen, 1473 Leutkircher Heide, 1526 und 1686 Fruthwilen, 1723 Hattenhausen.

129 Beispiele: 1438 Kyburg, 1507 Rapperswil, 1706 Hüttlingen.

130 Stadt Zug 16. Jh., Toggenburger Niedergerichte 17. Jh., Herrschaft Blumenegg 17. Jh., Pfäffikon-Schwyz 17. Jh., Rudolfingen 1758. Elgg 16. Jh. Vgl. auch das bei ZIEGLER, S. 160 f., geschilderte Verfahren im Schultheißengericht des Städtchens Regensberg.

131 HATTENHAUER, S. X, 6, 26 ff., 34, vertritt die Auffassung, die dem vorchristlichen germanischen Recht unbekanntes Verfügung über Grundstücke sei ihm durch die Kirche bekanntgemacht worden, und erst mit dem Aufkommen der Geldwirtschaft im 12./13. Jh. werde im deutschen Recht der Kauf als Grundgeschäft der *traditio* möglich. Deshalb habe die Grundstücksverfügung in ihren Anfängen sich mit dem Vorwurf der Widerrechtlichkeit auseinandersetzen müssen. Literatur aus dem alemannischen Raum bei MERK, Grundstücksübertragung nach alemann. Volksrecht, S. 143; BEYERLE, Salmannenrecht, S. 125 f., und die abweichende Qualifikation der volkrechtlichen Übertragungshandlungen durch VOSER, S. 156.

habe sich der positive Bestandteil des Übereignungsgeschäftes (die volkrechtliche Sala) im Laufe des Mittelalters bis ins 13. Jahrhundert immer mehr abgeschwächt und die eigentliche Eigentumsübertragung unter dem Einfluß der gerichtlichen Fertigung zuletzt nur noch in der feierlichen Verzichtleistung, dem negativen Teil der volkrechtlichen Investitur, bestanden. Damit hätte sich insbesondere im Süden Deutschlands die »symbolische Investitur . . . zu einer bloßen Fertigung und Handreichung verflüchtigt«<sup>132</sup>. Demgegenüber trat Andreas Heusler für das Weiterleben der positiven Elemente der alten Auffassung neben und getrennt von der abschließenden Verzichtserklärung des Veräußerers ein, und mehrere Einzeluntersuchungen weisen die Geltung eines mehrgliedrigen Rechtsaktes im alemannischen Raum noch für das Spätmittelalter nach<sup>133</sup>.

Mayer-Edenhauser zeigte für Freiburg im Breisgau, wie die Übertragung der in der wissenschaftlichen Literatur behandelten Begriffe auf die in den Urkunden erwähnten Rechtshandlungen wegen der unterschiedlichen Verwendung der Rechtswörter bedeutende Schwierigkeiten schafft. Laut seinen Feststellungen bestand die scheinbare Umbildung des Übertragungsgeschäftes im 13. Jahrhundert lediglich im Eindringen römischrechtlicher und kanonistischer Formeln in die lateinischen Urkunden, während nach den deutschen Urkunden das zugrundeliegende Rechtsgeschäft sich nicht veränderte, sondern die Übertragung in gleicher Weise wie im frühen Mittelalter vollzogen wurde. Die Gestaltung des Urkundenformulars habe demnach nicht der tatsächlichen Rechtsentwicklung entsprochen<sup>134</sup>.

Hinsichtlich der Gliederung des Übertragungsaktes im ausgehenden Mittelalter gelangten Beyerle für Konstanz, Merk für Meersburg, Meerwein für Basel und Mayer-Edenhauer für Freiburg i. Br. zu weitgehend übereinstimmenden Feststellungen. Keineswegs habe er sich in der Auflassungserklärung des Veräußerers erschöpft, sondern es folgten laut den vom 14. Jahrhundert an aussagekräftigeren Urkunden auf die Erwähnung des obligationenrechtlichen Vertrags, der den Rechtsgrund der Übertragung bildete, deutlich davon abgesetzt und in sich unterschieden zwei verschiedene Rechtsakte und zwar als positiver Teil zuerst die Tradition, die Aufgabe des dinglichen Rechts an den Erwerber mit Besitz- und Gewereübertragung. Neben ihr konnte sich die alte Sala nicht halten. Die Urkunden sprechen im positiven, rechtsübertragenden Sinn von *investire*, *transferre*, *ufgeben*, vom 15. Jahrhundert an von *übergeben* und im Spätmittelalter häufig

132 SCHRÖDER-KÜNSSBERG, S. 787; BEYERLE, Salmannenrecht, S. 120, 125 f.; SCHMIDT, S. 36; GOERLITZ, S. 78.

133 HEUSLER II, S. 73 f.; MAYER-EDENHAUSER, S. 30; DYCKERHOFF, S. 104-107.

134 MAYER-EDENHAUSER, S. 8 f., 30, 41-46; dieselbe Auffassung vertrat schon MERK, Grundstücksübertragung im alemann. Volksrecht, S. 160 ff. Leider ist die mehrfach angekündigte Arbeit Merks über die Geschichte der Liegenschaftsübereignung im Linzgau, die für unser Thema wesentliche Bedeutung besessen hätte, nie erschienen. Vgl. ALFRED SCHULTZE, ZRG GA 57, 1937, S. XIII.



auch von *fertigen*. Die Aufgabe bringt als Kern der Verfügung und wichtigster Teil des dinglichen Übereignungsaktes »das zu übergebende dingliche Recht zu konkretem Ausdruck«<sup>135</sup>. Wo Urkunden sich kurz fassen, ist meistens nur von der Aufgabe die Rede. Dem Aufgeben des Veräußerers entspricht das Aufnehmen des Erwerbers. Zweiter Teil der Übereignung ist die Auffassung, der in der Regel generell gefaßte Verzicht auf alle Rechte. Sie erscheint im Sprachgebrauch der Urkunden als *resignare*, *renuntiare*, *sich entziehen* oder *sich verziehen*, worin sich der negative, rechtsverzichtende Charakter äußert<sup>136</sup>.

Der klaren Unterscheidung von Aufgabe (Tradition, Sala) und Verzicht (Resignatio) stimmte Fr. E. Meyer in seinen die deutsche Schweiz beschlagenden Untersuchungen für das 13. und frühe 14. Jahrhundert im wesentlichen zu. Einen weiteren regelmäßigen Bestandteil der Übereignung sah er jedoch in der Übertragung der Gewere oder deren Begründung, das heißt in der Investitur. Sie habe im genannten Zeitraum nicht in bloßen Willenserklärungen bestanden, sondern sei an bestimmte Formen, Solennitäten, gebunden gewesen, denn die Urkunden bezeugten für die verschiedenen Akte teils getrennte Förmlichkeiten. Vom dritten Jahrzehnt des 14. Jahrhunderts an glaubt Meyer eine Veränderung in Terminologie und Aufbau des Veräußerungsgeschäftes zu erkennen, indem in der deutschen Schweiz für den dinglichen Akt nunmehr der terminus »Fertigung« zur Bezeichnung sowohl der ganzen Übereignung als auch ihrer einzelnen Bestandteile gebraucht werde<sup>137</sup>.

Das Rechtswort »fertigen« tritt vom letzten Viertel des 13. Jahrhunderts an zuerst in den Städten auf und erlangt in der Folge weite Verbreitung<sup>138</sup>. Sprachlich ist es aus fahren, Fahrt, fährtigen im Sinne von »jemand einfahren machen« oder »einfahren lassen« abzuleiten. Fr. E. Meyer versuchte nachzuweisen, daß schon zu Ende des 13. Jahrhunderts die Bestellung der Gewere als Fertigung bezeichnet wurde, in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts sich die Fertigung dann aber als Investitur zur Form der Rechtsübertragung entwickelte. Er ging dabei von der Etymologie aus, indem das »einfahren lassen« eben vermittels der symbolischen Investitur geschah und

135 Zitat nach BEYERLE, Salmannenrecht, S. 130, hier ferner auch S. 120 und 127; MAYER-EDENHAUSER, S. 31-34, 45; MERK, ZRG GA 55, S. 207, und ZRG GA 56, S. 22 f.

136 BEYERLE, Salmannenrecht, S. 128-130; MAYER-EDENHAUSER, S. 31, 42; MERK, ZRG GA 56, S. 23; SCHMIDT, S. 39 f., 46.

137 FR. E. MEYER, S. 7-11, 17, 24 f., 38-44, 48. Auch HATTENHAUER, S. 64, sieht drei Stufen des Auflassungsverfahrens, die bei der Verfügung über Grundeigentum durchschritten werden mußten: Aufgabe, Verzicht und Übernahme der Gewerenpflicht. Diese Trias, eine Typisierung im Grundsätzlichen, habe trotz vieler Abweichungen im einzelnen das Bild beherrscht.

138 Basel 1273, Freiburg i. Br. 1277, Bern 1282, Zürich 1293. Literaturangaben zur rechtssprachlichen Bedeutungsbreite und zur Verbreitung des Wortes bei SCHLOSSER, S. 254; vgl. ferner HATTENHAUER, S. 67.

als Parallelbegriff zum lateinischen »investire« das deutsche Wort »fertigen« gedient habe, bis in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts die Gewere durch den Besitz verdrängt worden sei<sup>139</sup>.

Gegen diese Auffassung brachte Mayer-Edenhauser vor, aus der sprachlichen Wurzel dürften keine juristischen Schlüsse gezogen werden, weil die rechtliche Bedeutung schon im Spätmittelalter (wie in der deutschen Schweiz noch heute) vom Begriff des »Fertigmachens« ausging. Jedenfalls könne »Fertigung« mehrdeutig sein und erhalte den Inhalt immer erst aus dem Zusammenhang. Für die Erforschung des Übereignungsrechts sei der Begriff »beinahe ganz unfruchtbar«. Beyerle glaubte, in Konstanz einen Zusammenhang der Fertigung mit der Aufgabe in dem Sinne feststellen zu können, daß darin nicht ein Akt des Gerichts oder das ganze Übereignungsgeschäft zu erblicken sei, sondern der Veräußerer die Fertigung durch feierliche Handlungen selbst vornahm. Während die Konstanzer Urkunden das Angeloben der Währschaft unzweideutig von der Fertigung trennen, soll sie in Meersburg nach den Feststellungen Merks im ursprünglichen, engeren Sinne die Währschaftsleistung bedeutet haben; erst später habe sie auch die Gesamtheit der Stätigungs- und Übertragungshandlung gemeint<sup>140</sup>.

Hattenhauer faßte das Fertigen und Aufgeben, weil ein Teil der Quellen hier sehr sorgfältig differenziere, nicht als Synonyme auf. Er stellte die Fertigung des Gutes als gleichwertigen zweiten Teil der positiven Übereignung neben das Aufgeben. Die Aufgabe im weiteren Sinn hatte also »zwei voneinander getrennte rechtserhebliche Aspekte«. Das Aufgeben bewirkte im Sinne des Fortgebens als negativ bestimmter Rechtsbegriff die Trennung des verkauften Gutes vom Vermögen des Veräußerers, während das Fertigen als positiv bestimmter Begriff das Hinzufügen, die Eingliederung in das Vermögen des Erwerbers bewirke. In dieser Differenzierung eines Rechtsvorgangs, der heute in tatsächlicher Hinsicht nicht weiter aufspaltbar erscheine, durch die Vertragsparteien des Mittelalters würden die Bedenken der Zeit gegenüber der Übereignung sichtbar<sup>141</sup>. Auf diese Deutung der Aufgabe als eines zweiaktigen Vorgangs kommen wir in der folgenden Schilde-

139 FR. E. MEYER, S. 5 f., 45–48, 50–56, 67, 205–207.

140 MAYER-EDENHAUSER, S. 76–80; BEYERLE, Salmannenrecht, S. 31 f.; MERK, ZRG GA 56, S. 27. Die vereinzelt erwähnte Fertigung nach schwäbischem Recht (E. HUBER IV, S. 38; FR. E. MEYER, S. 70) wird in unseren Texten nie erwähnt. Die von Meyer zitierte Stelle: *Do vertgote . . . mit miner hand alz eins offenen richters nach swebschem rechte . . . nach swab rechte und nach . . . recht und gewonheit der statt ze Baden* in einer Urkunde von 1368 berührt sich mit einem 1375 in Baden ausgestellten Pfandbrief, den THOMMEN II, n. 60, nach einer Abschrift des 16. Jhs. edierte: *vertiget gab uf und entzech sich . . . an mein handt als eines richters nach staabrecht siten und gewonhait der stat ze Baden*. Möglicherweise handelt es sich bei der für das 14. Jh. ungewöhnlichen Schreibweise *staabrecht* um einen Abschreiber- oder Lesefehler für *swabrecht*.

141 HATTENHAUER, S. 65–68.



rung des Übereignungsverfahrens, wie es sich in den alemannischen Fertigungsurkunden und Prozeßordnungen des Spätmittelalters und der Neuzeit widerspiegelt, zurück.

b) In der weit überwiegenden Mehrzahl berichten die Quellen, das Gericht habe die Übertragung noch in der Neuzeit in der dem mittelalterlichen Rechtsgang eigentümlichen Form des Zusammenspiels von Richter und Urteilern mittels prozeßleitender Zwischenurteile vollzogen und ihre Rechtsgültigkeit in einem Endurteil festgestellt<sup>142</sup>. Das äußere Bild unterschied sich kaum von den Erscheinungsformen eines Rechtsstreits, doch sah die ältere Forschung in diesem Verfahren des nichtstreitigen Eigentumsübergangs, der gerichtlichen Auffassung des späten Mittelalters, mehrheitlich nur einen Scheinprozeß. Das zum Scheine Handeln der Parteien sei aus der Anpassung an die überkommenen Formalitäten des Urteilsverfahrens und dem Wunsche nach Publizität und Erwerb eines unscheltbaren Gerichtszeugnisses sowie aus der damit verbundenen Möglichkeit der gerichtlichen Aufbietung zu erklären. Dieser Interpretation trat Schlosser entgegen, der die in den wesentlichen Zügen mit den alemannischen Verhältnissen übereinstimmende Liegenschaftsübereignung in Bayern als echten streitigen Prozeß bezeichnete. Wenn der Tenor des Klagevortrags auch der offensiven Note entbehre, so sei die gerichtliche Fertigung – eine früher schon von Heusler versuchte Deutung – prozeßtechnisch ein echtes Säumnisverfahren gewesen<sup>143</sup>.

Zum Auftakt des Prozesses legte der Veräußerer (oder sein Fürsprecher) in der Rolle eines Klägers dem Gericht – vereinzelt ist dabei die Vorlage von Beweismitteln oder die Zustimmung der Verwandten erwähnt<sup>144</sup> – das Grundgeschäft dar. Dessen Zustandekommen war zur Übertragung zwar unerläßlich, doch bildete dieser Vertrag keinen Bestandteil der eigentlichen Fertigung. Er entfaltete für sich allein keine dingliche Kraft, verschaffte dem Erwerber noch nicht das Eigentum und mußte durch gerichtliche Übereignung vollendet (vollführt, gefertigt, aufgerichtet) werden<sup>145</sup>. In

<sup>142</sup> Nur wenige, vor allem späte Texte sprechen vielleicht für eine Umbildung des Verfahrens im 17./18. Jh. Jedenfalls trifft für den alemannischen Raum die Auffassung OGRIS', HRG I Sp. 252, es habe schon im Mittelalter eines Scheinprozesses nicht mehr bedurft, nicht zu. Zum förmlichen, prozessualen Verfahren der Fertigung z. B. MAYER-EDENHAUSER, S. 72; BEYERLE, Salmannenrecht, S. 122 f.; MERK, ZRG GA 55, S. 211 f., ZRG GA 56, S. 21; RICHTER, S. 34–37; SCHMIDT, S. 16 f., 28 f., 35 f.

<sup>143</sup> PETERKA, S. 21–27, mit Angaben über die ältere Literatur. SCHLOSSER, S. 255–259.

<sup>144</sup> In Lauterach 1383: *Wo der vorgehent . . . güt urkund, brieff und insigl erzögt bett, waz er von des gemächtz wegen . . . vollefürt und tât, daz daz siner sün gunst und güter will hiess und wâr.*

<sup>145</sup> Das hob vor allem MERK, ZRG GA 56, S. 3, hervor. Beispiele für Offenlegung des Vertrages: 1448 Weinfeld, 1462 Tablat, 1481 Neftenbach, 1483 Oberwinterthur, 1493 Weingarten-Lommis, 1509 Turbenthal, 1594 Berg-Thurgau.

früherer Zeit wurde das Grundgeschäft außegerichtlich und, wie eine 1463 im Schultheißengericht in Zürich ausgestellte Urkunde vermuten läßt, mit bestimmten Solennitäten vollzogen: *Offenbart da vor mir in gericht . . . , wie das er mit gütem rate . . . verkouft und zü koufen geben hette mit allen den rechten worten und werken, so zü einem sölichen kouf gehörte oder gehören sölte von recht oder gewonheit geistlicher ald weltlicher gerichtten und rechten . . . Und darumb so wölte er den obgenanten . . . den . . . kouf . . . vor mir und dem . . . gericht ufgeben, vertigen und zü ir handen bringen in massen, das sy daran habent und besorgt werint.*

Den Parteien ging es nun nur noch um die formgerechte gerichtliche Fertigung. Auch in Freiburg i. Br. wurde nach der Vermutung Mayer-Edenhauers Kauf oder Tausch zur Zeit der gerichtlichen Fertigung meist außegerichtlich abgeschlossen. Für das 13. Jahrhundert unterscheidet er die eigentliche Übereignungshandlung von ihrer Bekräftigung, der Fertigung oder Stätigung, die den zweiten Teil des Übertragungsgeschäftes bildete. Sie habe sich zufolge ihrer rechtsförmlichen Ausgestaltung vom Grundstück gelöst und sei aus Gründen der Publizität in öffentlicher Versammlung, bald auch im Stadtgericht erfolgt, wo sich nach und nach eine sinnbildliche Wiederholung des gesamten Übertragungsaktes, der auf dem Grundstück vorgenommenen Rechtshandlungen, entwickelte, weil der Stätigungsakt andere Bestandteile der Übereignung mit sich in die Öffentlichkeit zog. Neben diesen Vollzug vor Gericht sei in Freiburg aber schon im 13. Jahrhundert die eigentliche Fertigung unter urteilsmäßiger Mitwirkung des Schultheißengerichts getreten, anfänglich auf Vormundschaftssachen beschränkt, von etwa 1360 an aber auch für andere Veräußerungen. Sie habe sich seit der Wende zum 15. Jahrhundert zur obligatorischen gerichtlichen Fertigung entwickelt <sup>146</sup>.

Ihr ging in jedem Fall eine Vereinbarung unter den Parteien voraus. Verpflichtungs- und Vollzugsakt scheinen demnach tatsächlich wie rechtlich und oft auch zeitlich getrennt gewesen zu sein. In den Abmachungen über Kaufpreis, Gegenleistung und besondere Vertragsklauseln sah Hattenhauer aber nur Vorverhandlungen ohne rechtsverbindliche Kraft und Wirkung. Auch Schlosser gelangte zum Ergebnis, die Aufspaltung zwischen Schuld- und Erfüllungsgeschäft habe nur dem Scheine nach bestanden <sup>147</sup>.

Jedenfalls ist der der Übereignung zugrundeliegende Vertrag nach dem Wortlaut der alemannischen Fertigungsurkunden von den Parteien stets vor

<sup>146</sup> MAYER-EDENHAUSER, S. 8–10, 42, 50, 71 f. Um Luzern und im Aargau ist die Fertigung an der Reichsstraße für die Gülterrichtung auf Eigen noch in der Neuzeit nachgewiesen (SIDLER, S. 5; MERZ, S. 41). Wenn in Altnau der Herr die Fertigung *vor dem stab* (hier im Sinne des Gerichts) nicht erlaubte, dann konnte der Bauer an die offene Straße gehen und sein Gut dort aufgeben (Öffnung des 14./15. Jhs.; Abschrift in der Öffnungssammlung des StATG).

<sup>147</sup> HATTENHAUER, S. 164 ff.; SCHLOSSER, S. 256 f.



Gericht bestätigt und in manchen Fällen sogar erst hier vereinbart worden. Vereinzelt geschah dies vor der Fertigung: *Also nach sollicher offnung und vergicht, besonders nach dem sy beid theyl einandern dis alles in einem offenen rechten beandtlich warend, do griffend sy zu beidersyts nach beandter urtel an des grichts stab* (1590 Gericht im Thurtal); *Erkhent, dass beide Partheyen den Kauf . . . einandern vor offnen . . . Daruf beschicht von den Partheyen die offnung. Und wan beid theil deren zuefriden, dass es also gangen, so fragt gesagter amman* (1654 Pfäffikon-Schwyz, ähnlich im 16. Jahrhundert in Zug).

Häufig bezog das Gericht dies sogar ins prozessuale Verfahren ein, indem sein Urteil die Offenlegung oder sogar den Abschluß des Vertrags am Stab des Richters forderte. Beispiele: *mit ainhelliger urtal ertailt, das er sölti gryfen an des gerichts stab und dis redlichen koufs daran veriechen* (1447 Freivogtei Oberuzwil); *zû recht erkent und gesprochen, das baid . . . parthyen söllend gon in gerichts ring und griffen an des gerichts stab und söllichen kouf am stab eroffnen wie ob stat, ob er lechen oder aigen sy ald ob sy kainen gemäinder darzû habend. Und sygend sy dann des koufs ains, das er sich des dan am stab verzich* (1526 Fruthwilen); *ainandern disen Kauf am Stab eroffnen* (1626 Mammern); *erkhent worden, dass si zu beeden Theilen in des Gerichts Ring gehen, einandern solchen Kauf am Stab eroffnen* (1692 Eschenz).

Gelegentlich mußte der Verkäufer vor der gemeinsamen Offenlegung des Verpflichtungsgeschäftes dessen Inhalt mit eidesstattlichem Wahrheitsgelübde bestätigen oder ähnliche Versicherungen abgeben: *Zue recht erkhendt und gesprochen, das er Verkeufer . . . an Aydtstat loben möge, dass dem wie vorstehet also sei und darnach sambt dem käufere in des Gerichts ring einstehe, den Kouf eröffne und aus ihren . . . handen dem Köufer . . . an des Gerichts stab übergebe* (1664 Griessenberg); *Und nach solcher offnung und vergicht und dem das die obgemelten . . . vor offnem gericht verjachen, bekantlich und anred warend, das sy an obgemeltem güt gantz kain ansprach, recht noch gerechtigkeit mer hetten, . . . ward nach min des richters umbfrag mit ainhelliger urtail erkent und zû recht gesprochen, das sy zû allen dryen sidten wie obstat ingangen in des gerichtz ring und da ainandern den kof am stab offnen* (1530 Kreuzlingen). Häufig bestätigte der Aufgebende bei der Offenlegung des Grundvertrags vor Gericht auch den Empfang des Kaufpreises<sup>148</sup>.

In der Regel folgte darauf die Bitte des Verkäufers um ein Gerichtsurteil über die Form der rechtsgültigen Fertigung, worin auf den dauernden Bestand der Übereignung besonderes Gewicht gelegt wurde. Beispiele: *Und*

148 Beispiele: 1391 Winterthur, 1392 Frauenfeld, 1392 Langenerchingen, 1395 Ermatingen, 1399 Landgericht Thurgau, 1370 Wil. HATTENHAUER, S. 164 f., betont die sachliche und vielleicht auch rechtliche Unabhängigkeit der Kaufpreiszahlung von der Auflassung.

nach dirr offnung baten in die . . . mit urtayl erfarn, wie si den kouf umb daz vorgeschriben kornmäss . . . vertigen sôltin, das si daran habend wârind und als das craft und maht haben môcht (1412 Diessenhofen); und lies er fûrsprâch an ain recht, wie und in weller maus er dz uf gâb, dz dz alls vest, nun und hernach kraft und macht het (1427 Flims); Und nach diser offnung batt mich vorgeantanten schultheissen dieselb fro . . . urteil fragen, wie si dis gabe und sachen tûn und vollfûren solte, das es darby belibe und craft und macht hette nu und hienach (1438 Rapperswil); Und begert da vor mir in gericht ze erfahren, wie sy daz tûn sôlt, daz es kraft und macht hett und dorby beliben môcht, und satzte daz hin zû recht (1490 Pfäffikon-Schwyz); Und satzt also . . . zû recht ob er dz tûn múg und wie er das tûn sùll, dz es nach dises gerichtz recht und gewonhait kraft und macht hab nu und hie nach (1485 Malans); Stûnde also da, begerti an einer urtel zû erfahren, wie er sôlich obgenanten kof von siner zû genanter . . . handen vertigen und pringen sôlt, damit es jetz und hienach in künftig zit allethalb gût craft und macht haben môcht (1520 Pfäffikon-Schwyz); Begehrende derowegen an einem rechten zue erfahren, wie der Verkäufer solchen Kauf dem . . . Käufer zue sein . . . Handen bringen und fertigen solte wie recht und crâfftig were (1723 Hattenhausen).

In Oberschwaben versprach der Aufgebende dabei gelegentlich, das Fertigungsurteil zu erfüllen: *won dz wârint si willig ze tûnd* (1409 und 1416 in Lindau, 1451 im Landgericht auf Leutkircher Heide).

Auf die Fertigungsbitte bestellte das Gericht für Frauen und Minderjährige einen Vogt als Rechtsvertreter, der das Mündel zur Befragung über dessen freien Willen dreimal aus dem Gericht führte<sup>149</sup>. Vereinzelt, so 1427 in Flims, stellte der Richter diese Frage: *ward ertailt uf den aid, ich . . . richter sôlt sy baid fraugen ze dem dryten mau, ob sy des koufs ainbârin oder nit. Dz tet ich . . . richter. Sy sprachend alweg . . .*

Im Gegensatz zu in der Literatur vertretenen Auffassungen über das frühe Verschwinden des Aufgebotsverfahrens<sup>150</sup> nennen noch neuzeitliche Fertigungsurkunden als sichernde Maßnahme des Gerichts ein Urteil über die Aufbietung allfälliger Einsprecher und Zugsberechtigter durch den Gerichtsboten oder vereinzelt den Richter. Beispiele: *uff den ayd offentlich ertailt, dz man unssers gerichtz waibel da sùll offentlich vor gericht rûffen lās-*

149 Beispiele: 1381 Landgericht Hegau, 1412 und 1484 Diessenhofen, 1474 Landgericht Leutkircher Heide. In Malans 1485: *Zum andren vnd dritten mal sich sùllen an des gerichtz ring ummbkeren vnd sich bedencken vnd berâttten was sy tûn wôllent*. Vgl. die Beispiele für dreimaliges Betreten des Gerichtsringes in Anm. 96. 150 Dazu BEYERLE, Salmannenrecht, S. 122, 134 f.; HEUSLER I, S. 81, 85; HUBER IV, S. 712. Beyerle bemerkt, die Aufbietung werde in den Urkunden sehr selten erwähnt und verschwinde im 14. Jh. Das wird durch die Quellen widerlegt. In Meersburg sind richterliches Aufgebot und Friedewirkung so wenig wie im Landgericht des Linzgaus nachzuweisen (MERK, ZRG GA 56, S. 21); auch in Basel (MEERWEIN, S. 66 f.) und in Freiburg i. Br. (MAYER-EDENHAUSER, S. 81) nicht festzustellen.



sen zum ersten andren und dritten mál, ob die sach jeman versprechen wöll (1485 Malans); Do ward nach miner frag mit einheliger urteil erkent und zú recht gesprochen, das ich solte rúfen uf das dritt mal, ob jemant die vertig weren welte (1517 Wald-Zürich); das der waibel söl ushin gon uf die fry landstrass und rúfen soll, ob niemand da sy, der diz verggung versprechen welle und darnach aber was recht sy beschechen sölt. Das tát er und sait, er sech noch hör niemand (1526 Fruthwilen); urteyl . . . und darüber die drey Rűf durch den Grichtsweybel wie brűchig beschächen sölltent (1581 Seengen); erkennt und gesprochen, dass ich der Waibel auf die freien Landtstrasse gehen und daselbst drey mahl rűefen sölte, ob Jemandt diesen Kauf versprechen wölte, welliches ich lut der Urtheil gethan und darauf bey meinem Amts Eydt gesagt, ich hette Niemandts gehört, der diesen Kauf versprechen hätte wöllten (1581 Illhart); solchen Khauf eröffnen, wie der ergangen; auch der geschwohrne Gerichtsweybel selbigen auf offner freyer landtstrasse nach dises gerichts brauch aines, anderst und zum dritden mahl ausrufen. Und so sie deshalb ains, auch der geschwohrne Gerichtsweybel in wehrendem seinem ausrűefen niemandt gehörth oder gesehen, der solchen Khauf beehrte zue wehren oder . . . mit recht an sich zue ziehen (1686 Fruthwilen); Da war mit einhelliger Urteyl zue Recht erkendt und gesprochen, dass der geschwohrne Weybel soll auff die freye Landstrass gehen und solchen Kauff drey mahl ausrűeffen, ob Jemand darwider kein Eined . . . hete ald denselben zue ziehen oder zue besprechen beehrte. Dieweyl nun sollich beschehen und sich dessen dato Niemandts erzeugt (1723 Hattenhausen). Nur angedeutet ist das Aufgebot 1548 in Andelfingen mit der Formulierung: zú recht erkent, dwyl niemands disen kouf widerspreche.

Nach erfolglosem Ausrufen oder, was nach dem Wortlaut der Fertigungsurkunden die Regel bildete, ohne Aufgebot fällt auf Umfrage des Richters das Gericht *uf den aid* oder *by deren Aiden* das erste der die eigentliche Fertigung in Stufen gliedernden Zwischenurteile<sup>151</sup>, indem es die zur rechtskräftigen Übereignung erforderlichen Handlungen und Worte am Stab festlegte. Beispiele<sup>152</sup>: erteilt, wen der . . . das also *ufgáby* und *vertigoti an mins* . . . richters handen und an des gerichtz stab und ich das denn also dem . . . zú sinen handen . . . an des gerichtz stab *ufgáby*, *vertigoti* und *verlich* (1428 Eglisau); Und ist daruf zú recht erkennt, das die obgenant . . . söllich an den stab *ufgeben* und dann die obgenanten . . . an dem stab *enpfahen* und dann die gemelt . . . mit *irn handen* söllichen

151 Ofters wird dabei die Einstimmigkeit hervorgehoben, so mit *gesamnoter urtail ainhelleklich* (1363 Landgericht Thurgau) oder *unzerworffenlich ertailt* (1416 Lindau). Weitere Beispiele: 1457 Elgg, 1463 Zürich, 1534 Hattingen, 1589 Rapperswil, 1614 Sitterdorf.

152 Weitere Beispiele: 1433 Stein a. Rh., 1484 Aarburg, 1496 Elgg, 1534 Bubikon, 1536 Ossingen, 1650 Emmingen und in den Gerichts- und Prozeßordnungen des 16./18. Jhs.

kof . . . ubergeben und ergeben und dann damit sollicher kof kraft und macht hab nach diser stat rächt (1481 Überlingen); zu Recht erkennth, dass sy zue baiden sithen an Gerichtsstaab grifen (1622 Altnau); Meiner Umfrag nach zu Recht erkennt, dass sie zu beiden Theilen in Gerichtes Ring gehen, einandern disen Kauf am Stab eröffnen und dann sich daran der Verkäufer . . . entziehen und er Käufer ziehen solle (1626 Mammern); Und ward nach meiner Umbfrag zue Recht erkennth, do wann mehrbesagte . . . ihme . . . mehr gemelts . . . am Gerichts-Staab vörtige, auf- und übergabe, sie sich auch allen Gewalts, Gwähr und Rechtens . . . entzügen und begäben mit geloben und versprechen, vilbesagten . . . Käufer hierahn nit mehr zuebeunruhigen weder mit noch ohne Gricht noch Recht, besonder disses Kaufs rechte gewähr und Tröster zue sein für allen abgang, . . . und dann Käufer . . . alles also annähme, so solle dieser Kauf guete Kraft und Macht haben (1725 Vogtei auf Eggen).

Auf dieses Urteil nehmen manche Urkunden mit der summarischen Feststellung: *als gericht und urtail gab* <sup>153</sup> oder mit anderen Worten Bezug: *so inen hievor (mit recht) zethunde erkent ward* <sup>154</sup>; *als das gericht und urtail gab, wist und leret nach louff des rechten* (1460 Diessenhofen); *Sovill inen mit Mund und Hand zue thuen erkent worden* (1692 Eschenz); *wie die Urtheil nach dis Gerichts Brauch gegeben ward* (1643 Gottmadingen); *als recht was und mit gemainer unzerworfner urtail ertailt ward* (1383 Fisingen); *als recht was mit gesamleter urteil als nach miner urfrag erteilt ward* (1444 Hägendorf); *wie ihnen mit urthel und recht zethun auferlegt ware* (1700 Wagenhausen und 1763 Ramsen); *der urthel statt thuen* (1758 Rudolfingen). Oft heißt es auch nur kurz, die Übertragung sei laut oder mit *erkhantter urteyl, bekanter urteil, einhelliger urtail* <sup>155</sup> und noch knapper *mit urtail* (1490 Pfäffikon-Schwyz) oder *als ertailt ward* (1434 Ermatingen, 1472 Lommis) geschehen.

c) Auf die vorbereitenden Handlungen folgte die eigentliche Übertragung, indem der Verkäufer in dem vom Gericht vorgeschriebenen Verfahren die Liegenschaft an Stab und Hand des Richters aufgab und auf alle Rechte verzichtete, worauf der Käufer sie empfing.

Der Sprachgebrauch der darüber vom Gericht ausgestellten Urkunden unterscheidet weit über das Mittelalter hinaus Aufgabe und Fertigung einerseits und Verzicht andererseits als zwei getrennte Rechtshandlungen des Verkäufers. Sie sprechen in ihrer weit überwiegenden Mehrzahl damit ge-

<sup>153</sup> Beispiele: 1359 und 1393 Landgericht Thurgau, 1391 und 1402 Jona, 1422 Arbon, 1452 Uznaberg.

<sup>154</sup> So 1536 Ossingen und 1686 Fruthwilen; ähnlich 1520 Pfäffikon-Schwyz und 1530 Kreuzlingen.

<sup>155</sup> Späte Beispiele: 1588 Schaffhausen, 1596 Flaach, 1607 Schlatt, 1626 Orsingen, 1636 Kelnhofgericht Winterthur, 1629 Mosnang.



gen Fr. E. Meyers Annahme, vom dritten Jahrzehnt des 14. Jahrhunderts an sei in der deutschen Schweiz der dingliche Veräußerungsakt in Terminologie und Aufbau verändert und seitdem als Ganzes wie in seinen einzelnen Teilen als Fertigung bezeichnet worden.

Die Aufgabe bot keine besonderen Probleme und wurde im Gegensatz zum Verzicht in den Quellen daher nur kurz registriert. Am häufigsten bezeichnen sie den Vorgang mit *ufgeben*, vereinzelt mit *begeben* (1427 Stein am Rhein), mit *versorgen* (1516 Bronschhofen) oder *übergeben* (1679 Zürich). An Paarformeln sind bezeugt: *ufgeben und uftragen* (1379 Vogtgericht Chur); *gab und bracht och . . . uff* (1383 Lauterach); *ergeben und uffgeben* (1409 Feldkirch); *uf und von handen geben* (1460 Zurzach); *uf- und übergeben* (1503 Ansoltingen); *fertigen und übergeben* (1759 Gottlieben) und am häufigsten *fertigen und ufgeben* <sup>156</sup>.

Hattenhauers These, die Ausdrücke »aufgeben« und »fertigen« bezeichneten innerhalb der Aufgabe zwei getrennte Vorgänge – Ausscheidung aus dem Vermögen des Verkäufers und Übernahme ins Vermögen des Erwerbers –, wird durch die alemannischen Urkunden nicht gestützt. Sie verwenden die beiden Wörter offensichtlich häufig als gleichbedeutend <sup>157</sup> und sprechen oft nur von Aufgabe <sup>158</sup> oder von Fertigung <sup>159</sup>. Der letztere Terminus meint in den folgenden Beispielen die gesamte Übereignung: *offentlich in gericht gefertiget mit ufgab von hand und mund und mit mins gnedigen herren stab* (1496 Geberschweier); *Fertigte haruf . . . mit deren ufgebung und wider empfangung . . . mit mund und handt durch mins gnedigen herren stab* (1533 Sulz).

Zudem stellen vom 13. bis ins 18. Jahrhundert zahlreiche Texte die Aufgabe und Fertigung als zusammengehörenden, einheitlichen Begriff ausdrücklich dem Verzicht gegenüber <sup>160</sup>, und in der Stadt Zürich wurden wie in den Niedergerichten der Zürcher Landschaft Aufgabe und Fertigung gemeinsam an die Hand des Richters und seinen Stab vollzogen. Die Unterscheidung

<sup>156</sup> Beispiele: 1428 Eglisau, 1448 Stein a. Rh., 1473 Knonau, 1586 Landgericht Stühlingen, 1629 Mosnang. Mehrfachformeln z. B.: *verkofen, vertigen, verzichen und ufgeben* (1456 Wiggwil), *vertigen, entziehen, gelüpt und ufgeben* (1394 Konstanz), *vertigung, ufgebung und verzichung* (1503 Bischofszell, 1645 Bürglen).

<sup>157</sup> HATTENHAUER, S. 65–68. Eine Rapperswiler Urkunde von 1379 sagt zwar, *gab . . . uf an den stab und vergot . . . in ir hand*, doch sprechen zahlreiche Texte im Sinne von Synonyma vom Aufgeben und Fertigen an den Gerichtsstab. Beispiele: 1372 Winterthur, 1390 Rapperswil, 1428 Bülach, 1607 Schlatt, 1614 Weinfelden.

<sup>158</sup> Beispiele: 1426 Kaiserstuhl, 1509 Lottstetten, 1521 Neuhausen. In Habsheim 1565 *ufgebung an stab*.

<sup>159</sup> Beispiele: 1363 Landgericht Thurgau, 1389 Sirnach, 1477 Trüllikon, 1517 Lenggenwil und Wald-Zürich, 1541 Eppishausen, 1559 Thayngen, 1576 Egolzhofen, 1571 Diessenhofen, 1663 Rohr-Aargau, 1675 Bühl, 1686 Fruthwilen, 1690 Wagenhausen, 1737 und 1794 Kadelburg.

<sup>160</sup> Beispiele: 1368 Bettwiesen, 1439 Tobel, 1472 Sommeri, 1484 Aarburg, 1514 Tägerwilen, 1580 Zürich, 1602 Andelfingen, 1627 Lommis, 1646 Fisingen.

der Aufgabe durch den Veräußerer vom Empfang durch den Erwerber kann demnach nicht aus dem begrifflich ohnehin unbestimmten Wort *fertigen* abgeleitet werden <sup>161</sup>. Sie tritt aber im Stabzeremoniell, wie es im alemannischen Raum für die gerichtliche Übereignung gebräuchlich war, klar hervor.

Im Ablauf des Verfahrens folgte auf Aufgabe und Fertigung <sup>162</sup> als zweiter dinglicher Akt der *V e r z i c h t* des Verkäufers. Seine Bedeutung für die Rechtspraxis ist umstritten. Die neuere Forschung wendet sich gegen frühere Auffassungen, die in den Renuntiationen nur leere Formeln und gedankenlose Übernahme von Elementen der antiken Urkundenüberlieferung sehen wollten <sup>163</sup>. Die urkundlichen Quellen sprechen von *verzygen und entzygen* (1454 Landgericht Heiligenberg; 1530 in Kreuzlingen: *sich zû urtât entziehen*) oder von *verzeichnus* (1522 Meersburg) und *Verzeichung* (1707 Waldshut). Als Paarformeln standen *verziehen und entweren* (vor allem im Toggenburg <sup>164</sup>) und *verzigen und begeben* (insbesondere im Thurgau <sup>165</sup>) im Vordergrund. Anders als bei der Aufgabe bildeten sich für den Verzicht seit dem späten Mittelalter Formeln aus, die in wortreicher Aufzählung alle denkbaren bisherigen Ansprüche und Rechte des Veräußerers nennen und in den Fertigungsurkunden breiten Raum einnehmen. Das sei durch eine Reihe von Beispielen belegt <sup>166</sup>: *verzigen sich . . . und volfürten daz verziehen* (1360 Kyburg); *Och verzeh sich . . . öffentlich und luterlich in gerichte hin in hand der . . . aller eigenschaft, allez rehtes, gaistlichs und weltlichs gerichtes, aller vordrung und ansprach, aller fürzug und ufzûg* (1383 Griessenberg); *mit ufgeben und mit entzihnüst* (1384 Feldkirch); *und verzugent sich och do vor mir in offem geriht der . . ., entzihent sich och kreftenklich mit disem brief nu und och hiernach der . . . aller eigenschaft, aller kuntschaft, aller gewer, zugnust, lüt und brief, aller reht, vordrung und ansprachen, alles gaistlichen und weltlichen gerihetes, aller infäll und uszüg und aller dingen, niht usgenommen, so si bis bar untz uf disen hütigen tag je gehept habent oder hie nach jemer gehalten oder gewünnen*

<sup>161</sup> Auch die Vermutung MERKS, Grundstücksübertragung nach alemann. Volksrecht, S. 164 f., nach Belegen aus dem Linzgau, vom ursprünglichen Zusammenhang des Wortes *fertigen* mit der Währschaft findet in den hier verwerteten Quellen keine Bestätigung. Sie sprechen auch gegen Beyerles Deutung der Fertigung als einer vom Veräußerer außergerichtlich vorgenommenen Handlung.

<sup>162</sup> Vor allem ostschweizerische Urkunden verwenden gelegentlich *verzigen* als Sammelbegriff für alle Stufen der Übertragung. Beispiele: 1359 Frauenfeld, 1414 Stadt St. Gallen, 1438 Hofgericht St. Gallen, 1447 Gossau-St. Gallen, 1497 Pfalzgericht St. Gallen. In einem Diessenhofer Text von 1484 folgt der Verzicht erst nach der Währschaftsübernahme.

<sup>163</sup> HATTENHAUER, S. 68, mit Verweisen auf Schlosser.

<sup>164</sup> Beispiele: 1413 Lichtensteig, 1449 Ganterschwil, 1452 Brunnadern.

<sup>165</sup> Beispiele: 1535 Adlighusen, 1563 Sipplingen, 1581 Illhart, 1673 Kreuzlingen.

<sup>166</sup> Ausführliche Formeln z. B. auch 1412 Diessenhofen, 1492 Pfalzgericht St. Gallen, 1626 Orsingen, 1686 Fruthwilen, 1758 Rudolffingen.



möhtent (1432 Oberuzwil); *Sich entzech ouch der . . . alles des rechten, vordrung und ansprach, so er oder sin erben . . . in dehein wise jemermer gehaben oder gewinnen möchtend . . . mit gerichtten, geistlichen, weltlichen, äne gericht oder sust mit deheinen andern sachen, funden und geverden, in dehain wise* (1438 Kyburg); *Und verzech sich daruf der . . . mit gelerten Worten . . . aller eigenschaft, lehenschaft, gewer, kuntschaft, zügñus, lüt, rödel und briefen und gantz alles rechten, aller rechtung, vordrung und ansprach, so er und sin erben und nachkomen darzü ye gehept hand oder nu hinfür yemermer gehaben oder gewinnen möchtint in dhain wise und weg, so jemand erdencken kan än alle geverde* (1447 Oberuzwil); *mit verzichung daran alles teils, aller gemeind, vordrung und ansprach, besytzung, gewer, kuntschaft, zügñus, rödel, lüt und brief und alles rechten . . . mit ald one recht geistlich ald weltlich in dehein wise on geverd als einhelklich erteilt* (1502 Turbenthal); *ouch mit verzeichnus daran aller seiner eigenschaft, gwer, gerechtigkeit, widerfordrung, zu- und ansprach, lüt, kuntschaft, schrift, rödel und briefen, so er oder seine erben bisher daran gehept ald noch erlangen möchten, gentzlich mit abgestrecktem rechten speliert, entwert und begeben* (1522 Meersburg); *und endtzychend sich . . . an min Hand und des freyen Stadtgerichts Stab aller eigenschaft, besytzung und gerächtigkeit, so sy daran gehebt ald inn das künfftig dazü ze haben vermainen ald überkomen möchtend, weder mit noch ohne Rächt, in kein wyss noch wäg* (1679 Zürich); *und verzichten auch darbey nebent obigen Bedingnussen sich aller übrigen Ansprach, Recht und Gerechtigkeith, was ein jeder Teil daran gehabt oder . . . daran gehaben, gewünen oder überkomen könten oder möchten in oder auswendig dem Rechten, Geist- oder Weltlichem, in kein Weis noch Weg* (1706 Hüttlingen.)

Bei der eigentlichen Übertragung wurde der Verzicht wie die Aufgabe mit *gelerten Worten* an die Hand des Richters und seinen Stab geleistet, aber nicht in der Form eines Eides oder eidesstattlichen Gelübdes<sup>167</sup>. Es spricht für seine Bedeutung, daß einige Texte zusätzlich den Verzicht mit der Fertigungsurkunde erwähnen: *verzech und entwert sich och do ze stett vor mir an dem selben stab . . . , verzicht und entwert sich och ietz mit disem brief gegen dem . . . aller eigenschaft, aller gewerr, aller kuntschaft, aller zügñust, lüt und briefen und gantz alles rechten und ansprach* (1457 Elgg<sup>168</sup>). Laut diesen um Vollständigkeit bemühten Generalklauseln verzichtete der Auflassende für sich (und teils auch für seine Erben<sup>169</sup>) auf alle mit dem veräußerten Grundstück verbundenen Rechte und ausdrücklich auch auf alle erdenklichen, allenfalls erst künftig zu erwerbenden Rechtsbehelfe und

167 Dies im Gegensatz zu den Feststellungen HATTENHAUERS, S. 73 f.

168 Ferner 1383 Fischingen und 1432 Freivogtei Oberuzwil.

169 Beispiele: 1412 Diessenhofen, 1438 Kyburg, 1447 Freivogtei Oberuzwil, 1522 Meersburg, 1686 Fruthwilen, 1463 Zürich.

Anspruchsgrundlagen<sup>170</sup>, womit er das Rechtsgeschäft vor geistlichen oder weltlichen Gerichten oder außegerichtlich<sup>171</sup> anfechten oder sonstwie gefährden und den Erwerber in seinem Recht stören könnte. Er begab sich damit des Klagerechts und der Klagemöglichkeit. Sowohl diese bei der dinglichen Übereignung geleistete Renuntiation als auch die sich damit teils deckenden Gelübde des Verkäufers für Nichtstören, Vertrags- oder Urteils-erfüllung sollten künftige Prozesse vermeiden und dienten der Sicherung gegen alle nur denkbaren Angriffe, die vom Aufgebenden ausgehen könnten. Gegen die Beeinträchtigung durch Dritte leistete er dem Vertragspartner durch Übernahme der Währschaftspflicht Sicherheit<sup>172</sup>.

Die rechtsgeschichtliche Forschung gliederte das Fertigungsverfahren bisher überwiegend nach dem rechtlichen Gehalt der dabei abgegebenen Willenserklärungen. Nicht minder als dieses verbale Element bestimmte jedoch die rituelle Handlung mit dem von beiden Parteien erfaßten Stab des Richters den Ablauf der Übereignung vor Gericht und ihre einzelnen Phasen. Das bereits geschilderte, in der Literatur bisher wenig beachtete Zeremoniell der Fertigung mit dem den Übergang vermittelnden Richterstab zeigt denn auch eine etwas andere Gliederung des Übereignungsaktes. Wie vom Verkäufer an den Gerichtsstab überantwortet und in gleicher Weise Rechts- und Rechtsmittelverzicht geleistet wurde, so gab der Richter die ihm übertragenen Eigentums- und anderen Rechte weiter. Der Käufer empfing sie am oder vom Richterstab, was mit der verbreiteten Urkundenformel, der Verkäufer *lasse* den Stab und der Erwerber ziehe ihn, anschaulich umschrieben ist. Dies bildete, wie die schematische Darstellung auf Seite 45 zeigt, der rechtlichen Bedeutung des Vorgangs gemäß einen besonderen Akt und den letzten Schritt im Ablauf des Übereignungszeremoniells. Auf diesen Vorgang weisen im Sprachgebrauch der Urkunden die folgenden Wendungen hin: *ufgen unde enpfahinn* (1300 Pfalzgericht St. Gallen); *entziehen, vertgen, vollfüren und enpfahen* (1431 Hagenwil); *ufgeben, empfahen, überantworten* (1574 Brittnau); *ufgeben und inantworten* (1561 Rudolfstetten); *an des Gerichts Staab . . . behendiget, zuegestelt und übergeben* (1636 Kelnhofgericht Winterthur); *am Gerichts-Staab vörtige, auf- und übergäbe* (1725 Vogtei auf Eggen). Noch ganz zu Ende des 18. Jahrhunderts heißt es 1794 in Kadelburg: *Nach rechtens gebrauch verfertigt, der kauf am gerichtsstab aufgeben und darab widerumb empfangen*.

170 Verzicht auf Rechte und auf Rechtsmittel vereinzelt in getrennten Formeln, so 1387 Viztumgericht Chur und 1673 Kreuzlingen.

171 *âne gericht* (1438 Kyburg), *mit ald one recht* (1502 Turbenthal), *in und auswendig dem rechten* (1706 Hüttlingen), *weder mit noch one Rächt* (1679 Zürich).

172 Dazu ausführlich HATTENHAUER, S. 69–77. Er erwähnt auch Berührungspunkte der Renuntiation mit der Zustimmung zur Übereignung durch die Verwandten des Verkäufers und begründet die gesonderte Entsagung auf alle Rechte neben der Besitz- und Eigentumsübertragung mit der ursprünglichen personalen und familienrechtlichen Bindung des Grundeigentums.



Den alemannischen Texten des Spätmittelalters und der Neuzeit sind nur spärliche und unbestimmte Indizien für die in einigen Städten nachgewiesene oder vermutete Einweisung des Erwerbers in den Besitz außerhalb der gerichtlichen Fertigung, in einem besonderen Verfahren, zu entnehmen. Lediglich aufgrund der im Hochmittelalter bezeugten körperlichen Übertragungshandlungen auf dem Grundstück und ohne urkundliche Nachweise nimmt Merk für Meersburg an, daß »der Veräußerer mit dem Erwerber regelmäßig auf das Grundstück gegangen ist, um ihm dessen Lage und Grenzen zu zeigen, und daß bei solcher Grenzbegehung meistens auch die Anstößer zugezogen wurden«<sup>173</sup>. In Konstanz trat nach den Untersuchungen Beyerles das Ammannsgericht bis gegen die Mitte des 14. Jahrhunderts vor der zu veräußernden Hofstatt auf offener Straße zusammen. Seitdem wurde diese enge Verbindung zwischen dem an Ort und Stelle vollzogenen Übertragungsakt und der gerichtlichen Mitwirkung zwar gelockert, doch verlangten vereinzelte Urteile des Ammannsgerichts fortan, die Aufgabe und Fertigung sei weiterhin an Ort und Stelle der Liegenschaft, die Verzichtserklärung des Verkäufers aber vor Gericht vorzunehmen. In der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts ist gelegentlich die zweimalige Verlautbarung der Erklärungen des Veräußerers, sowohl vor Gericht als auch vor der die Hand ändernden Liegenschaft, vorgeschrieben. Laut Urkunden von 1361, 1463, 1466 und 1478 gab man in Konstanz im Beisein des Gerichtsboten an der Reichsstraße auf. Durch die gerichtliche Aufgabe und Fertigung erlangte der Erwerber das dingliche Recht und die Gewere am Gute; die Wiederholung der verbindlichen Parteierklärung in der Liegenschaft diente als reale Investitur zum Beweis der Rechtslage nach außen. Auch für Freiburg im Breisgau nimmt Mayer-Edenhauser eine symbolische Investitur im Gericht neben der Realinvestitur an<sup>174</sup>.

Von den mehr als zweitausend beigezogenen Fertigungsurkunden erwähnten aber nur vereinzelte, gemessen am Gesamtbestand sehr seltene Ausnahmen eine an zwei Orten vollzogene Übertragung. So gingen laut Nachrichten von 1419, 1445 und 1467 in der Stadt St. Gallen die Parteien bei der Aufgabe freien Eigens vom Rathaus an des Reiches Straße, wo der Verkäufer den Käufern *an iro hand* aufgab. Alsdann traten sie wieder vor

173 MERK, ZRG GA 56, S. 26. RICHTER, S. 40 f., erwähnt für Sachsen, seit dem 13. Jh. habe im Auftrag des Gerichts eine tatsächliche Einweisung stattgefunden, die für die Erlangung des Eigentums keine Bedeutung hatte, sondern lediglich der Sicherung des Besitzes Dritten gegenüber diene. In Bayern fiel dem Fronboten nach dem Schlußurteil bei Fertigungen die Aufgabe der Vollstreckung zu. Er wies die obsiegende Partei am Ort des Grundstücks in die Gewere ein, nachdem vorher der Richter an der Schranne symbolisch mit dem Stab die Einantwortung vorgenommen hatte (SCHLOSSER, S. 147, 319, nach Belegen seit dem 14. Jh.).

174 BEYERLE, Salmannenrecht, S. 139 f.; MAYER-EDENHAUSER, S. 9, 42.

Gericht und bezeugten unter Stabberührung den Vollzug der Aufgabe, um anschließend am Gerichtsstab den Verzicht zu erklären. Ähnlich verfuhr man 1492 im benachbarten Mörschwil, wo der Verkäufer nach Aufgabe und Fertigung an der Reichsstraße *gieng da widerum in des gerichtes zwing und greif an des gerichtes stab, bekant daran . . . solchen kouf mit allen worten und geberden und . . . verzich sich och darby.*

Es sprechen auch lediglich einige thurgauische Texte des 14. Jahrhunderts vom *in gewere setzen*: *Und gaben uf . . . an des . . . hand . . . und verzigen sich . . . mit gelerten worten und satzten die . . . in recht nützlich gewer über die . . . güter und verzigen sich . . .* (1359 Stadt Winterthur); *Die obgenanten . . . hant öch die selben . . . gesetzet vor gerichte und mit miner des . . . richters hand in recht gewer der vogenanten gütern . . . und wellent, daz die selben . . . den oftgenanten hof . . . und den selben kilchensatz mit allen iren zügehörden frilich, eweklich haben, besitzzen und niessen sünt und da mit tünde sijen, was inen füglich ist* (1363 Landgericht Thurgau).

d) Der Bekräftigung der Verfügung und der schuld- wie haftungsrechtlichen Sicherung des Erwerbers dienten auch einige promissorische oder asserterische Gelübde. Sie zählten trotz der engen Verwandtschaft zum Verzicht nicht zur dinglichen Übereignung im engeren Sinne und unterschieden sich von diesem konstitutiven Akt auch in der Form als eidesstattliche Erklärungen. Nach Gewicht und Verbreitung stand an erster Stelle das *Währschaftsgelöbnis*, womit der Verkäufer sich verpflichtete, bei Klagen Dritter – wohl vor allem der Verwandten – gegen die Übertragung die Verteidigung im Prozeß zu führen und dafür zu sorgen, daß der Erwerber nicht zu Schaden kam.

Es ist eine alte Streitfrage, ob im mittelalterlichen deutschen Recht Währschaftspflicht von Rechts wegen galt oder ob sie im Einzelfall rechtsgeschäftlich begründet werden mußte. Unsere Quellen bestätigen Mayer-Edenhausers Feststellung, es habe nicht schon der Übereignungsvertrag oder die Übergabe zur Gewährleistung verpflichtet, sondern erst das seit dem 13. Jahrhundert bezeugte Gelöbnis, zum Vertrag zu stehen und ihn gegen Verletzungen durch Dritte zu schützen. Auf dieses Gelübde habe die Geltendmachung von Währschaftsansprüchen sich stets gestützt, nicht bloß auf Kaufvertrag oder Übereignung. Auch Beyerle sieht in der Währschaftsübernahme kein Element dinglicher Natur; als »obligatorischer Ausfluß des Kaufgeschäfts« besaß sie lediglich Sicherungscharakter und erfolgte durch ein Treugelübde, das durch die Verbindung mit der gerichtlichen Fertigung eine besondere Feierlichkeit erhielt<sup>175</sup>.

175 MAYER-EDENHAUSER, S. 93–95; BEYERLE, Salmannenrecht, S. 123 f.; MERK, ZRG GA 56, S. 29–33, und Grundstücksübertragung im alemann. Volksrecht, S. 164 f.; HATTENHAUER, S. 77–84. Zum Gewährschaftsversprechen und seinem Verhältnis zur rechten Gewere auch RICHTER, S. 30–33, und SCHMIDT, S. 33–35.



Auch die meisten spätmittelalterlichen und neuzeitlichen Fertigungsurkunden des alemannischen Raumes erwähnen die oft im Gerichtsurteil ausdrücklich vorgeschriebene Übernahme der Nachwächrschaft durch den Veräußerer. Das Gelöbniß wurde *bi guoten trüwen, in aids wise* oder *an aids statt* und häufig wie Aufgabe und Verzicht am Stab des Richters geleistet <sup>176</sup>.

Einige Beispiele sollen die große Vielfalt in der Formulierung der oft recht weitschweifigen Wächrschaftsgelübde belegen. Wie beim Verzicht tendierte die Entwicklung zur Generalklausel hin. *Die obgenanten . . . lopten öch da vor gerichte für sich und alle ir erben und nachkomen, der vorge-nanten lüte und gütern und ir zügehörden recht wer ze sinde nach rechte für ledig aigen wider alle ansprach, wo des dü . . . notdürftig sint uf gaistlichen und wältlichen gerichtten, ane geverde* (1363 Landgericht Thurgau); *und lobten unverscheidenlich, derselben güter also wery und tröster ze sin nach gewonheit und recht des hofes ze Jonen, ungevarlich* (1402 Jona); *und daz sy och daby lobtind bi iren trüwen in obgeschribner mäss des koufs iro recht gewern ze sin nach recht des flecken ze Ow* (1424 Reichenau); *Sy lopten und versprochen ouch daruf für sich, all ir erben und für menglichen von ir wegen, so dis sach berürt, dis ewigen koufs also recht weren und tröster zü sinde ye und so lang, untz daz derselb . . . daran habent und besorgt sind und sy ein nutzlich gewer daby schirmet, alles nach gewonheit und recht unsers hofs und lands* (1452 Uznaberg); *Und och daby der vorge-nant . . . mit siner güten trüw . . . an des gerichtts stab vor gericht lobt, dis koufs des vogenanten köufers . . . stuck und güter aller mit irer zugehörd, leben für leben, aigen für aigen und dafür, das die witer niendert verkumbert, sunder von menglichem unansprächig und gantz ledig sigent, und inen dero für alle mindrung und abgang, mangel, irrung, inträg und gebresten gegen allermenglichem gaistlichen und weltlichen lüten, recht, richtern und gerichtten, da sy des immer . . ., wächrschaft zetuond* (1486 Landgericht Thurgau); *Und lopt daruf by sinen guoten trüwen an eids statt für sich . . ., dis frygen ewigen koufs recht wär und tröster ze sin für allen abgang, wie das an ir wissheit komen ist, unzit das gotzhus . . . daran wolhabend und nach aller irer notturft versorgt sind und das sy ein nutzlich gewer daby schirmpt nach gewonheit und recht der statt Rappreswil, ane allen iren ko-*

176 Beispiele für Wächrschaftsübernahme am Gerichtsstab: 1389 Wängi, 1396 Rapperswil, 1472 Sommeri, 1478 Mörschwil, 1479 Hemberg und öfters sonst im Toggenburg, 1483 Oberwinterthur, 1494 Embrach, 1501 Wollerau, 1518 Bussnang, 1520 Illnau, 1548 Birwinken, 1554 Altkirch, 1557 Rüespach, 1612 Weylen, 1626 Mammern. Vereinzelt Wächrschaft an Stab gelobt, wenn dieser bei der eigentlichen Fertigung nicht erwähnt ist, so 1432 Pfalzgericht St. Gallen. Andererseits nennen manche Urkunden den Stab beim Wächrschaftsgelübde nicht, obschon er bei der Übereignung bezeugt ist, z. B. 1382 Rudolfingen, 1416 Lindau, 1419 Rheinau, 1444 Gossau-St. Gallen, 1465 Veltheim, 1479 Rorbass, 1491 Buch, 1510 Altikon, 1514 Kelnhof Winterthur, 1522 Dättlikon, 1692 Eschenz.

sten und schaden (1507 Rapperswil); Und lopt daruf an des gericht's stab . . . umb alle stuk . . . erstattung und gnug thun, ouch von allem abgang, costen und schaden zü entheben, zü ledigen und zü lösen und daruf recht wer und tröster sin söllten und wellten gegen aller mencklichen nach gemainen und sonderen lantzrechten, alles ungevarlich (1518 Bussnang); och den gemelten . . . uf sölichen kof, wie obstat, güte vöilige werschaft ze tünd für allen mangel, abgang und intrag nach hofsrecht zü Pfäffiken und nach aller notturft in allweg (1520 Pfäffikon-Schwyz); auch er Anwald innamen Verkäufers an des Gerichts stab lobte und versprache . . . besonder des Khaufes ihr recht gueth gewehr und tröster zue sein für allen abgang nach landtsrecht (1686 Fruthwilen); und lobten darauf . . . des redlichen und ewigen Tauschs einanderen recht gutt getreuw Anredt, Nachwähr, Fürsteher und Tröster zuseyn für allen Abgang gegen aller meniglichem nach Landtsbrauch und nach dem Rechten (1706 Hüttlingen); Er Verkäufer thete sich dessen gänzlichen verzeihen und lobt darum vor allem Abgang gueth Gewähr und Tröster zue sein nach Landtsbrauch und dieses Gerichts Brauch und Recht (1723 Hattenhausen).

Die Währschaft war demnach sachlich umschrieben (etwa für ledig aigen) oder sie galt für jede Anfechtung des Rechtsgeschäfts vor geistlichem oder weltlichem Gericht und ain allen stetten (1438 Kyburg). Eine Urkunde von 1447 aus Oberuzwil formuliert die Zusage in dem Sinne positiv, der Erwerber sei von allen Ansprachen zu ledigen. Zeitlich war diese Gewere in unseren Quellen nicht befristet (in Chur heißt es 1387: über kurtz ald lang), und öfters verpflichtete sie auch noch Erben und Nachkommen<sup>177</sup>.

Ausdrücklich wird meistens Schadens- und Kostendeckung oder -ersatz durch den Verkäufer hervorgehoben; nur im Zürcher Schultheißengericht sind nach einem Beleg des Jahres 1463 die Kosten dem Erwerber überbunden. Bei Tauschgeschäften trug jede Vertragspartei Kosten und Schaden ungeachtet der Währschaft selbst, so 1517 in Wald: jetweder theil in sinem costen und ane des andern schaden. Im übrigen richtete sich die Währschaftsleistung an alle gewerd nach Gewohnheits-, Orts- oder Landesrecht.

In denselben Zusammenhang gehört das freiwillig oder laut Gerichtsurteil an den Stab geleistete Gelöbniß, die veräußerten Liegenschaften seien nicht stärker als angegeben belastet. Beispiele: zü recht erkennt, das . . . loben sölle bi und mit sinen güten trüwen an des gericht's stab, das im nit in wissen sige, das bemelter halber hof mit aller siner zügehört witters bekumbert, beladen ald versetzt sig (1514 Tägerwilen); auch frey willig one zwungen an min des richters stab lopte . . ., auch obgedacht underpfand nit wyter dann als vorstadt beschwärdt sig (1559 Thayngen); und alsdann der verkoufer am stab veryeichen solt, dass im nit in wüssen wäre by synen guoten trüwen an ayds statt, das sölich reben ge-

<sup>177</sup> Weitere Beispiele: 1387 Chur, 1438 Kyburg, 1474 Allensbach, 1491 Gottlieben. HATTENHAUER, S. 87, stellte häufige zeitliche Beschränkung fest.



gen jemand sonst witer in haft noch verkümbert oder mer darab gange dann der zehent als gemeldt und ob er kain gmainer darzu hette ald nit leben wärind (1566 Mannenbach); ... an stab greifen und der schuldner dem fürsprechen also nachsprechen: Ich gebe auf . . . , weiss auch weitere beschwärdn nit darauf und will also dessen werd sein nach dem rechten (17. Jh. Toggenburg). An die Hand des Richters und den Gerichtsstab wird an Eydstatt angelobt und bezüget, das Gut sei nicht stärker als angegeben belastet und dabei Nachwährschaft übernommen (1679 Zürich).

Die gleiche Bedeutung hatte es wohl, wenn im 18. Jahrhundert in Pfungen der Verkäufer an den Gerichtsstab zu betuern hatte, *dass alles seye wie angegeben*. Die Verpflichtung zur Offenlegung aller auf dem Grundstück ruhenden Belastungen, insbesondere der Zinsbeschwerden, bezeugt Merk auch für Meersburg und den Linzgau neben der oft bei der Fertigung übernommenen Verpflichtung zur Aushändigung aller das Grundstück betreffenden Urkunden an den Erwerber<sup>178</sup>. Dazu zwei Beispiele: *Si gelobte och also. Swas briefen si hette, die icht wistin und seitin von der güter wegen . . . , das si di antwurten sont den egenanten . . . und iren erben zü denen briefen, die si inen nu ze male öch geben und ingeantwurt hand, die si von den heren von Krenkingen hatte, dero heren vor an disem briefe gedacht ist. Wurde aber fürer dehain brief funden nu oder hie nach von der güter wegen . . . der den selben . . . und iren erben nit geantwurt wurde, der ensol inen doch enhein schaden noch gebresten bringen an deheinem iro rechten in disem köffe, wan das er gentzlich tod und unkräftbar sin sol* (1373 Waldshut).

*Der vilgenant . . . hat ouch jetz an min hand und des gerichtz stab mit güten trüwen . . . gelopt und verheissen, des obgeschribnen koufs . . . rechter wer zü sinde nach recht . . . vor geistlichen und weltlichen gerichtten und wo sy des notturftig sind in irem costen ane geverd und ouch inen alle die brief, register, rödel und geschriften, so er umb das, so der obgeschriben kouf begrift, innhat, hinus zü iren handen und gewaltsami zü geben und zü antwürten. Und ob sölicher geschriften ungevarlich deheine hinder im belibe und die über kurtz oder über lang funden wurdent, das sy die den egenanten . . . ald iren nachkomen zü iren handen geben und antwürten söllent. Und ob das nit bescheche, das sy doch inen an disem kouff kein schaden, irung, abgang noch gebresten bringen noch fügen söllent keins wegs* (1463 Zürich).

Weiter wurde der Erwerber gegen Angriffe des Verkäufers durch die in einigen Urkunden neben der Verzichtserklärung erwähnte, mit ihr sich sachlich teils überschneidende Nichtstörklausel gesichert. Beispiele: (Nach Aufgabe, Verzicht und Währschaftsübernahme): *Und darzü lobtent öch dū obgeschriben . . . an dem stab für sū und für all ander ir erben, den*

178 STEINER, Pfungen, S. 82; MERK, ZRG GA 56, S. 29 f.

*dik benempton . . . von der obgeschriben güter und lüten wegen, so sy inen ze kofen geben hettint, noch von der sechshundert guldin wegen, noch von debainer ander ansprach wegen, niemermer anzesprechen noch für ansprächig ze haben, ufzetricben, ze beklagen, weder nu noch hernach, weder mit gaitlichen noch mit weltlichen gericht, noch ân gericht, noch mit kainen andren sachen, worten noch werchen, mit güten trüwen, ân geverd (1387 Chur); lopti an des gerichtes stab mit siner hand in des selben . . . hand . . . wär und stät ze haben und dar wider nit zetünd noch schaffen getan werde (1434 Ermatingen).*

(Laut Urteil nach Aufgabe sowie Rechts- und Rechtsmittelverzicht): *Und darzû by sein güten trüwen an aidsstatt an stab loben, den besagten . . . der obgeschribnen güter halben nimermer anzesprechen noch zebeunrüwigen in debain wis noch weg (1534 Wollmatingen).*

(Laut Urteil vor Aufgabe, Verzicht und Währschaftsübernahme): *an des Gerichts stab lobte und verspräche, ihne . . . als Khäufer . . . deshalb nimermehr zebeunruhewigen noch an zue sprechen (1686 Fruthwilen); Also gelobten und versprochen sye zue beyden theilen ahn Aydts Statt ainander, disen khauf und verkhauf wahr, stet, väst sambt allem, was hierin geschriben, zue halten, darwider niemer zue thuon noch gestatten oder anlaithung geben, gethan zue werden überall in khein weiss noch weg mit Verzeichung (es folgt der Rechtsmittel- und Rechtsverzicht; 1707 Waldshut).*

Im Pfalz- und Lehengericht der Fürstabtei St. Gallen wurde oft unmittelbar nach der Fertigung von Gemächten mit dem Traditionssymbol der schwarzen Kappe an den Stab des Richters gelobt, gegen die letztwillige Verfügung nichts zu unternehmen, was wohl einem Verzicht auf Widerruf entsprach: *lopt och mit iren güten trüwen an des gerichtes stab, das gemächt war und stät zu halten und darwider nichts zû tûn (1461, 1470, 1476); Lopt ouch darauf zu allen Teilen an des Gerichts stab, darwider niemer zessin, zetun noch schaffen gethon werden, sondern solches war und stät zehalten und nachzukommen (1555–1562 im Lehengericht).*

Manchmal, besonders in neuerer Zeit, ist die Nichtstörklausel mit der Währschaftsformel verbunden: *und by sinen guten trüwen in aids wys gelopte und verspreche, gemeltem . . . daran niemermer zubeunruwigen noch anzusprechen weder mit noch one gricht noch recht in kainen weg, besunder dis koufs iren recht weren und troster zessin für allen abgang und intrag mengklichs nach landsrecht (1535 Adlighusen); Und lopten sie Verkeufere darauf . . ., Währ und Fürstandt und Tröster zue sein . . ., darwider nimmer nichts ze thuen (1627 Lommis); Dartzu an Ayds statt gelobe und verspreche, den . . . Köufer daran nimmermehr anzufechten, sondern rechter Währ und Tröster zu sein (1673 Kreuzlingen).*

Ein Versprechen in diesem Sinne enthält vermutlich auch der in einer Binninger Urkunde von 1625 formulierte Satz: *Mit dem Staab würcklichen überantwortet, eingeraumbt und in ruhewige Possess gestellt.*



Das gleiche Ziel strebten die vom Auflassenden gelegentlich geleisteten Stabgelübde an, den Vertrag zu halten und das Urteil zu erfüllen. Beispiele <sup>179</sup>: *Des glichen glopt der vilgenant . . . alles das, so von im an disem brief geschriben staut, waur vest und stet zû halten* (1483 Leimbach); *grifen an des gerichtz stab und da geloben und verheisen . . . alles das ze volfüren und ze halten* (1440 Kaiserstuhl); *an des gerichtz stab grifen . . . und den . . . kauf hingeben . . . und loben stet zehalten und wehrschaft* (1477 Trüllikon).

In knapper Weise verbindet die folgende Formulierung mehrere Gelöbniselemente: Vertragseinhaltung und -erfüllung, Nichtstören und Währschaft: *Och mit siner gûten handgegebenen trûwen für sich, sin erben und nachkommen an des gerichtz stab lopte, dis alles war und stât zehalten, och den zins us zerichten und darwider nit ze reden noch ze tûn inwendig noch uswendig gerichtz an dehainen stetten noch von niemand in kain weg. Sonder dis koufs ir recht weren und tröster sind nach dem rechten* (1474 Allensbach).

Mayer-Edenhauser führte alle diese zusätzlichen Sicherungsklauseln auf fremdrechtlichen Einfluß zurück: »Der . . . Sucht, Dinge, die schon in der Symbolik ihren Ausdruck gefunden hatten, noch eigens mit möglichst viel römischrechtlichen Floskeln auszusprechen, verdanken . . . die Einredeformel, die Stätigungsformel und wohl auch die Währschaftsklausel ihre Entstehung.« So sei der Einredevorzicht vermutlich von Westen her in den Breisgau eingedrungen, aus Straßburg, wo sein Auftreten seit dem frühen 13. Jahrhundert wahrscheinlich mit der Errichtung des bischöflichen Offizialats in Verbindung stehe <sup>180</sup>.

e) Nach Aufgabe, Verzicht und sichernden Gelübden des Verkäufers sowie Annahme durch den Käufer stellte das Gericht auf Umfrage des Richters durch Urteil fest, die Übereignung sei mit allen vorgeschriebenen Worten und Werken vollzogen und das Geschäft damit rechtskräftig geworden. Die meisten Urkunden, auch noch recht späte Texte, halten dies, wie die folgenden Beispiele belegen, ausdrücklich fest: *Und beschach öch diz alles nach baiden tailen ufgab, willen und gunst und enphanüst vor mir in offem gericht, mit urtail und mit recht, als öch inen baidenthalb gericht, frag und urtail gab, als recht was und öch als erber lût ertailtent, die darumb gefragt wurdent uff den ayd, daz sy dücht uff ir aid, daz alles also beschehen wâr, als urtail und recht geben hett, das es dannanhin billich daby beliben, kraft und macht und hantfesti sölt und möcht haben, baidú nu und hernach* (1387 Chur); *ward do daruff fúro zû recht gesetzt wz yetz recht wâr, ward nach min egenanten richters ummbfrag uff den ayd ertailt dz . . . so wil gerichtz und rechtz úber diss sach sye gangen, das es billichen vor allen*

<sup>179</sup> Auch 1448 Weinfeldeln. In Thun heißt es 1433: *und hând harumbe ire eide an den stab gelegt, ze tûnd alz daz notdürftig wurde.*

<sup>180</sup> MAYER-EDENHAUSER, S. 41–44, 89–93. Für Meersburg und den Linzgau MERK, ZRG GA 56, S. 29.

gaistlichen und weltlichen gerichtet yetz und yemer öwenklich kraft und macht süll haben (1485 Malans); deshalb es nach miner gethonen umbfrag craft zü haben von gnantem gricht erkent ward (1520 Pfäffikon-Schwyz); Also nach söllicher offnung ist dis alles vor mir und dem gericht beschechen und vollfürt an des grichts stab mit mund, mit handen, ufgeben und empfachen nach dis grichts sitt, bruch und gewonheit wie dann urtel gab und recht ward; darumb sölliches alles jetz und hienach gut craft und macht hat, haben soll, mag und kann (1556 Trüllikon); So nun dis vor Gericht erzelt, die Haupt- und Mitgülden was an disem Brief geschriben stath . . . getreuwlichen zuhalten mit Mundt und Handen an des Grichts Stab verlobt, ist darauf diser Contract zu gueten bestendigen Krefften . . . mit Urteil erkent worden (1626 Kaiserstuhl); So wardt nach meiner des Ammanns gehaltner Umfrag von den Urteilsprechern zurecht erkent und gesprochen, dass dise Versorgnus nach form rechtens beschehen und zuegangen seye, desnachen dann selbe gut Kraft und Macht haben solle izt und in zukünftigen Zeiten (1756 Fischingen-Tannegg); So ware nach mein des Stabhalters gethanen Umbfrag von den Richtern zue Recht erkent, dass diser Kauf nach Form und Ordnung rechtens und des Lands Brauch ergangen und vollzogen sye (1758 Ittingen); so ward auf mein . . . gehaltne umbfrag zu Recht erkent und gesprochen, dass disere Kaufs-Fertigung nach hiesigem Gerichts-Brauch und Recht ergangen und beschechen seye, dahero gült- und krefstig jetz und zu künfftigen Zeiten (1769 Tobel); so ward nach meiner Umfrag von denen Urthelsprechern zu lezt erkenntlich, dass dise Schuldverschreibung nach Formb Rechtens beschechen, folglich gut Krafft und Macht haben solle, bis das Capital, Zins und Cösten gänzlich bezahlt sein werden vermög dis Briefs (1788 Tuttwilerberg).

Andere Urkunden begnügen sich mit der Feststellung, das Geschäft oder Urteil sei vollführt worden<sup>181</sup>. In der Regel bat hierauf der Erwerber das Gericht um eine Urkunde. Beispiele: *Do bat der . . . mit sinem erlobten fürsprechen . . . an ainer urtail ze erfahren, ob man im itt billich ainen versigelten brief geben söll umb alle vorgesaiden sachen* (1410 Sargans); *dez mütet do der . . . von gerihts wegen ains briefs* (1416 Lindau); *Do lies des . . . fürsprech an recht, ob man im des nit bilich ain besigleten brief gäb wz gericht und urtail geben hett* (1427 Flims); *Der urtel und ufgebung begert im . . . ains briefs* (1503 Pfyn); *Dieser Urteill vermelter . . . Käufer einen Brief begehren lassen* (1723 Hattenhausen).

Diesem Begehren wurde mit dem abschließenden Urteil entsprochen, es sei über die Fertigung ein *brief* auszustellen: *Do fragt ich urtail umb. Do ward ertailt mit gemainer urtail, datz man ir billich und von rechtz wegen ain brief sölt geben, den selben brief ich vorgeanter richter . . . besigeln sölten* (1383 Lauterach); *Wie auch auf mein des Richters weiters gethane rechtli-*

<sup>181</sup> Beispiele: 1535 Adlighusen, 1545 Hallau, 1563 Sipplingen, 1690 Wagenhausen.



*che Umbfrag diser Brief . . . zue bekräftigung mit einhälliger Urthel zue recht erkent worden* (1671 Weiach).

Die meistens vom Gerichtsvorsitzenden besiegelten Urkunden protokollieren den Vertragsinhalt so wie – mehr oder minder ausführlich – das Übertragungsverfahren<sup>182</sup>. Bis ins 17. und 18. Jahrhundert haben sich demnach, soweit gerichtliche Fertigung Gültigkeitserfordernis war, in zahlreichen Gerichten des alemannischen Raumes im wesentlichen die aus dem Mittelalter hergebrachten Prozeßformen behauptet.

f) Der Wortlaut mancher Quellen scheint allerdings für eine Umbildung oder Preisgabe des alten mehrstufigen Übereignungsverfahrens in der Neuzeit zu sprechen. So sagt eine Reihe später Texte nichts mehr von Aufgabe und Verzicht; sie erwähnen bei der Beurkundung der Fertigung lediglich ein am Gerichtsstab geleistetes Wahrheits- und Erfüllungsgelübde, wenn sich die Aussage nicht sogar auf die summarische Feststellung des eidesstattlichen Lobens am Stab beschränkt.

Eine solche Umgestaltung stellte Merk während des 17. Jahrhunderts in Meersburg fest; er suchte ihre Ursache in den Umwälzungen des Dreißigjährigen Krieges. Stadtväterliche Fürsorge habe zur Bestätigung, Ratifikation des Veräußerungsgeschäftes und zur Überprüfung der Zweckmäßigkeit anstelle des Rechtsanspruchs auf Fertigung geführt, weshalb das dingliche Geschäft, bisher Schwerpunkt des Verfahrens vor Gericht, in der Folge verkümmerte<sup>183</sup>. Auch die folgenden Urkunden begnügen sich mit dem Hinweis auf ein Stabgelübde, den Vertrag zu erfüllen und nichts dagegen zu unternehmen<sup>184</sup>: *das habent sy allersits all mit mund und hand . . . an des gerichtes stab gelopt, zügesagt und versprochen* (1543 Bassersdorf); *Uf das auch mir dem richter an den Stab bei vorgemelten seinen gueten treuwen und ehren an Eydstatt gelobt und versprochen, disen Kouf und Verkouf wahr, stett, vest und unverbrochenlich ze halten* (1601 Gelterkinden); *Wan der Verkhäuffere vornen und der Khäuffere hinden an des Gerichtes Stab an ein Aydstatt grifen und . . . also loben khönden und mögen, das disere Khauf also und angezeigter massen ergangen und beschehen seye* (1614 Sitterdorf); *die Haupt- und Mitgülden was an disem Brief geschriben stath . . . getrewlichen zuhalten mit Mundt und Handen an des Grichts*

<sup>182</sup> Teils wurden die abschließenden Urteile über Rechtskraft und Urkundenerichtung zusammengelegt, so 1372 Winterthur. BEYERLE, Salmannenrecht, S. 93–97, schilderte, wie in Konstanz die eigentliche Auflassung zwar stets vor Stadtgericht geschah, darüber bis zur Mitte des 14. Jhs. jedoch keine Urkunde aufgenommen wurde, weil daneben die Bekräftigung und Siegelung vor dem Rat als rechtlich zwar minderwertiger und nicht obligatorischer, für die Parteien aber ebenfalls wichtiger Akt gebräuchlich war.

<sup>183</sup> MERK, ZRG GA 55, S. 212 f.

<sup>184</sup> Weitere Beispiele: 1509 Wilen im Tösstal, 1522 Kloten, 1552 Fisingen-D., 1554 Neuweiler, 1566 Buus, 1572 Pfirt, 1573 Arlesheim, 1608 Merishausen, 1621 Osterfingen, 1623 Münchenstein, 1628 Oberaach, 1684 Mammern, 1707 Waldshut, 1711 Andelfingen.

*Stab verlobt* (1626 Kaiserstuhl); *Er Schuldner . . . hat auch . . . an des Gerichts Stab gelobt und versprochen, disen Brief wahr, vest und stätt zu halten, darwider nit zu sein noch schaffen gethan werden in kein Weg* (1692 Pfyn); *Dieses Briefes Inhalt nachzukomen, darwider nichts zu thun noch schaffen gethan zu werden an des Gerichts Stab eydlich angelobt* (1772 Niederneunforn); *Welches alles er der Schuldner wahr zu sein und fest zu halten an dem Gerichtsstaab angelobt und versprochen* (1773 Bänikon).

Noch knapper bezeugt ein *brief* aus Marthalen vom Jahre 1663, das Rechtsgeschäft sei *vor gericht mit mund und hand confirmirt* worden. Vereinzelt wurde nach dem Sprachgebrauch der Quellen nur *von beiden Theil, das sy alles dessen wohl zufriden seyind an des Gerichts Stab angelobt* (1691 in Hettlingen und 1702 in Winterthur). Vor allem im 18. Jahrhundert engte sich die Aussage der Fertigungsurkunden gelegentlich auf das Loben an den Gerichtsstab, ohne dessen nähere Erläuterung, ein. Beispiele<sup>185</sup>: *Er Verkäufer lobte auch durch seinen Anwalt am Gerichtsstab an Eydstatt an* und verspricht Währschaft (1732 Weinfeldten); *Hierauf und nachdem sie allgebräuchlich an des Gerichtsstab angelobt, auch alle in disem Brief begriffene Wort und Meinungen wahr zu sein und fest zu halten versprochen, so wardt nach meiner des Ammanns gehaltner Umbfrag von den Urteilsprechern zurecht erkent und gesprochen* (1756 Fischingen-Tannegg); *Als man nun dessen alles einandern kantlich und in anred ware, auch wie gebräuchig an dem Gerichtsstab gelobte, so ware nach mein des Stabhalters getanen Umbfrag* (1758 Ittingen); *Als nun sy beid dessen alles einander kantlich und in Anred waren, auch wie bräuchig an des Gerichts Staab angelobt* (1788 Tuttwilerberg).

Trotz solcher scheinbar eindeutiger Aussagen über den Ersatz der dinglichen Übereignung durch ein Stabgelübde<sup>186</sup> ist die Möglichkeit nicht auszuschließen, es sei weniger das Verfahren als die Terminologie der vom Gericht ausgefertigten Urkunden verändert worden. In diese Richtung weist es, daß im 15. Jahrhundert bei der Fertigung bestimmter Verträge in den Städten Bregenz und St. Gallen der Ausdruck *loben* den Verzicht bedeutete<sup>187</sup>. In den Dorfgerichten des Fricktals wurden laut einer Nachricht von

185 Auch in Urkunden aus Neuhausen ob Eck ist 1651 und 1714–1748 allein vom *angeloben an Aydt Stab* oder *angloben an Gerichtsstab* die Rede, ebenso 1735 Hüttwilen und Eschenz sowie 1737 und 1777 Lommis.

186 In mehreren hier erwähnten Niedergerichten sprechen ältere Texte noch von Übergabe und Fertigung, so 1614 Weinfeldten, 1646 Fischingen, 1722 Ittingen und 1627 Lommis. Hier erklärt aber eine Urkunde von 1675 nur noch, der Schuldner sei *an des Gerichts Staab guet ychtig, in anred und bekhandtlich gewesen*.

187 In Bregenz für Gemächte, so 1471: *Also gab er das uf nach sinem tod und lopt mir das an den stab. Do empfieng . . . von mir ab dem stab*; auch 1433, 1448 und 1466. Im Stadt- und im Pfalzgericht St. Gallen wurde bei der Fertigung von Gemächten, Gemeinderschaften (1425: *die gemeinde an des gerihets stab empfahren*), Erbvereinbarungen sowie Zins- und Rentenkäufen der Vertrag zuerst bestätigt und alsdann vom Aufgebenden an den Stab gelobt. Hier heißt es 1469: *greif dar-*



1698/1700 Handänderungen von beiden Vertragsparteien *an dem gerichtsstab ab undt zue gelobet*<sup>188</sup>, was wie die auffällige Betonung des »gebräuchlichen« Lobens in den vorn erwähnten Beispielen vielleicht als Indiz für einen Bedeutungswandel des Wortes betrachtet werden darf. Auch späte Texte zeigen, wie das Wahrheitsgelübde neben der Fertigung und unabhängig von ihr geleistet wurde. Beispiele: *Von den Urthelsprechern zue recht erkhendt und gesprochen, wan . . . an des Gerichtes Staab an Aidstat loben möge, dass deme allem wie obstehet also seye undt darnach solchen Kauf in weis und maass wie der ergangen dem . . . an Stab übergeben und zuevertiget werde* (1646 Tobel); *Wann nun bayde Theyl dises ihres getroffenen Khaufs und Verkhaufs einandern durchaus anred und bekandtlich gewesen, zumahlen mir dem Richter hierüber eydtlichen an den Stab gelobt und daraufhin die gerichtliche Fertigung begehrt haben* (1723 Waldenburg). Bemerkenswert ist, daß eine Fertigungsurkunde des Gerichts Bühl vom Jahre 1569 nur das Stabgelöbniß nennt, während Texte des späten 17. Jahrhunderts (1675 und 1691) aus Bühl feststellen: *dise Khaufsfertigung (sei) von beeden Partheyen an dises Gerichtes Staab mit Mund und Hand aufgegeben, dargegen wider angenommen und empfangen*. Aus der unterschiedlichen Beurkundung ist hier jedenfalls keine Abweichung im Verfahren abzuleiten.

Auch die in der späten Neuzeit redigierten Fertigungsordnungen aus dem Toggenburg, der Herrschaft Blumenegg, aus Pfäffikon-Schwyz, Rudolfingen und Regensberg kennen die gerichtliche Übereignung nur in der hergebrachten prozessualen Form mit Zwischenurteilen, wie sie nach dem Ausweis vieler Fertigungsurkunden noch im 17. und 18. Jahrhundert<sup>189</sup> vielerorts im alemannischen Raum tatsächlich geübt wurde. Hervorzuheben sind insbesondere die Belege aus Fruthwilen (1686), Hüttlingen (1706) und Hattenhausen (1723).

Aus den knappen Urkundenformulierungen über das Loben an den Stab des Richters darf demnach nicht mit Sicherheit auf eine entsprechende Reduktion der zur rechtsgültigen Übertragung vor Gericht erforderlichen Handlungen geschlossen werden. Jedenfalls ist nach den überlieferten Quellen nicht eindeutig zu entscheiden, ob sich in der Neuzeit das Fertigungsverfahren mancher Gerichte wirklich auf eine eidesstattliche Versicherung des Verkäufers oder beider Parteien am Gerichtsstab beschränkt hat.

*uf . . . an des gerichtz stab, erkennt daran sölichs . . . und verzecht sich*. Für Freiburg i. Br. stellte MAYER-EDENHAUSER, S. 94, fest, das Erfüllungsgelöbniß habe einen Teil des rechtsförmlichen Verzichts gebildet.

188 GRAF, S. 162.

189 Beispiele: 1607 und 1769 Tobel, 1651 Bürkendorf, 1657 Jestetten und Stammheim, 1669 Lottstetten, 1670 und 1708 Thundorf, 1671 Weiach, 1692 Eschenz, 1705 Dettighofen, 1710 Wutöschingen, 1711 Hagenwil-Roggwil, 1759 Gottlieben, 1742 Bazenheid. In Zuckenriet heißt es: *Dan auff dise Formb gemelter verkäufer . . . an des Grichts Staab griffen, geferkhet und daran . . . auffgeben und daran angelobt, für allen Mangel und Abgang guot Werdt und Tröster zuo sin nach dem Rechten*. Zur Ordnung in Regensberg vgl. ZIEGLER, S. 160 f.

## 5. Anwendungsbereich und Wirkung der Stabfertigung

a) Die mit dem Stab des Richters vollzogenen Rechtsgeschäfte beschlagen den gesamten Bereich der gerichtlichen Fertigung. Am häufigsten waren Kaufverträge über Liegenschaften, wobei neben Höfen, Äckern, Wiesen und Weingärten auch große Besitzungen mit dem Stab übereignet wurden<sup>190</sup>. Auf gleiche Weise wechselten Kirchensätze<sup>191</sup>, Vogtrechte und Vogteien<sup>192</sup>, Eigenleute<sup>193</sup> und Zehnten<sup>194</sup> die Hand. Tauschgeschäfte traten selten auf<sup>195</sup>. Eigentumsübertragungen am Stab beruhten auch auf Schenkungen<sup>196</sup>. Vereinzelt wurden Erhebungen in die Leibeigenschaft, die Freilassung von Eigenleuten<sup>197</sup> und sogenannte Gantfertigungen<sup>198</sup> mit dem Gerichtsstab vorgenommen.

Häufig tritt in den urkundlichen Belegen ferner die Bestellung des Grundpfandes in allen Formen auf, obschon Zinsverschreibungen in der Neuzeit manchenorts nicht mehr gerichtlich gefertigt wurden. Oft sind am Stab des Richters Schuldbriefe und Gülten errichtet, Pfänder eingesetzt und ewige oder ablösbare Natural- und Geldzinse verschrieben worden<sup>199</sup>. Dienstbarkeiten, so das Leibding<sup>200</sup>, bestellte man auf gleiche Weise. Nicht selten waren Gemeinderschaften<sup>201</sup>, Ehevereinbarungen<sup>202</sup>, Stiftungen von Jahrzeiten und Seelgeräten<sup>203</sup> sowie erbrechtliche Verträge und Gemächte

190 Zu den verschiedenen Rechtsgeschäften werden im folgenden nur wenige Beispiele genannt. 1450 Landgericht Thurgau (Herrschaft Hagenwil), 1463 Zürich (Herrschaft Eglisau).

191 1384 Frauenfeld.

192 1426 Wil, 1483 Landgericht Thurgau.

193 1363 Wil.

194 1399 Wil, 1400 Langenerchingen.

195 1476 Stettfurt, 1517 Wald-Zürich, 1589 Neunforn.

196 1387 Radolfzell, 1439 Pfalzgericht St. Gallen.

197 1381 Langenerchingen, 1403 Landgericht Klettgau, 1497 Stein a. Rh., 1527 Eglisau, 1560 Pflege Rettenberg.

198 1674 Griessenberg, 1675 Hofgericht St. Gallen. Ein aus Verschulden verwickelter Lehenhof 1460 in Zurzach *an den richtstab uf und von handen* gegeben.

199 Verpfändung, Pfandbestellung usw.: 1375 Baden, 1395 Wil, 1384 Landgericht Thurgau. In Sargans 1410 Verpfändung einer Mühle nach neuer Satzung. Zins- und Schuldverschreibungen, Rentenkäufe usw.: 1445 Stadt St. Gallen, 1471 Zihlschlacht, 1479 Regensberg, 1492 Thurlinden, 1516 Stammheim, 1541 Niederbussnang, 1603 Schaffhausen, 1608 Merishausen. Ferner sind als besondere Geschäfte zu erwähnen die Anerkennung des Rechts auf Wiederkauf (1404 Wil) und die Aufgabe von Rechtsansprüchen allgemein (1385 Rüti-Zürich) am Stab.

200 1335 Schwarzenbach, 1536 Berg a. I. Ablösung eines Leibdings 1397 Wil.

201 1378 Winterthur, 1396 Amptenzell, 1475 Wangen-Zürich.

202 Im 15. Jh. öfters im Pfalzgericht St. Gallen, 1534 Eschenz.

203 1439 Zollikon, 1522 Meersburg. In Dürnten 1376: *Und do gieng ouch der . . . dar und satz dasselb selgerât uf das vorgeschriben gût . . . an den stab und mit miner hand und bat mich do dasselb selgerât mit dem stab ze empfehlhen und ze vertigen an des . . . hand.*



unter den gerichtlichen Fertigungen. Zum Beispiel wurden in den Städten Konstanz und Bregenz, wo der Gerichtsstab bei der gerichtlichen Übereignung von Liegenschaften kaum je genannt wird, Vermächtnisse, Erbverzichte und Testamente mit ihm gefertigt<sup>204</sup>. Nur vereinzelt galten für Eigen und Lehen verschiedene Verfahren, so im Jahre 1509 in Allmatsdorf: *zù recht erkennt, wäre die yetzgenant wis lehen, so solt man die ufgäben vor dem lehenherrn, wär si aber eigen, wodann der . . . öffentlich in des gericht ring darstand.*

Recht oft bekräftigte der Richter neben dem Vollzug der dinglichen Übertragung auch Nebengeschäfte mit seinem Stab. Dabei stand außer den bereits geschilderten Stabgelübden für Währschaft und Urteilserfüllung die auf dem Vogtzwang beruhende Aufgabe oder Bestellung der Vogtei über Frauen und Minderjährige am Gerichtsstab im Vordergrund<sup>205</sup>; der Vogt griff bei der Übereignung mit seinem Mündel an den Stab<sup>206</sup>. Bemerkenswert ist die gleichzeitige Verwendung des Gerichtsstabes und der schwarzen Kappe im sanktgallischen Pfalzgericht<sup>207</sup>. Hier übertrug im Jahre 1439 ein Mann eine Vollmacht an Frau und Sohn mittels des Stabes, und in Wil verpflichtete sich 1385 bei der Bestellung eines Leibdings die verfügende Partei am Richterstab, bei Erfüllungsverzug Einlager zu leisten.

b) Die rechtsbegründende Wirkung der Fertigung mit dem Stab beruhte auf der Tätigkeit des Gerichts. Die Übereignung geschah nicht nur in den Gerichtsschranken, sondern durch das Gericht, indem der Veräußerer Gut oder Rechte dem Richter aufgab, der sie auf den Erwerber übertrug. Dieser konnte sich auf eine vom Gericht vollzogene Übertragung berufen<sup>208</sup>.

Der Verkäufer legte – im einzelnen sei auf die Abschnitte über das Zeremoniell und die Gliederung des Fertigungsverfahrens verwiesen – das

204 1442 St. Johann i.T., 1447 Stein a. Rh., 1460 Diessenhofen, 1490 Bülach und Pfäffikon-Zürich, 1493 und 1504 Winterthur, 1496 Goldach, 1499 Rapperswil, 15. Jh. im Landgericht Stockach, 1501 Ramsen, 1502 Frauenfeld, 1524 Landgericht Thurgau, 1551 Wil, 1675 Zug. Im 17. Jh. in Sonnenberg und Blumenegg für Testamente und Kodizille. In Bregenz 1433, 1448, 1466, 1471 und 1562; in Konstanz 1364 und 1487.

205 Aufgabe der Vogtei (meistens über die Ehefrau, vereinzelt aber auch über Kinder): 1400 Stadt St. Gallen, 1409 Feldkirch, 1411 Almens (hier bei Gemächtserichtung Stab nicht erwähnt), 1426 Thun, 1470 Pfalzgericht St. Gallen, 1498 Mörschwil. Empfang der Vogtei am Stab: 1395 Elgg, 1506 Lehengericht St. Gallen, 1522 Pfalzgericht St. Gallen.

206 1383 Fischingen, 1438 Rapperswil, 1481 Herdern und Überlingen (hier wird der Vogt *pfleger* genannt), 1499 Rudolfingen, 1576 Egolzhofen. Vgl. LUTZ, S. 15.

207 MÜLLER, Schwarze Kappe, S. 9, 36.

208 BLUMER, S. 67, betont zu Recht, Fertigungen nach Gerichtsurteil an den Stab seien »unzweifelhaft eigentliche gerichtliche Handlungen, nicht mehr bloß anlässlich des Gerichts vor Zeugen vorgenommene Akte«. Durch die Gerichtsform wurde die Übertragung, so HATTENHAUER, S. 57, aus der privaten Sphäre herausgehoben und als Angelegenheit der ganzen Rechtsgemeinde verstanden. Vgl. STOBBE, S. 193; SCHMIDT, S. 70, 74; SCHLOSSER, S. 254.

Grundgeschäft mit der Bitte um ein Urteil über den rechtskräftigen Vollzug dem Gericht dar, das für die Parteien notfalls Rechtsvertreter bestimmte, vereinzelt noch in der Neuzeit allfällige Einsprecher aufbot und ein Urteil über die zur rechtsgültigen Übertragung erforderlichen Worte und Handlungen fällte.

Die Tätigkeit des Richters bei der eigentlichen Fertigung äußert sich in den Urkunden in vielfältiger Weise. Zwar beschränken manche Texte sich auf die Feststellung, die Aufgabe sei am, an den, mit dem oder durch den Gerichtsstab geschehen, doch stellte dieser den Eigentumsübergang vermittelnde und dazu den Parteien zum Anfassen dargebotene Stab die verlängerte Hand des Richters dar; Hand und Stab bildeten eine Einheit. In Formulierungen wie *an die Hand des Richters und seinen Stab, dem Richter an den Stab aufgeben* oder *an des gerichts stab und in min des richters hand* protokollierten viele Texte die Auflassung an den Richter ausdrücklich. Über ihre rechtliche Wirkung sagt zum Beispiel eine Urkunde des Landgerichts Heiligenberg vom Jahre 1492: *als recht ist ertailt, wenn die gemelt . . . öffentlich darstanden für lantgericht und gryffen an dis lantgerichtz stab und sich mit solichem angriffen obgedauchter gütter . . . verziagen . . . usser ir handen in der . . . handen.*

Die Weitergabe vom Richter an den Erwerber wurde oft durch die Wendung ausgedrückt, er habe am, ab dem, aus dem, vom Gerichtsstab empfangen oder angenommen. Beispiele: *ward och zestett dozermal von des grichts stab bracht und geben . . . in der . . . hand* (1376 Sessafret); *an dem stab also annem und enpfabe* (1572 Hilzingen).

Während der Käufer den Gerichtsstab und damit seine Rechte »zieht« oder »behebt«, wirkt der Richter mit, indem er den Stab während des ganzen Vorgangs in der Hand hält und die Übereignung nur mit diesem rechtsgültig vollzogen werden kann. Manche Urkunden bezeugen diese Übergabe durch den Richter ausdrücklich. Beispiele: *Do gab ich die selben ansprach als sy mir uffgeben wart nach reht und urtail von des gerihthes stab uff in des obgedachten . . . hand* (1382 Ragaz); *sölte ich . . . richter den kouf mit min des richters stab dan . . . in sin hand geben* (1451 Grenzach); *gab . . . uf und an des . . . richters stab und entzech sich da . . . und bat mich ze ferggen* (1459 Wädenswil); *Wie der köf uffgeben wer an den stab zü des richters hand, also sölt im der richter den selben köf befelen zü handen* (1495 Olten).

Abschließend ergingen Gerichtsurteile über die Rechtskraft der Verfügung und die Ausstellung einer dies bestätigenden Urkunde. Entscheidend war demnach die Tatsache, daß die Übereignung in Form eines gerichtlichen Prozesses mit verbindlichen Zwischen- und Endurteilen zustande kam.

Dies bestimmte die konstitutive Wirkung der Stabfertigung. In zu enger Betrachtung sah Merk im Handanlegen an den Richterstab nur »die Form des Gelübdes des Veräußerers, den Erwerber in seinem Recht und seiner



Gewere nicht zu stören und gegen fremde Angriffe zu schützen«. Tatsächlich wirkten die Aufgabe und der Verzicht an den Richter und der Empfang der übertragenen Rechte an dessen Stab rechtsbegründend. Diese symbolischen Handlungen waren für die gewünschte Rechtswirkung – den Übergang vom Verkäufer auf den Käufer – unerlässlich. Das Verfahren mit dem Gerichtsstab wirkte konstitutiv<sup>209</sup>, denn der Stab gab dem Richter die Befugnis, die dem Gericht vorgelegten Geschäfte, in Fällen nichtstreitiger Gerichtsbarkeit insbesondere die Fertigung, rechtswirksam zu erledigen<sup>210</sup>.

Das galt, solange gerichtliche Fertigung geübt wurde. Falls das Verfahren sich in der späten Neuzeit in einigen Niedergerichten auf ein Erfüllungs- und Währschaftsgelübde am Stab eingeengt haben sollte – völlige Klarheit darüber ist aus den Quellen nicht zu gewinnen – und keine gerichtliche Übertragung im eigentlichen Sinne mehr stattfand, konnte das auf ein qualifiziertes eidesstattliches Versprechen reduzierte Stabzeremoniell selbstverständlich keine rechtsbegründende Wirkung mehr haben.

c) Eine wesentliche Frage gilt dem Verhältnis des Zeremoniells zur Verbriefung des Rechtsgeschäfts und der rechtlichen Wirkung der Fertigungsurkunde. Seitdem Brunners Lehre von der »*traditio per cartam*« auf wachsenden Widerstand stieß, beschäftigte die Forschung sich gründlich mit der Bedeutung der aus römischem Recht stammenden Privaturkunde für die Grundstücksübertragung nach den germanischen Volksrechten<sup>211</sup>.

209 MERK, ZRG GA 56, S. 25. Demgegenüber erklärt SCHLOSSER, S. 259 f., nur der richterliche Traditionsakt habe als einzig mögliche Form die volle Sachherrschaft über eine Liegenschaft vermitteln können. FR. E. MEYER, S. 177, betont, die außergerichtliche, der vorgeschriebenen Förmlichkeit ermangelnde Auflassung habe unter den Parteien ein dingliches Recht nicht zu begründen vermocht. Vgl. HATTENHAUER, S. 56 f., 139, und REHFELDT, S. 289. Eine Parallele bietet die Schwarze Kappe, womit im Pfalz- und Lehengericht der Fürstabtei St. Gallen allein Gemächte rechtswirksam errichtet werden konnten (MÜLLER, Schwarze Kappe, S. 34).

210 KOCHER, Stabübergabe, S. 83. Zu Verzicht und Absagung am Gerichtsstab erklärte v. AMIRA, Stab, S. 96: »Wenn auf solches Aufgehen hin auch der Empfang von Gütern am Gerichtsstab geschieht, so wird sich dies als Analogiebildung erklären.« Er will das Verständnis für das Fertigen, Wältigen, Einantworten mit dem Stab, das der Richter vornimmt, aus dem Gesichtspunkt des Friedensbannes gewinnen (S. 91). Auch dies ist nach dem Ergebnis unserer Untersuchung zu eng gesehen. Zu den Rechtsfolgen einer Unterlassung der vorgeschriebenen Solennitäten vgl. FR. E. MEYER, S. 28.

211 Darstellung und weitere Literaturangaben bei MERK, Grundstücksübertragung, S. 130 ff., der die Frage anhand der alemannischen Volksrechte prüfte. Hier bildete die Herstellung und Begebung der Veräußerungsurkunde keinen Bestandteil des eigentlichen Übereignungsgeschäftes; sie verstärkte als Beweiserleichterungsmittel aber die prozessuale Stellung des Erwerbers. Diese verfahrensrechtliche Bedeutung verlor sie in nachfränkischer Zeit, als der ohnehin nur beschränkt zugelassene Ur-

Eine Auseinandersetzung mit dieser Diskussion führte hier zu weit. Für unser Thema ist aber wesentlich, daß die Investitursymbole sich seit dem Aufkommen des Urkundenwesens häufen. So hat Schröder gezeigt, daß selbst nach Preisgabe der realen Investitur an Ort und Stelle die Ausstellung einer Urkunde nicht als hinreichend galt, wenn nicht gleichzeitig die volksrechtlichen Investitursymbole übergeben wurden<sup>212</sup>. Diese behaupteten sogar in Gebieten mit vorherrschendem Urkundenbeweis wie Italien und Frankreich noch im 11. und 12. Jahrhundert ihre Geltung. Durch die Verbindung von Urkunde und Symbol entwickelten sich jedoch Mischformen, sei es daß das Wahrzeichen an der Urkunde befestigt oder diese auf dem Symbol angebracht wurde. In diesen Zusammenhang stellte E. Meyer die *Festuca notata*<sup>213</sup>. Im rätischen Raum ist insbesondere im 12. Jahrhundert das Zuwerfen der Urkunde (*traicere cartam*) als konstitutives Element bezeugt. Brunners Vermutung, der Brauch sei aus einer Verbindung der *Carta* mit der *Festuca* hervorgegangen, betrachtete Mutzner als erwiesen. Er nahm schon für die Zeit der *Lex Romana Curiensis* einen Zusammenhang der *Carta* mit den volksrechtlichen Übergabesymbolen an; von diesen sei im 12. Jahrhundert nur die *Festuca* übrig geblieben und – mit der *Carta* zusammengeheftet – dem Erwerber zugeworfen worden<sup>214</sup>. Umstritten ist, ob das »*cartam levare*« mit den Investitурwahrzeichen in Verbindung gebracht werden darf<sup>215</sup>.

kundenbeweis seit dem 9. Jh. vom Zeugenbeweis abgelöst wurde. MERK, S. 149 ff., 159 ff., bezeichnet die Urkunde als dispositiv gefaßtes Zeugnis über die unabhängig von der Urkunde sich vollziehende mündliche Übertragungshandlung.

212 SCHRÖDER-KÜNSSBERG, S. 306; LABHART, S. 71.

213 E. MAYER, S. 61, mit weiteren Literaturangaben; TANGL, S. 766-771.

214 MUTZNER, S. 14 ff., mit Literaturangaben. Er lehnte die Annahme Brunners ab, es sei ausschließlich das Pergament, auch ohne *Festuca*, zugeworfen worden.

215 GOLDMANN, *Cartam levare*, S. 15 f., mit Hinweisen auf weitere Autoren; REHFELDT, S. 294. Brunner deutet den Vorgang so, daß auch nach Verbindung der symbolischen Investitur mit der Beurkundung man daran festhielt, daß das Symbol von der Erde aufgenommen werden mußte. »Da aber die *carta* mit der Scholle gleichzeitig überreicht werden sollte, wurde sie, um die letztere aufzunehmen, auf die Erde gelegt. So war es denn die Scholle, welche das Pergament auf die Erde niederzog . . .« Redlich ging bei seinem Deutungsversuch von der Rolle der *Festuca* beim Grundstücksübertragungsgeschäft aus; sie sei ebenfalls zugeworfen oder auf den Boden gelegt und dann überreicht worden. GOLDMANN, *Cartam levare*, S. 1 ff., wonach Brunner und Redlich hier zitiert sind, tritt diesen Auffassungen vor allem auf Grund der Interpretation italienischer Urkunden entgegen und bestreitet die Verbindung zu den Übergabesymbolen. Viel häufiger sei das Tintenfaß mit dem Pergament erwähnt, das zudem nicht dem Destinatär, sondern dem Notar ausgehändigt wurde. Die *levatio cartae* habe also nur im Rechtsverhältnis zwischen Notar und Aussteller eine Rolle gespielt, keineswegs sei das Pergament eine Pertinenz des Übertragungssymbols gewesen. *Cartam levare* ist im Frühmittelalter besonders auch in St. Gallen bezeugt (ZEUMER, S. 113 ff.); die Urkunde wurde vor der Übergabe auf die Erde gelegt und dann aufgenommen.



Nach der Blüte in karolingischer Zeit tritt die Privaturkunde in unserem Untersuchungsgebiet erst im hohen Mittelalter mit den frühen Bestrebungen zur Rationalisierung des Rechts wieder in der Rechtspraxis auf <sup>216</sup>. Mit dem Einfluß dieses im 12. und 13. Jahrhundert nördlich der Alpen neu aufblühenden Urkundenwesens und der Formelbücher auf das Übereignungsverfahren beschäftigte sich vor allem Mayer-Edenhauser. Er zeigte, wie die im 13. Jahrhundert noch durchwegs geistlichen Urkundenschreiber die nach deutschem Recht vorgenommene Übertragung in den lateinischen Urkunden mit römischrechtlichen Wendungen darstellten. Zudem gewährte die mit der Besiegelung veränderte Funktion der Urkunde dem Urkundentext vermehrten Einfluß auf die wirkliche Rechtsgestaltung, weil im Streit über verbrieft Rechte das Pergament bald stärker als die Aussage lebender Zeugen wurde. Man »vernahm den beurkundeten Rechtsakt in der Fassung, die der Schreiber der Urkunde ihm gegeben hatte«, was weitgehend den Streit entschied. Mayer-Edenhausers Schlußfolgerung, der Einfluß der Urkundenschreiber habe der im alemannischen Raum ohnehin nicht mehr sonderlich starken Symbolik den Rest gegeben <sup>217</sup>, steht jedoch im Widerspruch zum Befund unserer Untersuchung, wonach noch im Spätmittelalter fast durchwegs und in vielen Gerichten bis zum Ende des 18. Jahrhunderts das Zeremoniell mit dem Gerichtsstab für die Fertigung entscheidende Bedeutung besaß.

Auch blieb die Urkunde in dem vom Richter mit seinem Stab vollzogenen Übereignungsakt noch lange nur Beweismittel. Sie hatte lediglich sichernde, beweisende Kraft und war für den Rechtsübergang ohne Bedeutung <sup>218</sup>. Jedenfalls setzte, wie die alemannischen Quellen es in reichem Maße belegen, die Ausstellung einer Urkunde durch das fertigende Gericht bis weit in die Neuzeit die in den althergebrachten symbolischen Formen vollzogene Übereignung voraus. Noch für das 18. Jahrhundert betonte Schreiber zu Recht, Fertigung und Anloben des Geschäftes an den Stab durch die Parteien seien »das rechtlich Primäre« gewesen, der *brief* und dessen Eintragung als Beweis- und Kontrollmittel das Sekundäre, was Mutzner für Graubünden bestätigte. Für den Beweischarakter der Fertigungsurkunde blieben die in der Breite schwankende, erst seit der Mitte des 14. Jahrhunderts ausführlicher werdende Schilderung des Prozeßbergangs wie überhaupt die Unterschiede des regional und zeitlich wechselnden Ur-

<sup>216</sup> HATTENHAUER, S. 115. Er verweist vor allem auf TRUSEN, Anfänge des gelehrten Rechts in Deutschland, Wiesbaden 1962, S. 63 ff.

<sup>217</sup> MAYER-EDENHAUSER, S. 43 f. Über die Bedeutung der Siegelbitte hier S. 88.

<sup>218</sup> RICHTER, S. 42-44; HATTENHAUER, S. 116-119. In noch höherem Maße als von den Urkunden gilt dies von den Fertigungseinträgen in Stadtbücher und ähnliche amtliche Protokollbände (STOBBE, S. 205 f.). SCHLOSSER, S. 433, bezeichnet die Beweisurkunde materiellrechtlich als Besitztitel.

kundenformulars unerheblich. Der Antrag auf Ausstellung einer Urkunde durch das Gericht stand ja im Belieben der Parteien, vor allem des Erwerbers, wobei Umfang und Ausführlichkeit der Protokollierung zweifellos auch von Kostenüberlegungen bestimmt worden sind <sup>219</sup>.

Trotzdem gewann die Urkunde auf dem Gang in die Neuzeit unverkennbar wachsende materielle Bedeutung. Zum Beispiel werden schon im Spätmittelalter, vor allem in der Ostschweiz, Verzicht oder Währschaft gelegentlich sowohl an den Gerichtsstab als auch *mit disem brief* gelobt <sup>220</sup>. Vor allem im 16. und 17. Jahrhundert, vereinzelt schon früher, ist dann nicht selten das allgemeine Gelöbnis an den Richterstab bezeugt, *den brief*, das heißt die vertraglichen Bestimmungen, einzuhalten und dagegen nichts zu unternehmen <sup>221</sup>. Das muß wohl als Indiz dafür gewertet werden, man habe dem Gelöbnis an den Stab allein, ohne Verweis auf die Urkunde, in dieser Zeit da und dort nicht mehr hinreichend bindende Kraft zuerkannt.

219 SCHREIBER, Rudolfingen, S. 109; MUTZNER, S. 16, 18, 32; SCHLOSSER, S. 432 f. Vgl. die Ausführungen über die konstitutive Wirkung der Fertigung mit dem Stab im vorhergehenden Abschnitt. Analoge Bedeutung besaß die Urkunde bei der Errichtung von Gemächten mit einer schwarzen Kappe im Pfalzgericht der Fürst-  
abtei St. Gallen (MÜLLER, Schwarze Kappe, S. 34 f.).

220 Beispiele: 1385 Tobel, 1420 Freivogtei Oberuzwil, 1429 St. Margrethen, 1431 und 1459 Wattwil.

221 Beispiele: 1552 Uhwiesen, 1594 Wagenhausen, 1692 Pfy, 1772 Niederneun-  
forn. Ein vom Gericht Oberaach 1628 ausgestellter Zinsbrief enthält die Bestäti-  
gung, *dise Briefes inhalt* zu halten.



*Das Stabgelübde*

Als Rechtsmittel im Prozeß ist die unter Berührung des Richterstabes an Eidesstatt geleistete Erklärung seit dem Spätmittelalter oft bezeugt. In dieser Funktion blieb der Gerichtsstab länger als bei der Fertigung, in der deutschen Schweiz vereinzelt bis zur Gegenwart, in Gebrauch. In Hallau (Kanton Schaffhausen) wurde bei gerichtlichen Beteuerungen bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts der Stab angefaßt, und ebenso lange übte man das Geloben an den Stab in Appenzell-Innerrhoden. Im Zivilprozeß des Kantons Glarus findet der Gerichtsstab gelegentlich bis in unsere Tage Verwendung<sup>222</sup>.

Gelobt wurde durch förmliche mündliche Erklärung mit Handschlag oder Erfassen des Gerichtsstabes. In der Gelöbnisfähigkeit von Mann und Frau machen einige Quellen einen Unterschied zwischen Hand- und Stabgelübde. Für das Erfüllungsgelöbnis nahm v. Amira an, das Anfassen des Stabes sei an die Stelle der bei Selbstbürgschaft gebräuchlichen Stabreichung getreten, doch sind solche Gelübde, wenn ein Schuldner keinen Bürgen fand, zwar häufig, aber nicht immer an den Stab geleistet worden. Liebeskind sah im Loben an den Stab die letzte Entwicklungsstufe im Versetzen des Hauszeichens und der Festucareichung; wohl irrtümlich sei später angenommen worden, es handle sich dabei um den Richterstab. Nach der Vermutung Rintelens ersetzte die Berührung des Gerichtsstabes das Geloben in die Hand des Gerichtsherrn und verlieh »die sonst beim Eid übliche Form des Stabgreifens dem Gelöbnis eidesstättische Bedeutung«<sup>223</sup>.

Gelübde an den Gerichtsstab hatten prozessuale Funktion und traten im Schuld-, Sachen-, Familien- und Erbrecht auf; die Vielfalt der Anwendungsfälle schließt einen allgemeinen Gelöbnisbegriff aus. Die Quellen des 15. bis 19. Jahrhunderts sprechen vom Loben, vom Geloben oder Anloben

222 PEYER, S. 44; RUSCH, Müsinen, S. 32. Im Idiotikon III Sp. 995 f. noch für das Jahr 1802 *beloben* im Sinne von gerichtlich bezeugen. LIEBESKIND, S. 7 f., zeigte, daß in Glarus die Ausdrücke *loben* und *Gelübd* auch ohne ausdrückliche Erwähnung des Stabes das Stabgelübde meinten. Ebenso ist die im 17. und 18. Jh. in den Landmandaten der Fürstabtei St. Gallen auftretende Bestimmung, man möge *ain Aids statt anloben*, daß eine Bürgschaft ohne betrügerische Absicht und ohne Entgelt übernommen worden sei, wohl als Loben an den Stab aufzufassen (MÜLLER, Landsatzung, S. 134).

223 RINTELEN, S. 646; v. AMIRA, Stab, S. 95; LIEBESKIND, S. 29. Nicht gerecht wird Bächtold dem Erfüllungsgelöbnis, wenn er die entsprechende Bestimmung in der Hallauer Offnung als ein »Zurückgreifen auf alte Rechtssymbolik zur Stärkung der Beamtengewalt« deutet.

an den Stab und vom »glüpt«. Nach dem sachlichen Gehalt sind Wahrheits- oder Bekräftigungsgelübde und Versprechensgelübde oder in Anlehnung an die für den Eid geltende Terminologie assertorische und promissorische Gelöbnisse zu unterscheiden <sup>224</sup>.

## 6. Versprechen am Gerichtsstab (promissorische Gelübde)

Versprechen mit Berührung des Gerichtsstabes verpflichteten den Gelobenden zu einer Leistung oder zu einem bestimmten Verhalten. So umfaßte das sogenannte Streitgelöbniß die Verpflichtung, einen Rechtsstreit durchzuführen und dem Urteil nachzukommen. Urteilserfüllung wurde oft und bei zahlreichen Geschäften freiwilliger und streitiger Gerichtsbarkeit gelobt. Beispiele für die wechselnde Formulierung <sup>225</sup>: Die Parteien *lopten . . . bi güten trüwen an min, des . . . richters stab*, einen Schiedsspruch zu halten (1445 Interlaken); Vereinbarung im Streit um einen Weingarten, er solle *ingän in offen gericht und sölty loben mit sinen güten truwen an des gerichtes stab* für sich und sein Mündel, daß sie keinen Eintrag tun wollen (1448 Weinfeldten); Statt Trostung zu hinterlegen, gelobt ein Mann *an des freyen lantgerichts richtstab by sinen truwen an aydes statt . . . der . . . urtheil und den rechten nachzukomen* (1469 Rankweil); Die um einen Zaun streitenden Parteien haben *vor einem ersamen Gricht an den Eidstab ange-lobt zu halten* (1705 Villmergen).

Im Städtchen Regensburg folgte auf die Urteilsverkündung die Anlobung der Parteien an den Gerichtsstab; auf diese Weise versprachen sie im 18. Jahrhundert, falls kein Teil zu appellieren begehrte, das Urteil zu erfüllen. Auch im Schultheißengericht Zürich wurde zu dieser Zeit das Erfüllungsgelöbniß mit Anfassen des Gerichtsstabes geleistet, und im Gericht Niederuzwil legten die Parteien zur Entgegennahme des Urteils wohl im gleichen Sinne die rechte Hand an den ihnen vom Ammann entgegengereckten Stab. Als Erfüllungsgelübde kann zudem der Verzicht auf Weiterzug des Urteils gelten, den das Landrecht von Interlaken aus dem Jahre 1521 mit den Worten forderte, wer das Recht brauchen wolle (Fremde und Einheimische), müsse an den Stab geloben, nicht weiter zu appellieren <sup>226</sup>. Auch bei der gerichtlichen Fertigung wurde, wie dies bereits mit zahlreichen Beispielen belegt wurde, sehr oft an den Stab gelobt, den Vertrag oder die Be-

<sup>224</sup> HRG I Sp. 866.

<sup>225</sup> Für Texte ohne Quellenangabe nennt das Urkundenverzeichnis im Anhang den Fundort.

<sup>226</sup> ZIEGLER, S. 155; BAUHOFFER, S. 96; M. MÜLLER, S. 157; Interlakener Landrecht in Rq BE Lds. VI, S. 305. Beispiele für Erfüllungsgelübde aus Regensburg in StAZH B VII 31.24, S. 8, 24, 149. KNAPP, Neue Beiträge I, S. 21, bezeugt auch für Württemberg, daß Kläger und Beklagte an den Stab rührten zum Zeugnis, daß sie sich dem Spruch des Gerichts unterwerfen wollten. Vgl. MICHELSEN, S. 16.



stimmungen der darüber errichteten Urkunde einzuhalten. Im weiteren Sinne zählen zu den Erfüllungsgelöbnissen ferner das bei der Liegenschafts-übereignung zur Sicherung des Erwerbers gegen Dritte häufig geleistete Währschaftsgelübde, das im gleichen Zusammenhang am Gerichtsstab bekräftigte Versprechen auf Nichtstören und der Einredeverzicht.

Das Stabgelöbnis auswärtiger Kläger, das Urteil zu halten und wieder vor Gericht zu erscheinen, bildete im 17. Jahrhundert in den Toggenburger Niedergerichten eine Voraussetzung für die Zulassung der Klage, sofern nicht Bürgschaft geleistet werden konnte: *Dieweilen es ein alter brauch ist, wan einer, so ussert den grichten wohnt, über einen grichtsgnoss klagen will, dass er uf begehren ihme zuevor einen tröster geben oder anloben muess, erkenne ich, dass gegenwertiger N. N. drey grichtsgnossen bitten solle, für ihne tröster zesein; da es aber keiner tuen wolte, solle er an den grichtstab loben, dass er demjenigen, so alhier mit recht erkennt, werde nachkommen, auch uf jedes erforderen wider erscheinen wolle* <sup>227</sup>. Die gleiche Vorschrift galt nach den Gerichtssatzungen des frühen 17. Jahrhunderts auch in Bern und den Aargauer Städten Brugg und Zofingen für fremde Kläger, die dem einheimischen Prozeßgegner keinen Bürgen für Kosten und Schadenersatz stellten: *Wan dan dero keyner in verbürgen wölte, soll erkennt werden, das er dem richter wol möge an stab globen, das, was urtheyl und rächt hernach vermögen werde, er dasselbig im wölle lassen wol und weh thün; hieruff soll der cleger söllich glüpt vermög ergangner urtheyl unverzogenlich erstatten* <sup>228</sup>. Wie bei der Bezahlung von Geldbußen und Schulden trat das Stabgelübde hier an die Stelle der Personalbürgschaft.

Erfüllungsgelübde waren auch bei der Bestellung von Rechtsvertretern zu leisten. Das Murtenner Stadtrecht schrieb bei Übertragung der Prozeßführung an einen Dritten vor, die bevollmächtigende Partei müsse sich am Gerichtsstab zur Erfüllung aller von ihrem *gwalthaber* vereinbarten Leistungen verpflichten. Im Landgericht Rankweil in Vorarlberg war laut Ordnung von 1579 die Vollmacht bei Bestellung von *geschworenen Landgerichts-Prokuratoren* oder anderen Prozeßvertretern entweder schriftlich beurkundet und besiegelt auszufertigen oder die Parteien sollten *ire gewäldt an Handt und Stab aines Landtrichters auff- und übergeben* und in gleicher Weise *an geschworner Ayds statt* versprechen, alles was ihr Anwalt oder Prokurator handle, tue oder lasse *wahr, vest, steet und ohne alles Widerrue-*

<sup>227</sup> Rq SG II, S. 656. Auch die Öffnung von Dietlikon bei Zürich von 1420 verlangt eine Sicherstellung von jedem, der im Gericht Eigen oder Erbe anspricht. Sie *söllent im an den stab vertrösten zächen pfund*. Später heißt es: *Einem herren und meyer vertrösten zächen pfund an den stab zum rächten, was im . . . urteil geb, daby zuo belyben* (Idiotikon X Sp. 1024).

<sup>228</sup> F. E. WELTI, S. 30. Rq BE Stadtr. VII, S. 808; Rq AG Stadtr. II/2, S. 257 f., und V, S. 311, unter der Überschrift *von versicherung des Rechtens* oder *wie man an stab globen sölle*.

fen zu halten und dagegen nichts zu unternehmen. Die Prokuratoren und Anwälte mußten die *gegebene gewält gleichfalls von hand und stab empfa- chen und ebenmessiger weis an geschworner Ayd stath versprechen und zu- sagen, derselben ihrer Prinzpal Sachen mit allem Fleiss zu verrichten, wie wenn es ihre eigenen Sachen wären* <sup>229</sup>.

Das verbreitetste Versprechensgelübde war wohl das in feierlicher Form am Gerichtsstab abgelegte Gelöbnis zur *Bezahlung von Bußen* oder anderen *Geldschulden*. Häufig forderte das Gericht ein solches Versprechen, wenn der Bußenschuldner keinen Bürgen fand. Die Belege reichen, wie die folgenden Beispiele zeigen, ins 14. Jahrhundert zurück <sup>230</sup>: Bußen werden *an den stab gebesseret* (Offnung von Boswil 1343; Grimm W V S. 89); Die Brüder eines Totschlägers geloben *an stab*, ihres Bruders Schulden zu bezahlen (1503 Wolfach; FÜUB IV n. 345); *hat an den stab gelopt, das den hailigen gen Basel antwurten wöhle; – vor gericht dem stataman an den stab angelopt, . . . die . . . zins, so er inen schuldig ist, auff yetz Martini on verzug zugeben* (Einträge von 1505 und 1513 im Ratsprotokoll von Bregenz, Blatt 3 und 165; StadtA Bregenz). Um Frevel bestrafte Insassen sollen *an stab globen*, in acht Tagen zu zahlen; Fremde müssen vor dem Gerichtsherrn *abtragen* (Offnung Dachsen 1532; Grimm W I S. 111).

Bei einer Kundschaftsaufnahme wird berichtet, wie die Richter von einem Bußfälligen *loben namen und sprachend, loben und schweren gilt grad glich*. Damals sei der Bußpflichtige zur Tür hinausgegangen und habe gesagt: *Ich han da an stab griffen; ich müß sust die büß geben han* (1539 Bernang-Rht.; UB App. II n. 2092).

Bußfällige müssen *an den stab lopen*, sich zu stellen und Zahlung zu vereinbaren (Landmandat 1543 der Alten Landschaft der Abtei St. Gallen; Müller, Landsatzung S. 78). Es soll achttägiges Ziel gegeben werden, das Geld zu erlegen *und doch am stab loben, dasselbig ohn Välen zuo erstatten* (1570 Stadtrecht Murten; Idiotikon X Sp. 1023).

<sup>229</sup> Art. 18 des Stadtrechts von Murten 1566 in Rq FR Stadtr. I, S. 326. RUSCH, Müsinen, S. 45.

<sup>230</sup> Weitere Beispiele: 1409 Appenzell (Idiotikon III Sp. 994); 1447 Biel (Bieler Jahrbuch 1931, S. 10); 1420 Freivogtei Oberuzwil (Rq SG II, S. 151); 1470 Brugg (Rq AG Stadtr. II/2, S. 56); 1530 Rheinfelden (Rq AG Stadtr. VII, S. 228); 1534 Andelfingen (STAUBER, Andelfingen, S. 1064); Stadtrecht von Luzern, Art. 98 (ZsR 5, 1856, S. 53); 1502 Eichtersheim (Freiburger Diözesanarchiv 27, 1899, S. 284). Das Stabgelübde für Bußenschulden war auch in Österreich, Franken und Schwaben üblich (RINTELEN, S. 646; SIEGEL, S. 34 f.; Württ. ländl. Rq I, S. 582, und II, S. 742). In Franken 1438 ein Versprechen an den Gerichtsstab, ein Darlehen in bestimmter Weise zu verwenden (J. KOHLER, in: Festschrift Martitz, S. 18). Ferner das Beispiel bei GRIMM, RA I, S. 187: *he sal dem richter an den stecken grifen, das ist so viel als hart gelobede*. Als promissorisches Gelübde ist es wohl auch aufzufassen, wenn 1477 in Töss ein Mann an den Stab die Einräumung eines Vorkaufrechts bekennt.



Nachdem das Zahlungsversprechen am Stab laut zahlreichen Quellen die Bürgschaft ersetzte, ist es zweifelhaft, ob F. E. Welti die Bestimmung über *den stab versetzen* in der Twingherrschaft Kehrsatz aus dem 17. Jahrhundert zu Recht mit der Festucareichung in Verbindung bringt. Er deutete das Versetzen zwar richtig als Geloben an den Stab, will diesen aber nicht als Gerichtsstab gelten lassen <sup>231</sup>.

Prozessualversprechen leistete man ebenfalls am Stab des Richters, so das Gelöbnis, sich zum Gericht einzufinden und den Gerichtstermin einzuhalten, oder die Zusage eines bestimmten Verhaltens im künftigen Rechtsgang. Solche Gelübde lagen im Interesse der Gegenpartei, sicherten sie doch Eröffnung und Durchführung des Prozesses <sup>232</sup>. Beispiele: Im Gericht Hefikofen gelobte ein Mann an den Gerichtsstab, wegen einer gegen ihn erhobenen Klage dorthin *zum Rechten* zu kommen. Auf Anraten seines Herrn weigerte er sich dessen aber, worauf das Gericht Hegbach im Jahre 1448 entschied, er habe seinem Gelübde nicht genug getan (FüUB VI S. 289). Nach der Gerichtsordnung von 1535 konnte in Elgg ein Beklagter an den Gerichtsstab greifen und an Eidesstatt geloben, er sei zurzeit nicht imstande, sich in richtiger Weise zu verantworten, werde dies aber an einem nächsten Termin tun (Hauser S. 241).

An den Gerichtsstab wurde ferner die Erfüllung von Bürger-, Amts- und Dienstpflichten gelobt; sowohl obrigkeitliche Amtleute als auch Dorfvorsteher, Forster, Dorfvierer und andere Gemeindebeamte hatten sich auf diese Weise zu verbürgen <sup>233</sup>. In Appenzell-Innerrhoden mußten die Wirte bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts an Eidesstatt auf den Stab anloben, ihre Statuten zu halten <sup>234</sup>. Am häufigsten ist in der

<sup>231</sup> F. E. WELTI, S. 8, 30 f. Dazu auch Idiotikon X Sp. 1020, wo den nicht zum Stabgelübde Zugelassenen (das hier als *stab versetzen* bezeichnet wird) geboten ist, statt dessen Bürgschaft zu leisten.

<sup>232</sup> LIEBESKIND, S. 23 f., 30, brachte Glarner Beispiele aus dem 17. Jh. und sah im Geloben, am nächsten Termin zu erscheinen, eine letzte Umbildung der *fides cum festuca facta*, also ein feierliches Versprechen mit Selbstverbürgung. RINTELEN, S. 647, erwähnte Parallelen aus Österreich, wonach die eidliche Klagebeteuerung und das Streitgelöbnis unter einem an den Gerichtsstab geleistet werden. – Im Hofgericht Rottweil hat nach der Ordnung des 15. Jhs. der Kläger, wenn der Beklagte nicht erscheint, die Klage mit seiner und des Hofrichters Hand an den Stab *zu setzen* (KÖHLER, S. 63).

<sup>233</sup> Beispiele: Dorfvorsteher 1711 in Rudolfingen (SCHREIBER, S. 122); Forster und Dorfvierer in der Offnung von Tobel 1492 (GRIMM W IV, S. 405); Feuerläufer, Obertorhüter, Stadtknecht und Nachtwächter 1700 in Rheinau (StAZH J 421, S. 284). Wer zum Dorfmeier erwählt wird, soll dem Vogt *an syn hand oder an des gerichts stab loben* (StAZH Offnungssammlung, Offnung von Russikon 1594). Im Kloster Adelberg in Württemberg soll der Herr nach einer Quelle von 1502 auch fremde Dienstknechte und Hirten *under den stab globen lassen* (Württ. ländl. Rq II, S. 14–16). Vorwiegend österreichische Beispiele bei SIEGEL, S. 19, 35.

<sup>234</sup> RUSCH, Müsinen, S. 32. Er erklärte in dieser 1870 erschienenen Schrift, »heute noch« habe der Richter in Appenzell den Stab an seiner Seite.

Neuzeit des Stabgelübde der Richter und Geschworenen belegt. Beispiele: Eid der Gerichtsgeschworenen, kein Urteil zu verhalten, das sie abgeben können, *sy mögend dan an stab globen, das si nit bedacht seyend* (1550 Worb-BE; Rq BE Lds. IV S. 206). Amtseid der Richter an den Stab in Lindau i. B. 1643 (Grimm WöB 10,2.1 Sp. 351). Ein neuer Richter hat an den Stab angelobt, zu halten, was der Richtereid enthält (1664 Rheinau; StAZH J 421 S. 284).

Der Gerichts- und Landsbrauch von Mittelberg von 1762 ordnet die Verteidigung neuer Geschworener am Stab nach der Unterrichtung über ihre Pflichten durch den Stabhalter mit folgenden Worten an: *Und wan Ihr das thuon wolet, so lobet mir allda an, und greifet mir an den Gerichtsstab, und sprecht mir nach mit denen 3 aufgehebtten Aidtsfingern – (Die newe Geschworne sollen aufstehen und die 3 Aidtfinger aufhoben und dem Stabhalter laut nachsprechen und schweren den Aidt. Der Stabhalter reth stehendt)*<sup>235</sup>.

## 7. Bekräftigung und Wahrheitsgelöbnis am Gerichtsstab (assertorische Gelübde)

Im neuzeitlichen Zivil- und Strafprozeß bildete auch das Wahrheitsgelübde mehrere Formen aus. Wesentliche Bedeutung besaß es, wovon die schöne Studie Liebeskinds zeugt, im Landrecht des Kantons Glarus, wo im Zivilgericht das Stabgelöbnis vereinzelt noch in der Gegenwart geleistet wird.

Weitverbreitet war im alemannischen Raum das *Zeugengelübde*. Kundschaftssager mußten sich an Eidesstatt unter Berührung des Gerichtstables verpflichten, wahr und unvoreingenommen auszusagen. Einige Beispiele reichen in den Beginn der Neuzeit zurück: Leute, die Kundschaft geben sollen, haben auf Geheiß von Schultheiß und Rat *ir eid an den stab verwettet . . . dass sy söllend kundschaft geben* (1501 Olten; UB OL I n. 102). Bei Kundschaftsaufnahme gebietet der Richter, *an den stab ze gryfen, ir trüw an eids statt da zü geben*, daß sie wahr aussagen (um 1503 Herrschaft Küngstein; Rq AG Lds. II S. 128).

Die meisten Nachrichten über das Zeugengelöbnis sind jünger<sup>236</sup>, und erst

235 FINK/KLENZE, S. 471. Beispiele aus Österreich bei RINTELEN, S. 643 f., und STEININGER, S. 143. Vgl. auch GRIMM, WöB 10/2, 1 Sp. 329. Auch in Württemberg rührte der Schöffe bei der Beeidigung an den Stab (KNAPP, Neue Beiträge I, S. 21). Ein Beispiel aus Großengstingen von 1658 in Württ. ländl. Rq II, S. 511.

236 Beispiele: 1535 Elgg (HAUSER, S. 242); 1692 Zizers, Trimmis und andere Bündner Dörfer (Landsatzungen, S. 44); 17. Jh. Klosters (Landbuch des Hochgerichts Klosters, Chur 1833, S. 28); 17./18. Jh. Zürich (BAUHOFER, S. 96 f.). Zum Zeugengelübde ferner SIEGEL, S. 20, Anm. 1, und v. AMIRA, Stab, S. 90 (Beispiel aus dem Bregenzerwald). In Walenstadt gelobte 1533 ein Mann am Stab, keine Kundschaften zu sagen (ASEA IV/1c, S. 71).



Gerichtsordnungen des 18. Jahrhunderts überliefern seinen Wortlaut. Im Gericht Gebhardschwil sprach laut einer Quelle von 1732 (Rq SG I S. 458) der Ammann den Zeugen folgende Formel vor: *Ihr sollet anloben und bey euwern ehren und ayd sagen, niemandt zu lieb noch zu leyd, sondern um Gott und des rechtens wegen; und so ihr in dem 3. oder 4. grad verwand weren, so sollen und mögen ihr nit kundschaft sagen . . . Darauf halt der amen den kundschaftsagern den grichtstab vor, und der kundschaftsager grift mit den 3 eydfingern an den stab.* Ausführlicher äußert sich der Gerichts- und Landsbrauch von Mittelberg in Vorarlberg aus dem Jahre 1762 (Fink/Klenze S. 474): *Aber welches der Richter oder Stabhalter die Gezeugen in Gerichts Ring zuesammen stehen laßen und ihnen mit folgenden Worten ernstlich vorhalten, Ihnen gezaigen: Es ist Euch auf den heutigen Tag für Gericht geboten worden, demjenigen oder derjenigen Partheyn Kundtschaft zue sagen, absunderlich jeder wol in Obacht nehme, worauf man sich auf ihn ziechen werde und allda Aidt schweren werdet zue Gott und allen Hailigen mit aufgehebtten Fingern mit gelerten Worten, daß ihr nit wollet ansehen aingerlay Miethgab, fründt- noch fündtschaft, auch Niemandt weder zur Lieb noch zue Laidt, sundter alleinig reden, was auch denjenigen aufzug auf das man sich ziechen wird die göttliche Warheit und Gerechtigkeit anzaigen sollet was auch in allweg guot kundt und wahres Wißen und die liebe Wahrheit nicht verschweigen, sunder an den Tag komme, damit Niemandt weder zue kurz noch onrecht gescheche und etwan ein falsches Urteil daraus folgen möcht, – wan ihr das thuon wollet, so lobet mir alda an und greift mir an den Gerichtstab und sprecht mir nach mit den 3 aufgehöbten Aidtsfingern.*

*Die Gezeigen sollen aufhören und dem Stabhalter laut nachsprechen und schweren: alles dasjenige, das mir vorgehalten ist und ich dessenthalben mit Worten beschaiden bin, das alles hab ich wol verstanden, demselben will ich gethreulich nachkommen, dazue schwer ich zue Gott und helf mir Gott und alle Hailigen.*

*Zuevor die Gezeügen den Aidt schweren, wan Weib und Mannspersonen sindt; es sollen die Mann mit der rechten Handt 3 Finger aufhören, die Weiber sollen nit aufhören, sunder sie sollen die rechte Handt ihnen selber auf die linke Brust legen. Wann aber ein Amman, Geschworne, Waibel oder Schreiber zue einer Kundtschaft geboten, dürfen selbige anloben, weilen sie den Aidt vor diesem haben.*

In Glarus ließ noch die Strafprozeßordnung von 1837 in Polizeistrafällen die Bekräftigung von Zeugenaussagen durch Stabgelübde als Beweismittel zu; ihr § 268 lautete: *Die Kundschaften werden weder vom Verhöramt noch vor Gericht beeidigt, sondern durch Berührung des Stabes auf die Richtigkeit ihrer Aussage in's Gelübd genommen, womit für sie die gleiche Pflicht die Wahrheit zu reden und die Verantwortlichkeit im Übertretungsfalle verbunden ist, als wäre der Eid körperlich geschworen worden.* Nach

den Untersuchungen Liebeskinds war das Stabgelübde vor dem Glarner Polizeigericht aber schon seit der Wende zum 19. Jahrhundert nicht mehr gebräuchlich. Die Strafprozeßordnung von 1899 sah, falls der Richter eine Bestätigung für erforderlich hielt, das Handgelübde vor<sup>237</sup>.

Oft sind Ehrenerklärungen für Verleumdete und der Widerruf von Ehrverletzungen entweder durch Stabgelöbniß oder – in schweren sowie auf Vorsatz beruhenden Fällen – durch einen geschworenen Eid geleistet worden. Manchenorts, so im bernischen Rechtsgebiet und im Toggenburg, hieß dies *entschlachen* oder *Entschlachnus*, während die Genugtuung für den in seiner Ehre Gekränkten im Glarner Landrecht als *Wandel* bezeichnet wurde. Beispiele<sup>238</sup>: *an stab entschlachen* (1504 Grafenschaft Lenzburg; Rq AG Lds. I S. 209). Der Verleumder soll den in seiner Ehre Verletzten *öffentlich vor gericht eintweders mit einer glüpt an des richters stab an eids statt oder by und mit geschwornem eid . . . entschlachen* (1539 Stadtsatzung von Bern; Idiotikon X Sp. 1028).

*Entschlachnuss* bei Ehrverletzung. Wenn der Wahrheitsbeweis nicht erbracht ist, soll der Verleumder *ime syn ehr wider geben und soll in öffentlich vor gericht eintweders mit einer glüpt an des richters stab an eyds statt oder by und mit geschwornem eyd . . . entschlachen* und dem Kläger die Kosten erstatten (Zofinger Stadtsatzung von 1604, Art. 83). Laut Art. 139 der Satzung von 1623 war das Stabgelübde nur bei unbedachter Ehrverletzung zulässig und bei Vorbedacht ein Eid zu schwören (Rq AG Stadtr. V S. 278, 350).

Wer im Jähzorn eines Andern Ehre verletzt, *entschlacht* sich dessen öffentlich *an des richters stab* und bekennt, es sei mit *unbesintem, zornigen müth* geschehen. Die Buße beträgt 10 Pfund Pfennig (1620 Stadtsatzung von Brugg, Art. 69; Rq AG Stadtr. II/2 S. 219).

Beim Widerruf von Ehrverletzungen hatte der Beklagte, wenn er den Wahrheitsbeweis für eine Ehrenkränkung nicht antreten wollte oder konnte, an den Gerichtsstab zu greifen und zu erklären, *er wisse von ime nit anders denn liebs und guets* (17. bis 18. Jahrhundert im Städtchen Elzach im Schwarzwald; K. S. Bader in der Festgabe Bielander S. 11 f.).

Auch in Glarus verurteilte das Gericht den Verleumder in zahlreichen Fällen nicht zum Stabgelübde sondern zur Eidesleistung, wenn die Ehrenkränkung ungerechtfertigt war und der Beklagte keine stichhaltigen Entschuldigungsgründe vorzubringen vermochte. Die Form der Genugtuung richtete sich also nach der Schwere der Ehrverletzung, die auch die Höhe der Buße bestimmte. In die Ehrenerklärung wurden allenfalls Vorbehalte aufgenommen, wenn der Beklagte sie als stichhaltig erweisen konnte. Wogen gegenseitige Ehrverletzungen gleich schwer, dann mußten beide Parteien ihre

<sup>237</sup> LIEBESKIND, S. 25.

<sup>238</sup> Weitere Beispiele: 1522 Bern (Idiotikon X Sp. 1023); 1584 Vaz/Oberbaz (ZsR NF 6, S. 173); 1601 Lenzburg (Urk. Lenzburg n. 131).



Worte durch Beloben am Stab zurücknehmen. Etwa von der Mitte des 17. Jahrhunderts an ist in Glarus der sogenannte »Wandel« aber nicht mehr mit feierlicher Berührung des Gerichtsstabes geleistet worden; an ihre Stelle trat eine vom Gericht festgelegte Erklärung <sup>239</sup>.

Im Prozeß um eine Ehrverletzung fällt das Gericht im Thurtal im Jahre 1601 folgendes Urteil: *Sover . . . mir dem Richter an geschwornen Eydstatt an des Gerichts stab der gestalt und mainung anloben möchte, dass syne worth und werch glychsam . . ., also dass er sölliches, dessen er . . . sich beschwärth in keyner bösen meinung nit usglassen und gredt, sonder habe ihn . . . für ein gütten fromen ern- und biderman, wüsste auch nützit anders noch unrechts von ime.* Mit dieser Erklärung habe der Beklagte *zue Ehren halb gnug gethon* und solle die Ehrverletzung aufgehoben sein (StiASG Band 1520 fol. 8).

Nur vereinzelt erwähnen die Quellen assertorische Stabgelübde über den Empfang von Leistungen, für das Bestehen einer Vollmacht und andere Tatbestände <sup>240</sup>. Öfters wurde jedoch bei Grundstücksfertigungen und Zinsverschreibungen vom Schuldner oder Hauptgülden zusätzlich an den Gerichtsstab gelobt, die Liegenschaften seien nicht stärker als angegeben mit Zinsen und anderen Verpflichtungen beladen oder nicht anderweitig verpfändet <sup>241</sup>.

Die größte Bedeutung kam prozeßrechtlich dem *Beweisgelöbnis* zu. Nach dem Glarner Landrecht konnte sowohl der Beweiseid als auch das als Eidsurrogat (*an aids statt*) an den Stab geleistete Beweisgelübde die Grundlage für ein Urteil schaffen. Die Wahl des Beweismittels richtete sich nach der Schwere des Falles. Feste Regeln bestanden nicht; das Gericht entschied darüber von Fall zu Fall. Dem Gelöbnis gingen Parteivorträge und Zeugeneinvernahme voraus. Seine Aufgabe war es, sie zu bekräftigen, doch stand es im Belieben der Parteien, den Gelübdsbeweis anzutreten oder darauf zu verzichten. Eine Gelübdsverweigerung hatte auf den Ausgang des

<sup>239</sup> LIEBESKIND, S. 11–14, 29.

<sup>240</sup> Beispiele: Wer vor Gericht geladen wird, jedoch eines *zugs uf sinen herrn* begehrt, erhält diesen nur eingeräumt, wenn er *an den grichtstab grifen* kann, daß er die Sache ohne seinen Herrn nicht verantworten könne (Gerichte des Spitals Überlingen im 15./16. Jh.; GRIMM W V, S. 216); *verzeihen an des gerichts stab*, daß man eine Zahlung empfangen habe (1473 Hofgericht St. Gallen; StiASG Band 111 fol. 65); Gelübde an Gerichtsstab, daß er Vollmacht hat (1501 Griessenberg; StAZH W 2 n. 82); Wer Bargeld schuldet, mag an Stab geloben, daß er das Geld nicht hat, und soll dafür Pfand stellen (1543 Landrecht von Interlaken; Rq BE Lds. VI, S. 382); Geloben an den Stab, daß eine Testamentserrichtung aus freiem Willen geschehen sei (17. Jh. Herrschaft Blumenegg).

<sup>241</sup> Neben den im vierten Abschnitt angeführten Belegen sind weiter zu nennen: 1610 Oberbuchsiten (UB OLI n. 295) und 1717 Rothenhausen (StAZH B I 216, S. 300). Vgl. GRIMM W V, S. 216; Oberrheinische Stadtrechte, 2. Abtg., Schwäbische Rechte 2, Heidelberg 1908, S. 366 f.

Prozesses entscheidenden Einfluß, weil das Stabgelöbniß den Beweis erbringen sollte.

Ein Gelübde des Klägers konnte die Vorbringen des Beklagten entkräften, wenn entweder Aussage gegen Aussage stand oder eine klageverzichtende (Zahlung) beziehungsweise anspruchshemmende (zum Beispiel Stundung) Einrede entgegengesetzt wurde. Das galt auch, wenn der Beklagte zwar nicht den Sachverhalt, wohl aber eine daraus gegen ihn abgeleitete Forderung bestritt. Durch das Beloben konnte der Kläger ferner für einen zwar unbestrittenen, jedoch beweisbedürftigen Punkt den Beweis erbringen. Diese Wirkung des klägerischen Lobens beschränkte sich nicht auf Glarus<sup>242</sup>. Im Protokoll des Stadtgerichts Regensburg heißt es zum Beispiel im Jahre 1659: *Uf erlegt das er dem Hrn. im Stab an Eyds statt anlobe, das es ein ehrliche ufrechte und unverrechnete ansprach und rechnung und seye ime niemals verrechnet worden... Welliche Anlobung er geleistet* (StAZH B VII 31.24 S. 28). Das Stadtgericht Zürich verlangte 1748 von einem Kläger, daß er *zu mehrerer Satisfaction des Richters durch anlobung am gerichtsstab loco juramenti purgatorii erharten solle, dass die Schuld Quaestionis annoch unbezahlt seye und sie folgsam in einem rechtmässigen Prozess bemeldten Instruments stehe, des Beklagten abgeschiedenes Weib aber anlobe, daß sie die Handschrift weder ihrem Mann wüssentlich weggenommen noch ihrer Tante übergeben habe; auf dessen erfolg dann der beklagte gehalten seyn solle, der Klägerin die... 50 gld. zu bezahlen* (Spoerry S. 56 f.).

Das Gelübde des Beklagten sollte die Unwahrheit der Klage dartun; es schaffte den Beweis für seine Behauptungen und führte zur Abweisung des Klägers. Dieses Reinigungsgelöbniß ist seit dem Ende des Mittelalters belegt. Beispiele: *möchte der anlagt an den stab griffen und einen eyd zû Gott und den helgen schweren, das er dem cleger bi siner clag nüt schuldig wer* (1487 Mosnang; Rq SG II S. 354). *Ist erkhendt, wan... (Beklagter) by synnen gutten thröuwen an stab anloben möge, das er dem... die 2 Gulden, so er ime umb ein Kalb schuldig gsyn, gut gmacht und bezalt, dass dannethin er Müller inne unersucht lassen. Meyer hat das glipt gethaan* (1546 Regensburg; Ziegler S. 142). Kommt die Sache vor Gericht, so soll der Beklagte *sin trüw geben an den stab*, daß er dem Kläger aus keiner anderen Ursache Recht geboten habe als daß er meine, er habe Recht. Wer das nicht tun darf, verfällt in eine Buße von 1 Pfund Haller (1564 Landbuch Gaster; Rq SG III S. 76).

Als Abart des Beweisgelöbnisses ist die in der Ordnung des Landgerichts Rankweil von 1579 erwähnte und bis zum Jahre 1895 im Glarner Landrecht geltende Möglichkeit zu werten, mittels Stabgelübde einen Tatbestand geltend zu machen, der das Ausbleiben vor Gericht entschuldigte. Gegen ein Versäumnisurteil konnte der Verfallte anführen, er sei

242 LIEBESKIND, S. 15-21.



ohne eigenes Verschulden ausgeblieben. In den neuzeitlichen Glarner Quellen heißt das *uszüchen ehaftig und redliche sachen*, weshalb die glarnerische Gerichtssprache des 19. Jahrhunderts das Verfahren »Ausziehen von Ehehaften« nannte. Nach dem Beloben entschied das Gericht, ob das Ausbleiben hinreichend gerechtfertigt war oder nicht <sup>243</sup>.

Hier und bei anderen Tatbeständen hat sich das zivilprozessuale Loben an den Stab im Kanton Glarus bis in die neueste Zeit erhalten und die tiefgreifende Umgestaltung der Gerichtsverfassung im Jahre 1837 überdauert. Bis 1895 bestand die Möglichkeit, bei der Einlage neuer, im erstinstanzlichen Verfahren nicht verwendeter Beweismittel bei einer Appellation auf Verlangen der Gegenpartei eidlich zu beloben, daß entweder das neue Beweismaterial zur Zeit des ersten Prozesses weder bekannt noch verfügbar gewesen sei oder aber die Unmöglichkeit bestanden habe, es damals zu produzieren. Die Zivilprozeßordnung von 1895 hat dies wie die Begründung des Nichterscheinens vor Gericht durch Gelübde beseitigt. Einzig als Ersatz des Editionseides erhielt sich das Gelübde als Beweismittel auch noch im geltenden glarnerischen Recht, wobei die Zivilprozeßordnung von 1930 seine Anwendung allerdings etwas einschränkte. Die vorlagepflichtige Partei muß nur auf Verlangen der Gegenpartei beloben, und vorlagepflichtige Drittpersonen brauchen die sie zur Verweigerung der Vorlage berechtigenden Gründe nur noch glaubhaft zu machen und nicht mehr zu beloben.

Die seit dem Jahre 1837 erlassenen Zivilprozeßordnungen des Kantons Glarus sprechen alle nur von Gelübde und beloben und äußern sich nicht darüber, ob Hand- oder Stabgelöbnis zu leisten sei. In allen Fällen, wo nicht ausdrücklich Handgelübde vorgeschrieben ist, lassen sie dem Richter in der Wahl der Belobensart freie Hand. Nach den Mitteilungen Liebeskinds hat der im Zeitraum von 1911 bis 1932 im Amt stehende Zivilgerichtspräsident stets an den Stab anloben lassen, sowohl um einen altherwürdigen Glarner Gerichtsbrauch vor dem Verschwinden zu bewahren als auch aus psychologischen Erwägungen: Das von einer gewissen Feierlichkeit umgebene Berühren des Gerichtsstabes »bringe dem Lobenden die Bedeutung seiner Handlung und ihre rechtlichen Folgen in ganz anderer Weise zum Bewußtsein als die alltägliche Gebärde des Handgebens« <sup>244</sup>. Heute wird das Verfahren der Belobung an den Stab, obschon es auch in Art. 168 der geltenden, im Jahre 1965 von der Landsgemeinde erlassenen Zivilprozeßordnung für die auf Vorlage einer Urkunde belangte Partei beibehalten wurde, nur noch sehr selten geübt. Der gegenwärtig amtierende Präsident des Glarner Zivilgerichts ließ, »weil die Parteien es kaum mehr begehren«, in seiner rund dreißigjährigen Tätigkeit »vielleicht zwei- bis dreimal an den Stab loben« <sup>245</sup>.

243 RUSCH, Müsinen, S. 93; LIEBESKIND, S. 22 f.

244 LIEBESKIND, S. 26–28.

245 Schreiben des Zivilgerichtspräsidentiums des Kantons Glarus vom 21. Januar 1974. – Rechtmäßige Züger werden beim Fertigungsakt vorgeladen, um entwe-

## 8. Gelöbnisfähigkeit, Zeremoniell und Strafen

a) Nicht überall waren alle Personen zum Stabgelöbnis zugelassen. Die Gerichtssatzungen von Bern und einiger unter bernischer Hoheit stehender Aargauer Städte (Brugg und Zofingen) aus der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts schlossen neben Frauen auch Fremde, Untertanen ohne Wohnsitz im eigenen Land und Zahlungsunfähige davon aus und legten ihnen anstelle des Gelübdes Real- oder Personalbürgschaft auf: *Welchen personen an stab zü globen verboten. Aber keiner, so nit ein underthan diser statt ist, item kein wybsbild, item keiner so ehrloss gemacht worden oder sonst verlümbdet ist, auch keiner der uff synem geltstag oder sonst syne gälten nit zü bezalen hat, und endtlich keiner unser underthanen, so kein husshäblichen sitz in unsern landen hat, soll den stab zü versetzen befügt syn, sonder es söl- lend derglychen personen das recht gnügsamlich verbürgen oder aber, im fahl nit bürgschaft funden wurde, silberine oder guldene pfänder, die ein gericht gnügsam syn beduncken möchte, hinder den richter legen.*

Auffälligerweise räumte eine frühere Berner Satzung den Fremden das ihnen hier wieder entzogene Recht zum Stabgelöbnis ausdrücklich ein. Um die gleiche Zeit leisteten auch im Toggenburg nur Männer das Zeugengelübde an den Gerichtsstab, während Frauen dem Richter in die Hand anloben mußten, die lautere Wahrheit zu sagen <sup>246</sup>.

Dagegen begnügte man sich in jenen Fällen, da vom Manne ein Eid gefordert wurde, beim weiblichen Geschlecht oft mit einem Gelübde. Zum Beispiel forderte das Amtsrecht des Städtchens Elgg aus dem Jahre 1535 von männlichen Zeugen einen gelehrten Eid, wogegen ein Weibsbild seine Rede bei einem Gelübde an den Stab tun mußte. Im Lande Appenzell sollte laut dem Landbuch von 1585 von einem gefangengesetzten Paar der Mann Urfehde schwören, die Frauensperson jedoch anloben, alle Kosten zu bezahlen. Auch bei der gerichtlichen Fertigung griffen die Frauen als Vertragspartei stets zusammen mit ihrem Vogt an des Richters Stab <sup>247</sup>.

der das Zugrecht zu behaupten oder es durch feierlichen und ewigen Verzicht *bey dem Staab* aufzugeben (1782 Rheinau; StAZH J 421 S. 647). Möglicherweise ist auch im sogenannten Genießverhör, der formellen Befragung unverheirateter Mütter über den Vater des Kindes, die Aussage der Wöchnerin am Gerichtsstab geleistet worden.

<sup>246</sup> Rq SG II, S. 655; Rq BE Stadtr. VII, S. 808; Rq AG Stadtr. II, S. 258, V, S. 311. In der Landschaft Gaster beschwerte sich 1696 der Untervogt, weil er dem Landweibel *als seiner person einem geringern aus rechtlicher erkanntnuss an den staab* anloben mußte (Rq SG III, S. 155).

<sup>247</sup> HAUSER, S. 241 f.; Idiotikon III Sp. 995. In St. Gallen schworen Männer ebenfalls den Eid, während Frauen ihre Treue an Eidesstatt an den Gerichtsstab lobten (MOSER-NEF VII, S. 109). Im Hofgericht Rottweil mußten Adelstöchter beim Erbverzicht, *da sie den aid thon*, an den Gerichtsstab greifen, um den Verzicht mit ihrem Eid zu bekräftigen (Zimmerische Chronik III, S. 532).



In rechtssymbolischer Sicht ist bemerkenswert, daß Frauen zur Eidesleistung – vor allem wenn das Rechtsgeschäft ihre Morgengabe betraf – neben oder anstelle der Schwurgebärde mit den Eidfingern ihre Brust und teils auch ihr Haar anfaßten. Die 1439 aufgezeichnete Öffnung von Mönchaltorf nennt für den Beweis der Morgengabe, falls der Frau nicht zwei Zeugen zur Verfügung standen, das folgende Verfahren: *So mag si von mund ir morgengab erzellen, und wölt man ir daz nit glöben, so mag si nemen die rechten brust in die linggen hand und iren zopf und mit der rechten hand swerren liplich zu got an den heiligen, und waz si da behebt das sol so güt kraft han, das ira das nieman sol abwysen* (Grimm WI S. 14).

In gleicher Weise wurde der Fraueneid um die Morgengabe nach dem Stadtrecht des 14./15. Jahrhunderts in Ravensburg geleistet. Auf Grund der Lex Alamannorum, des Deutschenspiegels und des Augsburger Stadtrechts glaubte Siegel als stammesmäßige Eigenart feststellen zu können, nach Schwabenrecht berühre das Weib mit ihrer linken Hand die rechte Brust und den rechten Zopf<sup>248</sup>. Dies galt aber nicht überall im alemannischen Raum. In der um 1435 entstandenen Rottweiler Hofgerichtsordnung war für den Verzicht auf Morgengabe ein abweichendes Zeremoniell vorgeschrieben, indem der Hofrichter seinen Stab an die linke Brust der verzichtenden Frau setzte und sie mit der Rechten den Stab und die linke Brust erfaßte: *Und wenn das beschicht, so sol denn die frow sölich verkoufen, verschaffen, vermachen oder verziehen oder was si denn tûn will, das ir morgengab berürt, tûn mit hand und mit mund, mit zopf und mit brust und mit des hofrichters hand und mit irs vogtz hand in des hand, gen dem si das tûn wil, und wenn der hofrichter den stab darbütet, so sol er den der frowen an die linggen brust vornan seczen. Und sol die frow mit ir linggen hand grifen zû irem harlock oder zopf des hoptz an der rechten siten und den zopf oder des hars enwenig herfür zihen und mit der rechten hand den stab und die linggen brust vornen begrifen und solichs tûn in vorgeschribner wise* (ZRG GA 41, 1920, S. 366).

Auch die Satzungen des Landgerichts in Ober- und Niederschwaben von 1562 und 1618, des Stadtgerichts Lindau von 1739 und des Gerichts Mittelberg von 1762 verlangten von Frauen, sie sollten beim Eid anstelle der erhobenen Schwurhand die rechte Hand auf ihre linke Brust legen<sup>249</sup>.

248 Die älteren Stadtrechte der Reichsstadt Ravensburg, bearb. von KARL OTTO MÜLLER, Oberschwäb. Stadtrechte II, in: Württembg. Geschichtsquellen 21, Stuttgart 1924, S. 130. SIEGEL, S. 32 f. In der Lex Alamannorum heißt es: *Tunc liceat ad illa muliere iurare per pectus suum*.

249 StadtA Ra Büschel 1514 b und 1653 c. Für Rankweil vgl. RUSCH, Müsinen, S. 75 f. Vom 16. bis ins 19. Jh. wurde in Zürich der Paternitätseid in der Weise geleistet, daß die Frau ihr Kind an den linken Arm und die rechte Brust in ihre linke Hand nahm (SPOERRY, S. 41). FEHR, Die Rechtsstellung der Frau und Kinder, S. 53–56, deutete das besondere Zeremoniell für die Morgengabe dahin, diese sei einst als *pretium virginittatis* gegeben worden, weshalb die Frau beim Eid nicht nur

b) Über das Zeremoniell des Stabgelübdes sind nur spärliche Nachrichten überliefert. Der Gelobende begab sich in den Ring des Gerichts und berührte den ihm vom Richter entgegengestreckten Stab. So hielt 1732 in Gebhardschwil *der amen den kundschaftsagern den gerichtstab vor*, der mit drei Fingern angefaßt wurde <sup>250</sup>. In Österreich ist der älteren Schwurgebärde gemäß auch der Stabgriff mit nur zwei Fingern bezeugt <sup>251</sup>.

Im vorarlbergischen Gericht Mittelberg wies im 18. Jahrhundert der Richter die Zeugen an, *so lobet mir alda an und greift mir an den Gerichtstab und sprechet mir nach mit den 3 aufgehöbten Aidsfingern*. Bei Gleichzeitigkeit dieser Vorgänge wäre auf Stabberührung mit der linken Hand zu schließen, während die Rechte zum Eid emporgereckt war. Das ist jedoch unwahrscheinlich. Siegel erwähnt beim Eid auf Reliquien und ähnliche Gegenstände zwei aufeinanderfolgende Schwurhandlungen, was auch für die Eidesleistung am Stab anzunehmen ist. Zum Beispiel legte das Stadtrecht von Rheinfelden im Aargau fest, Zeugen sollten an den Stab greifen und darnach miteinander die Finger aufheben und dem Richter die Eidformel nachsprechen. Auch in Mittelberg lassen sich zwei getrennte Vorgänge nachweisen, wurde der Eid mit aufgehobenen Fingern hier doch vor dem Stabgelöbnis abgelegt (*zuevor die Gezeugen den Aidt schweren*) <sup>252</sup>.

Gelobt wurde mit Hand und Mund; die Gerichtsordnungen von Gebhardschwil und Mittelberg erwähnen ausdrücklich das als Regel zu betrachtende Vorsagen der Eides- oder Gelöbnisformel durch den Richter und ihr Nachsprechen durch den Gelobenden <sup>253</sup>. Die Vermutung Liebeskinds, bei assertorischen Stabgelübden dürfte (abgesehen vom Widerruf einer Ehrverletzung) die Berührung des Richterstabes ohne gleichzeitige mündliche Er-

ihre einst jungfräulichen Brüste mit den Händen bedecke, sondern auch – hier stützte Fehr sich auf österreichische Belege – in der Haartracht der Jungfrau mit aufgelöstem Haar erscheine. In Mittelberg ist der Fraueneid mit der Rechten auf die linke Brust aber beim Zeugeneid belegt (FINK/KLENZE, S. 474). SCHLOSSER, S. 352, mit Literaturhinweisen, nimmt ein Weiterleben alter kultischer Fruchtbarkeitsvorstellungen an.

<sup>250</sup> Rq SG I, S. 458. Das Eingehen in die Gerichtsschranken ist im Mittelberger Gerichts- und Landsbrauch von 1762 erwähnt (FINK/KLENZE, S. 474). LIEBESKIND, S. 9.

<sup>251</sup> RINTELEN, S. 643; SIEGEL, S. 27 f., 35; STEININGER, S. 143; HRG I Sp. 1415. BALTL, Eidtafeln, S. 16, vermutet, bei der Erwähnung von nur zwei Fingern sei einfach der Daumen übersehen worden.

<sup>252</sup> SIEGEL, S. 31; Rq AG Stadtr. VII, S. 366; FINK/KLENZE, S. 471, 474. Ein aufschlußreiches Beispiel aus Österreich bei STEININGER, S. 143, wonach ein neuerannter Richter zuerst drei Finger auf den Richterstab legte, den Schwur anhörte und anschließend den Richtereid schwor. Für ein Zahlungsverprechen hieß es 1502 in Eichersheim: *Also stund . . . dar und gryff den stab des schultheissen an und ging mir an die hand* (Freiburger Diözesanarchiv 27, 1899, S. 284).

<sup>253</sup> FINK/KLENZE, S. 474; Rq SG I, S. 458. Für die Rolle des Sprechens zeugen auch Paarformeln wie: versprechen und verheißen, gelobt und versprochen, geloben und verheißen.



klärung genügt haben, stützt sich allein auf die Gerichtspraxis in Glarus. Tatsächlich beschränkt sich das im glarnerischen Zivilprozeß heute noch zulässige Beweisgelübde an den Stab auf eine Gebärde, den Berührungsgestus. Der Gerichtspräsident nimmt den Stab beim unteren Knauf und belehrt den Belobenden über die Bedeutung des Lobens der vorher gemachten Aussage. Dieser greift darauf ohne ein Wort zu sprechen an die ebenfalls mit einem kleinen Knauf, nicht mit einer Schwörhand, versehene Spitze des Glarner Gerichtsstabes und hat damit seine Aussage belobt <sup>254</sup>.

Dieses neuzeitliche Glarner Verfahren entspricht nicht der Regel. Wie die Eigentumsübertragung am Stab des Richters, so war auch das Stabgelöbnis durch Einheit und Gleichzeitigkeit von Handgebärde und förmlichem Sprechen charakterisiert.

c) Nichterfüllung oder Bruch eines Stabgelübdes zog schwerere Folgen als die Verletzung eines schlichten Versprechens nach sich. Die Thurgauer Landgerichtsordnung behandelte ein falsches Wahrheitsgelöbnis als Malefiz und hochgerichtswürdiges Verbrechen, wenn jemand *an des Grichts stab lobt an Aids statt, syn fürgäben war sin und sich ain anders befindt*. Sanktgallische Mandate vom 1537 und 1543 sprechen davon, *Glüptlose* seien als Eidbrüchige oder Meineidige zu behandeln <sup>255</sup>, wie es im Jahre 1545 in den eidgenössischen Abschieden heißt: *Ob jemand an eines richters stab gryfen und loben und aber demselben glübt nit gelebte, soll söliches, als ob gegebne trüw an eidsstatt nit gehalten wäre, gestraft werden* (Idiotikon III Sp. 994). Daher drohte dem Gelöbnisbrüchigen vielerorts eine Freiheitsstrafe. Laut dem Ratsmanual der Stadt Bern von 1483 konnte ein Schuldner gefangen gesetzt werden, wenn er nicht imstande war, *den stab zu lösen*, das heißt zu erfüllen <sup>256</sup>. Um die gleiche Zeit ordnete dies das Stadtrecht von Luzern un-

254 LIEBESKIND, S. 9, 27. Auch in der bildlichen Darstellung im unteren rechten Seitenfeld der Ulmischen Eid- und Schwörtafel von 1680 berührt ein Mann den ihm vom Richter mit schwacher Neigung entgegengehaltenen Stab mit den Fingern nahe der Spitze (Deutsches Leben der Vergangenheit in Bildern, hg. von Eugen Diederichs, Jena 1908, S. 360, Abb. 1199). HASENFRATZ, S. 55, erwähnte zwei verschiedene Stäbe, je nach dem Rechtsgeschäft: »Der Fertigungsstab trug bisweilen ein beinernes Krönlein, während der Stab, der bei der Eidleistung angefaßt werden mußte, oft Schwörfinger an seiner Spitze zeigte.« Ohne Zweifel sind Gelübde und Fertigungen aber stets mit dem die rechtsprechende Gewalt verkörpernden Stab des Richters vollzogen worden.

255 Landgerichtsordnung in ZsR I, 1852, S. 51; MÜLLER, Landsatzung, S. 65, 78. In Bern wird 1522 hervorgehoben, ein Übeltäter habe *sin trüw an eins geschwornen ayds statt an den stab geloht* und das nicht gehalten (Rq BE Stadtr. VII, S. 533). Vgl. v. AMIRA, Stab, S. 95, und HRG I Sp. 869 über den Bruch eines promissorischen Eides.

256 Ratsmanual im Staatsarchiv Bern. Auch eine Ordnung der Fürstabtei St. Gallen von 1533 setzte Gefangenschaft auf Gelübdsbruch betreffend Bußenleistung (MÜLLER, Landsatzung, S. 58). In Waldsee in Oberschwaben wurde im frühen 16. Jh. ein Bäcker, der *nit kalten das angrifen des stabs umb ain sach*, schwer bestraft und an den Pranger gestellt (Freiburger Diözesanarchiv 9, 1875, S. 221).

ter der Überschrift *An stab zu versprechen, wie hoch das zestraffen ist*, ausführlich: 98. *Wir sezen ouch, welcher schuldner usserhalb des gerichtz mit sinem gelten gericht wirt, das er in söll bezalen uff ein zil, und er old sy das an dem stab versprechent, oder ob eim urteil gibt, an den stab zu versprechen und das an stab verspricht, und einer old eine das nit halten, das sol sin gehalten und gestrafft werden, als ob sy ir trüw an eides statt geben und die gebrochen hetten, und darzu sy in turn legen und da so lang ligen lassen unz das sy iren gelten genug tund und söllend ouch daby unser statt ze geben fünff pfund ze buss verfallen sin, als ein trüwloser mönsch, wo der secher das clagt* (ZsR 5, 1856, Rq S. 53 f.).

Recht oft sind für Gelöbnisbruch aber auch nur Geldstrafen ausgefällt worden, deren Höhe sich mit einer großen Spannweite zwischen 9 Schilling und 30 Pfund Pfennig bewegte. Beispiele: Wenn ein Urteil gegeben wird und sich einer *last bannen* an den Gerichtsstab, dem nachzukommen und das in sieben Nächten nicht hält, ist die Buße 9 Schilling (Art. 62 App. Ldb.). Wer dem Schultheiß oder Großweibel *am Stab anlobte und das Glübt übersehe*, schuldet 10 Pfund Buße (1624 Mellingen; Idiotikon X Sp. 1023). In Hallau und der Stadt Schaffhausen verfällt nach Quellen des 16. Jahrhunderts einer Strafe von 20 Pfund, wer *an den stab oder in die hand lopte* etwas zu tun und das nicht hielt (Bächtold S. 28) <sup>257</sup>.

Die Öffnung von Rümlang aus dem 15. Jahrhundert ordnet für eine Leistung, die trotz Stabgelöbnis nicht erbracht wurde, Zwangsvollstreckung mit den Worten an, was dem Meier *an sinen stab gebessret wirt, es sient richtschilling oder einung*, werde gepfändet, wenn man sich deswegen nicht innert acht Tagen *richte*. Auch nach Berner Recht war der Gläubiger in solchem Falle berechtigt, den Schuldner außergerichtlich zu pfänden <sup>258</sup>.

<sup>257</sup> 10 Pfund Buße auch 1474 in Weinfeld (ZsR I, 1852, S. 98), 1484 in Rindal (Rq SG II, S. 226); 1576 in Zihlschlacht (GRIMM W VI, S. 346) und 1574 in Mammern-Neuburg (StAZH J 420, S. 93, und STAUBER, Mammern, S. 131). Im Stadtrecht von Rheinfeld von 1530 beträgt die Buße nur 3 Pfund (Rq AG Stadtr. VII, S. 232), während in Andelfingen 1578 zu 30 Pfund verfällt wird, wer am Stab *lätz gelobt* hat (STAUBER, Andelfingen, S. 175). Gelegentlich wird auch nur von der großen Buße gesprochen, so in der Öffnung von Tannegg-Fischingen aus dem 15. Jh.: *Welcher an aines gerichtz stab grift mit urtel und das nit hielt und kundtlich wurde, der ist verfallen die grossen büss mit gnad* (GRIMM W I, S. 281). Andere Quellen setzten ohne Einzelheiten einfach die Strafwürdigkeit dessen fest, der *unbillich an den stab griffen hat* (Rq SG II, S. 354) oder ein Gelübde nicht hielt (z. B. 1504 in der Grafschaft Lenzburg, im Twing Liebegg und 1539 in Hallwil; Rq AG Lds. I, S. 209, 252, 702).

<sup>258</sup> GRIMM W IV, S. 332; F. E. WELTI, S. 25.



## 9. Die Wirkungen des Stabgelübdes und seine Abgrenzung gegen den Eid

Je nach dem Anwendungsbereich erzeugte das Geloben am Stab des Richters verschiedene Wirkungen. Im Prozeß um Vertragserfüllung ersetzte es als Selbstverpfändung die sofortige Leistung des Schuldners und ihre Sicherstellung durch Dritte. In anderen Fällen bildete das Stabgelöbniß eine unerläßliche Voraussetzung zur Betrauung mit einem öffentlichen Amt oder – bei der Bestellung von Prozeßvertretern – zur Zulassung einer Klage. Das dem Beklagten wie dem Kläger offenstehende, im Zivilprozeß aber nicht erzwingbare Rechtsmittel des Beweisgelübdes am Gerichtsstab schuf die Grundlage für ein Urteil. Mit ihm beseitigte eine Partei den gegnerischen Widerspruch mittels einer vom Richter zwar nicht nachprüfaren, jedoch durch ihre Form qualifizierten Erklärung.

Daher stellt sich die Frage nach der Rechtsnatur des Gelübdes. Wirkte es lediglich deklarativ, sichernd, indem eine bereits bestehende Verpflichtung auf diese Weise bekräftigt wurde? Diese Deutung vermag nach der Aussage vieler Quellen nicht immer zu genügen, denn wie die Grundstücksübereignung am Gerichtsstab so waren auch manche promissorische Stabgelübde konstitutive Akte. Die neuere Forschung lehnt denn auch die früher von Puntschart und Gierke vertretene, wohl zu sehr von der modernen Vertragstheorie bestimmte Auffassung vom Gelöbniß als einem reinen Haftungsgeschäft, das keine Schuld begründete, ab. Eine solche begriffliche Unterscheidung des Verpflichtungsgeschäfts vom bloß sichernden Versprechen entspricht nicht dem mittelalterlichen Rechtsdenken, für das Gelöbniß und Eid in manchen Fällen pflichten- und anspruchsbegründende Wirkung besaßen. v. Amira deutete den Gebrauch des Zeitworts »wetten« für solche Versprechen und die alte Bezeichnung des Gerichtsstabes als »wetestab« – beides ist in unseren Quellen nur ganz vereinzelt bezeugt – allerdings dahin, es handle sich dabei um ein rein obligatorisches Geschäft, die Selbstverbürgung des Gelobenden. »Ließ man nun aber einmal Gelöbniße an den Gerichtsstab ablegen, so war die Möglichkeit gegeben, alle diejenigen Geschäfte in derselben Form abzuschließen, die in irgend einem Sinne ein Gelöbniß zu enthalten schienen.«

Die neuere Forschung bringt das mittelalterliche Gelübde mit dem fränkischen Treugelöbniß in Zusammenhang<sup>259</sup>. Die überwiegend neuzeitlichen Texte aus dem alemannischen Raum unterscheiden aber nur selten zwischen dem einfachen oder schlichten Gelöbniß und dem Treugelübde; zum Beispiel hieß es im Jahre 1504 in der Grafschaft Lenzburg: wer *schlächlichen an*

259 v. AMIRA, Stab, S. 94–96; PUNTSCHART, S. 350; SIEGEL, S. 14–16, 34, 63 ff.; er sah im Handschlag mit Treueinsatz das ursprünglich entscheidende Moment. EBEL, Bürgereid, S. 204 ff.; v. SCHWERIN, Treuklausel, S. 324, 331; HRG I Sp. 868 f. und 1490 mit Literaturangaben.

stab gryft, also das der eid oder die trüw nit gemeldt wird (Rq AG Lds I S. 209, 702). Nicht jedes Geloben war ein Treugelöbniß, wenn Versprechens- und Wahrheitsgelübde auch sehr oft mit *güten trüwen*, *bi ir trüwen* oder mit *sin trüw an ains geschwornen aides statt* an den Gerichtsstab geleistet worden sind. In gleicher Weise setzte bei gerichtlicher Fertigung von Liegenschaftsübertragungen oder Schuldverschreibungen der Auflassende seine Treue häufig beim Währschafts- oder Erfüllungsversprechen ein. Beispiele: *mit siner güten handgebnen trüwen an gerichtstab loben* (1474 Allensbach); *Und och daby . . . mit siner güten trüw . . . an des gerichts stab vor gericht lobt* (1486 Landgericht Thurgau); *lobt an Stab bei seiner wahren Threuw- und Glauben an Aidsstatt* (1554 Altkirch); *Globt und versprach obgesetzter Endtlehner bey seinen gueten wahren Treuwen, ehren und glauben an Gerichtsstab an Aidstatt* (1612 Weylen); *in treu und aidstatt dem nachkommen* (17. Jahrhundert, Blumenegg in Vorarlberg).

Gelegentlich ist der Einsatz der Treue auch bei der Offenlegung des Grundgeschäfts vor Gericht belegt: *Als er das offenlich redt und by handgebnen thrüwen an eydtsstatt an den stab behüb* (1537 Rüsclikon). Im Glarner Landrecht machte beim Widerruf von Verleumdungen das Geloben am Stab die Ehrenerklärung zum formellen Treugelöbniß, und allgemein verstärkte die Verpfändung der Treue das im Gelübde enthaltene Versprechen, bewirkte sie doch den Einsatz der ganzen Persönlichkeit. Dieses auch im Eid enthaltene Versetzen der Treue wertet Ebel für das Spätmittelalter allerdings eher als eine metaphorische Ausdrucksweise denn als ein Treueversprechen im Sinne unbestimmter Leistungspflichten, wie es in den Texten der älteren Zeit erscheine <sup>260</sup>.

Häufig, ja überwiegend tritt das Stabgelübde im Sprachgebrauch der Quellen als Eidsurrogat auf, wurde doch an Eidesstatt (auch *an rechter eides statt*, *an geschwornen Eyds statt* oder *loco juramenti purgatorii*), in Eidesweise (*in Aydts wis*) oder beim Eid (*anloben und bei euwern ehren und ayd sagen*) gelobt. Die Gewohnheit, ein Versprechen mit dem Zusatz *an eines Eides statt* zu leisten, kam nach den Untersuchungen Siegel seit dem 13. Jahrhundert und zuerst im alemannischen Rechtsgebiet auf <sup>261</sup>.

Manche Glarner Belege verwischen die Grenze zwischen Eid und Gelübde etwas und scheinen durch Ausdrücke wie *an stab loben . . . und eidtlichen bewahren* oder *eidtlich beloben* eine Wesensgleichheit anzudeuten. Im

260 Hinweise auf ältere Literatur bei EBEL, Bürgereid, S. 204–208; RINTELEN, S. 644; v. SCHWERIN, Treuklausel, S. 343 f.; LIEBESKIND, S. 29 f., 43. Er vertrat die Auffassung, das Beweisgelübde habe keinen Einsatz der Treue zum Inhalt, weshalb hier nicht mit *trüw* gelobt worden sei. Dem steht entgegen, daß viele Texte den Treueinsatz auch bei Wahrheits- und Bekräftigungsgelöbnissen erwähnen.

261 Früheste Belege um die Mitte des 13. Jhs. aus dem Bernbiet. SIEGEL, S. 37, 56–60; er erwähnt ferner Ratsverordnungen aus Basel von 1417 und aus Luzern von 1431.



18. Jahrhundert kam hier auch das Wort »Eidsgelübde« auf. Stabgelübde und Eid sind im Glarner Landrecht materiell aber bis ins 19. Jahrhundert als verschiedene, vom Gericht je nach Schwere des Falles verfügte Beteuerungsformen unterschieden worden. Wenn es ferner im Gericht Bern-  
eck im Rheintal im Jahre 1539 hieß, *loben und schweren gilt grad glich* (wobei das erstere ein Stabgelübde für Bußenleistung meinte; UB App. II n. 2092) so wird trotz der behaupteten gleichwertigen Wirkung im Grundsatz doch zwischen Eid und Gelöbniß ein Unterschied gemacht<sup>262</sup>. Die Schilderung des Zeremoniells im vorhergehenden Abschnitt hat zudem gezeigt, daß Eidesleistung und Stabgeloben jedenfalls beim Zeugen- und Amtsgelübde zeitlich getrennte, aufeinanderfolgende Vorgänge waren.

Gelübde und Eid standen zwar in enger Beziehung, und das Gelöbniß konnte den Eid in Anwendungsbereich und Wirkung vertreten, doch blieb trotz der Verwandtschaft ein grundlegender Unterschied. Als »Wahrheitsversicherung unter Anrufung der Gottheit als Rächerin der Unwahrheit«<sup>263</sup>, durch die an bedingte Selbstverfluchung gebundene Aussage, bewirkte der Eid wegen der Gewissensbindung und der kirchlichen Sanktionen eine stärkere Verpflichtung als das Stabgelübde, das als mildere Aussagebegründung auf die Anrufung Gottes verzichtete. Schwören war, wie Reincke es ausdrückte, nicht verstärktes Geloben, sondern Inanspruchnahme überirdischer Kräfte, Zauberei. Auch habe die Gelöbnißgebärde mit dem Schwurritus nichts zu tun, denn wer unter Aufrecken nur eines Fingers Schwurformeln ausspreche, leiste damit keinen Eid. Später wurde dieser Unterschied allerdings verwischt, indem ein Geloben mit zwei oder drei Fingern aufkam<sup>264</sup>. Auch v. Amira betrachtete für einen Teil der Beteuerungen an den Gerichtsstab (zum Beispiel beim Gelöbniß einer gewöhnlichen Gewähr, der Urteilserfüllung, einer Zahlung oder bei einem Schuldbekennnis) die Rückführung des Stabangreifens auf einen Eid und die Konstruktion des Eidsurrogats als künstlich und nicht von vornherein gegeben<sup>265</sup>.

262 LIEBESKIND, S. 10. Auch der Ausdruck Eidstab weist wohl darauf hin, daß man im Loben eine Art von Eidesleistung erblickte, doch wurde das Zeitwort »schwören« nie für ein Geloben verwendet. In den Aufzeichnungen eines Weltpriesters aus Biberach (1523-1544) heißt es, wenn einer vor dem Rat nur an den Stab greife, *so ist als vil als ain aid schweren* (Freiburger Diözesanarchiv 9, 1875, S. 221).

263 Definition HRG I Sp. 861. Vgl. zum folgenden auch v. SCHWERIN, Treuklausel, S. 332; LIEBESKIND, S. 10; EBEL, Bürgereid, S. 205; RINTELEN, S. 644.

264 REINCKE, S. 281 f. Über Schwurformeln und -gebärden, Eidauslegung und Meineidwarnung vgl. SIEGEL, S. 25-30, 54 f., 91-95; BALTL, Eidtafeln, S. 13; Idiotikon I Sp. 91 f.

265 v. AMIRA, Stab, S. 94-96. RINTELEN, S. 643 f., vertritt auf Grund österreichischer Quellen die Auffassung, das Greifen an den Gerichtsstab sei früher in jeder Hinsicht als »leiblicher Eid« behandelt worden, selbst wenn es nach den Quellen oft nur mehr die Bedeutung eines Gelobens an Eidesstatt hatte. In Österreich sei der »Eidpfennig« als Entgelt für die Milderung der Eidespflicht auf ein Treugelöbniß an Eidesstatt belegt.

Die Rechtspraxis hat die beiden Institute denn auch in der Regel klar getrennt. Bemerkenswert ist ein Beispiel von 1476 aus dem toggenburgischen Gericht Sidwald. In einem Streit um die Allmend entschied es, die Kläger *möchtend . . . ir trüw an des gerichts stab gen* und hernach, sofern der Beklagte ihnen das nicht erlasse, *ain aid liblich ze got . . . schweren*, daß die von ihnen geoffnete Aussage dem entspreche, wessen sie *gewist sygen von iren vordren*. Die Kläger leisteten dieses Gelöbnis am Gerichtsstab, worauf der Beklagte ihnen den Eid erließ (Toggenburger Archiv D 1393–1487, hg. Nicolaus Senn, Zürich 1865, S. 88 f.).

In der Stadt Zürich schwankte der Gesetzgeber bei der Überarbeitung des Stadt- und Landrechts im Jahre 1714 zwischen der gänzlichen Beseitigung des Eides und seinem Ersatz durch ein Stabgelübde, wie der Entwurf es für unbelegte Schuldforderungen an den Nachlaß Verstorbener vorsah<sup>266</sup>.

Einige wenige Texte sprechen von der Eidesleistung am Stab des Richters. Beispiele: *Und händ harumbe ire eide an den stab gelegt, ze tünd alz dz notdürftig wurde* (1433 Thun); *An den stab griffen und einen eyd zü Gott und den helgen schweren, das er . . . nüt schuldig wer* (1487 Mosnang; Rq SG II S. 354); *Ir eid an den stab verwettet . . . dass sy söllend kundtschaft geben* (1501 Olten; UB OL I n. 102).

Im selben Sinne setzte das Landrecht des Nidersimmentals aus dem 15./16. Jahrhundert unter dem Titel *Eyderpiettung* fest: *Wirt . . . der eide getan und gelopt an den stab . . . , dennhin sol er abgesetzt werden mit siben unversprochenen mannen an inn oder mit sechsen zü im* (Rq BE Lds. I/2 S. 45). Falls in dieser späten Zeit neben dem Geloben tatsächlich Eide auf den Richterstab geleistet wurden – die begriffliche Unbestimmtheit, ja Unzuverlässigkeit der spätmittelalterlichen Rechtssprache mahnt trotz anscheinend eindeutiger Aussagen zur Vorsicht –, kann es sich im alemannischen Raum nur um seltene, im Vergleich zur großen Zahl der Stabgelübde verschwindend geringe Ausnahmen gehandelt haben. Vielleicht ersetzte der Richterstab als Mittler des feierlichen Beteuerns aber da und dort im Gericht die Heiltümer (häufig waren es Heiligenreliquien), die der Schwörende früher bei der Eidesleistung berühren mußte<sup>267</sup>. Möglicherweise leitet

266 SPOERRY, S. 53–57. Der Entwurf von 1714 lautet: *Wann aber davon niemand wüssen hat oder haben mag, auch der ansprecher keine genugsambe Kundtschaft noch gläublichen Schein darumbe hette und aufweisen könne, solle derselbe am Stab anloben, dass sein fürgeben wahr und mann Ihm solche Schuld schuldig seye*. Der Gesetzestext von 1715 erwähnt weder Gelöbnis noch Eid, doch griff man im Zürcher Stadtgericht vereinzelt noch bis zur Mitte des 18. Jhs., wenn alle übrigen Beweismittel erschöpft waren, zum Stab-Anloben.

267 SIEGEL, S. 26–30, und KOCHER, Wort und Form, S. 2, 11, mit österreichischen Beispielen. Ein Beleg von 1393 aus dem oberelsässischen Landgericht Pleigne, wo man die Heiltümer aus der Kirche zum Gericht brachte, *daruf swur man die eide* (Monuments de l'histoire de l'ancien évêché de Bâle, hg. von J. Trouillat, IV, S. 567). GRIMM, RA II, S. 546.



sich die gelegentliche Benennung als Eid- oder Schwörstab<sup>268</sup> aber auch von dem wohl in heidnische Zeit zurückreichenden Stabeid<sup>269</sup> her, wenn die viele neuzeitliche Gerichtsstäbe krönende »manus justitiae« mit aufgereckten Schwur fingern vermutlich auch erst am Ausgang des Mittelalters aus dem französischen Rechtsgebiet übernommen worden ist<sup>270</sup>.

Umstritten und auch aus unseren Belegen nicht zu entscheiden ist, ob die Wendung »den Eid staben« und der vorwiegend im 13. und 14. Jahrhundert erwähnte »gestabte« Eid<sup>271</sup> von der Eidesleistung auf den Gerichtsstab abzuleiten sind. Althochdeutsch »stabôn« heißt sowohl steif werden als auch einen Eid vorsprechen (»eidstaben«). Die Wörterbücher äußern sich nicht eindeutig darüber, ob die zweite Bedeutung auf den Stab des Richters zu beziehen ist. Für diese Herleitung trat vor allem Jacob Grimm ein: Mit dem Stab stabte der Richter den Eid und die Redensart, »den eid staben«, habe man noch lange für »dictare oder praelegere formulam jurisjurandi« beibehalten, ohne daß dazu immer ein Stab gebraucht wurde<sup>272</sup>. Ihm folgten in neuerer Zeit Kisch, Rehfeldt und Merzbacher<sup>273</sup>. Puntschart räumte zwar

268 DRWB II Sp. 1318; LIEBESKIND, S. 8; Idiotikon X Sp. 1031. Österreichische Belege bei RINTELEN, S. 643. Im Grazer Stadtmuseum befindet sich ein Tafelbild von 1478, das eine Gerichtssitzung mit Eidesablegung auf den vom Gerichtsdienervorgehaltenen Eidstab zeigt (BALTL, Eidtafeln, S. 18). Vgl. GRIMM, WöB 10/2/1 Sp. 350; LEXER I Sp. 537.

269 v. AMIRA, Stab, S. 93 f.; RINTELEN, S. 643, 647; SIEGEL, S. 34; PUNTSCART, S. 350; SCHRÖDER-KÜNSSBERG, S. 93, 395.

270 GRIMM, RA II, S. 374. Beispiele von Stäben mit Schwurhand bei E. A. GESSLER, und Idiotikon X Sp. 1045. Vgl. v. AMIRA, Stab, S. 93.

271 Beispiele: Die Urkunden der Johanniterkommende Rheinfeldern (Aarg. Urk. IV) n. 68; ThUB IV n. 1218; UBZH X n. 3763; Quellenwerk zur Entstehung der schweiz. Eidgenossenschaft Urkunden II n. 800 und 954; Idiotikon X Sp. 1048, hier ein später Beleg von 1477: *geschworn ein gestapten eid mit uffgereckten vingern und gelerten worten, daz das wor sige*.

272 GRIMM, RA II, S. 372. Auch das Idiotikon (X Sp. 1046–48) leitet *gestabet* von der Eidesleistung am Stab her. In den Wörterbüchern überwiegt die Erklärung, Eidstaben heiße den Eid vorsagen; gestabte und ungestabte Eide wären also solche mit oder ohne vorgespochene Eidesformel. Es wird aber auch der vom Schwörenden angefaßte Richterstab erwähnt, der es nahelege, staben vom Stab im eigentlichen Sinne abzuleiten. Mit Sicherheit sei eine Erklärung nicht zu geben (so GRIMM, WöB 10/2/1 Sp. 350, 361; LEXER I, Sp. 534, 537 und II Sp. 1126; DRWB II Sp. 1318 und IV Sp. 562; SCHADE II, Sp. 861).

273 KISCH, S. 437, führt den Ausdruck »den Eid staben« auf den Stabeid, die Schwurleistung unter Berührung des Stabes zurück. In einem abgeschwächten Sinne, offenbar als spätere, abgeleitete Erscheinung bedeute er auch bloß das Vorsprechen der Eidesformel. Gleicher Meinung ist MERZBACHER, S. 117, der die im Landgericht Würzburg häufige Formulierung *ein gelerter gestabter eyt zu den heiligen* als Bezeichnung für den Stabeid nimmt. Auch REHFELDT, S. 295, definiert das Stabsagen als Klage und Antwort unter Berührung des Gerichtsstabes.

ein, die Quellen sprächen nicht selten dort vom Staben, wo nicht mit einem Stab manipuliert werde, doch wollte er den Gedanken nicht ganz von der Hand weisen, »daß möglicherweise ursprünglich wirklich der Stab auch zur Sichtbarmachung der steifen Form gebraucht wurde«<sup>274</sup>.

Zurückhaltender äußerte sich v. Amira. Er wollte es »bei dem gänzlichen Mangel an Anhaltspunkten dahingestellt lassen, ob das Zeitwort *staben* in transitivem Gebrauch mit *Eid* als Objekt sich jemals aufs Hinhalten eines Stabes unter die Hand des Schwörenden bezog, oder wenigstens aufs Vorhalten des Stabes oder auf einen Gestus mit ihm oder auf ein Berühren des Schwörenden mit ihm«, lauter Fragen, die Bejäger und Verneiner gefunden hätten. Obschon *Eide* auf den vom Richter vorgehaltenen Stab abgelegt wurden, hob v. Amira zu Recht hervor, vom Staben und vom gestabten *Eid* werde auch dort gesprochen, wo an Stabberührung nicht gedacht werden könne, weil ein anderer Gegenstand oder nichts angefaßt wurde. Demnach bleibe, wenn nicht ein ebenso frühzeitiges wie allgemeines Vergessen der ursprünglichen Bedeutung unterstellt werde, nur die Annahme, das transitive »*staben*« bedeute von Anfang an lediglich »steif machen« und dann »steif vor- oder auch nachsprechen«. Diese Bedeutung des Wortes, die mit einem Stabsymbol nichts zu schaffen hat, würde auch die Ausdrücke »*stabsagen*«, »*bistabon*« und »*ruagstab*« erklären, die alle nichts weiter als den förmlichen Parteivortrag bezeichnen<sup>275</sup>. v. Amira faßte »*staben*« demnach eher als ein Steifmachen im Sinne formelhafter Starrheit auf. Für diese Erklärung des Stabens als des *Eid*-Vorsprechens zeugt auch die Gestalt des *Eid*-stabers oder -stebers, der den *Eid* vorsagte<sup>276</sup>.

274 PUNTSCHART, S.349. FIRSCHING, S. 28, ließ die Möglichkeit einer Ableitung vom Gerichtsstab ebenfalls offen.

275 v. AMIRA, *Stab*, S. 92 f., 139 f. Ihm pflichtete SCHRÖDER-KÜNSSBERG, S. 91, bei; vgl. RINTELEN, S. 647. FRENSDORFF, S. 459, deutet den *ruagstab* dahin, daß entweder der Anklagende ursprünglich den Richterstab zu berühren hatte oder daß dies ganz abstrakt als *accusatio* zu verstehen sei. Im 8. Jh. wurde in Bayern auf Betreiben der Kirche das heidnische *stapsaken* abgeschafft (BEYERLE, Sinnbild, S. 801; KROESCHELL I, S. 63). SIEGEL, S. 27: *vor in stab ich disen eit*. Wie hier so bedeutet noch in späten Quellen Staben das Vorsagen des *Eides*. Zum Beispiel im Weistum von Seffern bei Prüm (GRIMM W II, S. 549) und in einer unterelsässischen Aussage aus dem Bauernkrieg von 1525: *oder das ich den eyd uff ein ungewonte . . . weyss hab gstabt, als do man bisher hat gsagt, als mir gott helf und alle heyligen, hab ich gsagt, als mir gott helf, der herr aller heyligen* (GÜNTHER FRANZ, *Der deutsche Bauernkrieg*, Aktenband, S. 215, München 1935).

276 DRWB II Sp. 1318; KISCH, S. 437; PLANCK II, S. 36 f.; SCHLOSSER, S. 179. Laut MICHELSEN, S. 16, hatte in thüringischen Landgerichten ein Steber für den Stabeid zu sorgen, woraus sich die uralte Redensart erkläre: *per festucam adrhampire*, denn *ramen* sei der Terminus für das Nachsprechen der schlüssigen Formel. Vgl. GRIMM, RA II, S. 475, und SCHRÖDER-KÜNSSBERG, S. 319, wonach *adchramire* in der fränkischen Rechtssprache etwa festmachen bedeutete; in althochdeutschen Glossen werde das Wort mit *stabôn* übersetzt. Bemerkenswert ist ein 1447 geleisteter *Eid mit ufgebottner hand, gestapten drin vingern und gelerten worten* (Die Urkunden des Stadtarchivs Zofingen, Aarau 1915, n. 263).



## Zusammenfassung

### Zum Symbolcharakter des Richterstabes und des Zeremoniells für Gelöbniß und Fertigung

a) Dem Recht archaischer Kulturen ist die Bindung an altüberlieferte, durch Worte, Gebärden und Symbole bestimmte Riten eigen. Das gilt auch für das mittelalterliche deutsche Recht, dessen »Plastik« – das Wort stammt von Andreas Heusler – die Denkweise und das äußere Bild der rechtlichen Vorgänge prägte. Es ging nicht allein darum, das Wesen eines Rechtsgeschäfts auch in der Form zum Ausdruck zu bringen, es anschaulich darzustellen und greifbar zu machen. Die Rechtssymbolik wurzelte tiefer, im Zauberritus und in der magischen Vorstellung, das Ritual bewirke unmittelbar und durch sich selbst eine Veränderung der Umwelt.

Der Rechtsverkehr vollzog sich durch Symbol und Rechtsritus oder nach Hattenhauers Worten durch magische Handlungen und den Gebrauch der richtigen Redeformeln und Gebärden, womit die Rechtsgenossen sich gegenseitig banden und lösten. Wesentlich war die Verbindung, das Zusammenspiel dieser Elemente, vor allem die Einheit der Handlung mit Wort und Symbol in der Verschmelzung zu einem nur als Ganzes wirksamen Ritus, der erst dem Rechtsgeschäft Festigung und Gültigkeit verlieh. Vermutlich ließ sich die Anschauung, Sprachformen könnten auf die Dinge selber wirken, schwerer halten als der Glaube, Handlungen, Ausdrucksbewegungen und Gebärden vermöchten dies. Deshalb wurden die Gebärden und mit ihnen die Symbole notwendig in den Geschäfts- und Prozeßformalismus einbezogen. Am stärksten äußerte dies sich wohl in Form und Formstrenge der Grundstücksübereignung <sup>277</sup>.

Eine rechtssymbolische Handlung mußte demnach mehr als erläuterndes, schmückendes Beiwerk (Ornament, Zierat oder Allegorie) sein und als obligatorisches Erfordernis für das Zustandekommen des Rechtsgeschäfts konstitutiv wirken. Dieses rechtsbegründende Element ist dem Wesen echter Rechtssymbolik immanent. In solchem Sinne sprach Jacob Grimm von der »bildlichen vollbringung eines geschäfts« und forderte Rehfeldt von der Rechtssymbolik, daß »die mit ihr erstrebte Rechtswirkung nach dem Rechte der betreffenden Gemeinschaft auf keine andere Weise als durch sie hervorgerufen werden kann, ihre Anwendung somit ein objektiv-rechtlich not-

<sup>277</sup> HATTENHAUER, S. 7, 58 f.; HEUSLER I, S. 68; BEYERLE, Sinnbild, S. 788, 791. Ausführlich REHFELDT, S. 288–295.

wendiges, nicht etwa ein von den Parteien des jeweiligen Geschäftes gewillkürtes, also ein bloß zufälliges Erfordernis ist«<sup>278</sup>.

Die Fülle verschiedener Symbolgegenstände und Verwendungsmöglichkeiten erschwert die Typisierung. Zu Recht erklärte Franz Beyerle, die Sinnbilder der Person seien wechselnder Sinnverknüpfung fähig und schließlich könne Beliebiges der gedanklichen Verkörperung im Sinnbild dienen, »sofern es der Erscheinung nach dafür nicht ungeeignet ist«. Er unterschied die nur als Ausdrucksmittel dienenden Verdeutlichungsymbole und die einem Rechtsakt sittliches Pathos verleihende Motivationssymbolik von den Verkörperungswahrzeichen. Bei dieser wichtigsten Gruppe sind die älteren Sinnbilder einer Sache selbst (zum Beispiel Zweig und Scholle) von den vermutlich jüngeren Symbolen der Rechtsmacht über eine Sache, welche die Gewalt oder Herrschaft über etwas nicht Greifbares vertreten, zu trennen. Nach anderen Kriterien gruppierte Mitteis in Sach- und Rechtssymbole einerseits sowie Handlungs- und Gegenstandssymbole andererseits. Handlungssymbole sind Sinnbilder zur Verdeutlichung der rechtsgeschäftlichen Handlung, dem Übertragenden zugeordnet und in seiner Hand verbleibend, während Gegenstandssymbole das übertragene Objekt bezeichnen, in die Hand des Begünstigten gelegt werden und ihm gehören. Nach dem Einsatz bei den verschiedenen Rechtsgeschäften gliederte Grimm die Wahrzeichen in solche, die entweder der Übertragung von Grund und Boden dienen oder persönliche Verhältnisse (Freiheit, Ehe, Kindschaft) und Eid, Gelübde oder Bündnis beschlagen<sup>279</sup>. In allen diesen Bereichen wurde der Stab des Richters verwendet.

Als Blütezeit der Rechtssymbolik gilt die fränkische Periode. Ihren Verfall führte Heusler auf das Eindringen der Schrift, dieser »geschworenen Feindin alles sinnlich Dargestellten« zurück, doch beeinträchtigten kirchliche Einflüsse die alten magischen Vorstellungen nicht minder stark. Am Beispiel der Grundstücksverfügung zeigte Hattenhauer, wie man Formel und Gebärde weiter verwendete, obschon der Glaube an ihre selbsttätige Wirkung erschüttert war. Zum Beispiel wurde die Ausstellung einer Urkunde selbst nach Preisgabe der realen Investitur nicht als genügend erachtet, weshalb die Investitursymbole sich seit dem Aufkommen des Urkundenwesens häuf-

278 REHFELDT, S. 288 f.; GRIMM, RA I, S. 153. Beispiel für solche konstitutive Wirkung: die bei Gemächtsfertigung in St. Gallen verwendete schwarze Kappe (MÜLLER, Schwarze Kappe, S. 34 ff.). SCHWINEKÖPER, S. XIV, unterscheidet die Sinnzeichen von den Rechtszeichen, denen die Fähigkeit eigen sei, »den Zustand oder Wandel eines Rechtsverhältnisses sinnfällig zu machen«. Eine allgemeinere Umschreibung drängt sich, der schillernden Wortbedeutung gemäß, für den generellen, nicht auf Rechtswahrzeichen bezogenen Symbolbegriff auf. HEUSLER I, S. 72, erklärte, Symbol sei »das in concrete sinnliche Anschauung gestellte Sinnbild einer Idee, eines Begriffes«.

279 BEYERLE, Sinnbild, S. 790-797; MITTEIS, S. 508 f.; GRIMM, RA I, S. 276; MÜLLER, Schwarze Kappe, S. 34, und die dort genannte Literatur.



ten. Im hohen Mittelalter nahmen Wortaufwand und Bilderreichtum zu und wurden die Symbole als Mittel der Rechtstechnik eingesetzt, ja Rechtsymbolik und Formalismus kulminierten laut der Feststellung Rehfeldts im deutschen Recht um die Wende zum 14. Jahrhundert »in üppiger, ja hybrider Entwicklung«. Dabei konnte die oft überwuchernde Symbolik mit ihren Wiederholungen und Formhäufungen zur lästigen Fessel werden und zum Ornament herabsinken. Mit zunehmender Begrifflichkeit und Hinwendung zum Rationalen wichen in der Rechtspflege mancher Städte die Formeln und Symbole im Spätmittelalter daher der Schrift und dem formlosen Vertragsabschluß<sup>280</sup>. Für Fertigung und Gelöbnis aber bewahrten Rechtsritus und Gesten mit dem Gerichtsstab ihre Geltung im Verfahren zahlreicher Land-, Stadt- und Dorfgerichte weit über das Mittelalter hinaus.

b) Die gerichtliche Fertigung von Liegenschaftsübertragungen, Grundpfandbestellungen, Ehe- und Erbverträgen und verwandten Rechtsgeschäften mit dem Stab vollzog sich bis tief in die Neuzeit mit vorgeschriebener Rede und Gebärde in einem durch Zwischenurteile gegliederten Prozeß. Vorgängig wurden dem Gericht das Grundgeschäft mit der Bitte um ein Urteil über die rechtsgültige Errichtung dargelegt, soweit nötig ein Vogt für Frauen und Minderjährige bestellt und allfällige Einsprecher gerichtlich aufgerufen. In getrennten Rechtshandlungen folgten als eigentliche, dingliche Bestandteile der Übereignung dann Aufgabe und Verzicht des Veräußers und Übertragung auf den Erwerber. Den Schluß bildete die Bekräftigung durch Währschafts-, Nichtstörungs- und Erfüllungsgelübde samt Einredevorzicht. Das Endurteil stellte fest, das Geschäft sei durch Vollzug aller vom Gericht vorgeschriebenen Solennitäten rechtskräftig geworden.

Während der förmlichen mündlichen Willenserklärungen über Aufgabe und Verzicht ergriffen die Parteien den vom Richter dargebotenen, aber nicht aus der Hand gegebenen Stab. Darauf zog der Auflassende seine Hand weg, und der Erwerber empfing seine Rechte vom Stab und ließ ihn dann ebenfalls los. Wort und Gebärde standen im Prozeßformalismus also gleichwertig nebeneinander, und das Anfassen des Stabes war für die gewollte Veränderung der Rechtslage unerlässlich.

Die rechtsbegründende Wirkung der Fertigung beruhte auf der Tätigkeit des Richters. Der Stab vermittelte die Übereignung nur in dem Sinne, daß Grundeigentum oder andere Rechte damit dem Richter aufgegeben und Erwerber durch ihn mit dem Stab angewiesen wurden. Das Handeln des Richters stand jedoch in einem engen, untrennbaren Zusammenhang mit seinem Stab, denn dieser gab ihm die Macht, das Geschäft rechtswirksam zu erledigen. Als Herrschaftszeichen verkörperte der Stab die richterliche Ge-

<sup>280</sup> HEUSLER I, S. 74 f.; HATTENHAUER, S. 58, 142 f., 148; REHFELDT, S. 289; SCHRÖDER-KÜNSSBERG, S. 306; LABHART, S. 71; KROESCHELL I, S. 62 f. OPIKOFER, S. 56–58, äußerte sich zum Bedeutungswandel vieler Sinnbilder vom Symbol einer Rechtsmacht zum Symbol eines Organisationsteils.

walt, die Befugnis zum rechtskräftigen Vollzug der Fertigung als Mittler zwischen Käufer und Verkäufer. Die Richterhand und der sie verlängernde Stab bildeten eine Einheit; sie waren identisch <sup>281</sup>. Der Gerichtsstab war kein Traditionssymbol, wie zum Beispiel der gekerbte Holzstab oder die im sanktgallischen Pfalzgericht bei der Gemächtsbestellung verwendete schwarze Kappe <sup>282</sup>, auch wenn sich gleichzeitig mit seiner Berührung durch die Parteien die Auflassung an den Richter und die Übertragung durch diesen vollzog. Im ausgehenden Mittelalter erwähnen die Quellen die bei der Grundstücksübergang früher gerichteten Investitursymbole kaum noch, und es ist die Möglichkeit, die gerichtliche Fertigung am Stab habe sich aus der Stabreichung entwickelt, nicht auszuschließen. Dann wäre im Handanlegen an den Gerichtsstab eine abgeschwächte Form des Zuwerfens der Festuca zu sehen. Solche Zusammenhänge läßt das in den Fertigungsurkunden oft erwähnte »Lassen« und »Ziehen« des Stabes durch die handelnden Parteien vermuten. Jedenfalls übernahm bei der Fertigung und beim Gelöbnis der unabhängig von der Festuca entstandene Gerichtsstab Funktionen, die früher von ihr erfüllt worden sind. Er ist aber auch in dieser Verwendung vor allem als Symbol der richterlichen Gewaltbefugnis zu betrachten <sup>283</sup>; der entscheidende rechtssymbolische Gehalt lag im rechtsbegründenden Stabritus, in der feierlichen Übergang am und mit dem Stab des Richters.

Das mit Hand und Mund geleistete Stabgelöbnis war eine vor Gericht unter Berühren des Gerichtsstabes an Eidesstatt abgegebene Erklärung, ein Wahrheits- oder Erfüllungsgelübde. Wesentliche Bedeutung besaßen auch hier die Einheit und die Gleichzeitigkeit von Handgebärde und förmlichem Sprechen. Der Gelobende ergriff den Stab des Richters mit den Schwur fingern und wiederholte dabei die vorgesprochene Gelöbnisformel; die Beschränkung auf einen bloßen Berührungsgestus im Glarner Zivilprozeß ist eine späte und vereinzelte Ausnahme. Die Wirkungen des Gelübdes waren uneinheitlich. Die assertorischen Gelöbnisse (vor allem die Beweis- und Zeugengelübde und der Widerruf von Ehrverletzungen am Stab) konnten ihrer Natur nach überwiegend nur deklarativ, bekräftigend sein. Dage-

<sup>281</sup> KOCHER, S. 83, wies diese Einheit auch in seiner Untersuchung der Stabübergabe nach; SCHLOSSER, S. 112, 258.

<sup>282</sup> Im Pfalzgericht standen Stab und Kappe gleichzeitig zur Verfügung. Vor oder nach dem Ritual mit der schwarzen Kappe wurde der Gerichtsstab für die Bestellung der Vogtei, für Erfüllungsgelübde und andere Rechtsgeschäfte verwendet. Das besondere Zeremoniell für Gemächte ist daraus zu erklären, daß es dem Bedachten nur einen bedingten, auf den Todesfall des Vergabenden gestellten Anspruch gab. MÜLLER, Schwarze Kappe, S. 9, 36.

<sup>283</sup> Zum Gerichtsstab als Symbol vgl. GRIMM, RA I, S. 184 ff.; v. SCHWERIN, HOOPS, Reallexikon, S. 474, und OPIKOFER, S. 57. REHFELDT, S. 293, suchte den Sinn des Hergangs bei rituellen Übertragungen von Hause aus eher in der Darstellung der Rechtsveränderung als im Zauberschen. »Bürgerte sich . . . eine bestimmte feste Gestalt solcher Darstellung ein, so wurde sie damit obligatorisch . . . und bewirkte folglich die Rechtsveränderung.«



gen sind die promissorischen Stabgelübde (insbesondere für Urteilerfüllung, Währschaft, Bußenleistung und Erfüllung der Amtspflichten) als konstitutive Akte zu werten, weil sie die Verpflichtung zu Leistungen oder zu einem bestimmten Verhalten begründeten. Hier vermutet die Forschung einen Zusammenhang mit dem früher geübten Versetzen des Hauszeichens und mit der Stabreichung. Vielleicht ersetzte das feierliche Geloben am Stab des Richters auch die Eidesleistung auf die Heiltümer. Noch mehr als bei der Fertigung verkörperte der Gerichtsstab bei dieser Solennität ausschließlich Macht und Befugnis des Richters.

c) Von diesem Befund her ist die umstrittene Herleitung des Gerichtsstabes vom Boten- oder Wanderstab zu beurteilen. v. Amira deutete ihn primär als Symbol für Auftragserteilung und Vollmacht und erst sekundär als Sinnbild für Gewalt und Amt des Richters. Zwar stimmten v. Schwerin und Puntschart dieser wohl zu monokausalen Auffassung zu<sup>284</sup>, doch löste sie auch lebhaften Widerspruch aus. Vor allem betonte Rintelen auf Grund österreichischer Quellen den ursprünglichen Charakter des Gerichtsstabes als Wahrzeichen der richterlichen Gewalt oder der Macht des Gerichtsherrn. Kocher wies in seiner breiter angesetzten Untersuchung auf die Amtseinsetzung des Richters mit dem Stab und die Tatsache hin, daß der Gerichtsherr selber mit dem Stab zu Gericht saß, dieser dann also nicht Zeichen der Auftragserteilung sein konnte. Trotz solcher Vorbehalte ließ er es aber offen, ob der Stab erst durch Modifikation der ursprünglichen Bedeutung zum Zeichen der Gerichtsherrschaft wurde und der in den Weistümern vorherrschende Charakter gegen die Auffassung v. Amiras spreche<sup>285</sup>.

Ernst Mayer führte alle Geschäftsstäbe auf Wurf- und Stoßwaffen zurück, während Herbert Fischer im Gerichtsstab eine Diminutivform des Gerichtsstockes sah und den Entwicklungsgang vom Gerichtsbaum über den Rechtspfahl zum Stab zog. Für diese Deutung könnte Schnyders Schilderung des Fertigungsverfahrens in der Stadt Luzern einen Beitrag liefern, wenn es sich dabei nicht wahrscheinlich um eine quellenmäßig unbelegte Konstruktion handelte<sup>286</sup>.

284 v. AMIRA, Stab, S. 87 ff.; v. SCHWERIN, HOOPS, Reallexikon, S. 474 f. (erst die spätere Zeit sehe im Richterstab ein Symbol der Gewalt); PUNTSCHART, S. 349.

285 RINTELEN, S. 631–638; KOCHER, Stabübergabe, S. 42 f. Rintelen stimmten OPPIKOFER, S. 58, und LIEBESKIND, S. 5, zu. Zu den Gegnern der Herleitung des Stabes aus einer Wurzel gehört auch BEYERLE, Ursprung, S. 638 f.

286 MAYER, S. 92–97; FISCHER, S. 169 ff., 182 f.; OPPIKOFER, S. 57. v. AMIRA, Stab, S. 147, verweist auf die Parallele von Rechtspfahl und Lanze. Vgl. die Untersuchungen Gessler's über die Verwandtschaft zwischen Dolchstreitkolben und Gerichtsstab. SCHNYDER, S. 24 f., berichtete, nach dem ältesten Stadtbuch sei die öffentliche Fertigung auf dem Fischmarkt geschehen, wo der Schultheiß in Begleitung des stabtragenden Weibels erschien. »Zum Zeichen des Beginns der Handlung richtete der Weibel den ziemlich großen Stab auf . . . Verlautete kein Einspruch, so senkte der Weibel seinen Stab: In diesem Momente war das Geschäft perfekt.« Laut Mitteilungen des Staatsarchivs Luzern vom 22. November 1973 und 21. Fe-

Die seit der Mitte des 14. Jahrhunderts in großer Zahl überlieferten alemannischen Quellen für gerichtliche Fertigung und Stabgelübde zeigen den Gerichtsstab übereinstimmend mit den durch Rintelen für Österreich erarbeiteten Ergebnissen ausschließlich und in ausgeprägter Weise – so in der Identität von Stab und Hand des Richters – als Sinnbild der Gerichtsgewalt.

Ferner belegen diese Urkunden und Rechtsquellen im Gegensatz zu manchen Äußerungen über die frühe Abschwächung der Rechtssymbolik im alemannischen Raum <sup>287</sup>, daß sich im Südwesten des deutschen Sprachgebiets der Gebrauch des Gerichtsstabes bei Rechtsgeschäften und insbesondere das alte gerichtliche Übereignungsverfahren mit dem Richterstab in zahlreichen städtischen und ländlichen Gerichten als rechtsbegründendes Element und nicht nur als leere Formalität bis zum Ende des 18. Jahrhunderts erhielt. Das Stabgelübde wird in der deutschen Schweiz vereinzelt bis zur Gegenwart geübt.

bruar 1974 finden sich dafür weder in den Luzerner Ratsbüchern noch in den Urkunden Belege. Vielleicht stützte Schnyder sich auf den folgenden Absatz des ältesten Ratsbüchleins (Cod. 1055; ediert im *Geschichtsfreund* 65, 1910, S. 1 ff.): *Swer ouch wider die icht redet, die den schaft vj hant, daz went die burger fürer rechten danne ander ding*. Diese Stelle stützt seine phantasievolle Konstruktion jedoch keineswegs.

<sup>287</sup> MAYER-EDENHAUSER, S. 44; BEYERLE, *Salmannenrecht*, S. 132 ff.; MERK, *ZRG GA* 55, S. 213.



# Anhang

## ABKÜRZUNGEN

App. Ldb.	Appenzeller Landbuch vom Jahre 1409, hg. J. B. Rusch, Zürich 1869
ASEA	Amtliche Sammlung der älteren Eidgenössischen Abschiede, Luzern 1856 ff.
Cod. dipl. Sal.	Codex Diplomaticus Salemitanus, Urkundenbuch der Cisterzienser-Abtei Salem, 3 Bände, Karlsruhe 1883 ff.
DRWB	Deutsches Rechtswörterbuch, Wörterbuch der älteren deutschen Rechtssprache, Berlin 1914 ff.
FüUB	Fürstenbergisches Urkundenbuch, Tübingen 1877 ff.
Grimm W	Weisthümer, gesammelt von Jacob Grimm, 6 Bände und Registerband, Göttingen 1840 ff.
Grimm RA	Jacob Grimm, Deutsche Rechtsalterthümer, 4. A., besorgt durch Andreas Heusler und Rudolf Hübner, 2 Bände, Leipzig 1899
Grimm WöB	Jacob und Wilhelm Grimm, Deutsches Wörterbuch, Leipzig 1854 ff.
HBLS	Historisch-Biographisches Lexikon der Schweiz, 7 Bände und Supplement, Neuenburg 1921 ff.
HRG	Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte, Berlin 1971 ff.
Idiotikon	Schweizerisches Idiotikon, Wörterbuch der schweizerdeutschen Sprache, Frauenfeld 1881 ff.
Inventar Stein	Inventar des Stadtarchivs Stein am Rhein, bearbeitet von Heinrich Waldvogel, Singen 1967
LA App.	Landesarchiv Appenzell-Innerrhoden in Appenzell
LAV	Landesarchiv Vorarlberg in Bregenz
Mittg. Fü. Archiv	Mitteilungen aus dem Fürstlich-Fürstenbergischen Archiv, Band II, Tübingen 1902
Mohr, Cod.	Theodor von Mohr und Conradin v. Moor, Codex diplomaticus. Sammlung der Urkunden zur Geschichte Cur-Rätians und der Republik Graubünden, 4 Bände, Cur 1848 ff.
QSG	Quellen zur Schweizer Geschichte, Basel 1877 ff.
Rq Basel	Rechtsquellen von Basel-Stadt und Land, 2 Bände, Basel 1856 f.
Rq Höngg	Die Rechtsquellen von Höngg, bearb. v. Ulrich Stutz, Basel 1897
Rq	Sammlung Schweizerischer Rechtsquellen, hg. Schweizerischer Juristenverein (im folgenden nach kantonalen Abteilungen zitiert)
Rq AG	Die Rechtsquellen des Kantons Aargau. 1. Teil: Stadtrechte, Bände I-VII; 2. Teil: Rechte der Landschaft, Bände I-III und V
Rq BE	Die Rechtsquellen des Kantons Bern. 1. Teil: Stadtrechte, Bände I-IX; 2. Teil: Rechte der Landschaft, Bände I-VI
Rq FR	Die Rechtsquellen des Kantons Freiburg. 1. Teil: Stadtrechte, Band I
Rq SG	Die Rechtsquellen des Kantons St. Gallen. 1. Teil: Offnungen und Hofrechte, Bände I-II; 3. Teil: Rechte der Landschaft (Band III)
Rq ZG	Die Rechtsquellen des Kantons Zug, 1. Band: Grund- und Territorialherren Stadt und Amt, Aarau 1971
Rq ZH	Die Rechtsquellen des Kantons Zürich. 1. Teil: Offnungen und Hofrechte, Bände I-II
SchrVBod	Schriften des Vereins für Geschichte des Bodensees und seiner Umgebung
Spia Li	Spitalarchiv der Stadt Lindau in Lindau

StAAG	Staatsarchiv des Kantons Aargau in Aarau
StABS	Staatsarchiv des Kantons Basel-Stadt in Basel
StAGR	Staatsarchiv des Kantons Graubünden in Chur
StALU	Staatsarchiv des Kantons Luzern in Luzern
StASH	Staatsarchiv des Kantons Schaffhausen in Schaffhausen
StATG	Staatsarchiv des Kantons Thurgau in Frauenfeld
StAZH	Staatsarchiv des Kantons Zürich in Zürich
StadtA Bregenz	Stadtarchiv Bregenz
StadtA Ko	Stadtarchiv Konstanz
StadtA Li	Stadtarchiv Lindau i. B.
StadtA Ra	Stadtarchiv Ravensburg
StadtA R'wil	Stadtarchiv Rapperswil
StadtA SG	Stadtarchiv St. Gallen
StadtA SH	Stadtarchiv Schaffhausen
StadtA Stein	Stadtarchiv Stein am Rhein
StadtA Üb	Stadtarchiv Überlingen
StadtA Wil	Stadtarchiv Wil
StadtA W'thur	Stadtarchiv Winterthur
StadtA ZH	Stadtarchiv Zürich
StiASG	Stiftsarchiv St. Gallen
StiASG Pfäfers	Stiftsarchiv St. Gallen Bestand Pfäfers
Thommen	Urkunden zur Schweizer Geschichte aus österreichischen Archiven, hg. Rudolf Thommen, 5 Bände, Basel 1899 ff.
ThUB	Thurgauisches Urkundenbuch, 8 Bände, Frauenfeld 1882 ff.
UB App.	Appenzeller Urkundenbuch, 2 Bände, Trogen 1913 f.
UBBL	Urkundenbuch der Landschaft Basel, Basel 1881.
UBGL	Urkundensammlung zur Geschichte des Kantons Glarus, hg. J. J. Blumer, Glarus o. J.
UBOL	Oltner Urkundenbuch, Band 1, Olten 1972
UBSG	Urkundenbuch der Abtei (und Stadt) St. Gallen, 6 Bände, St. Gallen-Zürich 1863 ff.
UBZG	Urkundenbuch von Stadt und Amt Zug vom Eintritt in den Bund bis zum Ausgang des Mittelalters 1352-1528, 2 Bände, Zug 1964 f.
UBZH	Urkundenbuch der Stadt und Landschaft Zürich, 13 Bände, Zürich 1888 ff.
Ulmisches UB	Ulmisches Urkundenbuch, 2 Bände, Stuttgart-Ulm 1873 ff.
Urk. Baden	Die Urkunden des Stadtarchivs zu Baden im Aargau, 2 Bände, Bern 1896 f.
Urk. Lenzburg	Die Urkunden des Stadtarchivs Lenzburg (Aargauer Urkunden I), Aarau 1930
Urk. Rheinfelden	Die Urkunden des Stadtarchivs Rheinfelden (Aargauer Urkunden III), Aarau 1933
Urk. Wildegg	Die Urkunden des Schloßarchivs Wildegg (Aargauer Urkunden II), Aarau 1931
Urk. Thun	Die Urkunden der historischen Abteilung des Stadtarchivs Thun, Thun 1931
URSH	Urkundenregister für den Kanton Schaffhausen, 2 Bände, Schaffhausen 1906 f.
Vorarlb. Weistümer	Vorarlberger Weistümer, hg. K. H. Burmeister, Wien 1973 f.
Württ. ländl. Rq	Württembergische ländliche Rechtsquellen, hg. F. Winterlin, 2 Bände, Stuttgart 1910 f.
ZGO	Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins, Karlsruhe 1850 ff.
Zimmerische Chronik	Zimmerische Chronik, urkundlich berichtet von Graf Froben . . ., neu hg. Paul Hermann, 4 Bände, Meersburg-Leipzig (1932)
ZRG GA	Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Germanistische Abteilung, Weimar 1880 ff.
ZsR	Zeitschrift für Schweizerisches Recht, Basel 1852 ff.



## ZITIERTE LITERATUR UND GEDRUCKTE QUELLEN

soweit nicht im Kürzungsverzeichnis erwähnt

- AMIRA, KARL VON, Der Stab in der germanischen Rechtssymbolik (Abhandlg. der kgl. Bayer. Akad. d. Wiss., philos.-philolog. und histor. Klasse XXV, 1), München 1909.
- , Die Wadiation (Sitzungsber. d. Bayer. Akademie d. Wiss., philos.-philolog. und histor. Klasse 1911, 2. Abh.), München 1911.
- ARX, ILDEFONS VON, Geschichten des Kantons St. Gallen, 3 Bände, St. Gallen 1810-1813; Berichtigungen und Zusätze, St. Gallen 1830.
- BADER, KARL SIEGFRIED, Dorfgewossenschaft und Dorfgemeinde, Studien zur Rechtsgeschichte des mittelalterlichen Dorfes 2, Weimar 1962.
- , »Wisse von ime nit anders denn liebs und guets«. Zur Herkunft und Geschichte einer Abbitte-Formel, in: Rechtsgeschichte und Volkskunde, Dr. Josef Bielander zum 65. Geburtstag, Brig 1968, S. 11 ff.
- BÄCHTOLD, KURT, Beiträge zur Verwaltung des Stadtstaates Schaffhausen von der Reformation bis zur Revolution, Diss. phil. Zürich, Schaffhausen 1947.
- BALTL, HERMANN, Steirische Eidtafeln (Zs. d. histor. Vereins f. Steiermark 47, 1956, S. 11 ff.).
- BAUHOFFER, ARTHUR, Geschichte des Stadtgerichtes von Zürich, Zürich 1943.
- BERNOULLI, AUGUST, Zum Hut in der Tellsage (Anzeiger f. Schweiz. Geschichte NF 6, 1891, S. 295 f.).
- BEYERLE, FRANZ, Der Ursprung der Bürgerschaft. Ein Deutungsversuch vom germanischen Rechte her (ZRG GA 47, 1927, S. 567 ff.).
- , Sinnbild und Bildgewalt im älteren deutschen Recht (ZRG GA 58, 1938, S. 788 ff.).
- BEYERLE, KONRAD, Grundeigentumsverhältnisse und Bürgerrecht im mittelalterlichen Konstanz. Eine rechts- und verfassungsgeschichtliche Studie mit einem Urkundenbuche und einer topographischen Karte. I: Das Salmannenrecht, II: Die Konstanzer Grundeigentumsurkunden der Jahre 1152-1371, Heidelberg 1900-1902.
- BILGER, BENEDIKT, Geschichte Vorarlbergs, bisher 2 Bände, Wien-Köln-Graz 1971 f.
- BLUMER, PAUL, Das Landgericht und die gräfliche Hochgerichtsbarkeit der Landgrafschaft im Thurgau während des spätern Mittelalters, Diss. iur. Leipzig, Winterthur 1908.
- BÖCKEL, FRITZ, Die Grundstücksübereignung in Sachsen-Weimar-Eisenach. Zugleich ein Beitrag zur Rechtsgeschichte Thüringens (Gierkes Untersuchungen 109), Breslau 1911.
- BURCHARD, KURT, Die Hegung der deutschen Gerichte im Mittelalter. Ein Beitrag zur deutschen Rechtsgeschichte, Leipzig 1893.
- CARLEN, LOUIS, Gerichts- und Amtsstäbe aus Graubünden (Bündner Monatsblatt 1969, S. 7 ff.).
- , Der Gerichtsstab in Bern (Berliner Zeitschr. f. Geschichte u. Heimatkunde 31, 1969/70, S. 107 ff.).
- , Stab und Stabträger in der Schweiz. Zur Rechts- und Staatssymbolik des Stabes, in: Festschrift Nikolaus Grass, Band I, Innsbruck 1974, S. 29 ff.
- CONRAD, HERMANN, Liegenschaftsübereignung und Grundbucheintragung in Köln während des Mittelalters. Ein Beitrag zur Geschichte des Deutschen Grundbuchs (Schriften der Akademie f. Deutsches Recht I/3), Weimar 1935.
- DYCKERHOFF, ERNST S., Die Entstehung des Grundeigentums und die Entstehung der gerichtlichen Eigentumsübertragung an Grundstücken in der Reichsstadt Dortmund (Deutschrechtliche Beiträge III/1), Heidelberg 1909.

- EBEL, WILHELM, Der Bürgereid als Geltungsgrund und Gestaltungsprinzip des deutschen mittelalterlichen Stadtrechts, Weimar 1958.
- ESCHER, ARNOLD, Zur Geschichte des zürcherischen Fertigungsrechtes (Jahrbuch f. Schweizer. Geschichte 32, 1907, S. 89 ff.).
- FEHLMANN, HEINRICH, Das Fertigungswesen nach den aargauischen Rechtsquellen, Diss. iur. Bern, Aarau 1903.
- FEHR, HANS, Die Rechtsstellung der Frau und der Kinder in den Weistümern, Jena 1912.
- , Übertragungssymbole (ZRG GA 64, 1944, S. 276 f.).
- FINK, J. und KLENZE, H. v., Der Mittelberg. Geschichte, Landes- und Volkskunde des ehemaligen gleichnamigen Gerichts, Mittelberg 1891.
- FIRSCHING, KARL, Symbol und Symbolik in den deutschen Weistümern, Diss. iur. München 1946 (Maschinenschrift).
- FISCHER, HERBERT, Funktionstypen des europäischen Rechtspfahls, in: Festschrift H. Lentze, Innsbruck-München 1969, S. 169 ff.
- FRANKLIN, OTTO, Die freien Herren und Grafen von Zimmern. Beitrag zur Rechtsgeschichte nach der Zimmerischen Chronik, Freiburg i. Br. 1884.
- FRENDSDORFF, FERDINAND, Recht und Rede, in: Historische Aufsätze, dem Andenken an Georg Waitz gewidmet, Hannover 1886, S. 433 ff.
- FRÖHLICH, KARL, Neue Wege und Ziele der Rechtswahrzeichenforschung (Vierteljahrsschrift f. Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 33, 1940, S. 69 ff.).
- GESSLER, EDUARD ACHILLES, Dolchstreitkolben, Waffe oder Amtsabzeichen? (Zeitschr. f. histor. Waffen- und Kostümkunde NF 7, 1940/42, S. 25 ff.).
- GLITSCH, HEINRICH und MÜLLER, KARL OTTO, Die alte Ordnung des Hofgerichts zu Rottweil (um 1435) (ZRG GA 41, 1920, S. 281 ff.).
- GMÜR, MAX, Schweizer Bauernmarken und Holzurkunden (Abh. zum Schweiz. Recht 77), Bern 1917.
- GOERLITZ, THEODOR, Die Übertragung liegenden Gutes in der mittelalterlichen und neuzeitlichen Stadt Breslau (Deutschrechtliche Beiträge I/2), Heidelberg 1906.
- GOLDMANN, EMIL, Cartam levare (Mitg. des Inst. f. österr. Geschichtsforschung 35, 1914, S. 1 ff.).
- , Der Stab als Rechtssymbol (Deutsche Literaturzeitung 31, 1910, S. 2565 f., 2629 f.).
- GRAF, WALTER, Die Selbstverwaltung der fricktalischen Gemeinden im 18. Jahrhundert. Ein Beitrag zur innern Geschichte des absolutistischen Staates, Diss. phil. Zürich, Frick 1966.
- GRIEBEL, ISFRIED, Rechtsverhältnisse in der bischöflich-augsburgischen Pflege Sonthofen-Rettenberg und ihre Eigenart in fünf Jahrhunderten, Diss. iur. München 1949 (Maschinenschrift).
- HAGEMANN, HANS RUDOLF, Fides facta und wadiatio. Vom Wesen des altdeutschen Formalvertrages (ZRG GA 83, 1966, S. 1 ff.).
- HASENFRATZ, HELENE, Die Landgrafschaft Thurgau vor der Revolution von 1798, Diss. phil. Zürich, Frauenfeld 1908.
- HATTENHAUER, HANS, Die Entdeckung der Verfügungsmacht. Studien zur Geschichte der Grundstücksverfügung im deutschen Recht des Mittelalters (Kieler rechtswiss. Abh. 9), Hamburg 1969.
- HAUSER, CASPAR, Geschichte der Stadt, Herrschaft und Gemeinde Elgg, Elgg 1895.
- HEINEMANN, FRANZ, Der Richter und die Rechtsgelehrten. Justiz in früheren Zeiten, Neudruck Düsseldorf-Köln 1969.
- HESSBERG, HANS VON, Der Eid auf Brust und Zopf (Jahrbuch f. fränkische Landesforschung 33, 1973, S. 75 ff.).
- HEUSLER, ANDREAS, Institutionen des Deutschen Privatrechtes, Leipzig 1885.
- HILDEBRANDT, WALTER, Bülach, Geschichte einer kleinen Stadt, Winterthur 1967.



- HIS, RUDOLF, Schlichtes Gelöbniß und Gelöbniß auf Treue (ZRG GA 41, 1920, S. 386).
- HUBER, EUGEN, System und Geschichte des Schweizerischen Privatrechtes, Band 4, Basel 1893.
- ISLER, OTTO, Das thurgauische Fertigungsrecht in historisch-dogmatischer Darstellung, Diss. iur. Bern, Schaffhausen 1901.
- KISCH, GUIDO, Studien zur Geschichte des Judeneides im Mittelalter (Hebrew Union College Annual 14, Cincinnati 1939).
- KLEINER, VIKTOR, Die Urkunden des Stadtarchivs in Bregenz (Archivalische Beilage der historischen Blätter), Wien 1931 f.
- KLIBANSKY, ERICH, Gerichtszene und Prozeßformen in erzählenden deutschen Dichtungen des 12.-14. Jahrhunderts (Germanist. Studien 40), Berlin 1925.
- KNAPP, THEODOR, Neue Beiträge zur Rechts- und Wirtschaftsgeschichte des württembergischen Bauernstandes, I-II, Tübingen 1919.
- KOCHER, GERNOT, Richter und Stabübergabe im Verfahren der Weistümer (Grazer Rechts- und Staatswissenschaftliche Studien 25), Graz 1971.
- , Wort und Form im Rechtsgang der österreichischen Weistümer, in: Bericht über den 12. österr. Historikertag in Bregenz 1973.
- KOHLER, JOSEF, Zur Geschichte des Rechts in Alemannien, insbesondere das Recht von Kadelburg. Ein Beitrag zur germanischen Privatrechtsgeschichte, Würzburg 1888.
- , Das Verfahren des Hofgerichts Rottweil (Urkundliche Beiträge zur Geschichte des bürgerlichen Rechtsganges), Berlin 1904.
- , Zum fränkischen Recht des 15. Jahrhunderts, in: Festschrift Ferdinand von Martitz, Berlin 1911.
- KOTHING, MARTIN, Die Rechtsquellen der Bezirke des Kantons Schwyz als Folge zum Landbuch von Schwyz, Basel 1853.
- KRAMER, KARL-SIGISMUND, Haus und Flur im bäuerlichen Recht. Ein Beitrag zur rechtlichen Volkskunde (Bayer. Heimatforschung 2), München 1950.
- KROESCHELL, KARL, Deutsche Rechtsgeschichte 1 (bis 1250), rororo studium, Reinbek bei Hamburg 1972.
- LABHART, VERENA, Zur Rechtssymbolik des Bischofsrings (Rechtshistorische Arbeiten 2), Köln-Graz 1963.
- Landsatzungen des Hochgerichts der fünf Dörfer (Sammlung sämtl. Statutarrechte . . . des Eidg. Standes Graubünden III/1), Chur 1837.
- LEIBER, GERT, Das Landgericht der Baar. Verfassung und Verfahren zwischen Reichs- und Landesrecht 1283-1632 (Veröff. aus dem Fürstl. Fürstenbg. Archiv 18), Allensbach 1964.
- LEXER, MATTHIAS, Mittelhochdeutsches Handwörterbuch, Nachdruck der Ausgabe von 1872, Stuttgart 1970.
- LIEBESKIND, WOLFGANG AMADEUS, Stab und Stabgelübd im Glarner Landrecht. Mit 2 Abbildg. (Jahrbuch d. Histor. Ver. d. Kt. Glarus 48, 1936, S. 1 ff.). Unveränderter Neudruck in: Institutions politiques et traditions nationales (Mémoires publiées par la Faculté de droit de Genève, 38), Genève 1973.
- LUTZ, ULRICH, Die Fertigung in Stift, Stadt und Kanton St. Gallen, Diss. iur. Bern 1897.
- MAYER, ERNST, Die Einkleidung im germanischen Recht, in: Festschrift für Adolf Wach, Leipzig 1913.
- MAYER-EDENHAUSER, THEODOR, Das Recht der Liegenschaftsübereignung in Freiburg im Breisgau bis zur Einführung des badischen Landrechts (Freiburger Rechtsgeschichtl. Abh. VI), Freiburg i. Br. 1937.

- MEERWEIN, PAUL, Die gerichtliche Fertigung im Basler Stadtrecht des dreizehnten Jahrhunderts. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Stadtverfassung, Diss. iur. Basel 1903.
- MERK, WALTHER, Die Grundstücksübertragung nach dem alemannischen Volksrecht, in: Festschrift Ernst Mayer zum 70. Geburtstag, Weimar 1932.
- , Die Grundstücksübertragung in Meersburg am Bodensee (ZRG GA 55, 1935, S. 169 ff. und 56, 1936, S. 1 ff.).
- MERZ, REINHOLD, Das Hypothekarrecht nach aargauischen Rechtsquellen, Diss. iur. Bern, Aarau 1915.
- MERZBACHER, FRIEDRICH, Iudicium provinciale ducatus Franconiae. Das kaiserliche Landgericht des Herzogtums Franken-Würzburg im Spätmittelalter, München 1956.
- MEYER, FR. ERNST, Zur Geschichte des Immobilienrechts der deutschen Schweiz im 13. bis 15. Jahrhundert (Gierkes Untersuchungen 131), Breslau 1921.
- MICHELSSEN, A. L. J., Über die festuca notata und die germanische Traditionssymbolik, Jena 1856.
- MITTEIS, HEINRICH, Lehnrecht und Staatsgewalt. Untersuchungen zur mittelalterlichen Verfassungsgeschichte, Neudruck Darmstadt 1958.
- MOSER-NEF, CARL, Die freie Reichsstadt und Republik St. Gallen. Geschichte ihrer Verfassung und staatsrechtlichen Entwicklung, 7 Bände, Zürich-Leipzig 1931 ff.
- MOSER, MARTIN, Der Bischofshut auf der Stange vor der Brücke zu Büren 1375 (Hornerblätter 11, 1952, S. 1 ff.).
- MÜLLER, MARTIN, Geschichte des Dorfes und der Gemeinde Henau 754–1954, Henau 1954.
- MÜLLER, WALTER, Die Offnungen der Fürstabtei St. Gallen. Ein Beitrag zur Weistumsforschung (Mittg. z. vaterländ. Geschichte 43), St. Gallen 1964.
- , Landsatzung und Landmandat der Fürstabtei St. Gallen. Zur Gesetzgebung eines geistlichen Staates vom 15. bis zum 18. Jahrhundert (Mittg. z. vaterländ. Geschichte 46), St. Gallen 1970.
- , Ein Auflassungs- und Investitursymbol des Klosters St. Gallen: Die schwarze Kappe (Rechtshistorische Arbeiten 10), Zürich 1972.
- , Entwicklung und Spätformen der Leibeigenschaft am Beispiel der Heiratsbeschränkungen. Die Ehegenossame im alemannisch-schweizerischen Raum (Vorträge und Forschungen, Sonderband 14), Sigmaringen 1974.
- MUTZNER, PAUL, Geschichte des Grundpfandrechts in Graubünden. Ein Beitrag zur Geschichte des schweizerischen Privatrechts, Chur 1909.
- NÄF, ADOLF, Der Gerichtsstab des Dorfes Niederuzwil von 1695 (Untertoggenburger Neujahrs-Blätter 1, 1929, S. 41 ff.).
- OPIKOFER, HANS, Das Unternehmensrecht in geschichtlicher, vergleichender und rechtspolitischer Betrachtung, Tübingen 1927.
- PETER, ALFONS, Das Landgericht Klettgau, Diss. iur. Zürich 1966.
- PETERKA, OTTO, Das offene zum Scheine Handeln im deutschen Rechte des Mittelalters (Deutschrechtliche Beiträge VII/1), Heidelberg 1911.
- PEYER, LUDWIG, Die Geschichte der Fertigung nach den Rechtsquellen von Schaffhausen, Diss. iur. Bern, Schaffhausen 1897.
- PLANCK, JULIUS WILHELM, Das Deutsche Gerichtsverfahren im Mittelalter. Nach dem Sachsenspiegel und den verwandten Rechtsquellen, Braunschweig 1879. Programm des k.k. Gymnasiums in Feldkirch für das Jahr 1860, Freiburg i. Br.
- PUNTSCHART, PAUL, Besprechung des Buches von K. v. Amira über den Stab in Mittg. zur österr. Geschichtsforschung 35, 1914, S. 339 ff.
- REHFELDT, BERNHARD, Begriff und Wesen der Rechtssymbolik (Studium Generale 6, 1953, S. 288 ff.).
- REINCKE, HEINRICH, Die Bedeutung der Gelöbnisgebärde (ZRG GA 40, 1919, S. 280 ff.).



- RENNEFAHRT, HERMANN, Grundzüge der bernischen Rechtsgeschichte, Band 3 (Abh. zum schweiz. Recht NF 81), Bern 1932.
- RICHTER, GOTTFRIED, Die Grundstücksübereignung im ostfälischen Sachsen. Die Entwicklung ihrer Form nach Landrecht, unter besonderer Berücksichtigung der gerichtlichen Mitwirkung und der Eintragung in Bücher (Abh. der rechts- und staatswiss. Fakultät Göttingen 19), Leipzig 1934.
- RINTELEN, MAX, Der Gerichtsstab in den österreichischen Weistümern, in: Festschrift Heinrich Brunner zum 70. Geburtstag, Weimar 1910.
- RÜCKERL, ADALBERT, Die Liegenschaftsübereignung im Münchner Stadtrecht, Diss. iur. München 1951 (Maschinenschrift).
- RÜEDI, ERNST, Geschichte von Oberhallau, Oberhallau 1952.
- RUSCH, JOHANN BAPTIST, Das Gaugericht auf der Müsinerwiese oder das freie kaiserliche Landgericht zu Rankweil in Müsinen, Innsbruck 1870.
- SCHADE, OSKAR, Altdeutsches Wörterbuch, Neudruck der 2. A., Hildesheim 1969.
- SCHLOSSER, HANS, Spätmittelalterlicher Zivilprozeß nach bayerischen Quellen. Gerichtsverfassung und Rechtsgang (Forschungen zur deutschen Rechtsgeschichte 8), Köln-Wien 1971.
- SCHMID, FRANZ, Die dinglichen Rechte an Immobilien im Lande Uri in historisch-dogmatischer Darstellung, Diss. iur. Bern, Zürich 1910.
- SCHMIDT, WOLFGANG, Die Auflassung im Mittelalter nach niederrheinischen Rechtsquellen. Ein Beitrag zur Geschichte der Auflassung. Diss. iur. München, Königsberg 1932.
- SCHNYDER, OTTO, Die Fertigung nach luzernischem Recht. Historisch-dogmatische Darstellung, Luzern 1906.
- SCHORNO, ALFRED, Fertigung und Grundbuch im Kanton Schwyz, Diss. iur. Bern, Schwyz 1903.
- SCHREIBER, ALFRED, Rudolfingen im zürcherischen Weinland. Urkundliche Darstellung einer geistlichen Grund- und Gerichtsherrschaft, Zürich 1954.
- SCHRÖDER, RICHARD, Lehrbuch der deutschen Rechtsgeschichte, 6. A., fortgeführt von Eberhard Frh. von Künssberg, Berlin-Leipzig 1922.
- SCHWERIN, CLAUDIUS VON, Artikel »Rechtssymbole« in: Hoops, Reallexikon der germanischen Altertumskunde, Band 3, 1915, S. 469 f.
- , Die Treuklausel im Treugelöbniß (ZRG GA 25, 1904, S. 323 ff.).
- SCHWINEKÖPER, BERENT, Der Handschuh im Recht, Ämterwesen, Brauch und Volksglauben (Neue deutsche Forschungen, Abt. Mittelalt. Geschichte 5), Berlin 1938.
- SIDLER, OTTO, Die Gült nach Luzerner Recht, Diss. iur. Bern, Luzern 1897.
- SIEGEL, HEINRICH, Der Handschlag und Eid nebst den verwandten Sicherheiten für ein Versprechen im deutschen Rechtsleben (Sitzungsberichte d. kaiserl. Akademie d. Wiss., Phil.-histor. Klasse 130), Wien 1894.
- SIGL, JOHANN, Etwas über die rechtsgeschichtliche Bedeutung des Stabes (Beiträge zur Landes- und Volkskunde des Mühlviertels 14), Rohrbach o. J.
- SOHM, RUDOLF, Zur Geschichte der Auflassung, in: Festgabe für Heinrich Thöl, Straßburg 1879.
- SPILLMANN, FRANZ JAKOB, Fertigungswesen und Grundbuch im Kanton Zug, Diss. iur. Zürich 1938.
- SPOERRY, ELSEBETH, Das Verschwinden des Beweiseides im zürcherischen Zivilprozeß seit der Reformation, Diss. iur. Zürich 1941.
- STADLIN, HERMANN, Das zugerische Hypothekarrecht in historisch-dogmatischer Darstellung, Diss. iur. Bern, Zürich 1897.
- STAERKLE, PAUL, Geschichte von Gossau, Gossau 1961.
- STAUBER, EMIL, Geschichte der Herrschaften und der Gemeinde Mammern, Frauenfeld 1934.
- , Geschichte der Kirchgemeinde Andelfingen, Zürich 1940.

- STEINER, ADOLF A., Recht und Gericht im alten Twing zu Hünenberg (Heimatklänge 1955/56), Zug 1956.
- STEINER, HEINI, Pfungen, Ortsgeschichte und Heimatbuch, Winterthur 1954.
- STEININGER, HERMANN, Richterstäbe im niederösterreichischen Viertel unter dem Wienerwald (Mittg. d. Anthropolog. Gesellschaft Wien 102), Wien 1973.
- STOBBE, OTTO, Die Auflassung des deutschen Rechts (Iherings Jahrbücher 12), Jena 1873.
- STOUFF, LOUIS, Le pouvoir temporel des Evêques de Bâle et le régime municipal depuis le XIII<sup>e</sup> siècle jusqu'à la réforme, 2 Bände, Paris 1891.
- STRIPPELMANN, F. G. L., Der Gerichts-Eid, Cassel 1855 f.
- SULGER BÜEL, EMIL, Verfassungsgeschichte der Stadt Stein am Rhein 1005-1457, Diss. iur. Bern, Frauenfeld 1908.
- TANGL, MICHAEL, Urkunde und Symbol, in: Festschrift für Heinrich Brunner, Weimar 1910, S. 761 ff.
- THÜMMEL, CONRAD, Aus der Symbolik des altdeutschen Bauernrechts (Sammlung gemeinverständl. wiss. Vorträge NF 2. Serie, Heft 28), Hamburg 1887.
- TOBLER-MEYER, WILHELM, Über Mannlehen und die Formalitäten bei deren Verleihung im alten Zürich (Archives héraldiques Suisses 15, 1901).
- VOSER, PETER, Die altdeutsche Liegenschaftsübereignung von ihren Anfängen bis zum Beginn der Rechtsbücherzeit, Diss. iur. Zürich 1952.
- WEGELIN, KARL, Geschichtliche Andeutungen über das alte Gerichts-, Raths- und Zunftwesen der Stadt St. Gallen (Der schweizerische Geschichtsforscher 10), Bern 1838.
- WELTI, FRIEDRICH EMIL, Das Recht der Twingherrschaft Kehrsatz, in: Festschrift Walther Merz, Aarau 1928, S. 1 ff.
- WISSMANN, FRIEDRICH, Förmlichkeiten bei den Landübertragungen in England während der anglonormannischen Periode (Archiv für Urkundenforschung 3, 1911, S. 251 ff.).
- ZELLER, HEINRICH, Über Zeugen und Eideshelfer im deutschen Recht, Diss. iur. Berlin 1898.
- ZEUMER, KARL, »Cartam levare« in Sanct Galler Urkunden (ZRG GA 4, 1883, S. 113 ff.).
- ZIEGLER, AUGUST, Beiträge zur Rechtsgeschichte von Regensburg, insbesondere das Schultheißengericht, Diss. iur. Zürich 1931.



QUELLENNACHWEIS DER ZITIERTEN URKUNDEN  
UND RICHTSORDNUNGEN

Abkürzungen: CH = Schweiz; D = Bundesrepublik Deutschland; E = Elsaß; VA = Vorarlberg; U = Quelle (mit nachfolgender Jahreszahl). Übrige Abkürzungen im Kürzungsverzeichnis.

- Aadorf CH  
U 1458 = StAZH C I n. 2211.
- Aarburg CH  
U 1484, 1520 = StALU n. 13046 und 12350.
- Aargauer Landgericht CH  
U 1300 = StAZH C I n. 2813.
- Allensbach D  
U 1474 = StadtA Ko n. 6135.
- Allmansdorf D  
U 1509 = StadtA Ko n. 10600.
- Almens CH  
U 1411 = QSG X n. 140.
- Altenburg D  
U 1741 = StAZH J 390 S. 985.
- Altendorf D  
U 1556 = StadtA Ko n. 6812.
- Altikon CH  
U 1492 = StAZH B I 2 S. 71.  
U 1510 = StadtA W'thur n. 1936.
- Altishausen (Adlighusen) CH  
U 1535 = StadtA Ko n. 9743.
- Altkirch E  
U 1554 = StABS St. Clara 878.
- Altnau CH  
U 1622 = StadtA Ko n. 5452.
- Amtzell CH  
U 1396 = UBSG IV n. 2104.
- Andelfingen CH  
U 1472 = StASH n. 2831.  
U 1548, 1577, 1602 = StAZH C I n. 2629, 2650 und 2631.  
U 1711 = Stauber Andelfingen S. 175.
- Ansolfingen D  
U 1503 = StASH n. 3753
- Appenzell CH  
U 1431 = StadtA SG Unreg. Urk. 3.
- Arbon CH  
U 1422 = StATG 73077 f. 133.  
U 1416 = StAZH B X 105.14 f. 43.
- Arisdorf CH  
1347, 1370 = UBBL n. 335 und 408.
- Arlesheim CH  
U 1573 = StABS Spital n. 1013.
- Azmoos CH  
U 1466 = StAZH G I 81 S. 81.
- Baar, Landgericht D  
U 1515 = Leiber S. 195.
- Baden CH  
U 1375 = Thommen II n. 60.  
U 1369, 1443 = Urk. Baden n. 116 und 593.
- Badenweiler E  
U 1592 = StABS Spital n. 1048.
- Bänikon CH  
U 1773 = StAZH H I 579 S. 832.
- Balterswil D  
U 1545 = StAZH C II 17 n. 605.  
U 1614 = StAZH J 397 S. 57.
- Balterswil CH  
U 1359 = ThUB V n. 2419.
- Bartenheim E  
U 1467 = StABS Spital n. 629.
- Basel CH  
U 1332 = UBBL n. 293.
- Bassersdorf CH  
U 1523, 1543 = StAZH C IV 5.1 und H I 1 f. 4.
- Bazenheid CH  
U 1742 = StadtA Wil Urk. 954.
- Beggingen CH  
U 1493 = StASH n. 3495.
- Bellikon CH  
U 1599 = StAZH C V 3, 16a.
- Beltingen D  
U 1490 = StABS Klingental n. 2472.
- Berg a. I. CH  
U 1536 = StAZH C II 19 n. 283.
- Berg-TG CH  
U 1579, 1594 = StAZH B I 213 S. 444 und 848.
- Beringen CH  
U 1403 = StASH n. 1419.
- Berlingen CH  
U 1389 = StadtA Ko B I/1 S. 376.  
U 1396 = ThUB VIII n. 4452.
- Berner Landgericht CH  
U 1377 = Rq BE Stadtr. III S. 175.
- Bern, Stadt CH  
U 1539 = Rq BE Stadtr. I 2. A. S. 598.
- Berneck (Bernang) CH  
U 1393 = StiASG Bd. 1259 f. 145.  
U 1430 = StadtA SG Spital XXIV/2 f. 249.
- Bernhardzell CH  
U 1393 = UBSG IV n. 2053.
- Bettwiesen CH  
U 1368 = StATG Fischingen III/14 n. 3.
- Binningen CH  
U 1625 = StABS Spital n. 1075 d.
- Binzikon CH  
U 1512 = StAZH C II 12 n. 622.

- Birwinken CH  
U 1548 = StadtA Ko. SpitalA.  
n. 468.
- Bischofszell, Stadt CH  
U 1433 = StATG 73077.
- Bischofszell, Pelagienstift CH  
U 1503 = StATG M 5 S. 39.
- Blumenegg VA  
17. Jh. = Vorarlb. Weistümer I S. 345.
- Blumenfeld D  
U 1490 = StASH n. 3388.
- Börwangen D  
U 1556 = StAZH C II 17 n. 670.
- Bottighofen CH  
U 1522 = StadtA Ko. SpitalA.  
n. 395.
- Bregenz VA  
U 1424 = StadtA SG Rheintal A 4.  
U 1433 = StadtA Bregenz Urk. 97.  
U 1448 = LAV Urk. 569.  
U 1466 = StadtA Bregenz Urk. 191.  
U 1471 = LAV Urk. 1094.  
U 1562 = Kleiner n. 589.
- Bremgarten CH  
U 1433 = StAAG Muri n. 306.
- Brittinau CH  
U 1574 = StALU n. 12357.
- Bronschhofen CH  
U 1382 = ThUB VII n. 3673.  
U 1516 = StadtA Wil Urk. 376.
- Brugg CH  
U 1620 = Rq AG Stadtr. II/ 2 S. 219.
- Brunnadern CH  
U 1452 = StiASG K 4 W 15b.  
U 1457 = StAZH B X 105.16 f. 32.
- Bubendorf CH  
U 1675 = StABS Spital 1089 a.
- Bubikon CH  
U 1534 = StAZH C II 3 n. 284.
- Buch CH  
U 1491 = StAZH C I n. 3246.
- Buchthalen CH  
U 1417 = StASH n. 1606.
- Bühl D  
U 1675 = StAZH J 396 S. 160  
U 1569, 1651 und 1691 = StAZH  
C II 17 n. 728, 1191 und 1332.
- Bülach CH  
U 1369, 1386 = StAZH F IIa 459a f.  
240, 254.  
U 1428 = StAZH W I n. 1753.  
U 1476 = StadtA W'thur n. 1404.  
U 1490, 1513, 1561 = StAZH C IV  
1/1, C I n. 2958 und C II 10 n. 658.
- Bürglen CH  
U 1648 = StiASG Bd. 1417 f. 104.
- Bürkendorf D  
U 1651 = StAZH C II 17 n. 1192.
- Bussnang CH  
U 1518 = StAZH C III 27.5.
- Buus CH  
U 1566 = StABS Klingental 2693 a.
- Chur, Vogtgericht CH  
U 1363, 1379 = Mohr, Cod. III n. 107  
und IV n. 11.
- Chur, Viztumsgesgericht CH  
U 1387, 1459 = QSG X n. 101 und  
197.
- Dättlikon CH  
U 1522 = StAZH C II 13 n. 769.
- Dangstetten D  
U 1653 = StAZH C II 17 n. 1197.
- Dettinghofen D  
U 1556, 1705 = StAZH C II 17  
n. 669 und 1349.
- Diegten CH  
U 1531 = StABS Spital 941 a.
- Diessenhofen CH  
U 1412 = StASH n. 1526.  
U 1460 = StadtA SH A I n. 422.  
U 1521 = StATG 744128 f. 8.  
U 1571 = StATG 744126 f. 35 f.  
U 1484 = StATG 744124 f. 223.
- Dietikon CH  
U 1450 = StAZH C IV 6. 5.
- Dietschwil CH  
U 1422 = StiASG Bd. 90 f. 283.
- Dörflingen CH  
U 1436 = StASH n. 1940.
- Dürnten CH  
U 1376, 1433 = StAZH B I 278  
S. 185 und 201.  
U 1505 = StAZH C V 3, 7a.
- Egelshofen CH  
U 1425, 1470, 1576 = StadtA Ko N  
I/1 f. 98 und n. 11030, 11932.
- EGgen, Vogtei CH  
U 1725 = StadtA Ko n. 6889.
- Eglisau CH  
U 1428, 1527 = StAZH C II 17  
n. 162 und 510.  
U 1475 = Urk. Baden n. 810.  
U 1496 = StAZH B I 29 S. 45.
- Elgg CH  
U 1457, 1395 = StAZH W 26 XIII.  
2. und 3.  
U 1461 = StAZH C I n. 2212.  
U 1496 = StadtA W'thur n. 1781.  
U 1535 = Idiotikon X sp. 1022; auch  
später noch in Fertigungsordnung  
(Gemeindearchiv)
- Ellikon CH  
U 1544 = StadtA W'thur n. 2370.
- Embrach CH  
U 1494 = StAZH C II 7 n. 195.  
U 1585 = StAZH B I 36 S. 99.
- Emmingen D  
U 1650 = StadtA Stein Kbr 69.
- Engen D  
U 1497 = StadtA Ko n. 9240.



- Eppishausen CH  
U 1541 = StiASG J I Uv 15.
- Ermingen CH  
U 1387 = StadtA W'thur n. 285.  
U 1395 = ThUB VIII n. 4440.  
U 1434 = StadtA Ko n. 9566.
- Erzingen D  
U 1635 = StAZH J 397 S. 117.  
U 1660 = StAZH C II 17 n. 1225.
- Eschenz CH  
U 1476, 1534, 1692, 1735 = StadtA Stein  
TG C 1 a, ET 314, B 1 und B 4.  
U 1573 = StAZH B I 187 S. 396.
- Ettenhausen CH  
U 1380 = StATG Tänikon n. 82.
- Fägswil CH  
U 1413 = StAZH B I 278.
- Fehraltorf CH  
U 1459 = StAZH C II 12 n. 2233.
- Feldberg D  
U 1492 = StABS Spital 1046.  
U 1589 = StABS Klingental 2484.
- Feldkirch VA  
U 1379 = QSG X n. 80.  
U 1384 = UBSG IV n. 1897.  
U 1409 = LAV Urk. 3582.
- Feuerthalen CH  
U 1568 = StadtA SH Spital n. 149.
- Fischingen D  
U 1552 = StABS St. Peter 1511.
- Fischingen CH  
U 1383 = StATG Fischingen 112.  
U 1646 = StATG III. 39 n. 21.  
U 1756 = StAZH H I 579 S. 608.
- Flaach CH  
U 1506 = StAZH C III 7 n. 22 b.  
U 1509 und 1596 = StAZH B I 43  
S. 137 und 755.
- Flims CH  
U 1427 = StAGR A I/13 n. 1.
- Frauenfeld CH  
U 1348, 1353, 1359, 1363 = ThUB  
V n. 1943, 2184, VI n. 2443, 2674.  
U 1384 = UBSG IV n. 1900.  
U 1502 = StadtA SG Spital A 3 n. 34.  
U 1371, 1391, 1392 = ThUB VI  
n. 3097 und VIII n. 4254, 4268.
- Fruthwilen CH  
U 1526, 1686 = StadtA Ko n. 10787,  
11155.
- Gailingen D  
U 1476 = StASH n. 2946.  
U 1531 = StAZH B I 5 S. 16.
- Ganterswil CH  
U 1449 = StiASG K 3 S. 9.
- Geberschweier E  
U 1496 = StABS Klingental 2511.
- Gelterkinden CH  
U 1371 = Fr. E. Meyer S. 64.  
U 1601 = StABS Spital 1056.
- Geretswil CH  
U 1434 = StiASG H 2 Aa 2.
- Glarus CH  
U 1324 = UBGL n. 50.
- Glattfelden CH  
U 1497 = StAZH J 414 S. 75.  
U 1618 = StAZH F IIa 336 S. 241.
- Goldach CH  
U 1496 = StadtA SG Tr. 22 n. 38.3.
- Gossau-SG CH  
U 1444 = StadtA SG Spital D 9 n. 8.  
U 1479 = StAZH B X 105.13 f. 93.  
U 1483 = StadtA SG Urk. Suppl. 2.4.
- Gottlieben CH  
U 1491 = StadtA Ko n. SpitalA n. 288.  
U 1759 = Idiotikon X sp. 1028.
- Gottmadingen D  
U 1643 = StadtA SH Spital 92.
- Grenzach D  
U 1451 = StABS Spital 498.
- Griessen D  
U 1604 = StadtA SH Spital 180.
- Griessenberg CH  
U 1383 = ThUB VII n. 3725.  
U 1674 = StAZH B I 215 S. 848.  
U 1549, 1664 = StAZH W 2 n. 163,  
309.
- Grünigen CH  
U 1432 = StAZH B I 278 S. 775.
- Habsheim E  
U 1472, 1583 = StABS Spital 657,  
1032.  
U 1565 = StABS Klingental 2692.
- Hägendorf CH  
U 1438, 1444 = UB OL I n. 53, 65.
- Hagenwil-Roggwil CH  
U 1431 = StiASG SS 5 F 2.  
U 1461 = StiASG J I Uv 13.  
U 1689-1711 = StiASG X 61.
- Hallau CH  
U 1545 = Peyer S. 44.
- Hattenhausen CH  
U 1723 = StAGR A I /7 n. 28.
- Hattingen D  
U 1534 = StadtA Ko n. 9612.
- Hausen a. Albis CH  
U 1557 = StadtA ZH Urk. 1313.
- Landgericht Hegau-Madach D  
U 1355 = StAZH Weinfelden n. 573.  
U 1381 = Siegel S. 36.  
U 1386 = StadtA Ko N I/1 f. 48.  
U 1423, 1404, 1366, 1382, 1372 =  
StadtA Üb. Spital 285, 603, 507, 694,  
794.  
U 1529 = StASH n. 4381.
- Hegi CH  
U 1564 = StAZH B I 50 S. 860.
- Landgericht Heiligenberg-Schattbuch D  
U 1352 = StadtA Ra Urk. 1368.

- U 1379, 1385 = Cod. dipl. Sal. III S. 63, 203.  
 U 1386, 1393, 1401, 1406 = StadtA Üb. Spital 393, 257, 564, 801.  
 U 1454, 1492 = StadtA Üb. Spital 261, 1062.
- Hemberg CH  
 U 1479 = StadtA SG Urk. Suppl. 4.
- Hemishofen CH  
 U 1430 = StadtA Stein Kbr 66.
- Henau (Gericht Bazenheim) CH  
 U 1457 = StiASG DDD 2 D 1.
- Herdern CH  
 U 1481 = Isler S. 20.
- Hettlingen CH  
 U 1691 = StadtA W'thur n. 3545.
- Hilzingen D  
 U 1572 = StadtA Stein Spi 161.
- Hirslanden CH  
 U 1575 = StAZH C II 18 n. 1282.
- Höchst VA  
 U 1429 = StadtA SG Spital XXIV B f. 57.
- Homburg CH  
 U 1549 = StAZH B X 105.13 f. 80.
- Horgen CH  
 U 1486, 1527 = StAZH C II 2 n. 384 und C I n. 3076.
- Hünenberg CH  
 U 17./18. Jh. = Steiner S. 91.
- Hüttlingen CH  
 U 1706 = StAZH B I 62 S. 179.
- Hüttwilen CH  
 U 1735 = Idiotikon X Sp. 1044.
- Hugelshofen CH  
 U 1562 = StAZH B I 213 S. 749.
- Illhart CH  
 U 1581 = StAZH B I 219 S. 1231.
- Illnau CH  
 U 1520 = StAZH C I n. 1926.
- Interlaken CH  
 U 1445 = Rq BE Lds. VI S. 207.
- Ittingen CH  
 U 1722, 1758 = StATG 74240 S. 1681, 2375.
- Jestetten D  
 U 1537, 1657 = StAZH J 390 S. 133 und C II 17 n. 1206.
- Jona CH  
 U 1391, 1402, 1404 = StadtA R'wil n. 76, 92, 98.
- Kadelburg D  
 U 1590, 1605, 1737, 1794 = Kohler S. 15-18.
- Kaiserstuhl CH  
 U 1440 = Urk. Baden I n. 567.  
 U 1426, 1626 = StAZH W 1 n. 1961 und F IIa 336 S. 826.
- Kleinandelfingen CH  
 U 1535 = StAZH C I n. 2615.
- Landgericht Klettgau D  
 U 1431 = URSH n. 1854.  
 U 1451 = Fehlmann S. 67.  
 U 1403, 1564 = StAZH C II 17 n. 106 und 698.
- Kloten CH  
 U 1522, 1570 = StAZH H I 1 f. 247 und C I n. 2073.
- Knonau CH  
 U 1473 = StAZH C II 4 n. 468.
- Konstanz, Stadt D  
 U 1361 = ThUB VI n. 2587.  
 U 1394 = UBSG IV n. 2070.  
 U 1463, 1466 = StadtA W'thur 1082, 1142.  
 U 1478, 1487 = StadtA Ko n. 10870 und A IX/2 S. 224.  
 U 1364 = Programm k. k. Gymnasium S. 48
- Kreuzlingen CH  
 U 1530, 1673 = StadtA Ko n. 6385, 11443.  
 U 1540 = StAZH B I 1216 S. 446.
- Küssenbergtal D  
 U 1612 = StAZH C II 17 n. 986.
- Kyburg CH  
 U 1360 = StATG Fischeningen n. 12.10.  
 U 1438 = StadtA R'wil n. 192.
- Langenerchingen CH  
 U 1381, 1392, 1400 = ThUB VII n. 3639, VIII n. 4304, 4633.
- Laufen-AG CH  
 U 1520 = StAZH C V 3 Sch. 16a
- Laufen-ZH CH  
 U 1429 = StASH n. 1813.
- Lauterach VA  
 U 1383 = LAV n. 870.
- Leimbach D  
 U 1483 = StadtA Ko n. SpitalA 318.
- Lenggenwil CH  
 U 1517 = StadtA Wil Urk. 458.
- Landgericht auf Leutkircher Heide D  
 U 1451 = StadtA Li Akten 47.5.  
 U 1473 = StadtA Ra Urk. 1365.  
 U 1474 = Franklin S. 167.  
 U 1491 = StASH n. 3418.
- Lichtensteig CH  
 U 1413 = StiASG QQ 2 H 2.
- Lindau i. B., Stadt D  
 U 1409 = LAV Urk. 5014.  
 U 1416 = SpiA Li Urk. L 24.1 c.
- Lommis CH  
 U 1472 = StadtA W'thur n. 1281 a.  
 U 1476 = StAZH B X 105.11 f. 147.  
 U 1521 = StATG 73670 f. 21.  
 U 1570, 1777, 1737 = StAZH F IIa 401 f. 208, 453 und F IIa 409 S. 601.  
 U 1627 = StATG 741120 f. 215.  
 U 1675 = StAZH W 2 n. 319.



- Lottstetten D  
 U 1669 = StAZH C II 17 n. 1271.  
 U 1509 = StASH n. 3883.
- Luzern CH  
 U 1575 = StALU Bd. 1435/2 f. 143.
- Malans CH  
 U 1485 = StiASG Pfäfers, Sch. 14.
- Mammern CH  
 U 1528, 1534 = StAZH C II 17  
 n. 520, 551.  
 U 1609, 1626, 1684, 1748 = StAZH  
 J 104.
- Mannenbach CH  
 U 1566 = StadtA Ko n. Spital A n. 555.
- March CH  
 U 1389 = StadtA R'wil n. 73.
- Marthalen CH  
 U 1663, 1736 = StAZH C II 18  
 n. 1404 und C V 3 Sch. 2 c.
- Meersburg D  
 U 1522 = Merk, ZRG 56 S. 24.
- Meilen CH  
 U 1511 = StAZH H I 598 S. 234.
- Merishausen CH  
 U 1433 = StASH n. 1879.  
 U 1562, 1608 = StadtA SH Spital 43,  
 50.
- Mettlen CH  
 U 1560 = StAZH B I 213 S. 696.
- Mettmenhasli CH  
 U 1528 = StAZH B I 113 S. 479.
- Mörschwil CH  
 U 1478, 1492, 1498 = StiASG Bd.  
 1259 f. 173, 209, 211.
- Mogelsberg CH  
 U 1493 = StAZH B X 105.16 f. 35.
- Mosnang CH  
 U 1629 = StiASG Abt. X Sch. 7.
- Münchenstein CH  
 U 1569, 1590, 1623 = StABS Spital  
 1005 a, 1047 a, 1075 c.  
 U 1761 = Idiotikon X Sp. 1022.
- Murten CH  
 U 1566 = Idiotikon X Sp. 1028.
- Neftenbach CH  
 U 1481 = StadtA W'thur n. 1505.
- Neuhausen CH  
 U 1521 = StASH n. 4192.
- Neuhausen ob Eck D  
 U 1651, 1714, 1742, 1748 = StASH  
 Allerheiligen L, Neuhausen E 13-19.
- Neunforn CH  
 U 1545 = StALU n. 13332.  
 U 1589 = StAZH B I 81 S. 811.
- Neuweiler D  
 U 1554 = StABS St. Peter 1518.
- Niederbussnang CH  
 U 1541 = StadtA Ko n. 6413.
- Niedereggingen D  
 U 1534 = StAZH C II 17 n. 554.
- Niederneunforn CH  
 U 1687, 1772 = StAZH H I 592  
 S. 472 und F IIa 408 S. 877.
- Niederstetten CH  
 U 1454 = StiASG WWW 1 Fasz. 1 n. 11.
- Niederurdorf CH  
 U 1505 = StAZH W 18.27.
- Niederuzwil CH  
 U 1684 = Müller, Henau S. 163.
- Oberaach CH  
 U 1628 = StadtA SG Linsebühl V  
 S. 266.
- Oberbüren CH  
 U 1455 = StadtA SG Spital D 34 n. 2.
- Oberbussnang CH  
 U 1588 = StAZH B I 213 S. 579.
- Oberendingen CH  
 U 1696, 1710 = StAZH C II 19  
 n. 1100 und H I 588 S. 497.
- Oberhallau CH  
 U 1594 = StadtA SH Spital 670.
- Oberhelfenschwil CH  
 U 1456 = StiASG QQ 4 M 2.
- Oberlauchringen D  
 U 1603 = StAZH C II 17 n. 940.
- Oberneunforn CH  
 U 1539 = StAZH F IIa 288 b S. 70.
- Oberschongau CH  
 U 1532 = StALU Bd. 1435/11 f. 111.
- Oberuzwil, Weibelhube CH  
 U 1429 = StiASG K 3 S 8.
- Oberuzwil, Freivogtei CH  
 U 1432, 1447, 1420 = StadtA SG Spi-  
 tal D 16 n. 1 und 6 und C 10 n. 4.
- Oberwinterthur CH  
 U 1483 = StadtA W'thur n. 1531.
- Olten CH  
 U 1484, 1495, 1624 = UB OL I  
 n. 90, 101, 324.
- Orsingen D  
 U 1626 = StadtA Ko n. 10022.
- Ossingen CH  
 U 1520, 1536 = StAZH C I n. 2580 a,  
 2612.
- Osterfingen CH  
 U 1621 = StAZH C II 17 n. 1055.
- Peterzell CH  
 U 1458 = StiASG K 4 X 13 a.
- Pfäffikon-SZ CH  
 U 1490, 1520 = StadtA R'wil n. 374,  
 502.  
 U 1654 = Schorno S. 26.
- Pfäffikon-ZH CH  
 U 1459 = StAZH C II 3 n. 173.
- Pfirt E  
 U 1572 = StABS Spital 1008.
- Pfungen CH  
 U 1491 = StAZH C I n. 3247.  
 U 1725 = Steiner S. 82.

- Pfyn CH  
 U 1503, 1692 = StAZH C III 19  
 n. 13 und B I 126 S. 248.
- Pratteln CH  
 U 1571 = StABS Spital 1006.
- Radolfzell D  
 U 1381 = StATG Münsterlingen Lade  
 27 n. 17.  
 U 1387 = ThUB VII n. 3948.
- Ragaz CH  
 U 1382 = StiASG Pfäfers Sch. VII.
- Ramsen CH  
 U 1501, 1502 = URSH II n. 3698,  
 3704.  
 U 1579, 1763 = StadtA Stein Fo 4,  
 Ra U 62.
- Landgericht Rankweil VA  
 U 1431, 1502 = Hohenemser Rege-  
 sten in 21. Jb. Landesmuseumsverein  
 VA 1881 n. 120, 194.  
 U 1469, 1579 = Rusch, Müsinen  
 S. 10, 76.
- Rapperswil CH  
 U 1371, 1375, 1379, 1390, 1396 =  
 StadtA R'wil n. 41, 46, 56, 74, 84.  
 U 1397 = ThUB VIII n. 4508.  
 U 1438, 1456, 1499, 1507, 1518 =  
 StadtA R'wil n. 191, 241, 434, 467  
 bis, 497.  
 U 1556, 1589 = StadtA R'wil R 2,  
 Fasz. 2 n. 26 und B I A, Fasz. 2 n. 23.
- Rechberg D  
 U 1436 = StAZH C II 17 n. 198.
- Regenberg CH  
 U 1433 = StAZH C IV 1. 7.  
 U 1479 = Urk. Baden n. 831.
- Reichenau, Stift und Flecken D  
 U 1341 = StadtA Ko n. 8411.  
 U 1424, 1434 = StadtA Üb. Urk.  
 2366, 2369.
- Rettenberg im Allgäu D  
 U 1560 = Griebel S. 181.
- Rheinau, Städtchen CH  
 U 1419, 1466 = StAZH C II 17  
 n. 135, 281.  
 U 1733 = StAZH C V 3 Sch. 2 c.
- Rheineck CH  
 U 1398 = LAV Urk. 3577.  
 U 1469 = StadtA SG Urk. Suppl. 3.
- Rheinfelden CH  
 U 1360 = UBBL n. 380.  
 U 1558-1560 = Urk. Rheinfelden  
 n. 878.
- Rheinheim D  
 U 1642 = StAZH J 394 S. 188.
- Rickenbach bei Wil CH  
 U 1382 = UBSG IV n. 1874.  
 U 1640-1646 = StiASG Bd. 1417 f.  
 17, 19, 24.
- Rickenbach (Vogtei Eggen) CH  
 U 1439 = StadtA Ko N I/1 f. 88.
- Riehen CH  
 U 1412, 1453, 1508, 1573 = StABS  
 Spital 317, 508 a, 1012 a und St. Clara  
 805.  
 U 1761 = Idiotikon X Sp. 1022.
- Rietheim D  
 U 1500 = StATG 744124 f. 77.
- Rifferswil CH  
 U 1535 = StAZH C II 4 n. 631.
- Riniken CH  
 U 1465 = Urk. Baden n. 763.
- Rixheim E  
 U 1502 = StABS Klingental 2532.
- Rohr CH  
 U 1663 = StATG 74240 S. 1669.
- Romanshorn CH  
 U 1478 = StiASG Bd. 111 f. 115.
- Rorbas CH  
 U 1479 = StAZH C II 13 n. 607.
- Rorschach, Pfalzgericht CH  
 U 1522 = StiASG Abt. X Sch. 4.
- Rothenhausen CH  
 U 1666 = StAZH B I 213 S. 452.
- Rudolfingen CH  
 U 1382 = StadtA W'thur n. 263.  
 U 1612 = StATG 744123 f. 432.  
 U 1499, 1758 = Schreiber S. 56, 133 f.
- Rudolfstetten CH  
 U 1561 = StAZH C II 18 n. 1222.
- Rüespach E  
 U 1557 = StABS St. Peter 1539.
- Rüschlikon CH  
 U 1537 = StadtA ZH Urk. 1310.
- Rüti-ZH CH  
 U 1385 = Idiotikon X Sp. 1023.
- Rüti bei Bischofszell CH  
 U 1516 = StATG 73077 f. 193.
- Säckingen D  
 U 1381 = ThUB VII n. 3640.
- St. Gallen, Pfalzgericht CH  
 U 1300, 1302, 1319 = UBSG III  
 n. 1118, 1252, Nachtr. II n. 12.  
 U 1432, 1439 = StiASG Bd. 90f. 627, 555.  
 U 1450 = LA App. A X n. 6.  
 U 1442 = StiASG Bd. 1941 f. 24.  
 U 1461, 1469, 1470, 1477 = StiASG  
 Bd. 111, f. 45, 36, 16, 130.  
 U 1492 = StAGR B 440/20.  
 U 1400 = Wegelin S. 428.
- St. Gallen, Lehengericht CH  
 U 1506 = StAZH B X 105.4 f. 68.  
 U 1555-1562 = StiASG Bd. 1076 f.  
 25-398.
- St. Gallen, Hofgericht CH  
 U 1675 = Idiotikon X Sp. 1028.  
 U 1438 = StadtA SG Urk. Suppl. 2.
- St. Gallen, Stadtgericht CH  
 U 1359 = StATG Meersburg 13.12.



- U 1385, 1414 = StiASG Rubr. 13  
Fasz. 3 und AA 2 G 4.  
U 1419, 1425 = StadtA SG Spital E  
17 f. n. 2 und Urk. Suppl. Sch. 1.  
U 1445 = UBSG VI n. 4680.  
U 1467 = StadtA SG Spital D 3 n. 11.  
U 1477 = StAZH B X 105.11 f. 151.
- St. Johann im Thurtal CH  
U 1401 = UBSG IV n. 2216.  
U 1442 = StAZH B X 105.13.
- St. Margrethen CH  
U 1429 = StadtA SG Spital XXIV. 2  
f. 247.
- Sargans CH  
U 1408 = StadtA W'thur n. 431.  
U 1410 = Mutzner S. 77.  
U 1399 = StiASG Pfäfers Sch. VIII.
- Schaffhausen CH  
U 1588 = StadtA SH Hausbr. Roter  
Löwen.  
U 1603 = Peyer S. 15.
- Schlatt-SH CH  
U 1530 = StASH n. 4422.
- Schlatt-TG CH  
U 1390 = StATG Paradies n. 23.  
U 1425, 1497, 1607 = StATG 744123  
f. 183, 193 und 211.
- Schmerikon CH  
U 1418 = StAZH B I 278 S. 127.
- Schneckenbundgericht bei Wil CH  
U 1644-1660 = StiASG Bd. 1417 f.  
31, 57, 89, 92 und 100.
- Schwarzenbach CH  
U 1335 = ThUB VIII Nachtrag 31.
- Seengen CH  
U 1581 = StAZH C II 10 n. 783.
- Sessafret (Grafschaft Laax) CH  
U 1376 = QSG X n. 74.
- Siblingen CH  
U 1532 = StadtA SH Spital 751.
- Sidwald CH  
U 1649 = StAZH H I 592 S. 552.
- Sipplingen D  
U 1563 = StadtA Ko n. SpitalA 539.
- Sirnach CH  
U 1381, 1389 = ThUB VII n. 3654,  
4125.  
U 1452 = StadtA SG Spital D 17  
n. 7.  
U 1669 = StadtA W'thur n. 3056.
- Sitterdorf CH  
U 1614 = StiASG Abt. X 62 f. 119.
- Sommeri CH  
U 1472 = StiASG Bd. 111 f. 54.
- Sonnenberg VA  
U 17. Jh. = Vorarlb. Weistümer I  
S. 213.
- Spiegelberg CH  
U 1460 = StATG 741120 f. 7.
- Stammheim CH  
U 1510, 1553, 1602 = StAZH B X  
105.22 f. 68, 102, 94.  
U 1516 = StASH n. 4060.  
U 1657 = StAZH B I 187 S. 722.
- Steckborn CH  
U 1397 = ThUB VIII n. 4542.  
U 1543 = StAZH C II 17 n. 587.
- Stein am Rhein, Stadt CH  
U 1427, 1497 = StASH n. 1773,  
3582.  
U 1433 = Sulger Büel S. 34.  
U 1448 = StATG 744123 f. 309.  
U 1473, 1647 = StadtA Stein Spi 15  
und Ra U 44.
- Stein am Rhein, Gotteshausgericht CH  
U 1447 = StadtA Stein Kl A 17.
- Steinhausen CH  
U 1456 = Stadlin S. 27.
- Stettfurt CH  
U 1476 = StAZH B X 105.14 f. 58.
- Stockach D  
U 15. Jh. = Siegel S. 37.
- Landgericht Stühlingen D  
U 1390, 1586 = StASH n. 1241 und  
Allerheiligen K, Schwaningen A 4.  
U 1408 = StadtA SH Spital 736.  
U 1478, 1601 = StAZH J 111 und  
J 425 S. 60.
- Sulz E  
U 1490, 1533 = StABS St. Clara 782  
und Klingental 2650.
- Tablat CH  
U 1462 = StiASG GG 4 G 10.
- Tägerwilen CH  
U 1497 = StATG M 5 S. 567.  
U 1514 = StadtA Ko n. SpitalA 379.
- Tegerfelden CH  
U 1675, 1773 = StAZH H I 577  
S. 480 und H I 588 S. 915.
- Tengen D  
U 1364 = StadtA W'thur n. 176.
- Thayngen CH  
U 1450 = StASH n. 2235.  
U 1559 = StadtA SH Spital 714.
- Thun CH  
U 1423, 1426, 1433 = Urk. Thun  
n. 552, 562, 586.
- Thundorf CH  
U 1605 = StAZH B I 222 S. 551.  
U 1670 = StATG 74240 S. 2402.  
U 1708 = StAZH B I 223 S. 881.
- Landgericht im Thurgau CH  
U 1316, 1384 = ThUB IV n. 1218,  
VII n. 3813.  
U 1359 = Kantonsbibl. Aarau, Sbd.  
Wettingerurkunden S. 264.  
U 1399 = ThUB VIII n. 4584.  
U 1363, 1393 = UBSG IV n. 1665,  
2054.

- U 1483 = Inventar Stein S. 591  
 U 1486 = StadtA Ko n. 6993.  
 U 1524 = Urk. Wildeggen n. 85.  
 U 1504, 1528, 1540 = StAZH J 104  
 und C II 17 n. 582.  
 U 1450 = UBSG VI n. 5214.
- Thurlinden CH**  
 U 1492 = RqSG I S. 641.
- Gericht im Thurtal CH**  
 U 1590 = StiASG Bd. 1520 f. 9.
- Tiengen D**  
 U 1478 = ZGO 14 S. 248.  
 U 1573 = StAZH C II 17 n. 742.
- Tobel CH**  
 U 1385 = StATG Tobel n. 50.  
 U 1439, 1570, 1646 = StATG 73670  
 f. 65, 90 und 120.  
 U 1607, 1769 = StATG 73622 und  
 73623.
- Töss CH**  
 U 1447 = StAZH F II a 411 f. 28.  
 U 1477 = StadtA W'thur n. 1410.
- Toggenburger Niedergerichte CH**  
 U 17 Jh. = Rq SG II S. 656 f.
- Trüllikon CH**  
 U 1472 = StadtA SG Urk. Suppl.  
 Sch. 3.  
 U 1477 = StATG 744123 f. 394.  
 U 1511 = StAZH B X 105.22 f. 115.  
 U 1556 = StAZH H I 572 S. 615.
- Truttikon CH**  
 U 1519 = StAZH C II 17 n. 482.
- Tüllingen D**  
 U 1562 = StABS Klingental 2689.
- Tuggen CH**  
 U 1392 = Schorno S. 17.
- Turbenthal CH**  
 U 1502, 1509 = StAZH C V 4 n. 80,  
 90.
- Tuttwilerberg CH**  
 U 1788 = StAZH H I 580 S. 146.
- Überlingen D**  
 U 1438, 1450 = StadtA Üb. Spital  
 1269 und Urk. 517.  
 U 1481 = StadtA Ko n. SpitalA 255.
- Üsslingen CH**  
 U 1717 = StATG 74240 S. 1756.
- Üttingen D**  
 U 1466 = StABS Spital 621.
- Uhwiesen CH**  
 U 1552, 1587 = StAZH C I n. 2121  
 und C II 2 n. 456 a.
- Unterhallau CH**  
 U 1577, 1633 = StadtA SH Spital  
 191, 192.
- Uznaberg CH**  
 U 1418 = StAZH B I 278 S. 129.  
 U 1452 = StadtA R'wil n. 234.
- Veltheim CH**  
 U 1465 = StadtA W'thur n. 1122.
- Villmergen CH**  
 U 1705 = Idiotikon X Sp. 1031.
- Wädenswil CH**  
 U 1437, 1459 = StAZH C II 9 n. 82  
 und H I 4 f. 394.
- Wängi CH**  
 U 1389 = ThUB VII n. 4137.
- Wagenhausen CH**  
 U 1523 = StASH n. 4260.  
 U 1530 = Inventar Stein S. 598.  
 U 1594, 1600, 1690 = StadtA Stein  
 Bü 87, Fo 6 und KSB 4 S. 17.  
 U 1700 = StASH St. Georgen LH 14.
- Wald-ZH CH**  
 U 1517 = StAZH C IV 2 n. 3.
- Waldenburg CH**  
 U 1379 = UBBL n. 435.  
 U 1723 = StABS Spital 1103 und  
 Gr. Almosen 57.
- Waldkirch-SG CH**  
 U 1469 = StiASG Bd. 111 S. 26.
- Waldshut D**  
 U 1707 = StadtA Ko n. 5457.  
 U 1373 = StAAG Graftsch. Baden  
 n. 2.
- Walensstadt CH**  
 U 1373 = UBSG IV n. 1721.
- Waltensburg CH**  
 U 1433 = QSG X n. 167.
- Wangen D**  
 U 1573 = StAZH B I 180 S. 242.
- Wangen-ZH CH**  
 U 1475 = Urk. Baden n. 808.
- Wart-TG CH**  
 U 1602 = StATG 74240 S. 1831 f.
- Wattwil CH**  
 U 1431 = StiASG Rubr. 31 Fasz. 8.  
 U 1459 = StadtA SG Urk. Suppl. 3.
- Weiach CH**  
 U 1671 = StAZH C II 19 n. 955.
- Weil D**  
 U 1572 = StABS Klingental 2709.
- Weinfelden CH**  
 U 1448 = UBSG VI n. 5023.  
 U 1586, 1614, 1732 = StAZH B I  
 213 S. 172, 461 und B I 216 S. 189.
- Weingarten (Lommis) CH**  
 U 1493 = StATG 74143.
- Wellenberg CH**  
 U 1494, 1606 = StAZH B I 222  
 S. 92, 564.
- Weylen D**  
 U 1539, 1612 = StABS Klingental  
 2664 und St. Clara 906.
- Wiesendangen CH**  
 U 1530 = StAZH H I 571 S. 441.
- Wiggwil CH**  
 U 1456 = StAAG Muri n. 444.



- Wigoltingen CH  
 U 1400 = ThUB VIII n. 4681.
- Wil, Hofgericht CH  
 U 1402 = UBSG IV n. 2257.
- Wil, Pfalzgericht CH  
 U 1370, 1393 = UBSG IV n. 1671, 2055.  
 U 1442 = StiASG Bd. 1941 f. 24.
- Wil, Stadtgericht CH  
 U 1363 = StAZH C II 12 n. 180.  
 U 1364, 1385 = ThUB VI n. 2806, VII n. 3823.  
 U 1370, 1395, 1397, 1399, 1404 = UBSG IV n. 1681, 2087, 2138, 2175, 2298  
 U 1426 = Rq SG II S. 240.  
 U 1551 = StiASG JJJ 5 n. 34.  
 U 1642, 1643, 1660 = StiASG Bd. 1417 f. 5, 86, 120.
- Winter-ZH CH  
 U 1509 = StAZH C V 4.90.
- Winterthur, Kyburgergericht im Kelnhof CH  
 U 1514 = StadtA W'thur n. 1981.  
 U 1636 = StASH Allerheiligen H, Rutschwil A 1.
- Winterthur, Stadtgericht CH  
 U 1330 = UBZH XI n. 4256.  
 U 1359, 1394 = StATG Tänikon R 9, M 15.  
 U 1372, 1378 = ThUB VI n. 3146, VII n. 3471.  
 U 1493 = StAZH W I n. 2165 S. 48.  
 U 1504 = StadtA R'wil n. 456.  
 U 1702 = StadtA W'thur n. 3140.  
 U 1391 = ThUB VIII n. 4230.
- Wipkingen CH  
 U 1438 = StAZH C II 11 n. 769.
- Wolfach D  
 U 1503 = FüUB IV n. 345.
- Wollerau CH  
 U 1501 = StAZH C I n. 862.  
 U 1622 = Schorno S. 24.
- Wollmatingen D  
 U 1385 = StadtA Üb. Urk. 2432.  
 U 1534 = StadtA Ko n. 9613.
- Wülflingen CH  
 U 1432 = StadtA W'thur n. 690.
- Wuppenau CH  
 U 1536 = StAZH B I 220 S. 993.  
 U 1651 = StiASG Bd. 1417 f. 97.
- Wutöschingen D  
 U 1710 = StAZH C II 17 n. 1383.
- Zihlschlacht CH  
 U 1471 = StAZH C III 27 n. 914.
- Zofingen CH  
 U 1623, 1604 = Rq AG Stadtr. V S. 380 und 278.
- Zollikon CH  
 U 1439 = StAZH G I 96 f. 262.
- Zuckenriet CH  
 U 1645 = StiASG Bd. 1417 f. 51.
- Zümersheim E  
 U 1536 = StABS St. Peter 1453.
- Zürich CH  
 U 1346 = StAAG Wettingen 456.  
 U 1463, 1512 = StAZH C I n. 2263, 2707.  
 U 1526, 1679 = StAZH W I n. 2165 und W 14 Sch. 6.  
 U 1580 = StAZH C II 18 n. 1296.
- Zug CH  
 U 1501 = UBZG II n. 1798 b.  
 U 1675 = Rq ZG I S. 331 ff.
- Zurzach CH  
 U 1460 = Rq AG Lds. V S. 216.  
 U 1764 = StadtA W'thur n. 3233.
- Zuzwil CH  
 U 1643-1645 = StiASG Bd. 1417 f. 33, 35, 38, 43, 46, 49.

## ORTSREGISTER

Abkürzungen: BWü = Baden-Württemberg; E = Elsaß; Kt. = Kanton (bei Orten in der Schweiz); VA = Vorarlberg.

- Aadorf, Kt. Thurgau 21.  
 Aarau, Kt. Aargau 16.  
 Aarburg, Kt. Aargau 20. 23. 40. 55. 57.  
 Aargau, Kt. 12. 13. 16. 17. 24. 26. 52.  
 – Landgericht 14.  
 Adelberg, Kloster, BWü 83.  
 Adelhausen, BWü 15.  
 Allensbach, BWü 36. 64. 67. 96.  
 Allgäu 10. 17.  
 Allmansdorf, BWü 37. 43. 73.  
 Almens, Kt. Graubünden 73.  
 Altenburg, BWü 34.  
 Altendorf, BWü 34. 44.  
 Altikon, Kt. Zürich 42. 63.  
 Altishausen (Adlighusen), Kt. Thurgau  
 58. 66. 68.  
 Altkirch, E 63. 96.  
 Altnau, Kt. Thurgau 41. 52. 56.  
 Amtzell, Kt. Thurgau 44. 72.  
 Andelfingen, Kt. Zürich 15. 23. 38. 41.  
 44. 55. 57. 69. 82. 94.  
 Ansoltingen, BWü 37. 57.  
 Appenzell 17. 24. 34. 82. 90. 94.  
 – -Innerrhoden, Kt. 9. 33. 79. 83.  
 Arbon, Kt. Thurgau 12. 23. 33. 56.  
 Arisdorf, Kt. Baselland 14. 19.  
 Arlesheim, Kt. Baselland 69.  
 Artois 31.  
 Augsburg 91.  
 Azmoos, Kt. St. Gallen 37.  
 Baar, Landgericht, BWü 39.  
 Baden, Kt. Aargau 21. 24. 27. 50. 72.  
 Badenweiler, E 35.  
 Bänikon, Kt. Zürich 70.  
 Baltersweil, BWü 20. 34.  
 Balterswil, Kt. Thurgau 15.  
 Bartenheim, E 34. 37.  
 Basel, Stadt 12. 14. 16. 23. 48. 49. 54. 96.  
 – Bischof 28.  
 – Kt. 13. 17.  
 Bassersdorf, Kt. Zürich 41. 69.  
 Bayern 24. 29. 51. 61. 100.  
 Bazenheid, Kt. St. Gallen 71.  
 Beggingen, Kt. Schaffhausen 39.  
 Bellikon, Kt. Aargau 24.  
 Beltingen, BWü 24.  
 Berg, Kt. Thurgau 21. 51.  
 Berg, Kt. Zürich 12. 33. 72.  
 Beringen, Kt. Schaffhausen 33.  
 Berlingen, Kt. Thurgau 15. 24.  
 Bern, Stadt 12. 30. 31. 33. 39. 49. 81.  
 86. 90. 93. 94.  
 – Kt. 17. 37. 96.  
 Berneck, Kt. St. Gallen 33. 35. 82. 97.  
 Bernhardzell, Kt. St. Gallen 33.  
 Bettwiesen, Kt. Thurgau 24. 57.  
 Biberach, BWü 97.  
 Bichwil, Kt. St. Gallen 8.  
 Biel, Kt. Bern 82.  
 Binningen, Kt. Baselland 35. 66.  
 Binzikon, Kt. Zürich 19.  
 Bipp, Kt. Bern 12.  
 Birwinken, Kt. Thurgau 20. 63.  
 Bischofszell, Kt. Thurgau 23. 33. 57.  
 Blotzheim, E 7.  
 Blumenegg, VA 9. 24. 37. 44. 47. 71.  
 73. 87. 96.  
 Blumenfeld, BWü 21.  
 Börwangen, BWü 34.  
 Boswil, Kt. Aargau 16. 82.  
 Bottighofen, Kt. Thurgau 41.  
 Bregenz, VA 26. 33. 42. 70. 73. 82.  
 Bregenzerwald, VA 84.  
 Breisgau 17. 67.  
 Bretgarten, Kt. Aargau 8. 16. 18.  
 Brittnau, Kt. Aargau 14. 60.  
 Bronschhofen, Kt. St. Gallen 21. 57.  
 Brütten, Kt. Zürich 12.  
 Brugg, Kt. Aargau 16. 33. 81. 82. 86. 90.  
 Brunnadern, Kt. St. Gallen 21. 23. 58.  
 Bubendorf, Kt. Baselland 37.  
 Bubikon, Kt. Zürich 33. 55.  
 Buch, Kt. Zürich 63.  
 Buchthalen, Kt. Schaffhausen 34.  
 Bühl, BWü 33. 57. 71.  
 Bülach, Kt. Zürich 24. 33. 38. 57. 73.  
 Büren a. Aare, Kt. Bern 28.  
 Bürglen, Kt. Thurgau 19. 29. 57.  
 Bürkendorf, BWü 71.  
 Bussnang, Kt. Thurgau 63. 64.  
 Buus, Kt. Baselland 22. 69.  
 Chur, Kt. Graubünden 12. 19. 20. 33.  
 35. 36. 37. 47. 57. 60. 64. 66. 67.  
 Colmar, E 7. 12.  
 Dachsen, Kt. Zürich 82.  
 Dättlikon, Kt. Zürich 63.  
 Dangstetten, BWü 34.  
 Dettighofen, BWü 33. 34. 71.  
 Diegten, Kt. Baselland 19. 40.  
 Diessenhofen, Kt. Thurgau 7. 16. 19.  
 20. 36. 47. 54. 56. 57. 58. 59. 73.  
 Dietikon, Kt. Zürich 24.  
 Dietlikon, Kt. Zürich 81.  
 Dietschwil, Kt. St. Gallen 34.  
 Dörflingen, Kt. Schaffhausen 18.  
 Dürnten, Kt. Zürich 15. 33. 40. 44. 72.  
 Egelshofen, Kt. Thurgau 24. 43. 57. 73.  
 Eggen b. Rickenbach, Vogtei 20. 43.  
 56. 60.  
 Eggersriet-Grub, Kt. St. Gallen 8.



Eglisau, Kt. Zürich 34. 55. 57. 72.  
 Eichtersheim, BWü 82. 92.  
 Elgg, Kt. Zürich 38. 41. 42. 43. 47. 55.  
 59. 73. 83. 84. 90.  
 Ellikon, Kt. Zürich 34.  
 Elsaß 10. 17. 27. 33. 35. 100.  
 Elzach, BWü 86.  
 Embrach, Kt. Zürich 19. 35. 63.  
 Emmingen, BWü 21. 42. 55.  
 Endingen, BWü 15.  
 Engen, BWü 12. 23. 34.  
 Eppishausen, Kt. Thurgau 12. 23. 57.  
 Ermatingen, Kt. Thurgau 15. 23. 33.  
 35. 53. 56. 66.  
 Erzingen, BWü 14. 33.  
 Eschenz, Kt. Thurgau 20. 21. 41. 42.  
 53. 56. 63. 70. 71. 72.  
 Ettenhausen, Kt. Zürich 15.  
 Fägswil, Kt. Zürich 18.  
 Fahrwangen, Kt. Aargau 16.  
 Fehraltorf, Kt. Zürich 41.  
 Feldberg, BWü 24.  
 Feldkirch, VA 14. 18. 57. 58. 73.  
 Feuerthalen, Kt. Zürich 34.  
 Fischingen (Tannegg), Kt. Thurgau 56.  
 57. 59. 68. 70. 73. 94.  
 Fischingen i. Br., BWü 29. 69.  
 Flaach, Kt. Zürich 33. 34. 41. 56.  
 Flims, Kt. Graubünden 54. 68.  
 Franken 19. 20. 27. 29. 82.  
 Frauenfeld, Kt. Thurgau 8. 15. 21. 24.  
 33. 53. 58. 72. 73.  
 Freiburg i. Br., BWü 12. 15. 16. 20. 23.  
 46. 48. 49. 52. 54. 61. 71.  
 Fricktal, Kt. Aargau 70.  
 Fruthwilen, Kt. Thurgau 41. 47. 53. 55.  
 56. 57. 58. 59. 64. 66. 71.  
 Gailingen, BWü 36. 41.  
 St. Gallen, Kloster 7. 13. 14. 15. 18.  
 20. 21. 26. 27. 28. 33. 35. 36. 58. 60.  
 63. 66. 70. 72. 73. 75. 76. 78. 79. 82.  
 87. 93. 102. 104.  
 - Stadt 8. 15. 18. 21. 23. 42. 44. 58.  
 61. 70. 72. 73. 90.  
 - Kt. 13. 17. 36.  
 Ganterswil, Kt. St. Gallen 19. 58.  
 Gaster, Kt. St. Gallen 88. 90.  
 Geberschweier, E 19. 34. 57.  
 Gebertswil, Kt. St. Gallen 85. 92.  
 Gelterkinden, Kt. Baselland 14. 69.  
 Geretswil, Kt. St. Gallen 18.  
 Glarus, Kt. 7. 9. 10. 14. 17. 79. 83. 84.  
 85. 86. 87. 88. 89. 93. 96. 97. 104.  
 Glattfelden, Kt. Zürich 35. 41.  
 Goldach, Kt. St. Gallen 73.  
 Goms, Kt. Wallis 16.  
 Gossau, Kt. St. Gallen 8. 9. 21. 26. 41.  
 58. 63.  
 Gottlieben, Kt. Thurgau 36. 43. 57. 64.  
 71.  
 Gottmadingen, BWü 35. 56.  
 Grafenhausen, BWü 7.  
 Graubünden, Kt. 10. 12. 17. 77.  
 Graz, Osterreich 99.  
 Grenzach, BWü 19. 74.  
 Greyerz, Kt. Freiburg 31.  
 Griesen, BWü 34. 35.  
 Griessenberg, Kt. Thurgau 43. 53. 58.  
 72. 87.  
 Großengstingen, BWü 84.  
 Grüningen, Kt. Zürich 44.  
 Güttingen, Kt. Thurgau 8.  
 Habsheim, E 14. 35. 37. 57.  
 Hägendorf, Kt. Solothurn 23. 56.  
 Hagenwil (Roggwil), Kt. Thurgau 13.  
 33. 43. 44. 60. 71. 72.  
 Hallau (Ober- und Unter-), Kt. Schaff-  
 hausen 8. 15. 21. 34. 68. 79. 94.  
 Hallwil, Kt. Aargau 94.  
 Hasli b. Burgdorf, Kt. Bern 8.  
 Hattenhausen, Kt. Thurgau 47. 54. 55.  
 64. 68. 71.  
 Hattingen, BWü 22. 55.  
 Hausen a. Albis, Kt. Zürich 44.  
 Hefigkofen, BWü 83.  
 Hegau 20. 24. 33. 34. 35. 39. 46. 54.  
 Hegbach, BWü 83.  
 Hegi, Kt. Zürich 35.  
 Heiligenberg-Schattbuch, Landgericht,  
 BWü 18. 33. 39. 44. 58. 74.  
 Hemberg, Kt. St. Gallen 22. 63.  
 Hemishofen, Kt. Schaffhausen 20. 43.  
 Henau, Kt. St. Gallen 21.  
 Herdern, Kt. Thurgau 38. 73.  
 Herdern im Breisgau, BWü 16.  
 Hettlingen, Kt. Zürich 70.  
 Hilzingen, BWü 34. 42. 74.  
 Hinwil, Kt. Zürich 9.  
 Hirslanden, Kt. Zürich 38.  
 Höchst, VA 34.  
 Höngg, Kt. Zürich 16.  
 Homberg, Kt. St. Gallen 24.  
 Horgen, Kt. Zürich 20. 24. 34.  
 Hünenberg, Kt. Zug 33.  
 Hüttlingen, Kt. Thurgau 47. 59. 60. 64.  
 71.  
 Hüttwilen, Kt. Thurgau 70.  
 Hugelshofen, Kt. Thurgau 41.  
 Illhart, Kt. Thurgau 23. 55. 58.  
 Illnau, Kt. Zürich 63.  
 Interlaken, Kt. Bern 33. 80. 87.  
 Ittingen, Kt. Thurgau 15. 68. 70.  
 Jestetten, BWü 44. 71.  
 St. Johann im Thurtal, Kt. St. Gallen  
 8. 12. 21. 73.  
 Jona, Kt. St. Gallen 15. 56. 63.  
 Jonschwil, Kt. St. Gallen 7.  
 Kadelburg, BWü 21. 44. 57. 60.  
 Kaiserstuhl, Kt. Aargau 22. 36. 43. 57.  
 67. 68. 70.

- Kehrsatz-Gelterfingen, Kt. Bern 31. 83.  
 Kleinandelfingen, Kt. Zürich 33.  
 Klettgau, Landgericht 8. 13. 23. 25. 33.  
 35. 39. 72.  
 Klingnau, Kt. Aargau 16.  
 Klosters, Kt. Graubünden 84.  
 Klotten, Kt. Zürich 24. 69.  
 Knonau, Kt. Zürich 19. 24. 57.  
 Köln 13. 31.  
 Konstanz, BWü, Stadt 12. 18. 22. 48.  
 50. 57. 61. 69. 73.  
 – Offizialat 19.  
 Kreuzlingen, Kt. Thurgau 20. 23. 53.  
 56. 58. 60. 66.  
 Küngstein, Kt. Aargau 84.  
 Küssenbeggertal, BWü 34.  
 Kyburg, Kt. Zürich 18. 47. 58. 59. 60.  
 64.  
 Langenerchingen, Kt. Thurgau 15. 53.  
 72.  
 Laufen, Kt. Aargau 24.  
 Laufen, Kt. Zürich 44.  
 Lauterach, VA 44. 51. 57. 68.  
 Leimbach, BWü 36. 37. 67.  
 Leipferdingen, BWü 16.  
 Lenggenwil, Kt. St. Gallen 57.  
 Lenzburg, Kt. Aargau 16. 86. 94. 95.  
 Leutkirch, Landgericht, BWü 24. 25.  
 34. 42. 44. 46. 47. 54.  
 Lichtensteig, Kt. St. Gallen 34. 58.  
 Liebegg, Kt. Aargau 94.  
 Lindau, Bayern 13. 37. 47. 54. 55. 63.  
 68. 84. 91.  
 Linzgau 14. 20. 48. 54. 58. 65. 67.  
 Lörrach, BWü 16.  
 Lommis, Kt. Thurgau 20. 21. 56. 57.  
 66. 70.  
 Lottstetten, BWü 57. 71.  
 Luzern, Kt. 13. 17. 52.  
 – Stadt 16. 82. 93. 96. 105. 106.  
 Malans, Kt. Graubünden 24. 40. 47. 54.  
 55. 68.  
 Mammern, Kt. Thurgau 7. 35. 38. 40.  
 43. 53. 56. 63. 69. 94.  
 Mannenbach, Kt. Thurgau 21. 38. 65.  
 March, Kt. Schwyz 15.  
 St. Margrethen, Kt. St. Gallen 78.  
 Markdorf, BWü 14.  
 Marthalen, Kt. Zürich 16. 19. 70.  
 Matzendorf, Kt. Solothurn 12.  
 Meersburg, BWü 9. 12. 15. 20. 21. 48.  
 50. 54. 58. 59. 61. 65. 67. 69. 72.  
 Meilen, Kt. Zürich 33.  
 Mellingen, Kt. Aargau 12. 94.  
 Merisshausen, Kt. Schaffhausen 44. 69.  
 72.  
 Mettlen, Kt. Thurgau 41.  
 Mettmehashi, Kt. Zürich 42.  
 Mittelberg, VA 84. 85. 91. 92.  
 Mönchaltorf, Kt. Zürich 91.
- Mörschwil, Kt. St. Gallen 21. 34. 43.  
 62. 63. 73.  
 Mogelsberg, Kt. St. Gallen 21.  
 Mosnang, Kt. St. Gallen 23. 56. 57. 88.  
 98.  
 Moudon, Kt. Waadt 31.  
 Münchenstein, Kt. Baselland 34. 35. 69.  
 Münster, Kt. Wallis 16.  
 Murten, Kt. Freiburg 33. 81. 82.  
 Neftenbach, Kt. Zürich 41. 51.  
 Neuenzelle, BWü 26.  
 Neuhausen, Kt. Schaffhausen 34. 57.  
 Neuhausen ob Eck, BWü 33. 70.  
 Neunforn (Ober- und Nieder-), Kt.  
 Thurgau 19. 43. 44. 70. 72. 78.  
 Neuweiler, BWü 69.  
 Niederbussnang, Kt. Thurgau 72.  
 Niedereggingen, BWü 44.  
 Niederstetten, Kt. St. Gallen 21.  
 Niederurdorf, Kt. Zürich 24.  
 Niederuzwil, Kt. St. Gallen 9. 36. 38.  
 39. 80.  
 Oberaach, Kt. Thurgau 69. 78.  
 Oberbuchsiten, Kt. Solothurn 87.  
 Oberbüren, Kt. St. Gallen 39.  
 Oberbussnang, Kt. Thurgau 41.  
 Oberendingen, Kt. Aargau 33. 35.  
 Oberhelfenschwil, Kt. St. Gallen 21.  
 Oberlauchringen, BWü 34.  
 Oberschongau, Kt. Luzern 41.  
 Oberschwaben 10. 13. 17. 34. 42. 54.  
 91.  
 Oberuzwil, Kt. St. Gallen 41. 47. 53.  
 59. 64. 78. 82.  
 Öhningen, BWü 7.  
 Österreich 8. 9. 27. 39. 82. 83. 84. 92.  
 97. 98. 99. 106.  
 Olten, Kt. Solothurn 24. 37. 40. 74. 84.  
 98.  
 Olvisheim, E 28.  
 Opfingen, BWü 15.  
 Orsingen, BWü 44. 56. 58.  
 Ossingen, Kt. Zürich 44. 55. 56.  
 Osterfingen, Kt. Schaffhausen 22. 69.  
 St. Peterzell, Kt. St. Gallen 41.  
 Pfäffikon, Kt. Schwyz 15. 33. 36. 40.  
 47. 53. 54. 56. 64. 68. 71.  
 Pfäffikon, Kt. Zürich 38. 73.  
 Pfaffhausen, BWü 15.  
 Pfirt, E 69.  
 Pfullendorf, BWü 14.  
 Pfungen, Kt. Zürich 34. 65.  
 Pfylen, Kt. Thurgau 38. 68. 70. 78.  
 Pieterlen, Kt. Bern 28.  
 Pleigne, E 98.  
 Pratteln, Kt. Baselland 14.  
 Prüm, Kloster 38.  
 Radolfzell, BWü 14. 16. 18. 34. 72.  
 Rätien 30. 76.  
 Ragaz, Kt. St. Gallen 16. 74.



- Ramsen, Kt. Schaffhausen 41. 42. 56.  
73.
- Rankweil, Landgericht, VA 8. 23. 33.  
34. 44. 46. 80. 81. 88. 91.
- Rapperswil, Kt. St. Gallen 15. 21. 22.  
23. 33. 42. 43. 47. 54. 55. 57. 63. 64.  
73.
- Rappoltsweiler, E 27.
- Ravensburg, BWü 13. 91.
- Rechberg, BWü 33.
- Regensberg, Kt. Zürich 9. 24. 47. 71.  
72. 80. 88.
- Reichenau, BWü 14. 36. 63.
- Reichenberg, E 27.
- Reichenburg, Kt. Schwyz 27.
- Reims 31.
- Reinach, Kt. Aargau 16.
- Rettenberg, BWü 72.
- Rhözüns, Kt. Graubünden 12.
- Rheinau, Kt. Zürich 44. 63. 83. 84. 90.
- Rheineck, Kt. St. Gallen 34. 37.
- Rheinfelden, Kt. Aargau 14. 34. 82. 92.  
94.
- Rheinheim, BWü 15. 20.
- Rickenbach, Kt. Thurgau 23. 41.
- Rickenbach (Vogtei Eggen), Kt. Thurgau 43.
- Riehen, Kt. Baselstadt 24. 35.
- Rietheim, BWü 24.
- Rifferswil, Kt. Zürich 34.
- Rindal, Kt. St. Gallen 94.
- Riniken, Kt. Aargau 24.
- Rixheim, E 34.
- Rohr, Kt. Aargau 35. 57.
- Romanshorn, Kt. Thurgau 33.
- Rorbas, Kt. Zürich 63.
- Rorschach, Kt. St. Gallen 8. 36.
- Rothenhausen, Kt. Thurgau 21. 87.
- Rottweil, Hofgericht, BWü 8. 16. 36.  
46. 83. 90. 91.
- Rudolfingen, Kt. Zürich 14. 19. 22. 38.  
41. 47. 56. 58. 63. 71. 73. 83.
- Rudolfstetten, Kt. Aargau 14. 19. 60.
- Rüespach, E 63.
- Rümlang, Kt. Zürich 94.
- Rüschlikon, Kt. Zürich 96.
- Rüti, Kt. Thurgau 25.
- Rüti, Kt. Zürich 15. 72.
- Russikon, Kt. Zürich 83.
- Sachsen 19. 61.
- Säckingen, BWü 33.
- Sargans, Kt. St. Gallen 34. 40. 42. 47.  
68. 72.
- Schaffhausen, Kt. 13. 17.  
- Stadt 7. 12. 33. 36. 56. 72. 94.
- Scheid, Kt. Graubünden 9.
- Schlatt, Kt. Schaffhausen 25.
- Schlatt, Kt. Thurgau 19. 44. 56. 57.
- Schleins (Tschlin), Kt. Graubünden 8.
- Schmerikon, Kt. St. Gallen 44.
- Schneckenbundgericht bei Wil, Kt. St. Gallen 41.
- Schwarzenbach bei Wil, Kt. St. Gallen 14. 42. 72.
- Schwyz, Kt. 13. 17.
- Seengen, Kt. Aargau 40. 55.
- Seffern bei Prüm 100.
- Sessafret, Kt. Graubünden 18. 74.
- Siblingen, Kt. Schaffhausen 14. 19.
- Sidwald, Kt. St. Gallen 41. 98.
- Sipplingen, BWü 23. 58. 68.
- Sirnach, Kt. Thurgau 15. 20. 24. 57.
- Sitterdorf, Kt. Thurgau 38. 55. 69.
- Solothurn, Kt. 17.
- Sommeri, Kt. Thurgau 57. 63.
- Sonnenberg, VA 7. 73.
- Spiegelberg, Kt. Thurgau 15. 34.
- Stammheim, Kt. Zürich 14. 24. 36. 71.  
72.
- Steckborn, Kt. Thurgau 15. 43.
- Stein a. Rhein, Kt. Schaffhausen 21.  
22. 35. 40. 42. 55. 57. 72. 73.
- Steinhausen, Kt. Zug 20.
- Stettfurt, Kt. Thurgau 43. 72.
- Stockach, BWü 73.
- Straßburg, E 20. 27. 67.
- Stühlingen, BWü 23. 24. 33. 39. 44. 57.  
Sulz, E 35. 57.
- Tablat, Kt. St. Gallen 51.
- Tägerwilten, Kt. Thurgau 43. 57. 64.
- Tegerfelden, Kt. Aargau 20. 33. 35.
- Tengen, BWü 34.
- Thayngen, Kt. Schaffhausen 33. 57. 64.
- Thüringen 100.
- Thun, Kt. Bern 19. 43. 67. 73. 98.
- Thundorf, Kt. Thurgau 24. 42. 71.
- Thurgau, Kt. 13. 17. 41. 58.
- Landgericht 9. 14. 15. 18. 24. 25.  
29. 34. 37. 39. 43. 47. 53. 55. 56. 57.  
62. 63. 72. 73. 93. 96.
- Thurlinden, Freigericht, Kt. Thurgau 21. 72.
- Thurtal, Kt. St. Gallen 53. 87.
- Tiengen, BWü 12. 33. 34.
- Tobel, Kt. Thurgau 15. 21. 24. 34. 57.  
68. 71. 78. 83.
- Töss, Kt. Zürich 42. 82.
- Toggenburg, Kt. St. Gallen 22. 23. 39.  
47. 58. 63. 65. 71. 81. 86. 90.
- Trimmis, Kt. Graubünden 84.
- Trüllikon, Kt. Zürich 14. 33. 38. 57.  
67. 68.
- Truttikon, Kt. Zürich 24.
- Tüllingen, BWü 19.
- Tuggen, Kt. Schwyz 15.
- Turbenthal, Kt. Zürich 51. 59. 60.
- Tuttwilerberg, Kt. Thurgau 68. 70.
- Überlingen, BWü 33. 36. 56. 73. 87.
- Ültingen, BWü 20. 37.
- Üsslingen, Kt. Thurgau 34.

Uhwiesen, Kt. Zürich 44. 78.  
 Ulm 10. 93.  
 Unterwasser, Kt. St. Gallen 8.  
 Uznaberg, Kt. St. Gallen 56. 63.  
 Uznach, Kt. St. Gallen 15.  
 Vaz/Obervaz, Kt. Graubünden 86.  
 Veltheim, Kt. Zürich 63.  
 Villingen, BWü 12.  
 Villmergen, Kt. Aargau 33. 80.  
 Vorarlberg 10. 13. 17.  
 Waadt, Kt. 31.  
 Wädenswil, Kt. Zürich 18. 38. 40. 74.  
 Wängi, Kt. Thurgau 24. 63.  
 Wagenhausen, Kt. Thurgau 24. 35. 56.  
 57. 68. 78.  
 Wald, Kt. Zürich 55. 57. 64. 72.  
 Waldenburg, Kt. Baselland 18. 71.  
 Waldkirch, Kt. St. Gallen 24.  
 Waldkirch bei Freiburg i. Br., BWü 15.  
 Waldsee, Oberschwaben 93.  
 Waldshut, BWü 33. 58. 65. 66. 69.  
 Walenstadt, Kt. St. Gallen 23. 84.  
 Wallis, Kt. 31.  
 Waltenburg, Kt. Graubünden 40.  
 Waltershausen, BWü 15.  
 Wangen a. Bodensee, BWü 34.  
 Wangen, Kt. Zürich 38. 72.  
 Wart, Kt. Thurgau 41.  
 Wattwil, Kt. St. Gallen 35. 78.  
 Weiach, Kt. Zürich 12. 69. 71.  
 Weil, BWü 34.  
 Weinfeldten, Kt. Thurgau 21. 25. 51.  
 57. 67. 70. 80. 94.  
 Weingarten (Lommis), Kt. Thurgau 38.  
 51.  
 Wellenberg, Kt. Zürich 41.  
 Westschweiz 31.  
 Weylen, BWü 63. 96.  
 Wiesendangen, Kt. Zürich 33.  
 Wiggwil, Kt. Aargau 19. 57.  
 Wigoltingen, Kt. Thurgau 21.  
 Wil, Kt. St. Gallen, Stadt 15. 20. 21.  
 23. 34. 39. 41. 53. 72. 73.  
 – Pfalzgericht 21. 23. 24. 33. 38. 39.  
 Wilen, Kt. Zürich 69.  
 Winterthur, Kt. Zürich 15. 18. 21. 23.  
 25. 34. 41. 47. 51. 53. 56. 57. 60. 62.  
 63. 69. 70. 72. 73.  
 Wipkingen, Kt. Zürich 38.  
 Wolfach, BWü 26. 35. 82.  
 Wollerau, Kt. Schwyz 33. 37. 63.  
 Wollmatingen, BWü 20. 44. 66.  
 Worb, Kt. Bern 84.  
 Wülflingen, Kt. Zürich 24.  
 Würzburg, Landgericht 99.  
 Wuppenau, Kt. Thurgau 41.  
 Wutöschingen, BWü 7. 33. 71.  
 Zihlschlacht, Kt. Thurgau 39. 72. 94.  
 Zizers, Kt. Graubünden 84.  
 Zofingen, Kt. Aargau 33. 34. 81. 86.  
 90.  
 Zollikon, Kt. Zürich 38. 72.  
 Zuckenriet, Kt. St. Gallen 41. 71.  
 Zümersheim, E 34.  
 Zürich, Kt. 13. 17. 37.  
 – Stadt 8. 12. 14. 19. 22. 26. 27. 37.  
 38. 47. 49. 52. 55. 57. 59. 60. 64. 65.  
 72. 80. 84. 88. 91. 98.  
 Zug, Kt. 13. 36.  
 – Stadt 7. 34. 44. 47. 53. 73.  
 Zurzach, Kt. Aargau 23. 35. 57. 72.  
 Zuzwil, Kt. St. Gallen 41.



BIBLIOGRAPHIE WALTER MÜLLER  
zusammengestellt von Otto P. Clavadetscher

A) Bücher, Aufsätze

- Die Müller von Goldach. Geschichte des ehemals dem Hochstift Konstanz fallpflichtigen Stammes bis zur Gegenwart und der übrigen Stämme bis 1600. Zürich 1954 (Vervielfältigt, mit gedrucktem Titelblatt u. Stammtafel in Plandruck).
- Die Müller von Goldach. Herkunft und Ausbreitung eines Dorfgeschlechtes (SA aus Rorschacher Zeitung), Rorschach 1956.
- Ein Prozeß vor dem Rorschacher Lehengericht aus dem Anfang des 16. Jahrhunderts. Rorschacher Zeitung Nr. 202 vom 30. August 1956.
- Ein Hinweis zur Ministerialenfrage. Der Schweizer Familienforscher 24, 1957, S. 100-101.
- Das Freigericht Untereggen. Rorschacher Neujahrsblatt 48, 1958, S. 41-48.
- Die Herren von Steinach. Ein Beitrag zur Diskussion um die Herkunft des niederen Adels. Der Schweizer Familienforscher 25, 1958, S. 1-29.
- Die Herren von Sulzberg im Allgäu und am Bodensee. Schenken des Stiftes Kempten und Dienstmannen des Hochstifts Konstanz. SchrVBod 76, 1958, S. 63-92.
- Die Konstanzer Gotteshausleute in Obergoldach. Rorschacher Neujahrsblatt 50, 1960, S. 38-42.
- Freie und leibeigene St. Galler Gotteshausleute vom Spätmittelalter bis zum Ende des 18. Jhs., 101. Neujahrsblatt des Histor. Vereins St. Gallen, St. Gallen 1961.
- Die Abgaben von Todes wegen in der Abtei St. Gallen. Ein Beitrag zur Rechtsgeschichte des sanktgallischen Klosterstaates (Rechtshistorische Arbeiten, hg. v. K. S. BADER, Band 1). Köln/Graz 1961.
- Der Arbongau im Lichte der spätmittelalterlichen Rechtsverhältnisse. SchrVBod 79, 1961, S. 1-25.
- Über den schweizerischen Beitrag zu Jacob Grimms Weistümersammlung. Schweiz. Zs. f. Geschichte 13, 1963, S. 372-379.
- Die Öffnungen der Fürstabtei St. Gallen. Ein Beitrag zur Weistumsforschung (Mitt. z. vaterländ. Gesch., hg. v. Histor. Ver. d. Kt. St. Gallen, Bd. 43). St. Gallen 1964.
- Die Öffnung des Freigerichts Thurlinden. Festschrift K. S. Bader, Zürich/Köln-Graz 1965, S. 301-320.
- Das Freigericht Thurlinden. Thurg. Beiträge z. vaterländ. Gesch. 103, 1966, S. 5-96.
- Die Weibelhuben. ZRG GA 83, 1966, S. 202-238.
- Zur ländlichen Verfassung im ostschweizerischen Herrschaftsgebiet der Fürstabtei St. Gallen. Montfort 1969, S. 374-391.
- Landsatzung und Landmandat der Fürstabtei St. Gallen. Zur Gesetzgebung eines geistlichen Staates vom 15. bis zum 18. Jh. (Mitteilungen z. vaterländ. Gesch., hg. v. Histor. Verein d. Kt. St. Gallen, Bd. 46). St. Gallen 1970.
- Die Erneuerung der Heiratsgenossame geistlicher Herrschaften des Bodenseeraumes im Jahre 1560. Alemannisches Jahrbuch 1970, S. 98-122.
- Ein Auflassungs- und Investitursymbol des Klosters St. Gallen: Die schwarze Kappe (Rechtshistor. Arbeiten, hg. v. K. S. BADER, Bd. 10). Zürich 1972.
- Fürstab Ulrich (VIII.) Rösch von St. Gallen 1426-1491. Verwaltungspraxis 26, 1972, S. 3-10 (wieder abgedruckt in: Große Verwaltungsmänner der Schweiz, in Verbindung mit K. S. BADER und WALTER MÜLLER hg. von PIUS BISCHOFBERGER und BRUNO SCHMID, Solothurn 1975, S. 26-32).
- Gelehrte Juristen und bäuerliche Urteilsfinder in einem sanktgallischen Lehenprozeß. Festgabe Paul Staerke (St. Galler Kultur und Geschichte, 2). St. Gallen 1972, S. 64-75.
- Die Rorschacher Unruhen von 1558 und 1559. Vortrag am 5. Mai 1971. Rorschacher Neujahrsblatt 62, 1972, S. 85-91.

- Die Ehegenossame der Klöster im alten Zürichgau. Unfreiheit im Spätmittelalter am Beispiel der grundherrlichen Heiratsschranken. Zürcher Chronik 40, 1972/3, S. 41-44.
- Die innere Ordnung des sanktgallischen Klosterstaates. Blätter f. deutsche Landesgesch. 109, 1973, S. 246-252.
- Die Müller von Goldach. Konstanzer Gotteshausleute im St. Galler Klosterstaat. Erw. Neuausgabe. Zürich 1973.
- Die Rechtsquellen des Kantons St. Gallen. Erster Teil: Die Rechtsquellen der Abtei St. Gallen. Zweite Reihe, 1. Band: Die allgemeinen Rechtsquellen der Alten Landschaft (Sammlung Schweizerischer Rechtsquellen, XIV. Abteilung: Die Rechtsquellen des Kantons St. Gallen). Aarau 1974.
- Entwicklung und Spätformen der Leibeigenschaft am Beispiel der Heiratsbeschränkungen. Die Ehegenossame im alemannisch-schweizerischen Raum (Vorträge u. Forschungen, Sonderband 14). Sigmaringen 1974.
- Freiheit und Leibeigenschaft – Soziale Ziele des deutschen Bauernkriegs? Historische Zeitschrift, Beiheft 4 (Revolte und Revolution in Europa). München 1975, S. 264-272.
- Wurzeln und Bedeutung des grundsätzlichen Widerstandes gegen die Leibeigenschaft im Bauernkrieg 1525. SchrVBod 93, 1975, S. 1-41.
- Freie Gotteshausleute. Zur Problematik ständischer Benennungen in Quellen des 14. bis 17. Jhs. ZRG GA 92, 1975, S. 89-104.
- Fertigung und Gelöbnis mit dem Gerichtsstab nach alemannisch-schweizerischen Quellen. Zugleich ein Beitrag zur Geschichte der Grundstücksübergangung (Vorträge u. Forschungen, Sonderband 22). Sigmaringen 1976.
- Von der Rechtsweisung zur Niederschrift. Beiträge zur Entstehung der ländlichen Weistümer und verwandter Rechtsquellen vornehmlich im weiteren Bodenseegebiet (Fragment). St. Galler Kultur und Geschichte 6, 1976.

## B) Rezensionen

- ALBERT BODMER, Die Gesellschaft zum Notenstein und das Kaufmännische Directorium, St. Gallen 1962. In: SchrVBod 80, 1962, S. 118-119.
- JOSEF RECK, 500 Jahre Goldach, Goldach 1964. In: SchrVBod 82, 1964, S. 141 f.
- NIKOLAUS GRASS, Ein halbes Jahrtausend Weistümerforschung in Tirol, 1965. In: ZRG GA 83, 1966, S. 531.
- Pfälzische Weistümer, bearb. v. FRITZ KIEFER und WILHELM WEIZSÄCKER, Bd. I, Speyer 1962. In: ZRG GA 83, 1966, S. 478-485.
- Tirolische Weistümer, V. Teil, hg. v. NIKOLAUS GRASS und KARL FINSTERWALDER, Innsbruck 1966. In: ZRG GA 84, 1967, S. 408-411.
- PAUL MÜNGER, Über die Schuppose, jur. Diss. Zürich 1967. In: ZRG GA 85, 1968, S. 323-326.
- ALFONS PETER, Das Landgericht Klettgau, jur. Diss. Zürich 1966. In: ZRG GA 85, 1968, S. 326-328.
- Pfälzische Weistümer, 5. Liefg., bearb. v. FRITZ KIEFER und GÜNTHER DICKEL, Speyer 1968. In: ZRG GA 87, 1970, S. 543.
- Die Weistümer der Zent Schriesheim, bearb. v. KARL KOLLNIG, Stuttgart 1968. In: ZRG GA 87, 1970, S. 369-372.
- PETER LIVER, Abhandlungen zur schweizerischen und bündnerischen Rechtsgeschichte, Chur 1970. In: Tages-Anzeiger (Zürich) vom 9. Juli 1970.
- FRITZ WERNLI, Studien zur mittelalterlichen Verfassungsgeschichte, 5 Hefte, 1959-1968. In: Tijdschrift voor Rechtsgeschiedenis 39, 1971, S. 304-307.
- KARL HEINZ BURMEISTER, Die Vorarlberger Landsbräuche und ihr Standort in der Weistümerforschung, Zürich 1970. In: SchrVBod 89, 1971, S. 171-172.



# VORTRÄGE UND FORSCHUNGEN

Herausgegeben vom Konstanzer Arbeitskreis für mittelalterliche Geschichte. Sämtliche Bände 17 x 24 cm. Leinen mit Goldprägung.

Band I

## GRUNDFRAGEN DER ALEMANNISCHEN GESCHICHTE

Mainauvorträge 1952. Mit Beiträgen von Franz Beyerle, Heinrich Büttner, Irmgard Dienemann-Dietrich, Hans Jänichen, Ernst Klebel, Theodor Mayer, Walther Mitzka und Ernst Schwarz. 3. Auflage 1970. 276 Seiten mit 5 Karten.

Band II

## DAS PROBLEM DER FREIHEIT IN DER DEUTSCHEN UND SCHWEIZERISCHEN GESCHICHTE

Mainauvorträge 1953. Mit Beiträgen von Heinrich Büttner, Heinrich Dannenbauer, Erwin Hölzle, Herbert Klein, Theodor Mayer, Bruno Meyer und Hans Strahm. 3. Auflage 1970. 178 Seiten.

Band III

## DAS KÖNIGTUM

Seine geistigen und rechtlichen Grundlagen. Mainauvorträge 1954. Mit Beiträgen von Helmut Beumann, Otto Brunner, Rudolf Buchner, Heinrich Büttner, Eugen Ewig, Manfred Hellmann, Otto Höfler, Friedrich Kempf, Theodor Mayer und Walter Schlesinger. 5. Auflage 1973. 308 Seiten.

Band IV

## STUDIEN ZU DEN ANFÄNGEN DES EUROPÄISCHEN STÄDTEWESENS

Reichenau-Vorträge 1955–1956. Mit Beiträgen von Hektor Ammann, Heinrich Büttner, Yvette Dollinger-Leonard, Herbert Jankuhn, Paul Johansen, Ernst Klebel, Herbert Klein, Herbert Ludat, Franz Petri, Harald von Petrikovits, Friedrich Prinz, Walter Schlesinger, Berent Schwineköper, Friedrich Vittinghoff und Karl Withold. 4. Auflage 1975. 554 Seiten mit 29 Karten im Text, 3 Ausschlagkarten und 2 beigelegten Karten.

Band V

## STUDIEN ZUM MITTELALTERLICHEN LEHENSWESEN

Vorträge, gehalten in Lindau 1956. Mit Beiträgen von Karl Bosl, Ludwig Buisson, Franz Dölger, Wilhelm Ebel, François L. Ganshof, Manfred Hellmann, Ernst Klebel, Wilhelm Weizsäcker. 2. Auflage 1972. 258 Seiten.

Band VI

## KÖNIGTUM, BURGEN UND KÖNIGSFREIE – KÖNIGSUMRITT UND HULDIGUNG IN OTTONISCH-SALISCHER ZEIT

Von Gerhard Baaken/Roderich Schmidt. 1961. 234 Seiten.

Band VII

## DIE ANFÄNGE DER LANDGEMEINDE UND IHR WESEN 1

Mit Beiträgen von Jappe Alberts, Ludwig Deike, Wilhelm Ebel, Hans Erich Feine, Pankraz Fried, Franz Huter, Hans Jänichen, Paul Kläui, Karl Lechner, Kurt Scharlau, K. H. Schröder, Franz Steinbach, Heinz Stob, Adriaan Verhulst, Johanna Maria van Winter und Günther Wrede. 1964. 460 Seiten mit 30 Karten im Text, 9 Ausschlagkarten.

Band VIII

DIE ANFÄNGE DER LANDGEMEINDE UND IHR WESEN 2

Mit Beiträgen von Johann M. Bak, Gerhard Buchda, Z. R. Dittrich, John Granlund, Gerhard Hafström, Herbert Helbig, Manfred Hellmann, Paul Johansen, Kare Kveseth, Theodor Mayer, Hans Patze, Walter Schlesinger, Berent Schwineköper, Wilhelm Weizsäcker, Reinhard Wenskus und Josef Zontar. 1964. 496 Seiten mit 25 Karten.

Band IX

DIE WELT ZUR ZEIT DES KONSTANZER KONZILS

Reichenau-Vorträge Herbst 1964. Mit Beiträgen von Clemens Bauer, Hans-Georg Beck, Karl Bosl, Karl August Fink, Hermann Heimpel, Hanns Hubert Hofmann, Jiří Kejř, Ferdinand Seibt und Günther Stökl. 1965. 182 Seiten.

Band X

DIE ALPEN IN DER EUROPÄISCHEN GESCHICHTE DES MITTELALTERS

Reichenau-Vorträge 1961–1962. Mit Beiträgen von Bernard Bligny, Bruno Boesch, Heinrich Büttner, Otto P. Clavadetscher, Rudolf Egger, Karl Finsterwalder, Franz Huter, Herbert Klein, Hans Eberhard Mayer, Theodor Mayer, Hans Sedlmayr, Stefan Sonderegger, Friedrich Schür, Giovanni Tabacco und Hermann Vetters. 1965. 292 Seiten mit 1 Zeichnung und 9 Karten.

Band XI

UNTERSUCHUNGEN ZUR GESELLSCHAFTLICHEN STRUKTUR DER MITTELALTERLICHEN STÄDTE IN EUROPA

Reichenau-Vorträge 1963–1964. Mit Beiträgen von Hans-Georg Beck, Karl Bosl, Ahasver von Brandt, Otto Brunner, Wilhelm Ebel, Gina Fasoli, Carsten Goehrke, Manfred Hellmann, Hanns Hubert Hofmann, Jan A. van Houtte, Raoul Manselli, Giovanni Tabacco, Eugen Wirth und Gerd Wunder. 2. Auflage 1974. 428 Seiten mit 4 Zeichnungen.

Band XII

PROBLEME DES 12. JAHRHUNDERTS

Reichenau-Vorträge 1965–1967. Mit Beiträgen von Hans Georg Beck, Heinrich Büttner, Georges Duby, Gina Fasoli, Friedrich Hausmann, Manfred Hellmann, Hans Joachim Kissling, Karl Kroeschell, Kjell Kumlien, L. Mezey, Hans Patze, Jean Richard, Franz Josef Schmale, Hans Sedlmayr, Karl Ferdinand Werner. 1968. 440 Seiten mit 2 Karten.

Band XIII

DER DEUTSCHE TERRITORIALSTAAT IM 14. JAHRHUNDERT 1

Reichenau-Vorträge 1967–1968. Mit Beiträgen von Bernhard Diestelkamp, Georg Droege, Wolfgang Heß, Hermann Kellenbenz, Bernhard Kirchgäßner, Götz Landwehr, Hans Patze, Franz Petri, Johanna Naendrup-Reimann, Jürgen Sydow, Reinhard Wenskus. 1970. 484 Seiten, 1 Zeichnung, 2 Karten, 3 Bildtafeln und zwei farbige Ausschlagtafeln.

Band XIV

DER DEUTSCHE TERRITORIALSTAAT IM 14. JAHRHUNDERT 2

Mit Beiträgen von Karl Bosl, Pankraz Fried, Alois Gerlich, Hanns Hubert Hofmann, Franz Huter, Götz Landwehr, Richard Laufner, Karl Lechner, Hans Patze, Gerhard Pfeiffer, Meinrad Schaab, Walter Schlesinger, Fred Schwind, Ferdinand Seibt. 1971. 506 Seiten, 4 Karten im Text und 4 Ausschlagtafeln.



Band XV

## SCHWABEN UND SCHWEIZ IM FRÜHEN UND HOHEN MITTELALTER

Gesammelte Aufsätze von Heinrich Büttner. 1972. 540 Seiten mit 5 Zeichnungen im Text und 1 Bildtafel.

Band XVI

## PROBLEME UM FRIEDRICH II.

Mit Beiträgen von Heinz Angermeier, Rudolf Baehr, Josef Deér †, Hermann Dilcher, Friedrich Hausmann, Norbert Kamp, Friedrich Kempf, Florentine Mütherich, Kurt-Victor Selge, Hans Martin Schaller, Dieter Wojtecki, Paul Zinsmaier. 1974. 384 Seiten.

Band XVII

## INVESTITURSTREIT UND REICHSVERFASSUNG

Mit Beiträgen von Alfons Becker, Helmut Beumann, Heinrich Büttner, Peter Classen, Josef Fleckenstein, Horst Fuhrmann, Werner Goetz, Hermann Jakobs, Hagen Keller, Ursula Lewald, Helmut Maurer, Willibald Sauerländer, Walter Schlesinger, Karl Schmid, Elmar Wadle, Joachim Wollasch. 1973. 460 Seiten.

Band XVIII

## DIE DEUTSCHE OSTSIEDLUNG DES MITTELALTERS ALS PROBLEM DER EUROPÄISCHEN GESCHICHTE

Mit Beiträgen von Helmut Beumann, Dietrich Claude, Erik Fügedi, František Graus, Günther Grundmann, Herbert Helbig, Charles Higounet, Herbert Jankuhn, Jiří Kejř, András Kubinyi, Walter Kuhn, Adriaan von Müller, Josef Joachim Menzel, Franz Petri, Walter Schlesinger, Günther Stökl, Stanislaw Trawkowski, Sergij Vilfan, Reinhard Wenskus, Peter Wiesinger, Benedykt Zientara, Klaus Zernack. 1975. 812 Seiten mit 65 z. T. farbigen Abb. u. Karten, dar. 8 Ausschlagtafeln, sowie 2 Faltpläne in Kartentasche.

Band XIX

## DIE RECHTS- UND VERFASSUNGSGESCHICHTLICHE BEDEUTUNG DER BURGEN IM DEUTSCHEN SPRACHRAUM — 2 Teilbände

Mit Beiträgen von Fritz Arens, Karl S. Bader, Friedrich Benninghoven, Otto P. Clavatscher, Heinz Dopsch, Herwig Ebner, Rudolf Endres, Pankraz Fried, Wolfgang Hübener, Herbert Jankuhn, Wilhelm Janssen, Martin Last, Hajo van Lengen, Ursula Lewald, Hans-Martin Maurer, Helmut Maurer, Michael Mitterauer, Johanna Naendrup-Reimann, Hans Patze, François Rapp, Meinrad Schaab, Fred Schwind, Adriaan Verhulst, Peter Wiesinger. 1976. Zwei Teilbände mit zusammen ca. 1072 Seiten.

Band XX

## MÖNCHTUM, EPISKOPAT UND ADEL ZUR GRÜNDUNGSZEIT DES KLOSTERS REICHENAU

Mit Beiträgen von Arnold Angenendt, Helmut Beumann, Arno Borst, Johannes Duft, Eugen Ewig, Franz Felten, František Graus, Kurt-Ulrich Jäschke, Friedrich Prinz, Josef Semmler, Herwig Wolfram. 1974. 452 Seiten.

Band XXI

## BYZANZ UND DAS ABENDLÄNDISCHE HERRSCHERTUM

Ausgewählte Aufsätze von Josef Deér. In Vorbereitung für 1976. Ca. 584 Seiten mit 56 Seiten Abbildungen.

Die Reihe wird fortgesetzt

Jan Thorbecke Verlag Sigmaringen





